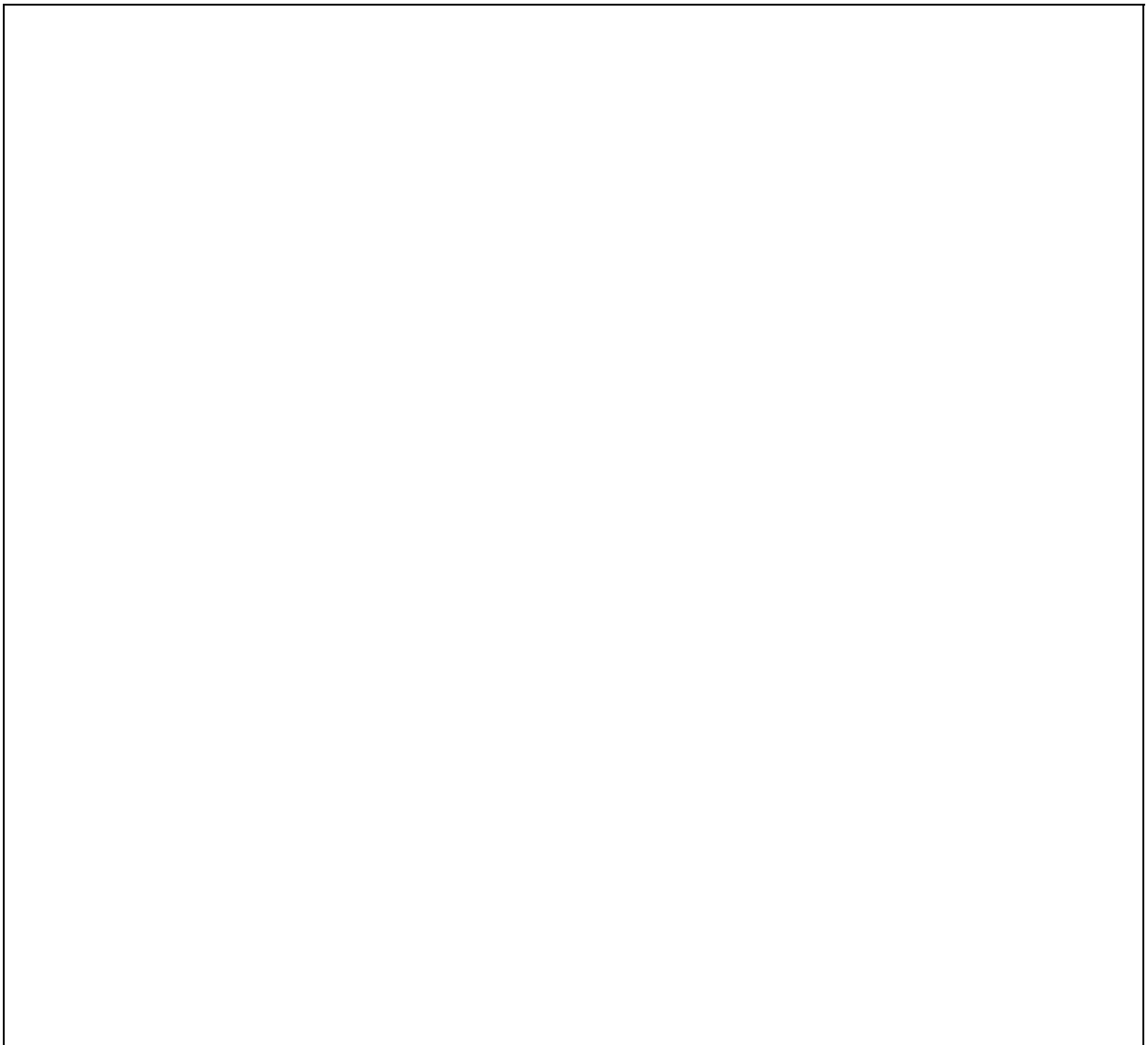


Prüfung der Rechnung

Schlussbericht 2005



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Inhaltsverzeichnis	1
2. Vorbemerkungen	3
2.1 Gesetzliche Aufgaben	3
2.2 Vom Rat übertragene Aufgaben	3
2.3 Wahrnehmung von Aufgaben für den Rechnungsprüfungsausschuss	4
2.3.1 Prüfungsunterlagen	5
2.3.2 Prüfungstätigkeit	5
3. Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen	7
Prüfung des Haushaltes und Formalprüfung der Jahresrechnung 2005	
4. Haushalt	9
4.1 Haushaltssatzung	9
4.2 Rechnungslegung	10
4.3 Rechnungsergebnis	11
5. Formalprüfung der Jahresrechnung	14
5.0 Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung	14
5.0.1 Verwaltungshaushalt	14
5.0.2 Vermögenshaushalt	43
5.1 Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung	48
5.1.1 Verwaltungshaushalt	48
5.1.2 Vermögenshaushalt	53
5.2 Einzelplan 2 - Schulen	56
5.2.1 Verwaltungshaushalt	56
5.2.2 Vermögenshaushalt	67
5.3 Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege	71
5.3.1 Verwaltungshaushalt	71
5.3.2 Vermögenshaushalt	83
5.4 Einzelplan 4 - Soziale Sicherung	86
5.4.1 Verwaltungshaushalt	86
5.4.2 Vermögenshaushalt	109
5.5 Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung	113
5.5.1 Verwaltungshaushalt	113
5.5.2 Vermögenshaushalt	119

5.6	Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	123
5.6.1	Verwaltungshaushalt	123
5.6.2	Vermögenshaushalt	132
5.7	Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	139
5.7.1	Verwaltungshaushalt	139
5.7.2	Vermögenshaushalt	143
5.8	Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	146
5.8.1	Verwaltungshaushalt	146
5.8.2	Vermögenshaushalt	151
5.9	Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft	158
5.9.1	Verwaltungshaushalt	158
5.9.2	Vermögenshaushalt	167
5.10	Sonderhaushalt	171
5.11	Betätigungsprüfung	173
6.	Mitarbeit in Projekten	175
6.1	Neues Kommunales Finanzmanagement	175
6.2	Regionale 2006	177
6.3	Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal	178
7.	Schlussbemerkung und Entlastungsvorschlag	179
8.	Abkürzungsverzeichnis	180

Bericht über die Prüfung der Rechnung 2005

2. Vorbemerkungen

Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) gliedern sich in drei Gruppen:

- gesetzliche Aufgaben
- vom Rat übertragene Aufgaben
- Aufgaben, die für den Rechnungsprüfungsausschuss wahrgenommen werden.

2.1 Gesetzliche Aufgaben

Nach § 103 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW - alte Fassung* - (GO NRW a. F.) hat das Rechnungsprüfungsamt folgende Aufgaben:

- die Prüfung der Rechnung
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung
- die dauernde Überwachung der Kassen der Gemeinde und ihrer Sondervermögen sowie Vornahme der Kassenprüfungen
- bei Automation im Bereich der Haushaltswirtschaft der Gemeinde und ihrer Sondervermögen die Prüfung der Programme vor ihrer Anwendung (§ 92 Abs. 2 GO NRW a. F.)
- die Prüfung der Finanzvorfälle gem. § 56 Abs. 3 des Haushaltsgrundsatzgesetzes und gem. § 100 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung
- die Prüfung von Vergaben.

2.2 Vom Rat übertragene Aufgaben

Nach § 103 Abs. 2 GO NRW a. F. kann der Rat der Stadt dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Durch die vom Rat beschlossene Rechnungsprüfungsordnung (RPO) wurde dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit übertragen, insbesondere

- die Prüfung von Anordnungen vor ihrer Zuleitung an die Kasse bei Teilschluss- und Schlussrechnungen (im technischen Bereich) - Visakontrolle -

* Gemäß § 9 NKFEFG NRW findet die GO in der bis zum 31.12.2004 gültigen Fassung Anwendung

- gutachtliche Stellungnahmen zur Verfahrensregelung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und zu wesentlichen Änderungen organisatorischer, finanz- und betriebswirtschaftlicher Art sowie zum Einsatz technikunterstützter Informationsverarbeitung
- die technisch-wirtschaftliche Prüfung von Plänen und Kostenberechnungen gem. § 10 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW – alte Fassung - * (GemHVO NRW a. F.)
- die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen
- die Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der Sondervermögen, wobei auf die Jahresabschlussprüfung nach § 106 GO NRW a. F. mit abzustellen ist
- die gemeindliche Betätigungsprüfung (Beteiligungsverwaltung)
- die Prüfung bei mittelbaren Geschäftsgründungen (Tochtergesellschaften bzw. Untergesellschaften)
- Prüfungen bei den Gesellschaften
- die Prüfung der Innenrevisionen
- die Prüfung der Kassen-, Buch- und Betriebsführung, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat (sog. Gefährdungsprüfung)
- die Prüfung der Kostenrechnung
- die Prüfung der technikunterstützten Informationsverarbeitung.

Nach § 4 der Rechnungsprüfungsordnung können der Rat der Stadt, der Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben sowie der Oberbürgermeister (vgl. § 104 Abs. 1 Satz 2 GO NRW a. F.) dem Rechnungsprüfungsamt Prüfaufträge erteilen.

2.3 Wahrnehmung von Aufgaben für den Rechnungsprüfungsausschuss

Nach § 101 GO NRW a. F. hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Rechnung mit allen Unterlagen daraufhin zu prüfen, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,

* Gemäß § 9 NKFEF NRW findet die GemHVO in der bis zum 31.12.2004 gültigen Fassung Anwendung

3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist,
4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.

In die Prüfung der Rechnung sind die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Sozialhilfearbeiten auch dann einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch den Träger der Sozialhilfe vorgenommen werden (§ 101 Abs. 1 Satz 2 GO NRW a. F.).

Zur Durchführung dieser Arbeiten bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss des Rechnungsprüfungsamtes (§ 101 Abs. 6 GO NRW a. F.).

2.3.1 Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung der Jahresrechnung standen dem Rechnungsprüfungsamt folgende Unterlagen zur Verfügung:

- die vom Rat der Stadt für die Haushaltsjahre 2004/2005 beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen. Das von der Stadt aufgestellte Haushaltssicherungskonzept (§ 75 Abs. 4 GO NRW a. F.) ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Deshalb durfte die Haushaltssatzung von der Stadt nicht bekannt gemacht werden (§ 79 Abs. 5 S. 5 GO NRW a. F.).
- die Haushaltsrechnung für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt
- die zu den vorstehend aufgeführten Rechnungen und Abschlüssen gehörenden Bücher, Buchungsnachweise, Belege und Kassenanordnungen aus dem Bereich der Stadtkasse
- Geschäfts- und Abschlussberichte der städtischen Teilnehmungsunternehmen, soweit ihre Ergebnisse die Haushaltsrechnung betreffen, und der Betriebe gewerblicher Art (BgA) sowie die Betriebsabrechnungen der kostenrechnenden Einrichtungen
- alle weiteren zweckdienlichen Aktenvorgänge und sonstigen Unterlagen der Ressorts und Stadtbetriebe.

2.3.2 Prüfungstätigkeit

Im Berichtsjahr waren die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung (§§ 81, 75 Abs. 7 und 8 GO NRW a. F.) weiterhin zu beachten.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung im gesamten Jahr 2005 weitestgehend von den Leistungseinheiten eingehalten wurden.

Für 2006 kann das Rechnungsprüfungsamt dieselben positiven Feststellungen treffen.

Während des Berichtsjahres wurde die Prüfung der Jahresrechnung durch laufende Prüfungen der Kassenvorgänge und -belege vorbereitet. Kassenanordnungen für Teilschluss- und Schlussrechnungen (im technischen Bereich) unterlagen der Visakontrolle (Prüfung vor der Zuleitung an die Kasse). Andere Anordnungen sind nach der Ausführung in Stichproben geprüft worden.

Die Prüfung wurde auf frühere Jahre und bis zum Prüfungszeitpunkt ausgedehnt, soweit dies zur Vervollständigung des Sachverhalts notwendig erschien oder aus Gründen einer zeitnahen Prüfung für erforderlich gehalten wurde.

Im Rahmen der gesetzlichen und übertragenen Aufgaben sowie der personellen Möglichkeiten sind im Berichtsjahr die in den Prüfplänen vorgesehenen Bereiche geprüft worden. Die geprüften Stellen sind - soweit erforderlich - über die Ergebnisse dieser Prüfung unterrichtet und ggf. um Stellungnahme gebeten worden. Die daraufhin getroffenen Maßnahmen führten im Allgemeinen zur ordnungsgemäßen Weiterbehandlung der angesprochenen Fälle.

Definition der Prüfungsbemerkungen:

H	Hinweis
A	Anregung, Vorschlag
B	Beanstandung
B/W	Wiederholungsbeanstandung

Im Übrigen ist das Rechnungsprüfungsamt durch den Rechnungsprüfungsausschuss beauftragt, zeitnah über abgeschlossene Prüfungen zu berichten. Dies wird regelmäßig über die Halbjahresberichte sichergestellt.

Auch in diesem Berichtsjahr hat das RPA die Verwaltung bei zahlreichen Projekten beraten und seine begleitenden Prüftätigkeiten intensiviert (siehe Punkt 6 „Mitarbeit in Projekten“ – Seite 175 bis 178).

3. Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen
Prüfung des Haushaltes und Formalprüfung der Jahresrechnung 2005

	Haushalt	Seite
B/1 W	Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde überschritten	10
B/2 W	Die gesetzliche Frist zur Vorlage der Jahresrechnung wurde nicht eingehalten	10
EP 0	Allgemeine Verwaltung	
B/3	Zuwendungen an die Fraktionen wurden zu früh ausgezahlt	20
H	Die Rechnung einer Unternehmensberatung in Höhe von 26 T-Euro hätte nicht aus der Haushaltsstelle 0200-655.0000 finanziert werden dürfen	22
B/4 W	Die Ermittlung der RE 2005 bei den Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhnen verstößt insoweit gegen die Regelungen der §§ 41 und 42 GemHVO (a.F.) in Verbindung mit § 34 GemKVO, als nicht die für die Monate Januar bis Dezember 2005, sondern die im Zeitraum von Dezember 2004 bis zum November 2005 zum Soll gestellten Beträge berücksichtigt worden sind	28
H	Auszahlungen von geringen Beträgen sollen nach Möglichkeit mit Hilfe des gewährten Handvorschusses und nicht (zusätzlich) über eine SAP-Kassenanordnung abgewickelt werden	33
EP 2	Schulen	
A	Die Kosten für Schülerfahrten, die mit der WSW AG abzurechnen sind, werden bisher nach einem prozentualen Verteilungsschlüssel den Unterabschnitten zugeordnet. Um eine größere Transparenz zu erreichen wird empfohlen, die Kosten entsprechend der von den Schulen gemeldeten Zahl der berechtigten Schüler den Unterabschnitten genau zuzuordnen	66

EP 3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	Seite
H	Das RPA empfiehlt, zukünftig den Haushaltsansatz für Einnahmen im Zusammenhang mit dem Theaterball realistisch zu bilden	77
EP 4	Soziale Sicherung	
B/5	Die Rechnungsergebnisse korrespondierender Finanzpositionen sind nicht ausgeglichen	87
H	Ausgaben sind den entsprechenden Finanzpositionen zuzuordnen	89
B/6	Einnahmen, die gem. § 1 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) a. F. dem Vermögenshaushalt zuzuordnen sind, wurden im Verwaltungshaushalt gebucht	90
EP 6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	
B/7 W	Das RPA beanstandet, dass Kennzahlen zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit des Gebäudemanagements seit seiner Gründung noch nicht vorhanden sind	125
B/8	Zahlung aus verkehrter Finanzposition	127
B/9	Unklare Abrechnung und überhöhte Preise	127
H	Instandhaltung grundsätzlich durch Miete gedeckt	127
B/10 W	Eine textliche Änderung der Finanzpositionen erfolgte nicht	130

4. Haushalt (002.104; R 403)

4.1 Haushaltssatzung

Es musste infolge des weiterhin nicht ausgeglichenen Haushaltes erneut ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) gemäß § 75 Abs. 4 GO NRW erstellt werden.

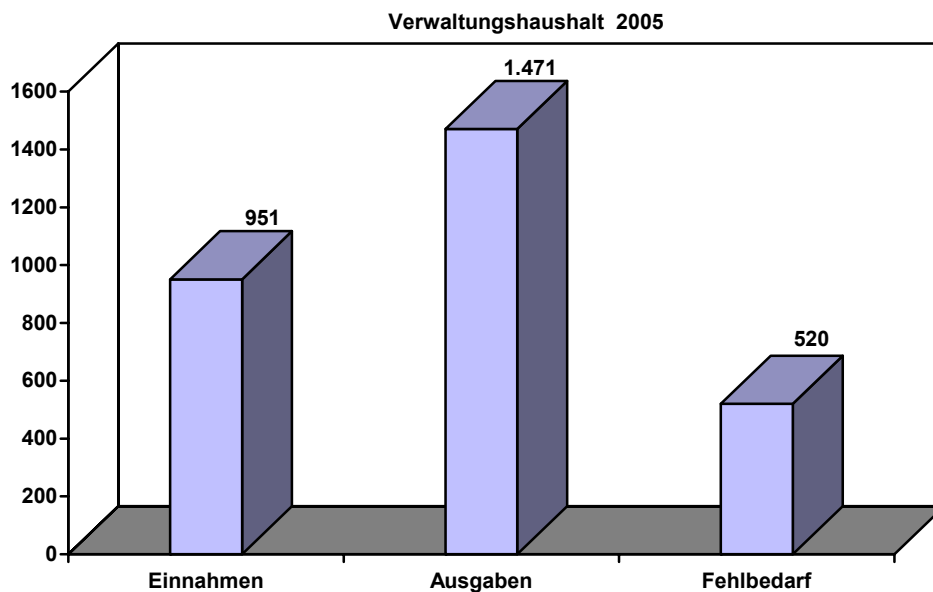
Die Haushaltssatzung konnte nicht entsprechend der Vorschrift des § 79 Abs. 5, S. 5 GO NRW - nach der Versagung der Genehmigung des HSK durch die Aufsichtsbehörde - öffentlich bekannt gemacht werden.

Aufgrund dessen sind bis zum Inkrafttreten des nächsten genehmigten Haushaltes die haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen des § 81 Abs. 1 der GO NRW zu beachten.

Bei der Haushaltsplanung wurden die Instrumente der dezentralen Ressourcenverantwortung und Budgetierung eingesetzt. Die Fachbereiche bewirtschaften somit die ihnen zugewiesenen Mittel eigenverantwortlich.

Die Haushaltssatzung enthielt für 2005 folgende Ansätze:

Verwaltungshaushalt	Einnahmen	951.385.510 €
	Ausgaben	1.471.102.080 €
Vermögenshaushalt	Einnahmen	117.028.310 €
	Ausgaben	117.028.310 €



Der Verwaltungshaushalt wies somit einen Fehlbedarf von rd. 520 Mio. € aus. Darin enthalten war gemäß § 23 GemHVO der Fehlbedarf aus 2003 in Höhe von rd. 343 Mio. €.

B/1 W Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde überschritten

Gem. § 77 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW enthält die Haushaltssatzung die Festsetzung der Höchstbeträge der Kassenkredite. Diese wurden in der Haushaltssatzung auf 1 Mrd. € festgelegt.

Die Satzung und die Haushaltspläne 2004 und 2005 wurden im Rat am 29.03.2004 beschlossen.

Durch Verfügung der Bezirksregierung vom 09.12.2004 wurde die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes versagt.

Entsprechend § 79 GO NRW bedarf die Haushaltssatzung für ihre Wirksamkeit der Bekanntmachung. Diese hat nicht stattgefunden. Somit gelten die Regelungen der letzten Haushaltssatzung fort.

Es ist verständlich und nachvollziehbar, dass die festgesetzten Grenzen überschritten wurden. Hier wird umso mehr deutlich, dass die vorläufige Haushaltsführung mit ihren restriktiven Regelungen nur für kurze Übergangszeiten geschaffen wurde.

Trotzdem handelt es sich um einen Verstoß gegen geltendes Recht.

In seiner Stellungnahme weist 403 darauf hin, dass die Kommunalaufsicht die vom Rat beschlossene neue Höchstgrenze für zulässig hält. 403 schließt sich, wie in den Vorjahren, dieser Auffassung an.

4.2 Rechnungslegung

Die Jahresrechnung umfasst nach § 39 Abs. 1 GemHVO den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung.

Der Jahresrechnung sind gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO beizufügen:

1. eine Vermögensübersicht,
2. eine Übersicht über die Schulden und die Rücklagen,
3. ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht,
4. ein Rechenschaftsbericht.

B/2 W Die gesetzliche Frist zur Vorlage der Jahresrechnung wurde nicht eingehalten.

Gemäß § 93 GO NRW muss die Jahresrechnung dem Rat innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres zugeleitet werden.

Der kassenmäßige Abschluss für den Haushalt 2005 wurde am 20.04.2006 aufgestellt und trägt den Sichtvermerk des Kämmerers vom 24.04.2006. Gleiches gilt für den Abschluss der Auftrags- und Sonderhaushalte.

Die Haushaltsrechnung wurde durch den Stadtkämmerer am 25.04.2006 aufgestellt und vom Oberbürgermeister ebenfalls am 25.04.2006 festgestellt. Die Feststellung des Ergebnisses erfolgte früher als im Vorjahr, dennoch wurde die gesetzliche Frist nicht eingehalten.

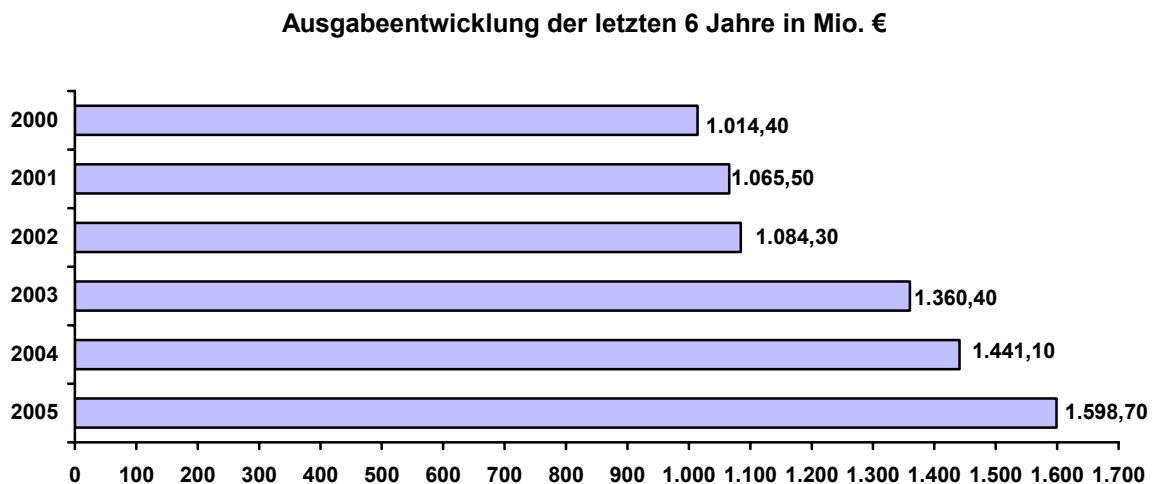
Die verspätete Rechnungslegung muss vom RPA zum wiederholten Male beanstandet werden.

Die Beanstandung wird durch 403 akzeptiert. Aufgrund hoher Arbeitsbelastungen zur Umstellung der Buchführung auf das NKF war eine fristgerechte Vorlage der Jahresrechnung nicht möglich.

4.3 Rechnungsergebnis

	Einnahmen	% des Gesamthaushaltes	Ausgaben	% des Gesamthaushaltes
Verwaltungshaushalt	1.007,7 Mio. €	88,6 %	1.468,8 Mio. €	91,9 %
Vermögenshaushalt	129,9 Mio. €	11,4 %	129,9 Mio. €	8,1 %
Gesamthaushalt	1.137,6 Mio. €	100 %	1.598,7 Mio. €	100 %

Die Ausgabeentwicklung des Gesamthaushaltes der letzten 6 Jahre stellt nachfolgende Grafik dar:



Das Ausgabevolumen des Gesamthaushaltes 2005 ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 10,9 % gestiegen. Gab es in der letzten Jahresrechnung noch eine Unterschreitung des Ansatzes bei den Ausgaben, so ist in der Jahresrechnung 2005 eine Überschreitung von 10 Mio. € festzustellen.

Die Überschreitung schlägt sich komplett im Vermögenshaushalt nieder. Der Ansatz des Verwaltungshaushaltes konnte hingegen um ca. 2,3 Mio. € unterschritten werden.

Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die Einzelpläne

Verwaltungshaushalt 2005

Einzelplan	Einnahmen €	Ausgaben €
0	35.488.628	71.287.797
1	21.124.016	50.529.091
2	4.586.370	71.299.996
3	12.016.005	58.656.553
4	95.405.780	329.601.563
5	6.937.209	49.122.886
6	23.560.615	195.447.688
7	126.413.078	132.260.474
8	28.036.887	9.778.092
9	654.208.712	500.870.137
Summe	1.007.777.300	1.468.854.277

Die Planung für den Verwaltungshaushalt 2005 ging von einem Fehlbedarf von rd. 520,0 Mio. € aus. Die Haushaltsrechnung weist ein Defizit von rd. 461,1 Mio. € aus.

Die Verbesserung des Rechnungsergebnisses von rd. 59,0 Mio. € beruht auf Mehreinnahmen von - saldiert – rd. 66,5 Mio. €. Demgegenüber stehen Mehrausgaben von - saldiert - rd. 0,5 Mio. €, die in Abzug zu bringen sind.

Mehreinnahmen entstanden im Wesentlichen bei folgenden Einnahmegruppen:

- Einnahmen der Sozialverwaltung 8,4 Mio. €
- Benutzungsgebühren rd. 4 Mio. €
- Konzessionsentgelte rd. 2,8 Mio. €
- Steuern 26,0 Mio. €
- Zuführung vom Vermögenshaushalt 17,4 Mio. €

Mindereinnahmen entstanden:

- beim Ersatz von Zinsaufwendungen in Höhe von rd. 1,6 Mio. € und bei den Zins-einnahmen zur Finanzierung des Schuldendienstes Klinikum Wuppertal GmbH
- beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 10,5 Mio. €

Vermögenshaushalt 2005

Einzelplan	Einnahmen €	Ausgaben €
0	0	3.391.120
1	1.482.485	3.148.033
2	9.010.445	9.805.907
3	1.910.571	3.873.622
4	789.900	4.094.976
5	1.039.267	4.449.409
6	6.229.719	24.244.340
7	1.485.113	8.197.822
8	1.668.757	29.590.357
9	106.339.791	39.160.462
Summe	129.956.048	129.956.048

Der Vermögenshaushalt 2005 schließt auf der Einnahmen- und Ausgabenseite mit jeweils rd. 130,0 Mio. € ab. Die Höhe der Kreditaufnahme betrug rd. 23,1 Mio. €. Die Einnahme- und Ausgabeerwartungen der Haushaltsplanung für 2005 lagen bei jeweils rd. 117,0 Mio. €. Der Kreditbedarf sollte 27,5 Mio. € betragen.

Die Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt betragen somit gegenüber dem Haushaltsplan rd. 13 Mio. €.

Die betragsmäßig größten Abweichungen haben sich bei folgenden Einnahme- und Ausgabegruppen ergeben:

Mehreinnahmen:

- Zuschuss v. Land zur Stärkung der Investitionskraft gem. § 33 GFG 2004/2005
8,0 Mio. €
- Sonderabführungen vom Verwaltungshaushalt 10,0 Mio. €

Minderausgaben:

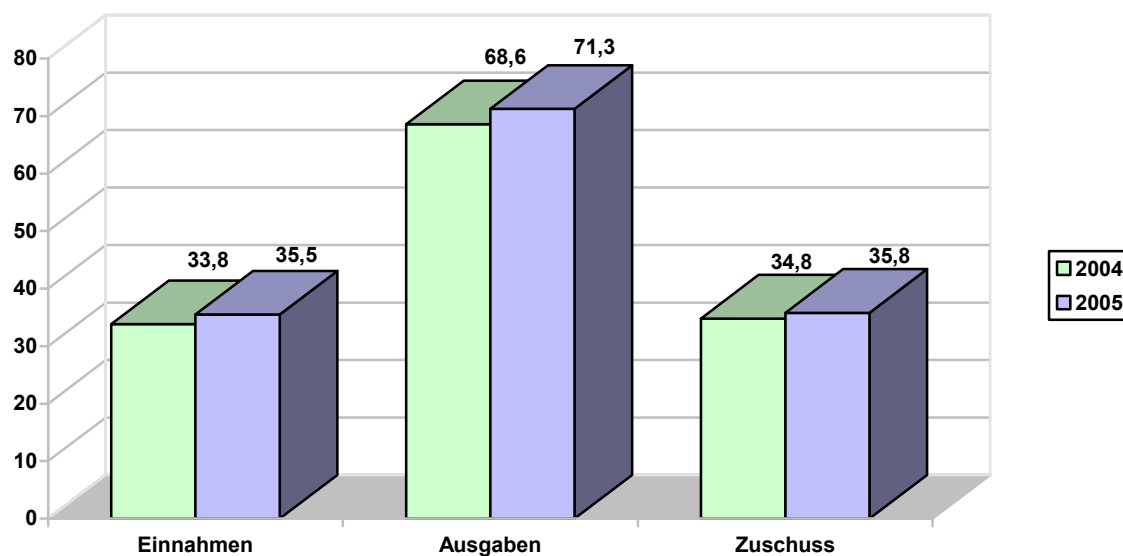
- Zinsen für Kassenkredite

5. Formalprüfung der Jahresrechnung

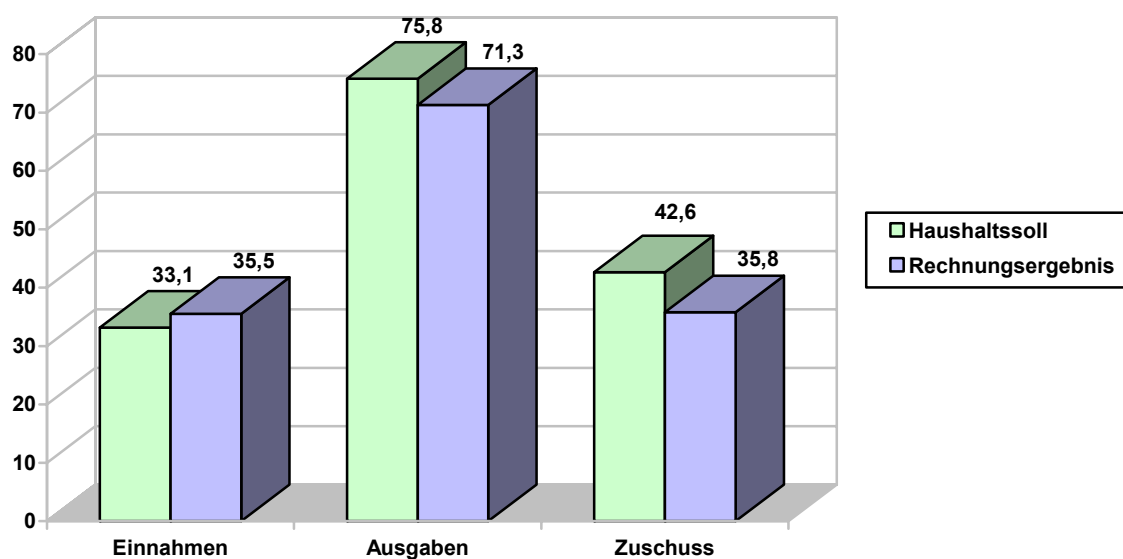
5.0 Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung

5.0.1 Verwaltungshaushalt (002.100)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)

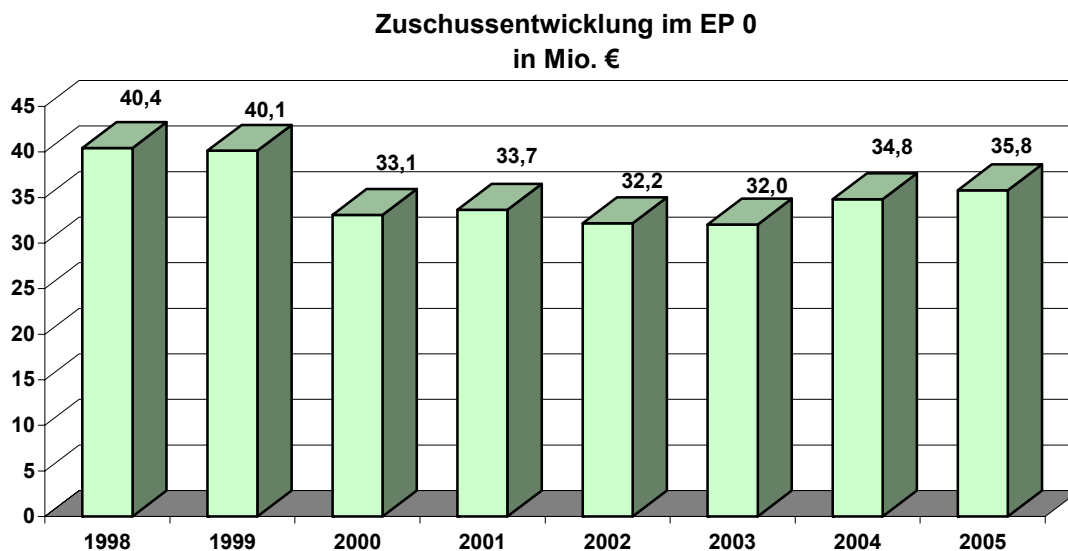


Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Allgemeine Vorbemerkungen zum EP 0

Zuschussentwicklung



Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist der Zuschussbedarf im EP 0 um 1,0 Mio. € bzw. 2,9 % gestiegen. Zwar stiegen im Vorjahresvergleich die Einnahmen um 1,7 Mio. € bzw. annähernd 5,0 %, andererseits erhöhten sich die Ausgaben um 2,7 Mio. € bzw. 3,9 % noch stärker.

Im Verhältnis zur Einnahmeerwartung weist das RE eine Verbesserung um 2,3 Mio. € auf. Von den Ausgabeermächtigungen im Verwaltungshaushalt des EP 0 in Höhe von 75,8 Mio. € wurden 71,3 Mio. € in Anspruch genommen und mithin eine Verbesserung um 4,5 Mio. € erzielt.

Steuerungsumlagen

Von den Einnahmen des EP 0 in Höhe von etwa 35,5 Mio. € stammen insgesamt 10,6 Mio. € aus den von anderen Leistungseinheiten aufzubringenden Steuerungsumlagen. Darin enthalten ist ein Beitrag der Eigenbetriebe in Höhe von 218 T-Euro.

Die Ausgaben der folgenden UA im EP 0 werden anteilig oder in Gänze durch die Steuerungsumlagen finanziert:

- UA 0000 Rat und Gremien,
- UA 0001 Geschäftsführung,
- UA 0090 Fraktionen,
- UA 0100 Rechnungsprüfungsamt,
- UA 0150 Antikorruptionsstelle,
- UA 0203 Schlüsselprojekte der Verwaltung,
- UA 0240 Presse- und Informationswesen,
- UA 0250 Gleichstellungsstelle,
- UA 0270 Regionalbüro,

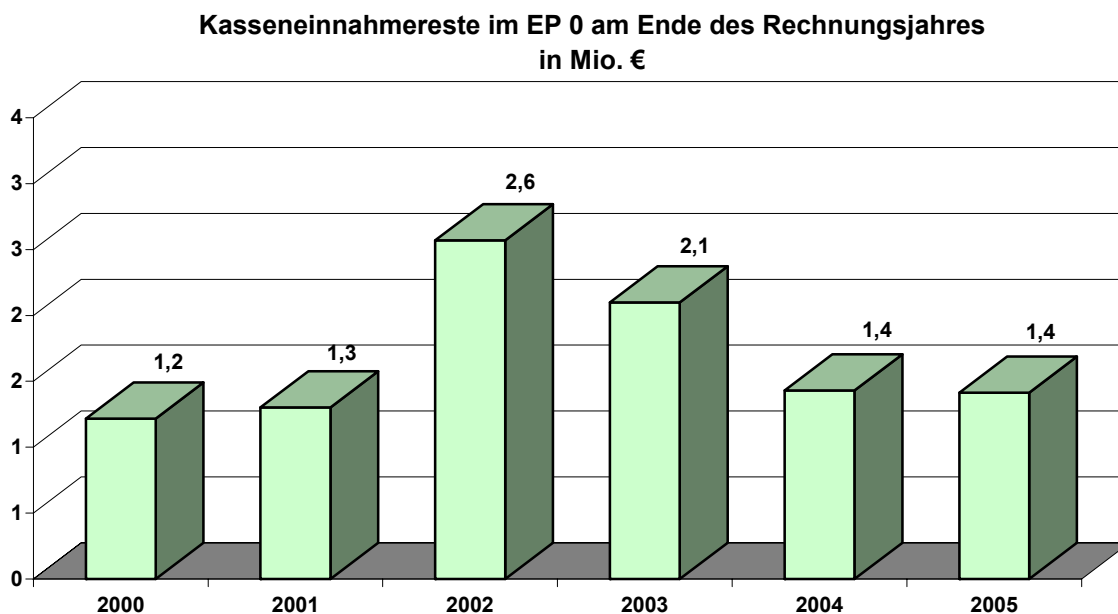
- UA 0300 Kämmerei,
- UA 0510 Statistik und Wahlen (Anteil Statistik),
- UA 0820 Personalvertretung.

Außerhalb des EP 0 wird der UA 7900 „Stadtmarketing und Stadtwerbung“ (EP 7) teilweise aus Steuerungsumlagen finanziert.

Von den Eigenbetrieben tragen die Einrichtungen mit gemeinnütziger Ausrichtung anders als im Vorjahr nicht mehr zum Aufkommen der Steuerungsumlage bei. Sowohl beim Eigenbetrieb Alten- und Pflegeheime (APH) als auch beim Eigenbetrieb Kinder- und Jugendwohngruppen (KIJU) wurde von einer Einbeziehung in das Umlageverfahren abgesehen. Steuerrechtlich besteht das Risiko, dass die Abführung einer allgemeinen Steuerungsumlage als verdeckte Gewinnabführung gewertet werden könnte mit der Folge einer Gefährdung des steuerlichen Prädikats der Gemeinnützigkeit. Aus diesem Grund fallen bei den o.a. Unterabschnitten die Einnahmen geringer aus als ursprünglich veranschlagt.

Kasseneinnahmereste

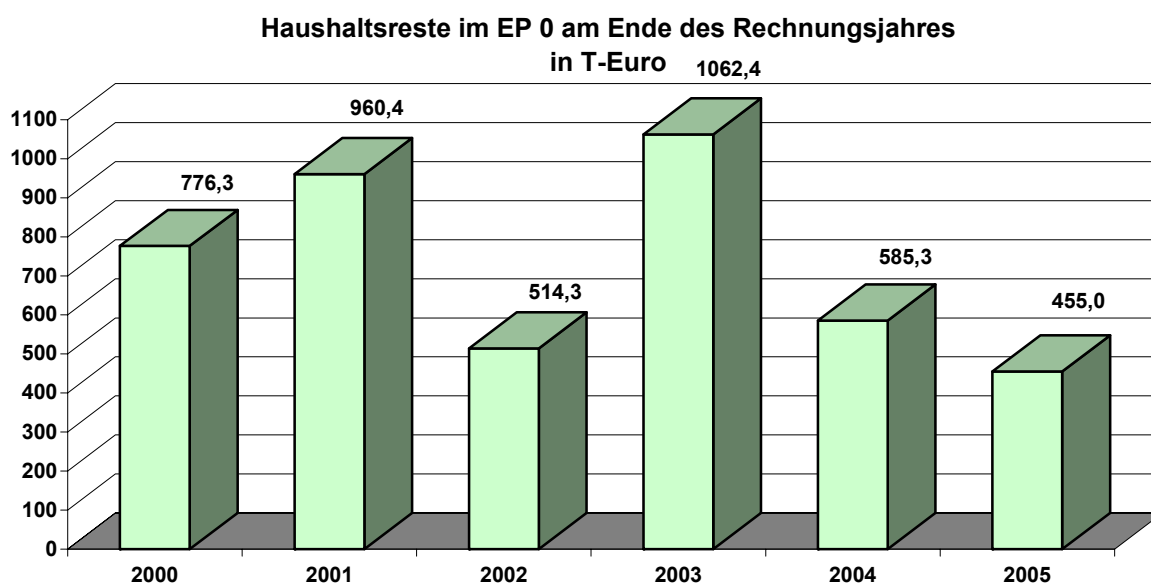
Im Verwaltungshaushalt des EP 0 bestanden am Ende des Rechnungsjahres 2005 Kasseneinnahmereste (KER) in Höhe von insgesamt 1,4 Mio. €.



Nach der Darstellung in der Rechnung hat sich die Höhe der KER gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert. Indessen sollte berücksichtigt werden, dass im UA 0810 am Ende des Berichtsjahres ein neuer KER in Höhe von 554 T-Euro gebildet worden ist. Darin enthalten ist ein doppelt zum Soll gestellter Betrag in Höhe von 287 T-Euro, der im Jahr 2006 abgesetzt worden ist. Ohne die doppelte Buchung wäre auch im Jahr 2005 die Summe der KER im EP 0 erneut zurückgegangen.

Haushaltsreste

Zum Ende des Rechnungsjahres 2005 wurden im Verwaltungshaushalt des EP 0 Haushaltsausgabereste in Höhe von 455 T-Euro gebildet. Im Vorjahr betrug die Höhe der Haushaltsreste 585 T-Euro, wovon während des Haushaltsjahres 2005 zusammen 491 T-Euro zum Soll gestellt, 25 T-Euro abgesetzt und - gemäß dem ausgedruckten Rechnungsergebnis - 69 T-Euro übertragen worden sind. Allerdings handelt es sich beim letztgenannten Betrag nicht um eine gegen § 19 Abs. 2 GemHVO NRW a.F. verstoßende erneute Übertragung von Haushaltsausgaberesten, sondern um ein SAP-Darstellungsproblem.



Textliche Erläuterungen im SAP-Verfahren

Die von einigen für den EP 0 verantwortlichen Leistungseinheiten in das SAP-Verfahren eingestellten textlichen Erläuterungen sollten aussagekräftiger gestaltet werden. Dies könnte einerseits die Prüfungsdurchführung erleichtern und beschleunigen sowie andererseits allen am Buchungsverfahren beteiligten Dienststellen mehr Transparenz verschaffen. Beispiele: Haushaltsstelle 0000-401.0000 „Aufwands-/ Verdienstausfallentschädigung usw. für Bezirksvertreter“, 0090-669.0000 „an die Fraktionen des Rates und der Bezirksvertretungen“, 0230-165.0300 „von Eigengesellschaften für Leistungen“.

TVöD-Einführung

Trotz der Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum 01.10.2005, der nicht mehr zwischen Angestellten und Arbeitern/Arbeiterinnen unterscheidet, wird im vorliegenden Schlussbericht in der Regel weiterhin von Angestellten und Arbeitern bzw. Arbeiterinnen ausgegangen. Künftig werden beide Gruppen als „TVöD-Beschäftigte“ bezeichnet.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 0000 Rat und Gremien (002.100; R 000)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.537.810	1.522.039	-1,0	1.531.788	-0,6
Ausgaben	1.907.134	1.767.757	-7,3	1.845.583	-4,2
Differenz	-369.324	-245.718		-313.795	

Der Zuschussbedarf für den UA 0000 fiel niedriger aus als erwartet. Gegenüber dem RE 2004 konnte ebenfalls eine Verbesserung erreicht werden. Die Einnahmen stammen im Wesentlichen aus den Steuerungsumlagen der Verwaltung und der Eigenbetriebe, wobei die Abweichung zum Ansatz aus dem Wegfall der APH- und KI-JU-Umlagen herrührt (vgl. hierzu die Erläuterung auf Seite 16).

Bei der Betrachtung der Ausgabenhöhe muss zum einen das Ergebnis der Kommunalwahlen am 26.09.2004 berücksichtigt werden. Da zur Herstellung eines vollständigen Verhältnisausgleichs zusätzliche Mandate vergeben werden mussten, umfasst der Rat der Stadt nunmehr 74 statt der 66 Mitglieder gemäß § 3 Abs. 2 a des Kommunalwahlgesetzes NRW (ohne Verhältnisausgleich). Im Jahr 2004 wirkte sich das Kommunalwahlergebnis lediglich auf das letzte Quartal Ausgaben erhöhend aus. Zum anderen wurden die Aufwandsentschädigungen für den Monat Januar 2005 bereits im Dezember 2004 ausgezahlt und sind mithin im RE 2004 enthalten. Da im Laufe des Jahres 2005 die Auszahlung der Aufwandsentschädigungen auf eine nachträgliche Leistung umgestellt worden ist, fehlt im RE eine entsprechende Zahlung für den Monat Dezember. Die Entschädigungen für Ratsmitglieder, sachkundige Bürger/-innen bzw. Einwohner/-innen und Bezirksvertreter/-innen lagen deshalb um rund 80 T-Euro niedriger als im Vorjahr.

Gegenüber den Ausgabeermächtigungen wurden Einsparungen vor allem bei den Ausgaben für Mieten und Betriebskosten (8 T-Euro weniger als veranschlagt), für Paten- und Partnerschaften (18 T-Euro weniger als geplant) und für Sachkosten bei Veranstaltungen und Repräsentationen (12 T-Euro weniger) erzielt.

Die deutliche Steigerung bei den Ausgaben zur Bezahlung von Leistungen der Datenverarbeitung und Druckerei (RE 2004: 139 T-Euro, RE 2005: 213 T-Euro) ist auf eine Zusammenfassung von Arbeitsplatzrechnern aus anderen Bereichen des GB 0 (z.B. Presseamt) zurückzuführen. Aus Zeitgründen wurde keine Aufteilung vorgenommen; dies soll nach Durchführung der Inventur zukünftig jedoch erfolgen.

UA 0001 Geschäftsführung (002.100; R 001)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	951.340	940.901	-1,1	935.532	0,6
Ausgaben	960.893	923.392	-3,9	857.376	7,7
Differenz	-9.553	17.509		78.156	

Die Einnahmen stammen in Gänze aus den Steuerungsumlagen der Verwaltung und der Eigenbetriebe. Auf die Ausführungen auf Seite 16 wird hingewiesen. Bei den Ausgaben handelt es sich vor allem um Personalausgaben. Die gegenüber der Veranschlagung und dem Vorjahresergebnis höheren Personalkosten für Angestellte und Arbeiter konnten durch geringere Ausgaben für beamtete Kräfte nicht kompensiert werden. Die Sachausgaben bewegten sich im Rahmen der Ausgabeermächtigungen, eine nennenswerte Einsparung ist bei den Portoausgaben zu verzeichnen (6 T-Euro weniger als eingeplant).

UA 0090 Fraktionen (002.100; R 001)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.072.410	1.060.648	-1,1	1.073.116	-1,2
Ausgaben	1.677.468	1.676.751	0,0	1.263.619	32,7
Differenz	-605.058	-616.103		-190.504	

Die Finanzierung erfolgt ausschließlich durch die Steuerungsumlagen (s. hierzu auch die Anmerkungen auf S. 16). Im Vergleich zum RE 2004 ergibt sich eine Ausgabesteigerung um 413 T-Euro. Dafür ausschlaggebend waren zu einem Teil die Auswirkungen der Kommunalwahlen am 26.09.2004. Nunmehr sind sechs Fraktionen mit Anspruch auf entsprechende Zuschüsse im Rat der Stadt vertreten, im bisherigen Stadtrat gab es lediglich vier. Die Anzahl der Fraktionen in den Bezirksvertretungen erhöhte sich von früher 21 (KW 1999) um zehn auf nunmehr 31 (KW 2004). Infolge höheren Raumbedarfs stiegen im Vorjahresvergleich die an den Eigenbetrieb GMW abzuführenden Mieten und Betriebskosten für die Fraktionsgeschäftsstellen (etwa 10 T-Euro mehr als nach dem RE 2004). Außerdem wurden erstmals für die Leistungen der Nachrichtentechnik rund 15 T-Euro außerplanmäßig bereitgestellt und verrechnet.

Zum anderen beruhen die höheren Ausgaben gegenüber dem RE 2004 auf der vorgezogenen Auszahlung von Fraktionszuwendungen.

B/3 Zuwendungen an die Fraktionen wurden zu früh ausgezahlt.

Die Fraktionen erhielten im Berichtsjahr nicht nur die Zuwendungen für den Zeitraum Januar bis Dezember, sondern auch bereits die Pauschalen für den Monat Januar 2006. Gegen eine Vorauszahlung von Fraktionszuwendungen gemäß § 56 Abs. 3 GO bestehen zwar im Prinzip keine Bedenken. Es ist indessen kein Grund ersichtlich, die Fälligkeit für diese Vorauszahlungen in Höhe von zusammen 127 T-Euro auf den 13.12.2005 zu terminieren. Die Stadtkasse zahlte den Fraktionen die Beträge bereits am 14.12.2005 aus, etwa zwei Wochen eher als erforderlich. In der Verfügung des Stadtkämmerers zum Rechnungsabschluss 2005 wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass alle Finanzpositionen bis zum letzten Buchungstag 2005 bebucht würden. Nach Mitteilung des Büro OB wurde die Auszahlungsanordnung für den Monat Dezember 2005 versehentlich ohne Terminvorgabe an die Stadtkasse weitergeleitet. Zukünftig soll die Auszahlungsanordnung für die Dezemberabrechnung mit Terminvorgabe auf den vorletzten Werktag des Monats ausgefertigt werden.

UA 0100 Rechnungsprüfungsamt (002.100; R 002)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.568.510	1.551.365	-1,1	1.543.013	0,5
Ausgaben	1.739.937	1.822.234	4,7	1.708.410	6,7
Differenz	-171.427	-270.869		-165.398	

Bis auf etwas mehr als 1.000 €, die für die Wahrnehmung besonderer Prüfaufgaben erlöst wurden, finanziert sich das RPA ausschließlich über die Steuerungsumlage (s. hierzu auch Anmerkungen auf Seite 16). Die sowohl im Vorjahresvergleich als auch gegenüber der Planung höheren Ausgaben sind auf die Einstellung von zwei neuen Prüfern zur Aufrechterhaltung der begleitenden Prüfung für die Projekte „Regionale 2006“ und „NKF-Einführung“ zurückzuführen. Die höheren Personalkosten konnten nicht durch entsprechende Einsparungen bei den Sachausgaben abgefangen werden.

Die textliche Bezeichnung der Haushaltsstelle 0100-168.0000 in der Haushaltsrechnung ist nicht richtig (vgl. Bezeichnung in den Haushaltsplänen).

UA 0150 Antikorruptionsstelle (002.100; R 002)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	270.040	266.982	-1,1	264.790	0,8
Ausgaben	304.851	302.200	-0,9	292.464	3,3
Differenz	-34.811	-35.217		-27.674	

Die Einnahmen werden durch die Steuerungsumlage gebildet, die Ausgaben bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen, die bei unverändertem Personalbestand um etwa 5 T-Euro über dem Vorjahresniveau lagen. Mehrausgaben waren außerdem für die Bezahlung von Leistungen der Nachrichtentechnik erforderlich.

UA 0200 Infrastruktur (002.100; R 401)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	273.050	266.078	-2,6	264.390	0,6
Ausgaben	2.446.518	2.349.156	-4,0	2.062.785	13,9
Differenz	-2.173.468	-2.083.078		-1.798.395	

Die von Eigenbetrieben, städtischen Gesellschaften und kostenrechnenden Einrichtungen der Verwaltung für Leistungen der zentralen Dienste (Telefonzentrale, zentrale Poststelle) an den UA 0200 abgeführten Beträge lagen um 7 T-Euro niedriger als veranschlagt (s. hierzu auch Anmerkung auf Seite 16). Im Vergleich zu 2004 erhöhten sich die Ausgaben um 286 T-Euro; sie blieben aber um 97 T-Euro hinter dem Haushaltsansatz zurück.

Die im Vorjahresvergleich höheren Ausgaben sind vor allem zurückzuführen auf gestiegene Personalkosten. Hier wirkte sich die Eingliederung der früher beim SB 206 Schulen angesiedelten Beschaffungsstelle für Schulinventar und Lehrmittel in das Team Zentraleinkauf bei 401.10 aus.

Einzelaspekte:**xxxx-650.0900 Bürobedarf**

Über den zum Bereich Infrastruktur zählenden Zentraleinkauf können die Leistungseinheiten seit Ende 2003 ihren Bürobedarf online selbst bestellen. Insgesamt wandten die Ressorts und Stadtbetriebe im Berichtsjahr über ihre Haushaltsstelle xxxx-650.0900 für Bürobedarf 85 T-Euro auf, mithin 9 T-Euro bzw. 9,7 % weniger als im Jahr 2004. Im Jahr 2003 wurden bei derselben Haushaltsstelle für Bürobedarf noch

153 T-Euro verausgibt. Die RE der Jahre 2004 und 2005 lassen darauf schließen, dass das elektronische Bestellverfahren durch die Leistungseinheiten zu Kosteneinsparungen geführt hat.

xxxx-651.0900 Vordrucke, Druckereibedarf

Insgesamt wurden aus den Haushaltspositionen dieser Untergruppe 165 T-Euro ausgegeben, etwa 8 T-Euro bzw. 4,8 % weniger als nach dem RE 2004.

xxxx-652.0900 Porto (9340-652.0900)

Von der zentralen Poststelle wurden die Budgets der Ressorts und Stadtbetriebe mit Portokosten in Höhe von zusammen 1,5 Mio. € belastet (ohne Portoaufwendungen für die Durchführung der Wahlen usw. sowie ohne erstattete Portokosten von Eigenbetrieben, städtischen Gesellschaften und anderen Nutzern der zentralen Poststelle). Gegenüber 2004 sind die umgelegten Portokosten mithin um 338 T-Euro bzw. 18,3 % zurückgegangen. Wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen hat die Einrichtung der ARGE. Im UA 4070, der u.a. mit den Portoausgaben der früheren Sozialhilfverwaltung belastet worden ist, lagen die Portoausgaben im Berichtsjahr um 180 T-Euro niedriger als 2004. Um etwa 77 T-Euro gingen die Portoausgaben im Bereich der Ordnungsaufgaben (UA 1100) zurück.

Lt. Stellungnahme von R 401 sei durch Auftragsvergaben an private Zusteller sowie Ausweitung des bestehenden Vertrags über die Zustellung von Postzustellungsurkunden eine Minderausgabe in Höhe von rd. 100 T-Euro erwirtschaftet worden.

**0200-655.0000 Für Beratungsleistungen bei der Einführung
E-Procurement**

H Die Rechnung einer Unternehmensberatung in Höhe von 26 T-Euro hätte nicht aus der Haushaltsstelle 0200-655.0000 finanziert werden dürfen.

Für Beratungsleistungen im Rahmen der geplanten Einrichtung eines städtischen Service-Centers wurden 26 T-Euro an eine Unternehmung geleistet, die für eine weitere Dienstleistung für dasselbe Projekt 31 T-Euro aus der Haushaltsstelle 0203-583.0001 „Sachausgaben für das Schlüsselprojekt Prozessoptimierung“ erhielt. Beide Zahlungen hätten aus einer Position erfolgen müssen (vgl. analog § 7 Abs. 4 GemHVO). Bei den Mitteln in der Haushaltsstelle 0200-655.0000 handelte es sich um Reste, die lt. Begründung des Inreststellungsantrags für eine verstärkte Anbindung neuer Warengruppen an das E-Procurementsystem vorgesehen waren.

UA 0201 Geschäftsbereichsleitung 4 Zentrale Dienstleistungen (002.100)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	2.000	/	0	/
Ausgaben	490.805	429.494	-12,5	429.559	0,0
Differenz	-490.805	-427.494		-429.559	

Der UA bildet die Personal- und Sachkosten des Geschäftsbereichsleiters nebst Büroassistenten ab. Die Ausgaben bewegten sich auf Vorjahresniveau, die Ausgabeermächtigung wurde nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

UA 0202 Customer Competence Center (002.100; 400)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	2.135.731	1.900.085	-11,0	1.770.907	7,3
Differenz	-2.135.731	-1.900.085		-1.770.907	

Im UA 0202, der vor 2004 mit „Einführung SAP“ bezeichnet war und nunmehr die finanzielle Abwicklung der fachlichen Betreuung des SAP-Verfahrens wiedergibt, sind die Ausgaben gegenüber dem RE 2004 um ca. 130 T-Euro gestiegen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Höhe der Ausgaben im Jahr 2004 von einem rechnerischen Effekt in Höhe von 136 T-Euro aufgrund einer nur teilweisen Inanspruchnahme von Haushaltsresten beeinflusst wurde.

Während höhere Ausgaben vor allem für das Personal (+ 32 T-Euro gegenüber dem Vorjahr) und für innere Verrechnungen (Leistungen der Nachrichtentechnik + 11 T-Euro, Leistungen der Datenverarbeitung und Druckerei + 13 T-Euro) anfielen, wurden geringere Ausgaben in erster Linie bei folgenden Haushaltsstellen verzeichnet: 0202-583.0000 „Betriebskosten an das externe Rechenzentrum“ – 34 T-Euro gegenüber 2004, 0202-583.0001 „Software –Wartung und Pflege“ – 44 T-Euro im Vergleich zum RE 2004.

Die Ausgabeermächtigungen bei den Positionen 0202-562.0000 „Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen“ und 0202-583.0002 „Externe Beratung“ wurden nur teilweise in Anspruch genommen und insoweit zusammen ca. 54 T-Euro eingespart.

UA 0203 Schlüsselprojekte der Verwaltung (002.100; 400)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	499.800	494.212	-1,1	552.267	-10,5
Ausgaben	808.354	679.305	-16,0	842.291	-19,4
Differenz	-308.554	-185.092		-290.024	

Dargestellt wird die haushaltsmäßige Abwicklung von Schlüsselprojekten der Verwaltung. Die Einnahmen dieses UA stammen gänzlich aus den Steuerungsumlagen, die gegenüber dem Vorjahr im Umfang gekürzt worden sind (s. auch Anmerkungen auf Seite 16).

Der Rückgang der Ausgaben sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch im Verhältnis zur Ausgabeermächtigung kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass bereitgestellte Mittel nicht in voller Höhe in Anspruch genommen worden sind. Dies gilt insbesondere für die Positionen 0203-583.0000 „Sachausgaben für das Projekt Aufgabenkritik“ (46 T-Euro nicht in Anspruch genommen), 0203-583.0003 „Sachausgaben für das Schlüsselprojekt Internet“ (21 T-Euro) und 0203-655.0000 „für Beratungsleistungen des I+K-Beauftragten etc.“ (24 T-Euro zurückgegeben). Ferner fielen für interne Dienstleistungen weniger Ausgaben an als geplant.

Trotz der Einrichtung eines eigenen UA 0208 für die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurde letztmalig 2005 auch die Haushaltsstelle 0203-583.0006 „Sachausgaben zur Einführung NKF“ genutzt. Daraus wurden vorbereitende Arbeiten (interne und externe Schulungsmaßnahmen und Qualifizierungen, Schulungsmaterialien, Fachliteratur usw.) finanziert, darunter auch die Anschaffung eines die Inventur unterstützenden Barcodesystems für 7.540,- €. Es handelt sich dabei um ein Anlagegut, das aus einer Vermögenshaushaltsstelle hätte finanziert werden müssen (ggf. aus einer Außerplanstelle, vgl. 0208-935.0000 „Beschaffung von Geräten zur technischen Büroausstattung“).

Im Berichtsjahr fanden Vorarbeiten zum Projekt „Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal“ statt. Im Rahmen der begleitenden Prüfung war das RPA beteiligt. Mit der Einrichtung eines zentralen Service-Centers sollen u.a. die telefonische Erreichbarkeit der Stadtverwaltung verbessert, der Vollzug standardisierter Verwaltungstätigkeiten optimiert und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Für die Beauftragung externer Beratungsunternehmen wurden 2005 insgesamt 57 T-Euro verausgabt, darunter 26 T-Euro aus dem UA 0200 (s. dort). Damit wurden eine vierwöchige Messung des ankommenden externen Telefonaufkommens bei allen am städtischen Leitungsnetz angeschlossenen Leistungseinheiten und erste Betrachtungen zur Frage der Wirtschaftlichkeit eines Service-Centers finanziert.

UA 0208 Einführung Neues Kommunales Finanzmanagement (002.100; 400)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	860.688	482.024	-44,0	0	/
Differenz	-860.688	-482.024		0	

Dieser UA wurde im April 2005 neu eingerichtet, um die Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen neuen kommunalen Haushaltsmanagements (NKF) zu finanzieren (s. Ratsdrucke Nr. VO/0135/05). Die außerplanmäßig zur Verfügung gestellten Mittel wurden im Berichtsjahr nur teilweise in Anspruch genommen. Zum einen fielen die Personalkosten um ca. 83 T-Euro niedriger aus als veranschlagt, zum anderen wurde im Bereich der Sachkosten weniger als geplant verausgabt. Für externe Beratung wurden in 2005 lediglich 285 T-Euro benötigt statt der kalkulierten 491 T-Euro. Zur Deckung von Schulungskosten waren 73 T-Euro bereitgestellt, die lediglich in Höhe von etwa 20 T-Euro genutzt worden sind. Weitere Seminarkosten im Zusammenhang mit der NKF-Einführung wurden allerdings noch bei der Finanzposition 0203-583.0006 verbucht.

UA 0210 Personal und Organisation (002.100; R 404)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.547.300	3.031.462	-14,5	3.391.172	-10,6
Ausgaben	6.477.860	5.627.781	-13,1	5.846.954	-3,7
Differenz	-2.930.560	-2.596.318		-2.455.782	

Bei der Bewertung der RE im UA 0210 gilt es insbesondere zu berücksichtigen, dass seit dem 01.08.2004 das Firmenticket 2000 FS grundsätzlich nicht mehr über die Personalverwaltung, sondern unmittelbar zwischen Verkehrsunternehmen und Nutzerinnen und Nutzern abgerechnet wird. Für die Weitergabe des Tickets an die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren im Doppelhaushalt 2004/2005 jährliche Einnahmen in Höhe von 500 T-Euro eingeplant worden. Bedingt durch die Verfahrensänderung gingen im Berichtsjahr lediglich 3 T-Euro ein, im Vorjahr waren es noch 235 T-Euro gewesen. Ferner waren für den Erwerb des Firmentickets ursprünglich Ausgaben ebenfalls in Höhe von 500 T-Euro veranschlagt worden. Im Jahr 2005 wurden für den Ticketkauf 3 T-Euro aufgewandt gegenüber 241 T-Euro im Vorjahr.

Entsprechend dem Rückgang der Leistungsempfänger/-innen durch Sterbefälle sind die vom Land an die Stadt geleisteten Anteile an der Versorgung ehemaliger Beamter und Polizeibeamter bzw. deren Hinterbliebenen niedriger ausgefallen und auch in geringerem Umfang als veranschlagt eingegangen (Ansatz 257 T-Euro, RE 2005: 187 T-Euro, RE 2004: 231 T-Euro).

Aus dem Verkauf von Parktickets konnten 51 T-Euro Erlöst werden, deutlich mehr als in den Jahren 2004 mit 39 T-Euro und 2003 mit 24 T-Euro. Die Einnahmeerwartung bei dieser Haushaltsstelle betrug 23 T-Euro.

Außer der bereits beschriebenen Auswirkung der Verfahrensänderung beim Firmenticket 2000 soll auf folgende Veränderungen im Bereich der Ausgaben im UA 0210 hingewiesen werden. An der Versorgung ehemaliger Kräfte der Stadtverwaltung, die zu einem anderen Dienstherrn wechselten, musste sich die Stadt Wuppertal mit 147 T-Euro beteiligen, 58 T-Euro mehr als im Vorjahr und 76 T-Euro mehr als kalkuliert. Die aus dem UA 0210 zu zahlenden Umlagen zur gesetzlichen Unfallversicherung (s. auch UA 230) betrugen 621 T-Euro und lagen um 77 T-Euro niedriger als im Vorjahr. Gegenüber der Ausgabebemächtigung konnten 109 T-Euro eingespart werden.

Ausgewählte Personalausgaben in der Gesamtverwaltung lt. Gruppierungsübersicht

RE ausgewählter Personalausgaben in Mio. €

Merkmal (Gruppierungs-Nr.)	2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005			
			Mio. €	Ansatz 1) Mio. €	Differenz RE/Ansatz 1)	
					Mio. €	%
410 Bezüge Beamte	42,841	43,529	43,787	45,147	-1,360	-3,0
411 Pensionsrückstell.	0,343	0,343	0,348	0,371	-0,023	-6,3
414 Angestelltenvergüt.	84,597	92,941	95,066	95,201	-0,135	-0,1
415 Arbeiterlöhne	12,875	13,663	13,508	14,291	-0,783	-5,5
434 Versorg. Angest.	4,817	5,322	6,686	4,775	1,911	40,0
435 Versorg. Arbeiter	0,751	0,793	0,965	0,738	0,227	30,7
444 Sozialversich. Ang.	17,565	19,067	19,299	19,645	-0,346	-1,8
445 Sozialversich. Arb.	2,677	2,819	2,765	2,957	-0,192	-6,5

1) Originalbudget

Anmerkung: Weitere ausgewählte Personalausgaben sind im UA 0810 dargestellt.

- Allgemeines

Hinsichtlich der Vergleichbarkeit der in der Übersichtstabelle aufgeführten Werte ist anzumerken, dass zur Ermittlung der Rechnungsergebnisse für das Jahr 2003 lediglich die Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhne der 11 Monate Januar bis November herangezogen wurden (s. nachfolgend Einzelaspekte). Diese nach Ansicht der Rechnungsprüfung rechtlich nicht zulässige Maßnahme wirkte sich auch bei den Beiträgen für die Versorgungskassen und für die gesetzliche Sozialversicherung aus.

Für die städtischen Kräfte, die im Bereich der ARGE frühere Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit wahrnehmen, erstattet der Bund die Personalkosten (vgl. Einnahmepositionen 4051-163.0000 und 4051-163.0100).

Des Weiteren hat sich bei den Personalausgaben die Gründung der Wuppertal Marketing GmbH (selbstständig ab September 2005) - wenn auch vergleichsweise geringfügig - ausgewirkt. Die für den Zeitraum September bis Dezember 2005 angefallenen Personalkosten in Höhe von 229 T-Euro mindern zwar die RE bei den Untergruppen der Personalausgaben. Andererseits ist dieser Betrag im Zuschuss an die Gesellschaft enthalten (Haushaltsstelle 7900-715.0200, RE 296 T-Euro).

- Dienstbezüge für Beamte einschl. Pensionsrückstellungen (Untergruppen 410 und 411)

An Dienstbezügen für Beamte und Beamtinnen mussten im Berichtsjahr 43,8 Mio. € aufgewendet werden, ca. 260 T-Euro bzw. 0,6 % mehr als im Vorjahr. Gegenüber den im Haushaltsplan veranschlagten Dienstbezügen konnten 1,36 Mio. € bzw. 3,0 % eingespart werden. Hierbei haben sich u.a. die Streichung des Urlaubsgeldes und die Absenkung des Weihnachtsgeldes (Sonderzuwendung) ebenso ausgewirkt wie das Ausbleiben einer Besoldungserhöhung und der „Beförderungsstopp“. Die nach § 12 Abs. 3 i.V.m. § 5 des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EFoG -) für im Dienst befindliche Beamtinnen und Beamte vorgeschriebene Zuführung an die Sonderrücklage „Pensionsrückstellungen“ betrug 348 T-Euro und wurde richtig ermittelt (zur Versorgungsrücklage siehe auch Ausführungen beim UA 0810).

- Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhne einschl. Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Untergruppen 414, 415, 444 und 445)

Angestellte und Arbeiter/-innen erhielten im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von zusammen 108,6 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich diese Ausgaben um annähernd 2 Mio. € bzw. 1,8 %. Gegenüber den veranschlagten Ausgaben stellt dies eine Verminderung um 0,9 Mio. € bzw. 0,8 % dar, wobei die prozentuale Einsparung bei den Arbeiterlöhnen mit 5,5 % vergleichsweise höher ausfiel. Angestellte und Arbeiter erhielten im Berichtsjahr zusätzlich eine Einmalzahlung in Höhe von 300,- € (Auszubildende: 100,- €).

- Beiträge zu Versorgungskassen für Angestellte und Arbeiter/-innen (Untergruppen 434, 435)

Auffällig gestiegen sind die Ausgaben für die Zusatzversorgungskasse (ZVK). Für die Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter waren insgesamt 1,5 Mio. € bzw. 25,1 % mehr als im Vorjahr und 2,1 Mio. € bzw. 38,8 % mehr als im Haushaltsplan vorgesehen aufzubringen. Ursächlich für diese Entwicklung war die Erhöhung der Sanierungsgelder für die Zusatzversorgungseinrichtungen von früher 1 % auf nunmehr 2,5 % der ZVK-pflichtigen Entgelte. Die ursprünglich für den 01.01.2006 vorgesehene Erhöhung wurde um ein Jahr vorgezogen.

Einzelaspekte:

Die Ausgaben nicht nur des UA 0210, sondern sämtlicher UA mit Personalausgaben für Angestellte und Arbeiter/-innen werden durch eine fehlerhafte Verbuchung der Dezembervergütungen beeinflusst.

xxxx-414.0000	Angestelltenvergütungen
xxxx-415.0000	Arbeiterlöhne
und andere	

B/4 W Die Ermittlung der RE 2005 bei den Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhnen verstößt insoweit gegen die Regelungen der §§ 41 und 42 GemHVO (a.F.) in Verbindung mit § 34 GemKVO, als nicht die für die Monate Januar bis Dezember 2005, sondern die im Zeitraum von Dezember 2004 bis zum November 2005 zum Soll gestellten Beträge berücksichtigt worden sind.

Es handelt sich um eine Wiederholung der Beanstandung aus dem Schlussbericht zur Rechnungsprüfung 2004. Wie im Vorjahr wurden zur Bildung des RE nicht die Gehaltszahlungen für die Monate Januar bis Dezember, sondern die geleisteten Vergütungen im Zeitraum Dezember des Vorjahres bis November des Berichtsjahres aufgerechnet.

Die Verwaltung nahm die tarifvertraglich erstmals für den Monat Dezember 2003 mögliche Verschiebung des Zahltags für die Vergütungen der Angestellten und die Arbeiterlöhne vom 15. auf den Monatsletzten zum Anlass, die Dezemberzahlungen aus dem Haushalt des folgenden Jahres zu finanzieren. Dadurch flossen in das RE 2003 lediglich 11 Monate ein, was zu einer um ca. 7,3 Mio. € günstigeren Darstellung führte (s. auch Übersichtstabelle auf Seite 26). Die Beanstandung der Rechnungsprüfung werden vom Kämmerer nach wie vor nicht anerkannt (zu den unterschiedlichen Auffassungen vgl. die Ausführungen im Schlussbericht zur Rechnungsprüfung 2003).

Zwar umfassen die RE 2004 und 2005 in der Summe nunmehr 12 Abrechnungsmo-nate und geben mithin eine realistische Größenordnung wieder. Das RPA bleibt in-dessen bei seiner Auffassung, wonach das RE bei den Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhnen trotz des verschobenen Zahlungstermins aus den Monaten Januar bis Dezember gebildet werden muss. Nach 24 Abs. 1 TVöD (vor dem 01.10.2005 § 36 Abs. 1 BAT, der vorsah, dass die Zahlungsempfänger/-innen am Zahltag über das Entgelt verfügen mussten; für Arbeiterinnen und Arbeiter galt eine vergleichbare Re-gelung) ist der Zahltag für das Tabellenentgelt und die in Monatsbeträgen festgeleg-ten Entgeltbestandteile der letzte Tag des laufenden Monats. Die Vergütungen für Dezember 2005 waren also im Jahr 2005 fällig und hätten in das RE 2005 einbezo-gen werden müssen. Die Verwaltung hat hingegen die Dezember-Gehaltszahlungen für Tarifbeschäftigte aus dem Haushalt 2006 finanziert.

xxxx-654.0900**Dienstfahrten**

Für aus den Haushaltsstellen xxxx-654.0900 finanzierte Dienstfahrten wurden in der Gesamtverwaltung 311 T-Euro verausgabt. Die Ausgabeermächtigung in Höhe von 434 T-Euro musste nicht in Gänze in Anspruch genommen werden. Gegenüber dem Vorjahr gingen die verwaltungsweiten Ausgaben für die aus der Untergruppe 654.0900 finanzierten Dienstfahrten um ca. 15 T-Euro bzw. 4,6 % zurück. Der für das Berichtsjahr kalkulierte Dienstfahrten-Mehraufwand durch Wegfall der Ticketzuschussung (Erwerb von 4er-Tickets für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes, Haushaltsstelle 0210-654.0300) blieb mit 18 T-Euro in etwa auf Vorjahresniveau, aber deutlich unter dem Ansatz von 28 T-Euro.

UA 0211 Ausbildung (002.100; R 404)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	1.788.835	1.761.948	-1,5	1.761.158	/
Differenz	-1.788.835	-1.761.948		-1.761.158	

In diesem UA werden die Personalkosten (einschließlich Dienstfahrten, Kosten der Nachrichtentechnik, Steuerungsumlage) für die Auszubildenden der Stadtverwaltung Wuppertal nachgewiesen. Die Ausgaben des Jahres 2005 lagen auf Vorjahresniveau und blieben geringfügig hinter der Ausgabeermächtigung zurück.

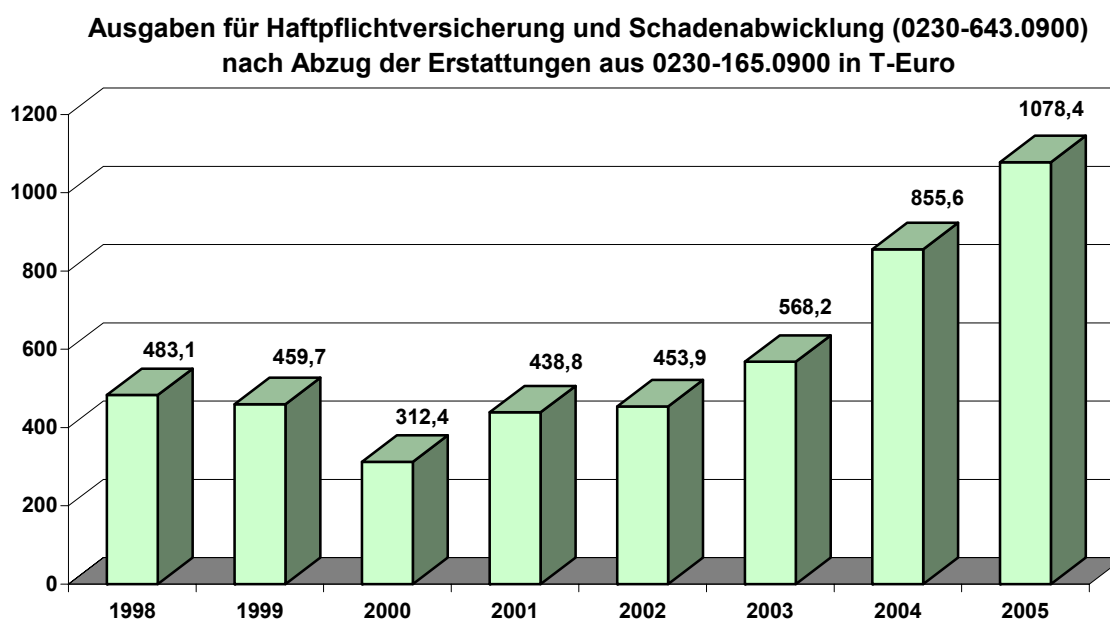
UA 0230 Servicebüro Recht (002.100; R 401)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	773.800	616.857	-20,3	568.786	8,5
Ausgaben	2.740.089	2.691.913	-1,8	2.389.733	12,6
Differenz	-1.966.289	-2.075.056		-1.820.948	

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Zuschussbedarf für die Dienstleistungen der Rechtsabteilung um 254 T-Euro gestiegen, der prognostizierte Zuschussbedarf wurde um 109 T-Euro verfehlt. Die Einnahmen lagen um 48 T-Euro über denen des Jahres 2004. Dabei konnten niedrigere Zahlungseingänge in der Haushaltsstelle 0230-167.0000 „Erstattungen aus der Korruptionsaffäre“ (RE 2005: 72 €, RE 2004: 35.000,- €) vor allem durch Mehreinnahmen bei den Positionen 0230-165.0000 „von Eigenbetrieben für Leistungen“ (+ 42 T-Euro gegenüber 2004) und 0230-165.0900 „Erstattungen aus Haftpflicht- und Schadensfällen“ (+ 36 T-Euro mehr als im Vorjahr) mehr als ausgeglichen werden. Jedoch wurden die Einnahmeerwartungen um rd. 157 T-Euro verfehlt. Statt der veranschlagten 461 T-Euro gingen nur 182 T-Euro ein,

da aus dem Kreis der erstattungspflichtigen Unternehmen das Klinikum ausgeschieden ist.

Auf der Ausgabenseite fiel das RE um 302 T-Euro höher als im Vorjahr aus. Die Ausgabeermächtigung wurde allerdings nicht ausgeschöpft. Im Vorjahresvergleich stiegen insbesondere die Rechtsstreit- und Räumungskosten (+ 31 T-Euro) und die Ausgaben in der Haushaltsstelle 0230-643.0900 „Haftpflichtversicherung und Schadenabwicklung“ (259 T-Euro mehr als 2004). Anhand der nachfolgenden Grafik können die nach Abzug der von den Eigenbetrieben, Einrichtungen und Gesellschaften gezahlten Erstattungen tatsächlich zu leistenden Ausgaben in den letzten Jahren abgelesen werden. Die Entwicklung wurde maßgeblich vom Ausscheiden des Klinikums aus dem Kreis der erstattungspflichtigen Organisationen beeinflusst.



UA 0240 Presse- und Informationswesen (002.100; R 001)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	729.340	721.238	-1,1	719.394	0,3
Ausgaben	857.074	833.855	-2,7	827.254	0,8
Differenz	-127.734	-112.617		-107.860	

Als Einnahmequelle stehen im Wesentlichen die Steuerungsumlagen zur Verfügung, die im Berichtsjahr eine ähnliche Höhe wie 2004 aufwiesen (s. auch Anmerkung auf Seite 16). Die Ausgaben lagen zwar geringfügig über dem Vorjahresniveau, sie blieben indessen knapp unter dem Ansatz.

Höhere Ausgaben als beim RE 2004 wurden vor allem bei den Personalaufwendungen (25 T-Euro mehr als im Vorjahr) verzeichnet, während bei den Aufwendungen Einsparungen in erster Linie bei den Einrückungsgebühren (- 27 T-Euro gegenüber dem RE 2004) erzielt werden konnten. Bei den Haushaltspositionen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, für Portoausgaben und den Einrückungsgebühren blieben die verausgabten Beträge hinter den Ausgabeermächtigungen zurück.

UA 0250 Gleichstellungsstelle (002.100; 000)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	264.200	276.804	4,8	268.107	3,2
Ausgaben	342.627	335.175	-2,2	317.368	5,6
Differenz	-78.427	-58.371		-49.262	

Die Einnahmeverbesserung im Vergleich zum Vorjahr und gegenüber dem Ansatz ist auf vermehrt eingegangene Drittmittel zurückzuführen (17 T-Euro gegenüber 10 T-Euro in 2004). Überwiegend wird der UA jedoch durch Steuerungsumlagen finanziert (s. hierzu auch die Anmerkung auf S. 16).

Die Gleichstellungsstelle feierte im Berichtsjahr ihr 20-jähriges Bestehen, was einerseits zur Gewinnung zusätzlicher Drittmittel beitrug. Andererseits stiegen im Vorjahresvergleich auch die Ausgaben, u.a. für die Durchführung von Veranstaltungen und die Herstellung von Informationsbroschüren im Rahmen des Jubiläums. Zwar stieg der Zuschussbedarf gegenüber 2004 an, er fiel indessen geringer aus als veranschlagt.

UA 0260 Stadtbüros, Geschäftsführung der Bezirksvertretungen (002.100; R 401)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.000	18.000	800,0	1.261	1327,2
Ausgaben	1.425.950	1.386.396	-2,8	1.342.117	3,3
Differenz	-1.423.950	-1.368.395		-1.340.855	

Im Unterabschnitt 0260 werden überwiegend Personalausgaben und Sachkosten der Stadtbüros bzw. BV-Geschäftsstellen sowie die Verfügungsmittel der Bezirksvertretungen, die unmittelbar verausgabt oder im Verfahren der gegenseitigen Deckungsfähigkeit verwandt werden dürfen, nachgewiesen.

Die Einnahmeerhöhung beruht auf einer in 2005 erfolgten Verfahrensänderung. Erlöse aus dem Verkauf von Informations- und Werbematerial wurden in Vorjahren weitgehend im UA 0230 vereinnahmt.

Vom Rechnungsergebnis der Ausgaben entfällt etwa 1 Mio. € bzw. 73,4 % auf Personalausgaben. Die in diesem UA veranschlagten Haushaltsmittel, über deren Verwendungszweck die 10 Bezirksvertretungen allein entscheiden können (§ 37 Abs. 3 GO NRW) trugen mit 130 T-Euro bzw. 9,4 % zum RE 2005 bei. Es gilt dabei jedoch zu berücksichtigen, dass weitere 128 T-Euro aus den BV-Verfügungsmitteln auf andere Haushaltsstellen umgebucht worden sind.

Von der Bildung von Haushaltsresten wurde nicht mehr im hohen Umfang der Vorjahre Gebrauch gemacht. Während bei den Verfügungsmitteln der Bezirksvertretungen im Jahr 2003 noch 226 T-Euro und im Jahr 2004 etwa 201 T-Euro als Haushaltsausgaberreste in das nächste Haushaltsjahr übertragen wurden, belief sich die Summe der zur Übertragung in das Jahr 2006 gebildeten Reste nur noch auf rund 138 T-Euro.

UA 0270 Regionalbüro (002.100; 000)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	674.680	604.749	-10,4	670.661	-9,8
Ausgaben	868.933	589.646	-32,1	705.159	-16,4
Differenz	-194.253	15.103		-34.499	

Im UA 0270 werden überwiegend projektbezogene Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen. Die Höhe der Einnahmen und Ausgaben hängt mithin zu einem erheblichen Teil vom jeweiligen Fortschritt bei den Projekten ab. Im Übrigen erfolgt die Finanzierung über Steuerungsumlagen.

Die Koordinierungsstelle Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hat ihre Tätigkeit im Rahmen der Neuausrichtung der Struktur- und Arbeitspolitik des Landes NRW eingestellt. An ihre Stelle ist eine Regionalagentur getreten. Im Berichtsjahr betragen die Landesmittel für die Koordinierungsstelle bzw. die Regionalagentur 187 T-Euro (Einnahmeerwartung 141 T-Euro). Für die Öffentlichkeitsarbeit der Regionalagentur leistete das Land eine Zuwendung in Höhe von 12,5 T-Euro. In der hierfür eingerichteten Haushaltsstelle 0270-171.0100 „vom Land für die Öffentlichkeitsarbeit der Regionalagentur“ wurden auch die regionalen Eigenanteile der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal in Höhe von zusammen 4 T-Euro verbucht. Diese fehlerhafte Zuordnung wurde im Jahr 2006 durch die Schaffung einer eigenen Haushaltsposition berichtigt.

Das Projekt „EQUAL“ der EU-Initiative TransSpuK lief im Jahr 2005 fachlich aus. Es gingen einerseits weniger Bundesmittel ein als veranschlagt (Einnahmeerwartung: 222 T-Euro) und auch im Vorjahresvergleich hat das Volumen abgenommen (RE 2005: 82 T-Euro, RE 2004: 198 T-Euro). Andererseits bewirkte das Projektende niedrigere Ausgaben. Die Ausgabenermächtigung (198 T-Euro) wurde nur in Höhe von

47 T-Euro in Anspruch genommen (zum Vergleich RE 2004: 146 T-Euro). Eine Schlussabrechnung dieses mehrjährigen Projekts steht allerdings noch aus. Das Regionalbüro hat das zuständige Bundesministerium auf die noch ausstehende Zahlung in Höhe von rund 70 T-Euro aufmerksam gemacht.

H Auszahlungen von geringen Beträgen sollen nach Möglichkeit mit Hilfe des gewährten Handvorschusses und nicht (zusätzlich) über eine SAP-Kassenanordnung abgewickelt werden.

Zur Bestreitung kleinerer Barzahlungen verfügt das Regionalbüro über einen Handvorschuss in Höhe von 150,- €. Etliche Ausgaben in geringfügiger Höhe wurden in dessen (zusätzlich) mittels Auszahlungsanordnungen über das SAP-Verfahren abgewickelt. Durch eine bessere Nutzung des Handvorschusses könnte Verwaltungsaufwand vermieden und die Buchhaltung übersichtlicher gestaltet werden.

UA 0500 Standesamt (002.101; R 301)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	387.950	440.685	17,7	456.725	-3,5
Ausgaben	1.475.510	1.462.748	-0,9	1.417.384	3,2
Differenz	-1.087.560	-1.006.023		-960.659	

Der Zuschussbedarf ist gegenüber dem Vorjahr um 46.000 € gestiegen, liegt jedoch rd. 80.000 € unter dem prognostizierten. Die Erhöhung resultiert aus gestiegenen Personalkosten und leicht rückläufigen Einnahmen, die durch R 301 nicht beeinflussbar sind.

Die Anregung des RPA aus dem Jahresbericht 2004, den Haushaltsansatz auf der Einnahmeseite zu erhöhen, wurde bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2006/2007 berücksichtigt.

UA 0510 Statistik und Wahlen (002.100; R 401)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	922.760	1.128.797	22,3	937.732	20,4
Ausgaben	1.637.805	1.506.634	-8,0	1.745.488	-13,7
Differenz	-715.045	-377.837		-807.756	

Wie schon in früheren Schlussberichten erwähnt, sind die Einnahmen und Ausgaben mit denen des Vorjahres und des Haushaltsansatzes nicht vergleichbar, da die Rech-

nungsergebnisse wesentlich von den durchgeführten Wahlen und den damit verbundenen Kostenerstattungen von Bund und Land abhängen. Im Berichtsjahr fanden die Wahl zum Landtag NRW und eine vorgezogene Bundestagswahl statt.

Für die Durchführung der vorgezogenen Bundestagswahl wurden keine Kostenerstattungen außerplanmäßig eingeplant. Die vom Land als Abschlagszahlung im Berichtsjahr überwiesenen 235 T-Euro „fehlen“ mithin beim Ansatz. Andererseits ist das Land seiner Zahlungsverpflichtung bis Ende 2005 nicht in Gänze nachgekommen. Eine Restzahlung in Höhe von 52 T-Euro ging erst im Haushaltsjahr 2006 ein.

Die tatsächliche Höhe der Kostenerstattung des Landes für die Durchführung der Landtagswahl fiel um 23 T-Euro niedriger aus als kalkuliert. Es gingen im Berichtsjahr 237 T-Euro ein.

Die Höhe der Ausgaben wurde vor allem von folgenden Entwicklungen geprägt. Die Personalausgaben stiegen im Vorjahresvergleich um rund 30 T-Euro, wobei darin eine interne Budgetverschiebung gegenüber dem UA 0200 in Höhe von 18 T-Euro enthalten ist. Für die Abwicklung der Bundestagswahl fielen Ausgaben in Höhe von 220 T-Euro an, für deren Deckung entsprechende Mittel außerplanmäßig zur Verfügung gestellt wurden. Die Durchführung der Landtagswahl kostete 201 T-Euro.

Die zum Ende des Rechnungsjahres 2004 gebildeten Haushaltsreste bei der Haushaltsstelle 0510-657.0300 „für die Durchführung der Kommunalwahl“ in Höhe von 20 T-Euro wurden nur zu einem Bruchteil in Anspruch genommen. In Form einer „Sperrung“ wurden die Mittel im Umfang von 15 T-Euro für die Bestreitung von überplanmäßigen Ausgaben außerhalb von Wahlen genutzt. Ferner wurden bei dieser Haushaltsstelle im Jahr 2005 Umbuchungen vorgenommen, um falsch zugeordnete Wahlausgaben richtig zu verbuchen. Dadurch wurde indessen das RE 2004 nicht rückwirkend bereinigt; die Umbuchungen hätten dazu im Jahr 2004 vollzogen werden müssen. Seitens der Rechnungsprüfung bestehen zum einen Zweifel an der Notwendigkeit der Restbildung, für die lt. VV zu § 19 GemHVO a.F. ein strenger Maßstab anzulegen ist – erst recht in Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung. Zum anderen führten die Maßnahmen im Ergebnis ohne Not zu einem negativen Ergebnis bei der o.a. Ausgabe-Haushaltsstelle.

UA 0610 Automatisierte Datenverarbeitung (002.202; SB 402 ohne 402.1)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	5.859.850	5.935.150	1,3	5.735.006	3,5
Ausgaben	6.334.600	6.282.424	-0,8	5.552.193	13,2
Differenz	-474.750	-347.275		182.813	

Das Rechnungsergebnis 2005 entspricht der Planung.

Einzelaspekte:**0610-115.0000 Benutzungsgebühren aus Aufträgen für Dritte**

Das Rechnungsergebnis liegt um 88.652 € über dem Ansatz. Hier sind die Einnahmen aus dem Verfahren für die Verwaltung der Sozialhilfeempfänger „aKDn-Sozial“, das vom Rechenzentrum Wuppertal auch für die Stadt Remscheid betrieben wird, wie geplant um 6.294 € zurückgegangen.

Hinzugekommen sind Einnahmen aus dem Betrieb des Verfahrens „Web Washer Anti Spam“ und dem Betrieb der Datenbank „Phantasie“ für die Stadt Remscheid in Höhe von 102.029 €.

Ab dem Haushaltsjahr 2006 wird für diese Einnahmeart eine eigene Finanzposition geführt: 0610-162.0000 „Aus Aufträgen anderer Städte“.

0610-539.0100 Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement Wuppertal

Es wurden 24.263 € weniger verausgabt als geplant. Durch niedrigere Betriebskosten in 2004 wurden die monatlichen Vorauszahlungen für 2005 abgesenkt auf 5.170 €. Mit der Betriebskostenabrechnung von Okt. 2005 wurden zuviel bezahlte Beträge verrechnet.

0610-672.0000 Für Kooperationen mit Remscheid / Solingen

Die drei bergischen Städte hatten sich vorgenommen, weitere Kooperationen zu untersuchen. Dafür sind bei dieser Finanzposition 200.000 € eingestellt worden. Außer der Kooperation mit der Stadt Remscheid (Remscheid betreibt für die Stadt Wuppertal das Einwohnerwesen) haben sich noch keine weiteren Kooperationen ergeben, die hier zu Ausgaben führen.

Somit wurde der Ansatz um 110.457,42 € unterschritten.

UA 0620 Nachrichtentechnik (002.202; SB 402.1)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.269.450	7.974.541	27,2	7.253.951	9,9
Ausgaben	7.006.180	6.702.520	-4,3	6.497.347	3,2
Differenz	-736.730	1.272.022		756.604	

Das Rechnungsergebnis 2005 liegt um insgesamt 2.008.752 € über dem Haushaltsansatz. Hauptursache ist die Verbesserung auf der Einnahmeseite. Hier wurden 1.705.091 € mehr vereinnahmt als geplant.

Einzelaspekte:**0620-169.0000 Für Leistungen für andere Dienststellen (von versch. Unterabschnitten)**

Bei dieser Verrechnungsfinanzposition wurden 1.609.786 € mehr Erlöst als geplant.

Die deutlich höhere Verrechnung resultiert im wesentlichen aus den Verrechnungsbeträgen für die Leistungen im Bereich Mehrwertdienste und hier aus der Leistung „Intranetdienste Arbeitsplatzanschluss LAN“.

Bei der Aufstellung des Haushalts-Planes 2004/2005 im Jahre 2003 wurde für diese Leistung der aktuell kalkulierte und mit dem I+K-Steuerungsteam abgestimmte Preis von 83,00 € monatlich zugrunde gelegt. Dieser Preis wurde auf der Basis von ca. 3.300 Arbeitsplätzen (aus dem Jahr 2003) ermittelt. Er wurde in einer Vielzahl von Leistungsvereinbarungen vom Kunden anerkannt. Auf dieser Basis wurde der Produkthaushalt 2004/2005 aufgestellt.

Während der Laufzeit der vereinbarten Preise ergab sich durch Überprüfung der Mengen und eine aktualisierte Zuordnung zu den Nutzern im Projekt „Netzwerk-ReDesign“ eine unerwartet hohe Anzahl tatsächlich genutzter Anschlüsse (aktuell ca. 4.600).

Für den Doppelhaushalt 2006/07 wurde eine Neukalkulation des Preises auf der Basis der aktualisierten Anschlusszahlen durchgeführt, so dass der Preis auf 65,00 € pro Monat gesenkt werden konnte.

0620-679.0610 Für Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei

Es wurden 262.918 € mehr verausgabt als geplant. Bei dieser Finanzposition handelt es sich um die Verrechnungsposition für die Leistungen des UA 0610.

Die Mehrausgabe basiert auf 3 Faktoren:

- Durch die Neuorganisation des SB 402 wurde der Vertrieb und der User-Helpdesk beim UA 0610 angesiedelt, der seinerseits den UA 0620 anteilig an diesen Kosten beteiligte.
- Durch die Umorganisation wurde darüber hinaus die Betreuung von Arbeitsplatzausstattungen in die Abteilung 402.3 (UA 0610) verlagert. Diese Kosten werden im Rahmen der Verrechnung auch auf den UA 0620 umgelegt.
- Bei der Ansatzplanung für den HH 2004/2005 wurden Leistungen zur Umsetzung der I+K Strategie nicht in dem Umfang berücksichtigt, wie sie dann nach dem Verteilschlüssel verrechnet wurden.

UA 0640 Zentrale Vergabestelle (002.100; 400)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	366.500	374.318	2,1	383.537	-2,4
Ausgaben	449.378	407.174	-9,4	406.382	0,2
Differenz	-82.878	-32.856		-22.845	

Die Einnahmen lagen zwar über dem kalkulierten Wert, gegenüber dem Vorjahresergebnis ist aber ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Dafür ausschlaggebend waren geringere Zahlungen der Eigenbetriebe für die Dienstleistungen der Zentralen Vergabestelle (9 T-Euro weniger als 2004). Entgegen der geänderten Bezeichnung der Haushaltsstelle in der Haushaltsrechnung gingen nicht nur Gelder des Eigenbetriebs GMW, sondern auch Beträge des ESW und des APH ein.

Die Ausgaben lagen auf Vorjahresniveau, dies gilt auch für die Personalausgaben. Die Ausgabeermächtigung wurde nicht vollständig in Anspruch genommen.

UA 0800 Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit und betriebliche Suchtberatung (002.100; R 404)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	235.600	222.169	-5,7	335.652	-33,8
Ausgaben	591.779	591.906	0,0	581.857	1,7
Differenz	-356.179	-369.737		-246.204	

Die Einnahmen setzen sich vor allem aus Zahlungen der Eigenbetriebe und sonstigen Institutionen (u.a. APH Service GmbH, Wuppertaler Bühnen GmbH, Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH) sowie aus Verrechnungen mit kostenrechnenden Einrichtungen zusammen. Vergütet werden die Leistungen des arbeitsmedizinischen Dienstes, der Arbeitssicherheit und der betrieblichen Sozialberatung.

Die im Vorjahresvergleich geringeren Einnahmen sind vor allem darauf zurückzuführen, dass mit Beginn des Jahres 2005 die Stadt keine arbeitsmedizinischen Leistungen mehr für das frühere städtische Klinikum erbringt. Von den Eigenbetrieben gingen 53 T-Euro mehr ein als im Vorjahr (RE 52 T-Euro), wobei ein Eigenbetrieb nicht nur für die in Anspruch genommenen Leistungen des Berichtsjahres, sondern auch für die des Vorjahres bezahlte. Da eine städtische Gesellschaft andererseits nur die Hälfte des Rechnungsbetrages bis zum Rechnungsschluss überwies, musste ein Kasseneinnahmerest in Höhe von 9 T-Euro gebildet werden; die entsprechende Zahlung ging zu Beginn des Jahres 2006 ein.

Bei den Ausgaben wurden 10 T-Euro mehr als im Vorjahr benötigt. Das Budget wurde aber eingehalten. Während die Personalkosten in etwa auf Vorjahresniveau blieben, stiegen die Mieten und Betriebskosten gegenüber dem Jahr 2004 um rund 14 T-Euro. Diese Mehrkosten konnten durch Einsparungen bei den übrigen Sachkosten nur zum Teil aufgefangen werden.

UA 0810 Versorgungsleistungen und dergleichen (002.100; R 404)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	525.500	2.035.277	287,3	791.618	157,1
Ausgaben	15.006.153	14.471.812	-3,6	14.491.080	-0,1
Differenz	-14.480.653	-12.436.536		-13.699.462	

Bei den in diesem UA veranschlagten Personalkosten handelt es sich vor allem um Teile der Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte sowie um Teile der Beihilfeaufwendungen für Versorgungsempfänger/-innen. Ferner werden Zahlungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Altersteilzeitgesetzes hier nachgewiesen. Darüber hinaus werden hier an zentraler Stelle Mittel für Sonderfälle vorgehalten, z.B. für Rückkehrer/-innen aus Gesellschaften und Eigenbetrieben.

Sowohl im Vergleich zu den Einnahmeerwartungen als auch gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen deutlich gestiegen. Bei den Umlageanteilen der Eigenbetriebe für Altersteilzeit liegt das RE über 505 T-Euro höher als geplant. In diesem Betrag ist allerdings eine irrtümlich doppelt zum Soll gestellte Leistung eines Eigenbetriebs in Höhe von 287 T-Euro enthalten. Dieser Betrag wurde zu Beginn des Jahres 2006 abgesetzt. Nach dieser „Bereinigung“ würde das tatsächliche Anordnungs-Soll in etwa auf Vorjahresniveau liegen. Von der Bundesagentur für Arbeit gingen für Altersteilzeitfälle 191 T-Euro ein (einschließlich eines KER in Höhe von 8 T-Euro, der erst im Jahr 2006 vereinnahmt wurde), mithin erheblich mehr als in den Vorjahren (RE 2002: 30 T-Euro, RE 2003: 53 T-Euro, RE 2004: 30 T-Euro).

Bei der Haushaltsstelle 0810-165.0300 „von Gesellschaften und Eigenbetrieben für die Versorgungsrückstellung“ wurden im Berichtsjahr 812 T-Euro verbucht (Erwartung: 21 T-Euro, RE 2004: 0,- €). Hierbei handelt es sich um Pensionsausgleichszahlungen für beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Eigenbetriebe, die früher bei der Stadtverwaltung tätig waren und entweder pensioniert wurden oder zur Stadtverwaltung zurück wechselten. Die bei den Eigenbetrieben gebildeten Pensionsrückstellungen wurden anteilig, d.h. bezogen auf die Dauer der Beschäftigung beim jeweiligen Eigenbetrieb, von der Stadtverwaltung übernommen und in voller Höhe der Versorgungsrücklage zugeführt.

Die höheren Einnahmen für die Altersteilzeitfälle wurden - bis auf den doppelt zum Soll gestellten Betrag in Höhe von 287 T-Euro - in der gleichen Höhe an die Leistungsempfänger/-innen weitergeleitet und führten mithin auch zu höheren Ausgaben im UA 0810.

Der in diesem UA eingerichtete „Sondertopf“ im Umfang von 200 T-Euro für nicht einplanbare Berufsrückkehrer/-innen oder andere Sonderfälle (zeitlich befristeter Ersatz für Mitarbeiter/-innen in Lehrgängen usw.) wurde in Höhe von 74 T-Euro (zum Vergleich RE 2004: 62 T-Euro) in Anspruch genommen.

Ausgewählte Versorgungsleistungen nach der Gruppierungsübersicht (Gesamtverwaltung)

RE ausgewählter Personalausgaben in Mio. €

Merkmal (Gruppierungs-Nr.)	2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005			
			Mio. €	Ansatz 1) Mio. €	Differenz RE/Ansatz 1)	
					Mio. €	%
420 Versorgung Beamte	23,621	23,377	23,566	24,706	-1,141	-4,6
421 Pens.-rückst. Vers.	0,197	0,189	0,187	0,205	-0,018	-8,7
450 Beihilfen, Unterstütz.	6,359	7,380	7,038	6,500	0,538	8,3

1) Originalbudget

Anmerkung: Weitere ausgewählte Personalausgaben sind beim UA 0210 dargestellt.

- Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten (Untergruppe 420)

Für die Beamtinnen und Beamten bzw. deren Hinterbliebene wurden im Berichtsjahr 23,6 Mio. € aufgewandt (Untergruppe 420), 189 T-Euro mehr als 2004. Gegenüber der Haushaltsplanung ergab sich indessen eine Einsparung in Höhe von 1,1 Mio. € bzw. 4,6 %. Im Bereich der Versorgungsleistungen für die ehemaligen beamteten Dienstkräfte der Stadt Wuppertal wird beim UA 0810 der „Restbetrag“ verbucht, der nach einer pauschalierten Verteilung (= 34 % der Dienstbezüge für Beamte bzw. Beamtinnen im aktiven Dienst) auf die einzelnen Unterabschnitte übrig bleibt. Dieser bei der Finanzposition 0810-420.0000 verbuchte Differenzbetrag lag im Berichtsjahr mit 8,7 Mio. € um ca. 101 T-Euro höher als das RE 2004 mit rund 8,6 Mio. € und um etwa 645 T-Euro unter der Ausgabeermächtigung.

- Pensionsrückstellungen auf Versorgungsbezüge (Untergruppe 421)

Für Pensionsrückstellungen auf Versorgungsbezüge gemäß der Regelung in § 12 i.V.m. § 5 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (EFoG) wurden 187 T-Euro abgeführt, in etwa soviel wie im Vorjahr, aber um 8,7 % weniger als veranschlagt. Von der Bildung der nach § 5 Abs. 3 EFoG vorgesehenen Rücklagenzuführung von 50 % der eingesparten Mittel, die aus den Kürzungen der Versorgungsbezüge durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 resultieren, hat die Verwaltung mit Hinweis auf die unklare Rechtslage und das außergewöhnlich komplizierte Berechnungsverfahren abgesehen.

In der Summe ergeben die Pensionsrückstellungen für die im Dienst befindlichen Beamtinnen und Beamte in Höhe von 348 T-Euro (s. UA 0210), für die Versorgungsempfänger/-innen in Höhe von 187 T-Euro und für die aus dem Dienst bei Eigenbetrieben Ausgeschiedenen in Höhe von 812 T-Euro einen Betrag in Höhe von annähernd 1.348 T-Euro. In diesem Umfang erhöhte sich der Bestand der im Rheinischen Versorgungsrücklage-Fonds angelegten Versorgungsrücklage auf ca. 4,8 Mio. € (= Nennwert) am Jahresende 2005.

Die Bildung von Pensionsrückstellungen ist derzeit von einer unübersichtlichen Rechtslage geprägt. Zum einen besteht eine bundesrechtliche Verpflichtung zur Rücklagenbildung nach § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG), zum anderen sind die die Gemeinden betreffenden EFoG-Regelungen durch das NKF-Gesetz des Landes NRW zum 01.01.2005 außer Kraft getreten. Außerdem wird mit Beginn der doppelten Buchführung in der Verwaltung ab 01.01.2008 durch § 36 GemHVO n.F. künftig eine neue Situation eintreten. Nach Auffassung des Innenministeriums NRW sind Kommunen bis zur vollständigen Umstellung auf NKF weiterhin in eigener Verantwortung verpflichtet, auf der Grundlage von § 14 a BBesG zur Sicherstellung ihrer Versorgungsleistungen eine Versorgungsrücklage zu bilden. Dieser Verpflichtung ist die Verwaltung bis auf den Vollzug von § 5 Abs. 3 EFoG nachgekommen. Ob insoweit ein Verstoß gegen gesetzliche Regelungen vorliegt, kann im Rahmen dieses Schlussberichts nicht abschließend geklärt werden. Auf dieses Risiko wird aber hingewiesen.

- Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (Untergruppe 450)

Für Beihilfen und Unterstützungen wurden lt. RE 2005 insgesamt 7 Mio. € benötigt (Untergruppe 450). Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Beihilfeleistungen um 342 T-Euro zurück. Gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan waren indessen 538 T-Euro bzw. 8,3 % mehr als eingeplant erforderlich. Bei der Haushaltsstelle 0810-450.0000 „Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen“ wird der Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der aus den einzelnen UA stammenden Umlagen (pauschal 2.000,- € für jede beamtete Vollzeitkraft) und dem Gesamtbetrag aller Beihilfezahlungen verbucht.

UA 0820 Personalvertretung (002.100)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	963.760	953.124	-1,1	948.416	0,5
Ausgaben	1.095.705	1.060.261	-3,2	1.069.192	-0,8
Differenz	-131.945	-107.137		-120.776	

In diesem Unterabschnitt sind die Einnahmen und Ausgaben für den Gesamtpersonalrat, die Teilpersonalräte, die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie für die Schwerbehindertenvertretungen dargestellt.

Auf der Einnahmeseite wurden ausschließlich Steuerungsumlagen verbucht. Hinsichtlich der Abweichung gegenüber der Planung wird auf die Anmerkungen auf Seite 16 verwiesen. Die Aufwendungen entstehen zum weitaus überwiegenden Teil durch die Personalkosten der freigestellten Personalratsmitglieder nebst entsprechender Büroassistenten.

UA 0830 Kantine (002.100; R 404)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	95.300	92.289	-3,2	71.878	28,4
Ausgaben	226.145	215.463	-4,7	191.933	12,3
Differenz	-130.845	-123.175		-120.054	

Der Zuschussbedarf für die von einem Fremdunternehmen bewirtschaftete Kantine ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen. Ausschlaggebend für die im Vorjahresvergleich höheren Einnahmen waren um 21 T-Euro gestiegene Vorsteuerbeträge.

Wesentliche Ursache für die gegenüber dem RE 2004 höheren Ausgaben war eine höhere Pauschale für die an den Eigenbetrieb GMW zu leistenden Betriebskosten. Im Vorjahresvergleich mussten dafür 21 T-Euro mehr aufgewendet werden.

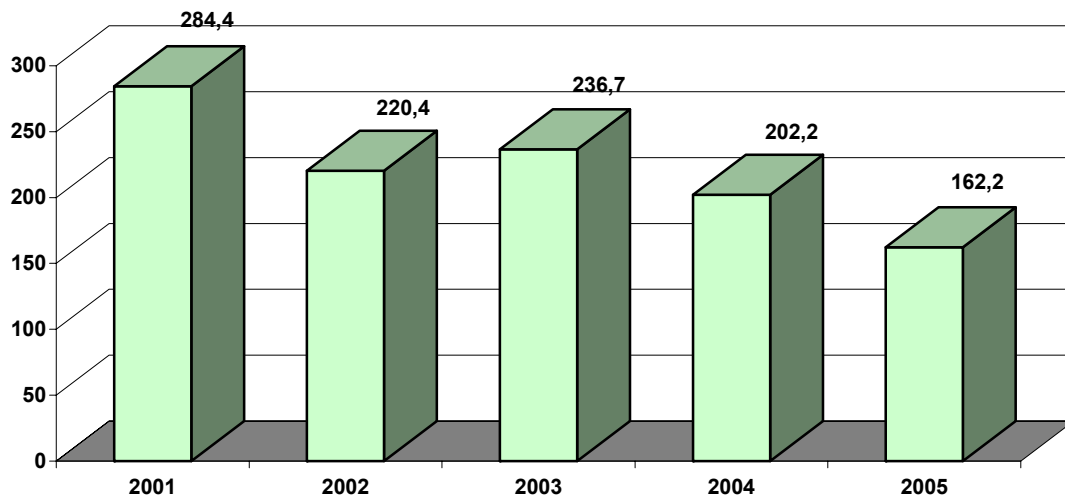
Für die Bedienung der Gremien (Haushaltsstelle 0830-571.0000) wurden 37 T-Euro verausgabt. In der korrespondierenden Haushaltsstelle 0830-131.0100 „aus der Bewirtung der Gremien“ gingen Einnahmen in Höhe von 33 T-Euro ein. Veranschlagt waren bei Einnahmen und Ausgaben jeweils 36 T-Euro. Im Zeitraum 2002 bis 2005 lagen die kumulierten Ausgaben etwa 5 T-Euro (ca. 3,9 %) über den aufgerechneten Einnahmen. Wird ein im Rechnungsjahr 2004 in einer anderen Haushaltsstelle verbuchter Betrag in Höhe von 4 T-Euro hinzugerechnet, ergibt sich ein Saldo in Höhe von etwa 9 T-Euro. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, so sollte nach Auffassung des RPA nach den Ursachen geforscht und ggf. eine Überprüfung der „Getränkpauschale“ vorgenommen werden.

UA 0840 Kommunale Fortbildung (002.100; 400)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	306.850	162.228	-47,1	202.152	-19,7
Ausgaben	792.963	621.006	-21,7	634.416	-2,1
Differenz	-486.113	-458.778		-432.264	

Die Einnahmen bestehen ausschließlich aus den Entgelten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Darin enthalten sind auch Einnahmen geringeren Umfangs aus der Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für externe Dritte. Im Vorjahresvergleich sind die vereinnahmten Gebühren um 40 T-Euro zurückgegangen. Die ursprüngliche Einnahmeerwartung belief sich auf rund 307 T-Euro.

Vereinnahmte Teilnehmergebühren der Kommunalen Fortbildung in T-Euro



Nach einer überschlägigen Vergleichsrechnung standen den Leistungseinheiten der Stadtverwaltung im Jahr 2005 etwa 903 T-Euro für Fortbildungszwecke zur Verfügung (Anmerkungen: Summe der Untergruppe 562, abzüglich der Haushaltsstellen 0210-562.0000 „für Ausbildung und Umschulungen“, in der die Ausgaben für die Auszubildenden der Stadt verbucht werden, und 0840-562.0500 „Fortbildung, gesamtstädtische Inhalte“. Weitere Finanzpositionen mit Fortbildungsbudget wurden nicht berücksichtigt, z.B. 0210-653.0000 „Schulung etc. ADV-Verfahren Personalinformationssystem“). Vom bereinigten Fortbildungsbudget wurden 681 T-Euro bzw. 75,5 % in Anspruch genommen. Von dieser Summe flossen 162 T-Euro bzw. 23,8 % an die Kommunale Fortbildung (KoFo). Im Jahr 2004 betrug das bereinigte Fortbildungsbudget 831 T-Euro, wovon 584 T-Euro bzw. 70,3 % verausgabt wurden. Der Anteil der Kommunalen Fortbildung betrug 34,6 %. Im Vorjahresvergleich ist einerseits die Ausnutzung der Fortbildungsbudgets insgesamt angestiegen, andererseits ging der Anteil der Kommunalen Fortbildung daran zurück. Es hat sich die bereits im Vorjahr beschriebene Entwicklung verstärkt, wonach die LE in zunehmenden Maße ihre Fortbildungsmittel nicht für Angebote der KoFo, sondern für die anderer Einrichtungen nutzen.

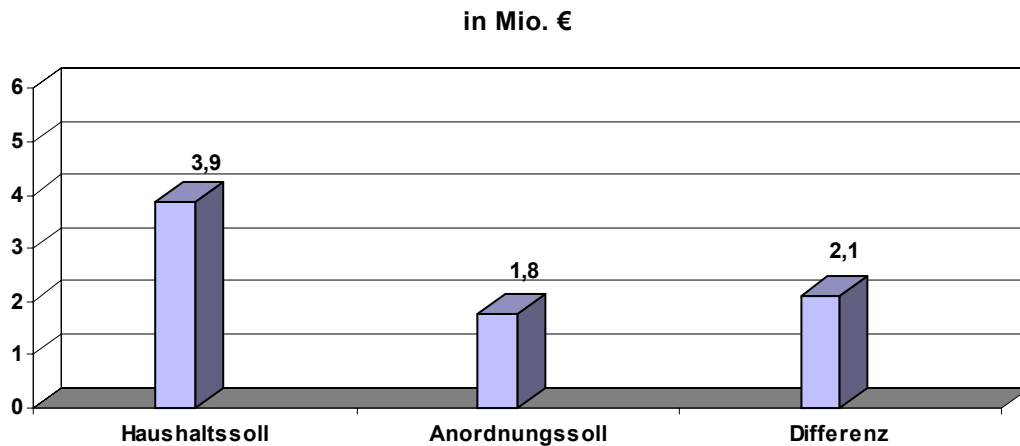
Die gegenüber dem Vorjahr geringere Nachfrage nach Angeboten der Kommunalen Fortbildung hatte auf der Ausgabenseite geringere Aufwendungen für die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, vor allem für Dozentenhonorare, zur Folge.

In ihrer Stellungnahme legt die KoFo Wert auf die Feststellung, dass sich das Angebotsvolumen der Kommunalen Fortbildung nicht reduziert habe. Im Vergleich zum Vorjahr fanden vielmehr 5 % mehr Veranstaltungen bei leicht rückläufigen Teilnehmerzahlen (- 1 %) statt. Lt. KoFo sei allerdings eine Umschichtung hin zu gebührenfreien Angeboten (Gesundheitsförderung bzw. projektbezogene Veranstaltungen) zu beobachten gewesen. Die Zurückhaltung bei gebührenpflichtigen Seminaren sei von den Leistungseinheiten mit den Vorgaben zur vorläufigen Haushaltsführung begründet worden.

5.0.2 Vermögenshaushalt (002.100)

Grafik zur Tabelle 1:

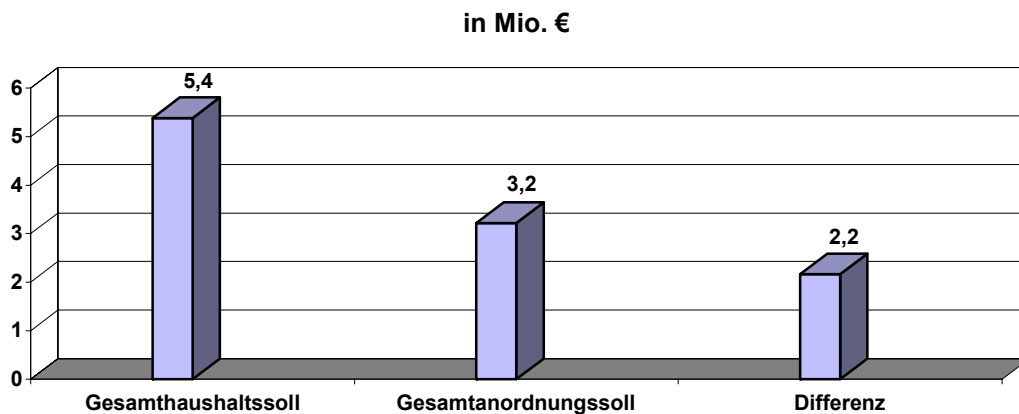
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 45,5 % (2004 = 38,1 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 59,8 % (2004 = 52,8 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
0000 Rat und Gremien	126.440	126.438	2	100,0
0200 Infrastruktur	225.377	117.178	108.199	52,0
0202 Customer Competence C.	79.000	78.020	980	98,8
0208 Einführung NKF	5.800	4.831	969	83,3
0210 Personal und Organisation	0	0	0	0,0
0230 Servicebüro Recht	0	0	0	0,0
0300 Finanzen (Kämmerei)	0	0	0	0,0
0310 Finanzen (Stadtkasse)	0	0	0	0,0
0340 Finanzen (Steueramt)	0	0	0	0,0
0350 Grundstückswirtschaft	455.000	137.351	317.649	30,2
0500 Standesamt	0	0	0	0,0
0610 ADV und Druckerei	1.971.000	943.472	1.027.528	47,9
0620 Nachrichtentechnik	990.000	345.887	644.113	34,9
0800 Arbeitsmedizin u.a.	1.700	1.682	18	98,9
0830 Kantine	0	0	0	0,0
Summe EP 0	3.854.317	1.754.860	2.099.457	45,5

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
0000 Rat und Gremien	126.440	126.438	2	100,0
0200 Infrastruktur	338.338	230.139	107.880	68,0
0202 Customer Competence C.	119.000	118.020	980	99,2
0208 Einführung NKF	5.800	4.831	969	83,3
0210 Personal und Organisation	0	0	0	0,0
0230 Servicebüro Recht	0	0	0	0,0
0300 Finanzen (Kämmerei)	0	0	0	0,0
0310 Finanzen (Stadtkasse)	0	0	0	0,0
0340 Finanzen (Steueramt)	0	0	0	0,0
0350 Grundstückswirtschaft	455.000	137.351	317.649	30,2
0500 Standesamt	1.170	0	1.170	0,0
0610 ADV und Druckerei	2.788.950	1.761.422	1.027.528	63,2
0620 Nachrichtentechnik	1.545.466	838.853	706.613	54,3
0800 Arbeitsmedizin u.a.	1.700	1.682	18	98,9
0830 Kantine	0	0	0	0,0
Summe EP 0	5.381.864	3.218.736	2.162.809	59,8

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 0200 **Infrastruktur (002.100; R 401)**

Für die Beschaffung von Büroinventar wurde die Ausgabeermächtigung in Höhe von 225 T-Euro im Berichtsjahr nicht vollständig ausgeschöpft. Einerseits wurden in das Jahr 2005 übertragene Haushaltsreste in Höhe von 113 T-Euro verausgabt, andererseits wurden neue Haushaltsreste in einer Höhe von 50 T-Euro in das Jahr 2006 übertragen. Damit sollen noch nicht erledigte Aufträge aus 2005 und größere Umzüge von städtischen Dienststellen finanziert werden.

UA 0350 **Grundstückswirtschaft (002.200; R 105)**

Im Zusammenhang mit dem Wertausgleich und Grunderwerb bei Umlegungsverfahren nach dem Baugesetzbuch fielen keine Ausgaben an, weil die Stadt nach wie vor nicht genügend finanzielle Mittel zur Einleitung neuer Umlegungsverfahren zur Verfügung stehen hat. Das Anordnungssoll des Jahres 2005 bezieht sich ausschließlich auf Erbbaurentenzahlungen der Stadt, die tendenziell leicht rückläufig sind.

UA 0610 **ADV und Druckerei (002.202; SB 402)**

Von den Haushaltsresten am Ende des Berichtsjahres in Höhe von rund 1 Mio. € entfallen 642 T-Euro auf zentrale Projekte der IuK-Strategie. Darunter sind 193 T-Euro erforderlich für den Endbenutzersupport, weitere 183 T-Euro für die Verbesserung der Kommunikation (Projekt Groupware). Diese beiden Maßnahmen haben Laufzeiten von mehr als einem Jahr. Außerdem wurden 96 T-Euro zurückgelegt für die Bereitstellung zentraler Serversysteme. Ein Rest in Höhe von 97 T-Euro musste für die zentrale Softwarelizenzierung gebildet werden.

Für die Beschaffung einzelner Verfahren bzw. für Lösungen verschiedener Fachbereiche wurden zusammen 327 T-Euro in das Jahr 2006 übertragen. Als Schwerpunkte sind hier zu nennen:

- 62 T-Euro für ein Verfahren der Pestizid- und Rückstandsanalytik beim SB 303 Chemisches Untersuchungsinstitut,
- 55 T-Euro für die Erfassung biometrischer Daten beim R 301,
- 36 T-Euro für die Anschaffung von Software zur Optimierung des Beihilfeverfahrens in der Personalverwaltung,
- 35 T-Euro für Hardware (Scanner) im Bereich der Kfz-Zulassungsstelle und 26 T-Euro für Hardware zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes (Verarbeitung biometrischer Daten).

Hinzu kommen Anwendungsprogramme für weitere Leistungseinheiten mit einem voraussichtlichen Auftragswert von jeweils über 20 T-Euro und Einzelmaßnahmen geringeren Umfangs, die alle nicht im Berichtsjahr begonnen oder abgeschlossen werden konnten.

UA 0620 Nachrichtentechnik (002.202; SB 402)

Insgesamt wurden Haushaltsmittel in Höhe von 648 T-Euro in das Jahr 2006 übertragen, darunter 63 T-Euro aus dem Jahr 2004.

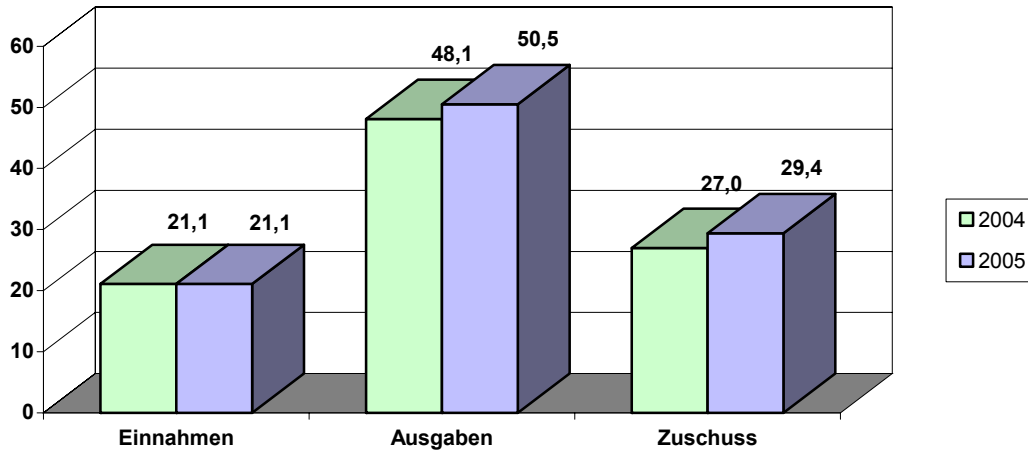
Für die Beschaffung und Verlegung von Fernmeldekabeln wurde ein Haushaltsrest in Höhe von 363 T-Euro gebildet. Davon waren 59 T-Euro erforderlich für die Bezahlung von Aufträgen aus dem Jahr 2005, die wegen des Rechnungsabschlusses erst im Januar 2006 bezahlt wurden. 304 T-Euro sind für die Baumaßnahme Bahnstraße/ Benrather Straße/ Gräfrather Straße notwendig. Aufgrund von Verzögerungen bei der Durchführung des Projekts wurden zu verlegende Kabel noch nicht beschafft.

Verzögerungen beim Projekt Netzwerk-ReDesign führten dazu, dass Beschaffungen aus der Haushaltsstelle 0620-935.0089 „aktive Netzkomponenten/ Infrastruktur“ in Höhe von 104 T-Euro noch nicht verausgabt werden konnten. Für die Realisierung der 5. Stufe des Projekts Netzwerk-ReDesign wurden 175 T-Euro übertragen.

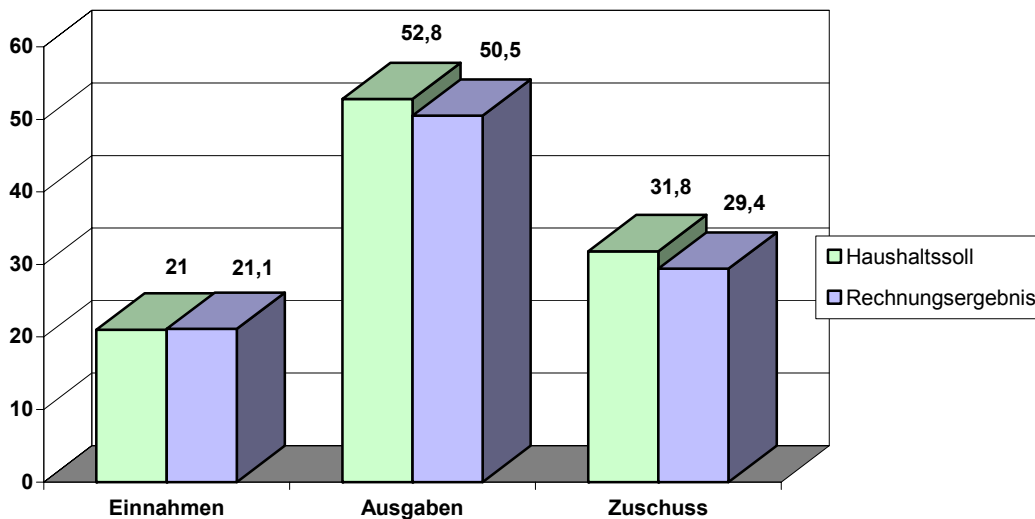
5.1 Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung

5.1.1 Verwaltungshaushalt (002.101)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Einnahmen ist der Zuschussbedarf um 2,4 Mio. € gestiegen.

Er liegt aber noch unter dem lt. Haushaltsplan prognostizierten Wert.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 1100 Ordnungsaufgaben (002.101; R 302)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	11.143.800	11.737.103	5,3	11.418.984	2,8
Ausgaben	11.411.890	11.116.107	-2,6	10.834.312	2,6
Differenz	-268.090	620.996		584.672	

Der UA schließt mit einem positiven Rechnungsergebnis ab. Rückläufige Einnahmen aus der Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs (250.000 €) und Verwaltungsgebühren für Gewerbeangelegenheiten (120.000 €) wurden durch Mehreinnahmen insbesondere bei den folgenden Finanzpositionen kompensiert:

1100-260.0100	Bußgelder der Polizei
1100-260.0300	Verwarn- und Bußgelder Geschwindigkeit / Rotlicht
1100-260.0400	Zwangs- und Bußgelder, Ersatzvornahme Abt. 2
1100-260.0900	Zwangs- und Bußgelder KOD

Die Steigerung der Ausgaben, die jedoch noch unter dem Ansatz liegen, gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Personalkosten und Kosten für besondere Ordnungsaufgaben (Bestattungskosten). Bei den Bestattungskosten stieg die Anzahl der von der Stadt zu übernehmenden Bestattungen gegenüber dem Vorjahr um 41.

UA 1101 Geschäftsbereichsleitung Schutz und Ordnung (002.101; GBL 300)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	424.691	388.171	-8,6	405.398	-4,2
Differenz	-424.691	-388.171		-405.398	

Das Rechnungsergebnis liegt unter dem des Vorjahres und dem Haushaltsansatz. Die haushaltsmäßige Abwicklung der Haushaltsstelle erfordert keine besonderen Erläuterungen.

UA 1110 Melde- und Passwesen (002.101; R 301)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.527.000	1.159.051	-24,1	1.359.402	-14,7
Ausgaben	5.524.158	3.675.232	-33,5	4.258.747	-13,7
Differenz	-3.997.158	-2.516.181		-2.899.345	

Die rückläufigen Einnahmen resultieren im Wesentlichen noch aus der Zuordnung der Ausländerbehörde zum Ressort 204. Im Unterabschnitt 1140 sind die Einnahmen der Gebühren der Ausländerbehörde und der Verwaltungsgebühren für Einbürgerungen um rund 160.000 € gestiegen.

Die Mindereinnahmen werden kompensiert durch Einsparungen bei den Personalkosten, einer geringeren Inanspruchnahme von Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei.

UA 1130 Veterinäraufgaben (002.101; R 302)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	127.050	129.658	2,1	120.315	7,8
Ausgaben	451.525	436.733	-3,3	426.167	2,5
Differenz	-324.475	-307.075		-305.852	

Die haushaltsmäßige Abwicklung des Unterabschnitts im Berichtsjahr erfordert keine weiteren Erläuterungen.

UA 1300 Berufsfeuerwehr (002.101; SB 304)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	428.150	335.000	-21,8	470.045	-28,7
Ausgaben	18.282.125	18.259.889	-0,1	17.721.778	3,0
Differenz	-17.853.975	-17.924.889		-17.251.733	

Eine Forderung gegenüber dem ESW wurde im Rechnungsjahr 2004 irrtümlich zweimal zum Soll gestellt. Die Berichtigung erfolgte im Februar 2005 und belastet somit das Rechnungsergebnis 2005 im Vergleich zum Vorjahr mit 50.000,- €.

Die Einnahmen aus Gebühren und Kostenersatz sind um rund 70.000,00 € gesunken. Grund hierfür sind gesunkene Fallzahlen im Bereich der kostenpflichtigen Einsätze der Feuerwehr sowie eine geringere Anzahl von durchgeführten gebührenpflichtigen Brandschauen, da 304 im Jahr 2005 auf Grund personeller Engpässe den Schwerpunkt der Arbeit im Vorbeugenden Gefahrenschutz auf die Bearbeitung von Bauanträgen im Rahmen der Beteiligung der Feuerwehr im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren gelegt hat.

Bei den Ausgaben liegt das Rechnungsergebnis rd. 538.000,- € über dem Vorjahresergebnis. Verursacht wurde dieses Ergebnis durch den Bezug der neuen Feuerwache 2 im Januar 2005, der höhere Mietzahlungen an das GMW verursacht.

UA 1310 Freiwillige Feuerwehr (002.101; SB 304)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	36.150	36.069	-0,2	32.025	12,6
Ausgaben	2.509.857	2.421.130	-3,5	2.047.089	18,3
Differenz	-2.473.707	-2.385.061		-2.015.064	

Die Ausgaben liegen rd. 90.000 € unter dem Haushaltsansatz, während das Rechnungsergebnis rd. 375.000 € über dem des Vorjahres liegt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Rechnungsergebnis 2004 durch die Umbuchung eines Haushaltsrestes, die zu einem negativen Rechnungsergebnis bei der Finanzposition 1310-563.0000 (Dienstkleidung) führte, um ca. 200.000 € entlastet wurde. Weiterhin waren 2005 rd. 150.000 € mehr Miet- und Nebenkosten an das GMW zu leisten, was (u.a.) durch den Bezug des neuen Gerätehauses des Löschzuges Linde (Ende 2004) verursacht wurde.

UA 1600 Rettungsdienst (002.101; SB 304)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	7.419.300	6.892.279	-7,1	7.050.512	-2,2
Ausgaben	8.169.476	8.253.219	1,0	7.501.744	10,0
Differenz	-750.176	-1.360.940		-451.232	

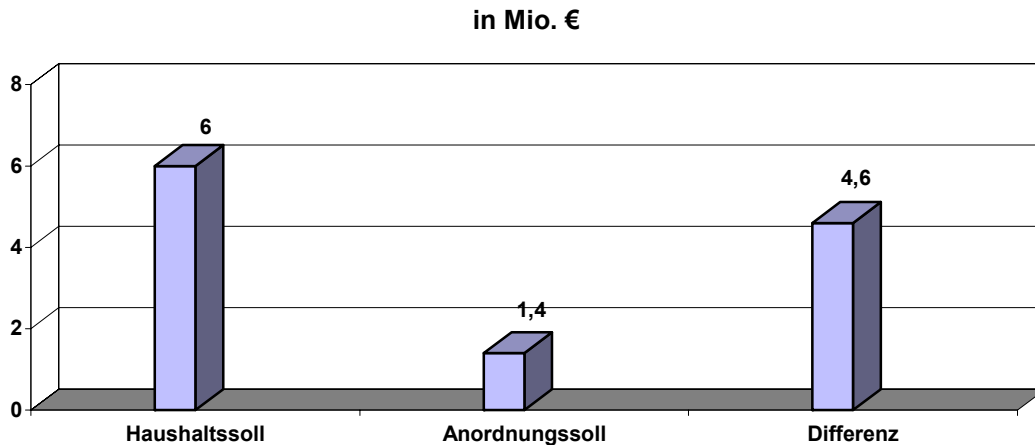
Im Bereich der Einnahmen wurden trotz leicht gestiegener Fallzahlen weder das Vorjahresrechnungsergebnis noch der Haushaltsansatz erreicht. Grund hierfür sind anhaltende Personalprobleme im Haushaltsjahr. Dies und zusätzliche Belastungen durch den Einzug der Patienteneigenanteile haben dazu geführt, dass in diesem Bereich erneut erhebliche Bearbeitungsrückstände aufgebaut wurden.

Die Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes, der vom Rat der Stadt am 20.12.2004 beschlossen wurde, verursachte eine Steigerung der Ausgaben (vornehmlich im Bereich der Personalkosten und des Betriebskostenersatzes an die Hilfsorganisationen) von rd. 750.000 €.

5.1.2 Vermögenshaushalt (002.101)

Grafik zur Tabelle 1:

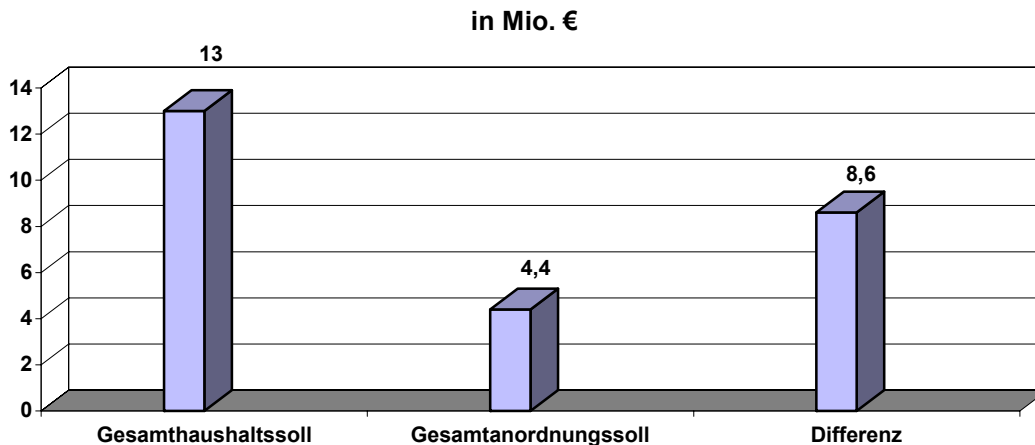
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 23 % (2004 = 11 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 34 % (2004 = 30 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
1100 Öffentliche Ordnung	441.500	213.972	227.528	48,5
1110 Melde- und Passwesen	11.000	6.453	4.547	58,7
1130 Krisenzentrum Tierseuchenbekämpfung	4.500	4.358	142	96,8
1200 Altlasten	2.970.561	258.642	2.711.919	8,7
1210 Sonstige Umweltschutzaufgaben	100.510	607.464	-506.954	604,4
1300 Berufsfeuerwehr	1.116.400	202.475	913.925	18,1
1310 Freiwillige Feuerwehr	559.453	82.860	476.593	14,8
1400 Katastrophenschutz	145.811	0	145.811	0,0
1600 Rettungsdienst	651.000	15.918	635.082	2,4
Summe EP 1	6.000.735	1.392.142	4.608.593	23,2

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
1100 Öffentliche Ordnung	441.500	213.972	227.528	48,5
1110 Melde- und Passwesen	57.379	34.575	22.804	60,3
1130 Krisenzentrum Tierseuchenbekämpfung	4.500	4.358	142	96,8
1200 Altlasten	5.291.999	2.075.753	3.216.246	39,2
1210 sonstige Umweltschutzaufgaben	1.137.447	621.360	516.087	54,6
1300 Berufsfeuerwehr	3.537.224	805.653	2.731.571	22,8
1310 Freiwillige Feuerwehr	1.048.288	147.607	900.681	14,1
1400 Katastrophenschutz	282.002	39.331	242.671	13,9
1600 Rettungsdienst	1.261.842	464.697	797.145	36,8
Summe EP 1	13.062.181	4.407.306	8.654.875	33,7

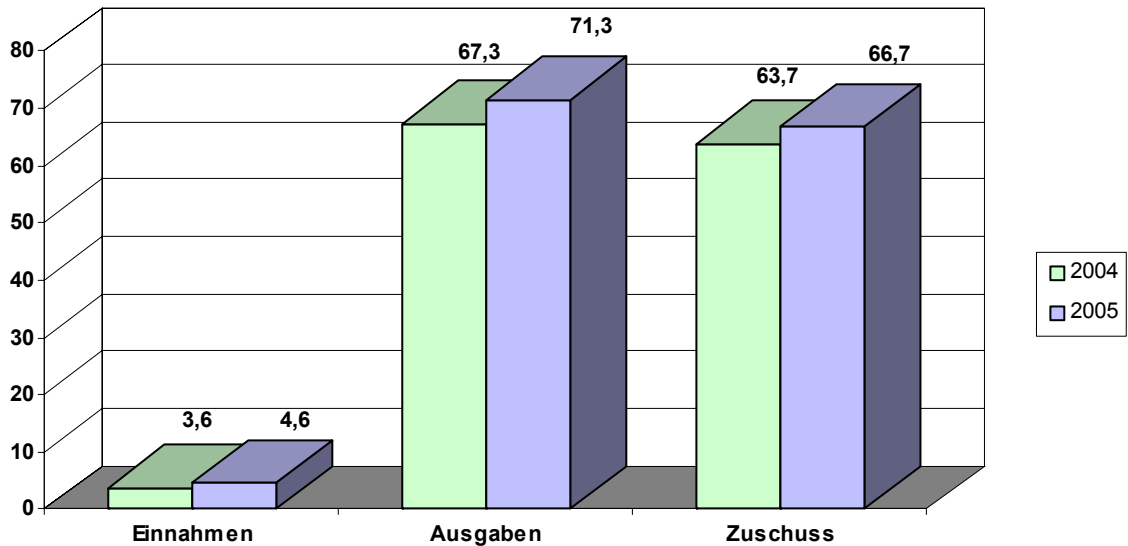
Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 1300 Berufsfeuerwehr (002.101; SB 304)**

Mittel, die für die Erneuerung der Leittechnik-Software (jetzt für die Gemeinsame Integrierte Regionalleitstelle Wuppertal-Solingen – GIRLS) veranschlagt waren bzw. für diesen Zweck in das Haushaltsjahr übertragen wurden, werden voraussichtlich erst 2006 benötigt.

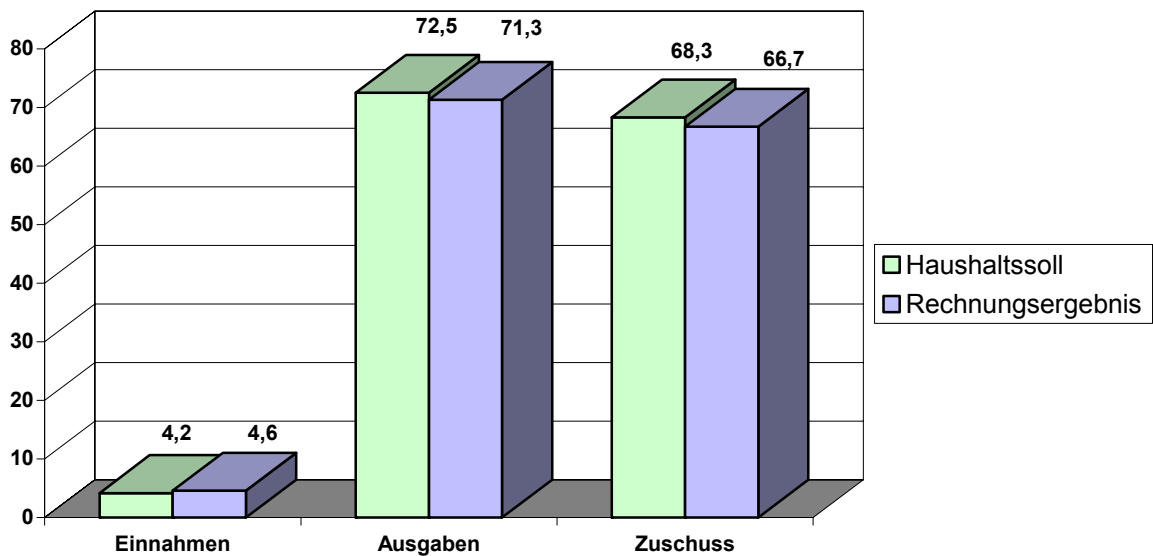
5.2 Einzelplan 2 - Schulen

5.2.1 Verwaltungshaushalt (002.116; SB 206)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Gegenüber 2004 ist der Zuschussbedarf im Jahr 2005 um rd. 3 Mio. € (rd. 4,7 %) gestiegen.

Nach einem starken Rückgang des Zuschussbedarfs im Jahr 1999 um rd. 6,9 Mio. € (rd. 17,6 %), der vor allem auf den Personal- und Aufgabenübergang zum Eigenbetrieb Gebäudemanagement Wuppertal zurückzuführen war, ist der Zuschussbedarf im Jahr 2000 um rd. 26,2 Mio. € (rd. 81 %) extrem angestiegen. Die Ursache hierfür lag in der erstmaligen Veranschlagung der Ausgabepositionen für Miete und Betriebskosten an das Gebäudemanagement in den verschiedenen Unterabschnitten, in die auch die Kosten für Baumaßnahmen einkalkuliert wurden, die bisher im Vermögenshaushalt veranschlagt wurden, nun aber direkt aus der Rechnung des Gebäudemanagements gezahlt wurden. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Ausgaben im Jahr 2000 war die erstmalige Veranschlagung der „Steuerungsumlage“, die ab dem Haushaltsjahr 2000 die bisher üblichen Verwaltungskostenerstattungen für den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters ersetzt.

Im Jahr 2001 war der Anstieg des Zuschussbedarfs um rd. 608 T-Euro (rd. 1,05 %) wieder unbeeinflusst von gravierenden Änderungen wie sie sich in den beiden Vorjahren ausgewirkt hatten.

In fast allen Unterabschnitten des Einzelplans 2 wurde nach dem Wegfall der Einnahmepositionen für Miete im Vorjahr in 2001 die Position "Mietanteil Sekundärnutzer" veranschlagt, in der der 80 %ige Anteil der Mieteinnahmen, den das Gebäudemanagement weitergibt, vereinnahmt wird. Erstmals wurden hier auch Einnahmen von internen Nutzern veranschlagt. Dies führte in vielen Unterabschnitten zu einer Erhöhung der Gesamteinnahmen im Verhältnis zum Vorjahr. Die Mietzahlungen an das Gebäudemanagement erhöhten sich fast durchgehend.

Der Anstieg des Zuschussbedarfs im Jahr 2002 um rd. 2,7 Mio. € beruhte vor allem auf erhöhten Mietzahlungen an das Gebäudemanagement, die als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant waren. Zudem stieg die zu zahlende Steuerungsumlage, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden.

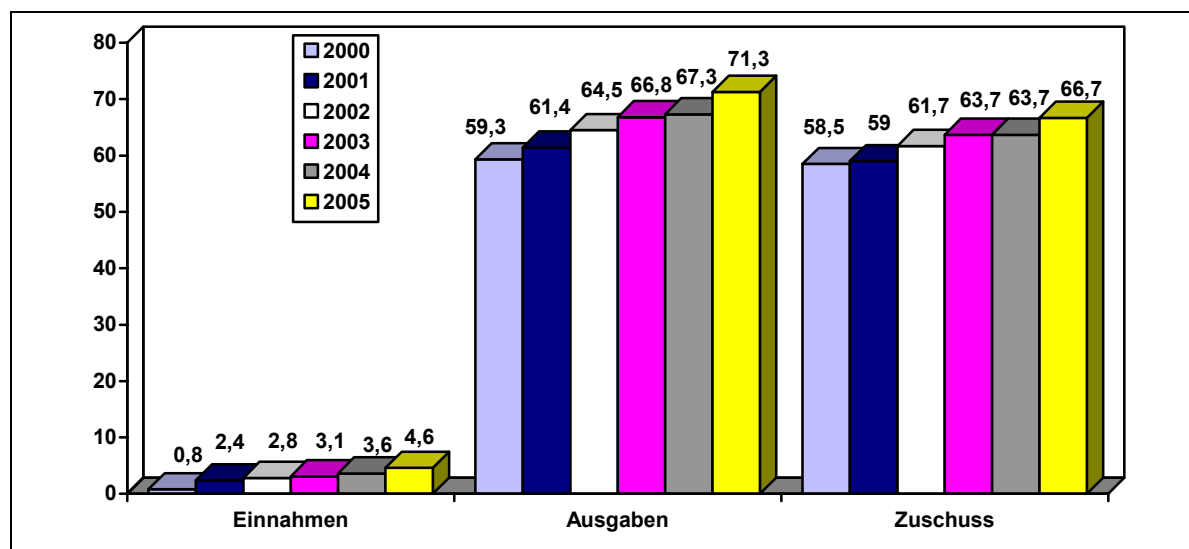
Auch 2003 erhöhten sich die Ausgaben im Einzelplan 2 durch gestiegene Mietzahlungen an das Gebäudemanagement, die als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant waren. Im Übrigen wurde die Entwicklung durch verschiedene Positionen beeinflusst. Der Zuschussbedarf stieg um rd. 2 Mio. €.

Dem im Jahr 2004 nahezu unveränderten Zuschussbedarf lagen verschiedene Entwicklungen in den Einnahme- und Ausgabepositionen zugrunde. Die Mietzahlungen an das Gebäudemanagement erhöhten sich fast durchgehend, was als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant war.

Im Jahr 2005 ergibt sich nun wieder eine Erhöhung des Zuschussbedarfs um rd. 3 Mio. €, die auf Entwicklungen in verschiedenen Positionen zurückzuführen ist, die den Ausführungen zu den einzelnen Unterabschnitten zu entnehmen sind.

Im Einzelplan 2 stellt sich die Entwicklung in den vergangenen Jahren folgendermaßen dar (in €):

RE	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Einnahme	4.586.370	3.576.611	3.105.252	2.762.861	2.366.356	810.904
Ausgabe	71.299.996	67.269.168	66.804.721	64.520.278	61.441.006	59.277.701
Zuschuss	66.713.626	63.692.557	63.699.469	61.757.417	59.074.650	58.466.796



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 2000 Schulverwaltung (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	78.900	49.962	-36,7	54.381	-8,1
Ausgaben	5.672.656	5.256.087	-7,3	5.004.509	5,0
Differenz	-5.593.756	-5.206.125		-4.950.128	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2000 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 256.000 € gestiegen.

Diese Entwicklung beruht im Wesentlichen auf einer Erhöhung der Ausgaben in mehreren Positionen.

Bei der Ausgabe position für die Pflege und Wartung des Programms Neue Medien hat sich das Rechnungsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um rd. 123.000 € erhöht, was darauf zurückzuführen ist, dass im Gegensatz zum Vorjahr ein Haushaltsrest

gebildet wurde. Die Ausgaben für die Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei sind um rd. 152.000 € gestiegen, da erstmalig Umlagen im Rahmen der Umsetzung der IuK-Strategie berechnet wurden. Auch die Umlage zur gesetzlichen Unfallversicherung stieg um rd. 66.000 €. Im Gegensatz dazu verringerten sich die Ausgaben für die Dienstbezüge der Beamten um rd. 71.000 €, was auf die Vakanz einer Stelle über mehrere Monate und den Übergang von zwei Beamtenstellen in den Zentraleinkauf zurückzuführen ist.

UA 2100 Grundschulen einschließlich Schulkindergärten (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.450.900	2.623.481	7,0	1.885.132	39,2
Ausgaben	19.389.765	19.213.421	-0,9	17.287.620	11,1
Differenz	-16.938.865	-16.589.940		-15.402.488	

Den um rd. 738.000 € gestiegenen Einnahmen stehen im UA 2100 um rd. 1,9 Mio. € gestiegene Ausgaben gegenüber, wodurch der Zuschussbedarf im Jahr 2005 um rd. 1,2 Mio. € gestiegen ist.

Die Einnahmeerhöhung im UA 2100 resultiert im Umfang von rd. 659.000 € aus höheren Einnahmen vom Land für die Offene Ganztagschule sowie in Höhe von rd. 336.000 € aus dem Anstieg hierfür vereinnahmter Elternbeiträge. Diese Erhöhungen spiegeln die Entwicklung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule in Wuppertal mit einer vom Schuljahr 2004/2005 zum Schuljahr 2005/2006 nahezu verdoppelten Anzahl von Gruppen wieder. Die Zahl der sonstigen Betreuungsmaßnahmen an Grundschulen war dementsprechend rückläufig, wodurch rd. 188.000 € weniger vom Land für diese Maßnahmen vereinnahmt wurden als im Vorjahr.

Um rd. 49.000 € ist der vom Gebäudemanagement überwiesene Mietanteil von Sekundärnutzern gesunken.

Die Zahlungen an Träger / Vereine für die Offene Ganztagschule waren um rd. 1,3 Mio. € höher als im Vorjahr. Grund ist die oben beschriebene Ausweitung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule. Die Ausgaben für Betriebskosten an das Gebäudemanagement sind um rd. 870.000 € gestiegen, was auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten sowie die stärkere Nutzung der Grundschulgebäude durch die Offene Ganztagschule zurückzuführen ist. Erstmals entstanden im Jahr 2005 Ausgaben im Umfang von rd. 73.000 € für die Bezuschussung der Mittagsverpflegung Bedürftiger an Ganztagschulen entsprechend dem Ratsbeschluss vom 27.06.05.

Für das Projekt „Verlässliche Grundschule“ wurden rd. 212.000 € weniger als im Vorjahr verausgabt, da die Zahl dieser Betreuungsmaßnahmen an Grundschulen aufgrund der Entwicklung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule in Wuppertal rückläufig war. Um rd. 82.000 € sank die Mietzahlung an das Gebäudemanagement.

UA 2150 Hauptschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	222.700	276.000	23,9	280.073	-1,5
Ausgaben	6.381.264	6.222.765	-2,5	5.904.240	5,4
Differenz	-6.158.564	-5.946.765		-5.624.167	

Der im UA 2150 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 322.000 € gestiegene Zuschussbedarf ist im Wesentlichen auf eine entsprechende Erhöhung der Ausgaben zurückzuführen.

Hierbei ist die Betriebskostenzahlung an das Gebäudemanagement im Vergleich zum Vorjahr um rd. 375.000 € gestiegen, was zum Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist. Das Rechnungsergebnis der Ausgabebeziehung „Für die Integration von Behinderten im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts“ sank durch eine geringere Restbildung als im Vorjahr um rd. 18.000 €.

UA 2200 Realschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	129.800	146.455	12,8	142.429	2,8
Ausgaben	3.328.006	3.304.336	-0,7	3.430.540	-3,7
Differenz	-3.198.206	-3.157.882		-3.288.111	

Der Zuschussbedarf im UA 2200 ist im Jahr 2005 um rd. 130.000 € gesunken.

Im Wesentlichen ist dies auf die gegenläufigen Entwicklungen der Ausgabenseite zurückzuführen.

So sank die Betriebskostenzahlung an das Gebäudemanagement um rd. 174.000 €, die Ausgaben für Schülerfahrten stiegen um rd. 30.000 €.

UA 2300 Gymnasien (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	449.700	645.896	43,6	351.555	83,7
Ausgaben	13.177.823	13.033.226	-1,1	12.397.890	5,1
Differenz	-12.728.123	-12.387.330		-12.046.335	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2300 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 341.000 € gestiegen. Sowohl die Einnahmen sind dabei um rd. 294.000 € als auch die Ausgaben um rd. 635.000 € gestiegen.

Auf der Einnahmeseite erfolgten die Erhöhungen im Wesentlichen bei zwei Positionen. Der vom Gebäudemanagement überwiesene Mietanteil von Sekundärnutzern stieg um rd. 189.000 €. Das Rechnungsergebnis der Einnahmen aus Stiftungserträgen ist rd. 112.000 € höher als im Vorjahr, was darauf zurückzuführen ist, dass im Vorjahr für einen Großteil der Stiftungserträge Fondsanteile gekauft wurden. Dieser Umstand hat im gleichen Umfang zu einer Erhöhung des Rechnungsergebnisses bei der Ausgabe position „Verwendung der Stiftungserträge“ geführt. Für Betriebskosten wurden rd. 492.000 € mehr als im Vorjahr an das Gebäudemanagement gezahlt, was zum Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist.

UA 2410 Gewerbliche, hauswirtschaftliche und sozialpädagogische Berufs- und Berufsgrundschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	167.600	171.130	2,1	173.226	-1,2
Ausgaben	6.450.667	6.330.341	-1,9	6.216.154	1,8
Differenz	-6.283.067	-6.159.211		-6.042.928	

Im UA 2410 sind im Wesentlichen Änderungen bei den Ausgabe positionen dafür verantwortlich, dass sich der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 116.000 € erhöht hat.

So stieg die Mietzahlung an das Gebäudemanagement um rd. 91.000 €. Als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden waren diese Erhöhungen geplant. Für die Schulentwicklungsplanung im Bereich der Berufskollegs wurden erstmalig 56.200 € verausgabt. Die Angestelltenvergütungen und die entsprechenden Beiträge zu Versorgungskassen für Angestellte erhöhten sich um rd. 34.000 € bzw. rd. 10.000 €. Im Gegensatz dazu sanken die Ausgaben für Betriebskosten an das Gebäudemanagement um rd. 58.000 €.

**UA 2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufsgrundschulen
(002.116; SB 206)**

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	30.050	53.915	79,4	43.480	24,0
Ausgaben	3.383.083	3.325.669	-1,7	3.247.331	2,4
Differenz	-3.353.033	-3.271.754		-3.203.851	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2411 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 68.000 € gestiegen. Einer Erhöhung der Einnahmen um rd. 10.000 € stehen dabei um rd. 78.000 € höhere Ausgaben gegenüber.

Dem Anstieg der Einnahmen liegt zum einen ein um rd. 21.000 € gestiegener Mietanteil von Sekundärnutzern zugrunde. Im Jahr 2005 sind Korrekturen der Flächenzuordnungen erfolgt, auf denen die Berechnungen beruhen. Andererseits sind keine Einnahmen vom Arbeitsamt für das Förderprogramm AQJ (Arbeit und Qualifizierung für noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche) eingegangen, wodurch ein Einnahmerückgang von rd. 11.000 € entstanden ist. Das Förderprogramm wurde nicht fortgesetzt.

Höhere Ausgaben ergaben sich im Umfang von rd. 30.000 € für die Mietzahlung an das Gebäudemanagement. Als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden waren diese Erhöhungen geplant. Die Betriebskostenzahlung an das Gebäudemanagement stieg um rd. 55.000 €, was zum großen Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist.

**UA 2460
2470
2480**

Bei den genannten Unterabschnitten ergeben sich keine Änderungen durch die Positionen Mieteinnahmen von Sekundärnutzern, Miete und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement oder durch Personalausgaben, da diese Einnahmen und Ausgaben für die Unterabschnitte 2460, 2470 und 2480 im Unterabschnitt 2410 veranschlagt werden.

UA 2460 Gewerbliche, hauswirtschaftliche und sozialpädagogische Berufsfachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	150	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	233.272	221.020	-5,3	221.384	-0,2
Differenz	-233.122	-221.020		-221.384	

Im UA 2460 ist der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die Einnahmen und Ausgaben blieben in allen Positionen weitgehend gleich.

**UA 2461
2480**

Bei den genannten Unterabschnitten ergeben sich keine Änderungen durch die Positionen Mieteinnahmen von Sekundärnutzern, Miete und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement oder durch Personalausgaben, da diese Einnahmen und Ausgaben für die Unterabschnitte 2461 und 2480 im Unterabschnitt 2411 veranschlagt werden.

UA 2461 Kaufmännische Berufsfachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	235.858	234.829	-0,4	222.886	5,4
Differenz	-235.758	-234.829		-222.886	

Der Zuschussbedarf im UA 2461 ist im Jahr 2005 um rd. 12.000 € gestiegen.

Diese Entwicklung beruht im Wesentlichen auf im Umfang von rd. 10.000 € höheren Ausgaben für Schülerfahrten, die als normale Schwankung anzusehen sind, und um rd. 2.000 € höheren Kosten für freie Lernmittel.

UA 2470 Fachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	150	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	72.247	70.697	-2,1	95.653	-26,1
Differenz	-72.097	-70.697		-95.653	

Die Verringerung des Zuschussbedarfs im UA 2470 um rd. 25.000 € beruht im Wesentlichen im Umfang von rd. 18.000 € auf gesunkenen Ausgaben für Schülerfahrten. Die Ausgaben für freie Lernmittel verringerten sich um rd. 7.000 €.

UA 2480 Fachoberschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	110.505	109.453	-1,0	128.416	-14,8
Differenz	-110.405	-109.453		-128.416	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2480 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 19.000 € gesunken.

Verantwortlich hierfür ist ein Ausgabenrückgang in der Position für Schülerfahrten um rd. 36.000 € und andererseits eine Ausgabenerhöhung für freie Lernmittel um rd. 17.000 €, die darauf beruht, dass im Vorjahr diese Ausgaben den Unterabschnitten der Berufskollegs nicht genau zugeordnet wurden.

UA 2700 Sonderschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	128.150	182.747	42,6	162.687	12,3
Ausgaben	4.442.589	4.415.036	-0,6	3.972.641	11,1
Differenz	-4.314.439	-4.232.289		-3.809.954	

Im UA 2700 ist der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 422.000 € gestiegen. Einer Erhöhung der Einnahmen um rd. 20.000 € stehen dabei um rd. 442.000 € erhöhte Ausgaben gegenüber.

Auf der Einnahmeseite sind von den Städten Solingen und Remscheid rd. 10.000 € mehr für den Betrieb der Schule für Kranke eingegangen. Die Einnahmen vom Land für die Betreuung an Sonderschulen erhöhten sich um 10.000 €.

Höhere Ausgaben ergaben sich im Umfang von rd. 82.000 € für die Mietzahlung an das Gebäudemanagement. Als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden waren diese Erhöhungen geplant. Die Betriebskostenzahlung an das Gebäudemanagement stieg um rd. 343.000 €, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass Gebäude erstmalig für die Sonderschulen genutzt wurden bzw. die Nutzung neu errichteter Gebäude begonnen hat. Für Schülerfahrten wurden in 2005 rd. 33.000 € mehr verausgabt als im Vorjahr.

UA 2800 Gesamtschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	229.200	259.079	13,0	240.581	7,7
Ausgaben	8.853.250	8.798.175	-0,6	8.359.842	5,2
Differenz	-8.624.050	-8.539.096		-8.119.261	

Im UA 2800 hat sich der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 420.000 € erhöht.

Die Entwicklung geht auf Einnahmesteigerungen um rd. 18.000 € und Ausgabeerhöhungen um rd. 438.000 € zurück.

Die Einnahmen sind im Wesentlichen in der Position „Mietanteil Sekundärnutzer“ gestiegen, den das Gebäudemanagement weitergibt.

Bei den Ausgaben erhöhte sich die Zahlung an das Gebäudemanagement für Betriebskosten um rd. 208.000 €, was zum großen Teil auf die allgemeinen Erhöhungen bei den Energiekosten zurückzuführen ist. Die Mietzahlung an das Gebäudemanagement stieg um rd. 92.000 €; als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden waren diese Erhöhungen geplant. Mehrausgaben entstanden auch für Schülerfahrten im Umfang von rd. 68.000 € und für Angestelltenvergütungen im Umfang von rd. 27.000 €.

UA 2950 Medienzentrum (002.116; SB 206)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	354.800	177.706	-49,9	243.067	-26,9
Ausgaben	820.205	764.941	-6,7	780.061	-1,9
Differenz	-465.405	-587.235		-536.994	

Im UA 2950 haben sich sowohl die Einnahmen um rd. 65.000 € als auch die Ausgaben um rd.15.000 € reduziert. Der Zuschussbedarf ist dadurch um rd. 50.000 € gestiegen.

Der Rückgang der Einnahmen beruht im Wesentlichen, um rd. 75.000 €, auf den 2005 nicht eingegangenen Erstattungen vom Land für die Lehrerfortbildung. Eine weitere Einnahmeveränderung gab es in der Position „Gebühren aus Leistungen für Dritte“ und zwar einen Anstieg um rd. 7.000 €. Die Verleih- und Nutzungsordnung ist im Juni 2005 erneut geändert worden und sieht nun eine Erhöhung des Rabatts für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die anerkannten Träger der Freien Jugendhilfe vor, die durch den Geschäftsbereich 2.1 finanziert wird. Die Ausleihe durch diesen Kundenkreis hat daraufhin leicht zugenommen.

Entsprechend den Einnahmen sind auch die Ausgaben für die Aus- und Fortbildung für staatliche Lehrkräfte um rd. 75.000 € zurückgegangen.

Für die Dienstbezüge der Beamten wurden erstmalig rd. 27.000 € verausgabt, da dem Medienzentrum zwei Beamtenstellen zugeordnet wurden, die in 2005 erst ein halbes Jahr in die Rechnung eingegangen sind. Dementsprechend sind erstmalig Versorgungsbezüge für Beamte im Umfang von rd. 9.000 € angefallen. Für Leistungen der Nachrichtentechnik wurden rd. 19.000 € mehr als im Vorjahr an den UA 0620 überwiesen.

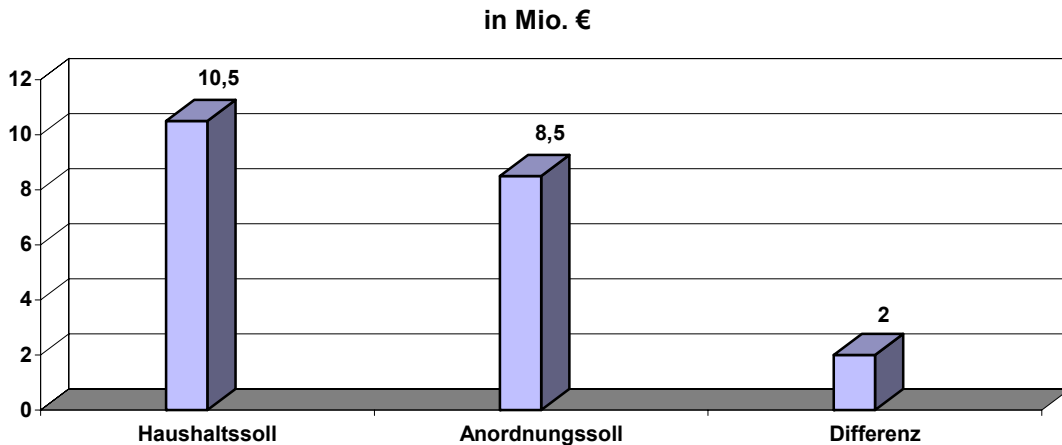
Einzelaspekte:**UA 2100 bis 2800 Haushaltsstellen -639.0000**

- A** **Die Kosten für Schülerfahrten, die mit der WSW AG abzurechnen sind, werden bisher nach einem prozentualen Verteilungsschlüssel den Unterabschnitten zugeordnet. Um eine größere Transparenz zu erreichen wird empfohlen, die Kosten entsprechend der von den Schulen gemeldeten Zahl der berechtigten Schüler den Unterabschnitten genau zuzuordnen.**

5.2.2 Vermögenshaushalt (002.116; SB 206)

Grafik zur Tabelle 1:

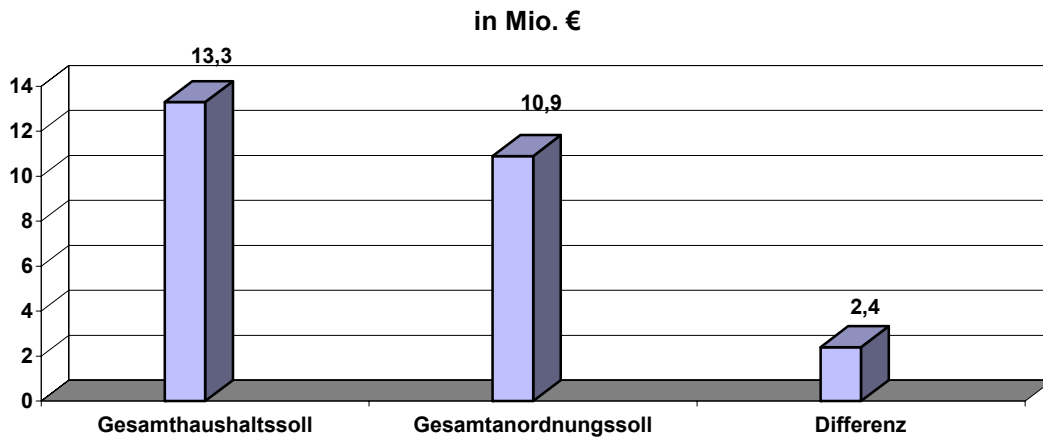
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 81,3 % (2004 = 81,6 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 81,8 % (2004 = 79,2 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
2000 Schulverwaltung	6.910	6.769	141	98,0
2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten	9.440.137	8.103.917	1.336.220	85,8
2150 Hauptschulen	85.200	0	85.200	0,0
2200 Realschulen	70.000	38.718	31.282	55,3
2300 Gymnasien	205.590	86.123	119.467	41,9
2410 Gewerbl., Hauswirtschaftl. und Sozialpädagogische Berufs- und Berufgrundschulen	264.000	162.903	101.097	61,7
2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufgrundschulen	60.000	6.400	53.600	10,7
2700 Sonderschulen	209.600	67.783	141.817	32,3
2800 Gesamtschulen	95.000	18.588	76.412	19,6
2950 Medienzentrum	50.000	29.304	20.696	58,6
Summe EP 2	10.486.437	8.520.505	1.965.932	81,3

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
2000 Schulverwaltung	29.910	17.441	12.469	58,3
2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten	10.886.765	9.467.600	1.419.165	87,0
2150 Hauptschulen	179.743	79.743	100.000	44,4
2200 Realschulen	463.688	277.351	186.337	59,8
2300 Gymnasien	514.422	354.965	159.457	69,0
2410 Gewerbl., Hauswirtschaftl. und Sozialpädagogische Berufs- und Berufsgrundschulen	544.938	441.563	103.375	81,0
2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufsgrundschulen	110.136	56.536	53.600	51,3
2700 Sonderschulen	242.584	100.767	141.817	41,5
2800 Gesamtschulen	327.168	96.292	230.876	29,4
2950 Medienzentrum	69.607	48.911	20.696	70,3
Summe EP 2	13.368.961	10.941.169	2.427.792	81,8

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 2150 Hauptschulen (002.116; SB 206)**

Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von 100.000 € nicht verausgabt, was zum Teil auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen, aber auch Folge des schwer einzuschätzenden Bedarfs ist.

UA 2700 Sonderschulen (002.116; SB 206)

Die geringe Realisierungsquote im UA 2700 beruht vor allem auf nicht verausgabten Mitteln für Einrichtungsmaßnahmen, die in Abhängigkeit von zeitlich verzögerten Baumaßnahmen noch nicht durchgeführt werden konnten. Im Umfang von rd. 64.000 € betraf dies Mittel für die Sonderschule an der Kleestraße, rd. 5.300 € waren für die Sonderschule Melanchthonstraße eingeplant und 25.000 € wurden für die Sonderschule Lentzestraße noch nicht verausgabt.

Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von rd. 47.000 € nicht verausgabt, was zum Teil auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen, aber auch Folge des schwer einzuschätzenden Bedarfs ist.

UA 2800 Gesamtschulen (002.116; SB 206)

Die geringe Realisierungsquote im UA 2800 beruht im Umfang von rd. 77.000 € auf nicht verausgabten Mitteln für die Einrichtung der Erweiterung der Gesamtschule Langerfeld, die in Abhängigkeit von der zeitlichen Verzögerung der Baumaßnahme noch nicht durchgeführt werden konnte.

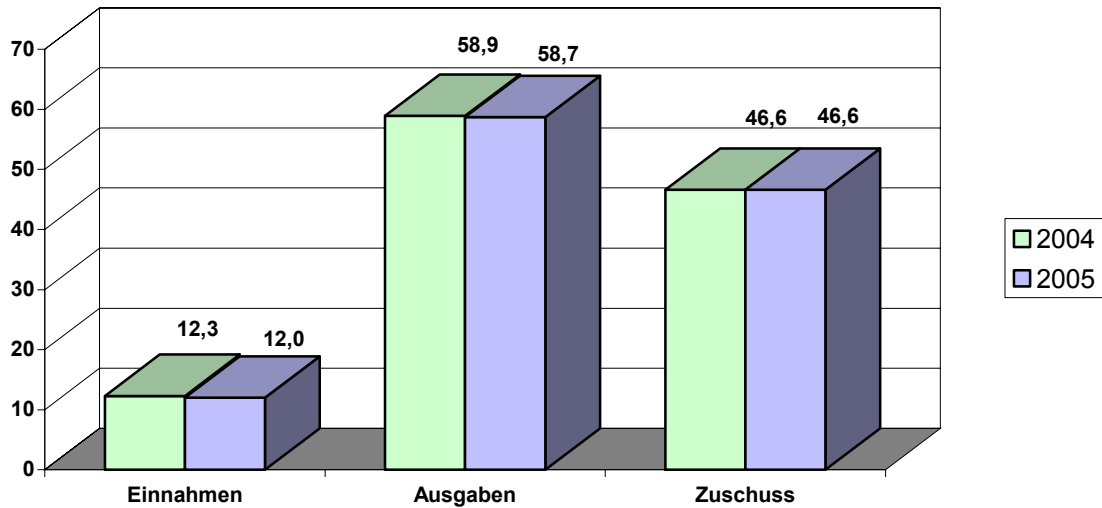
Rd. 115.000 € der für die Einrichtung der Gesamtschule Barmen zur Verfügung stehenden Mittel wurden noch nicht verausgabt. Die Mittel wurden für abschließende Einrichtungsmaßnahmen in das Jahr 2006 übertragen.

Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von rd. 31.000 € nicht verausgabt, was zum Teil auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen, aber auch Folge des schwer einzuschätzenden Bedarfs ist.

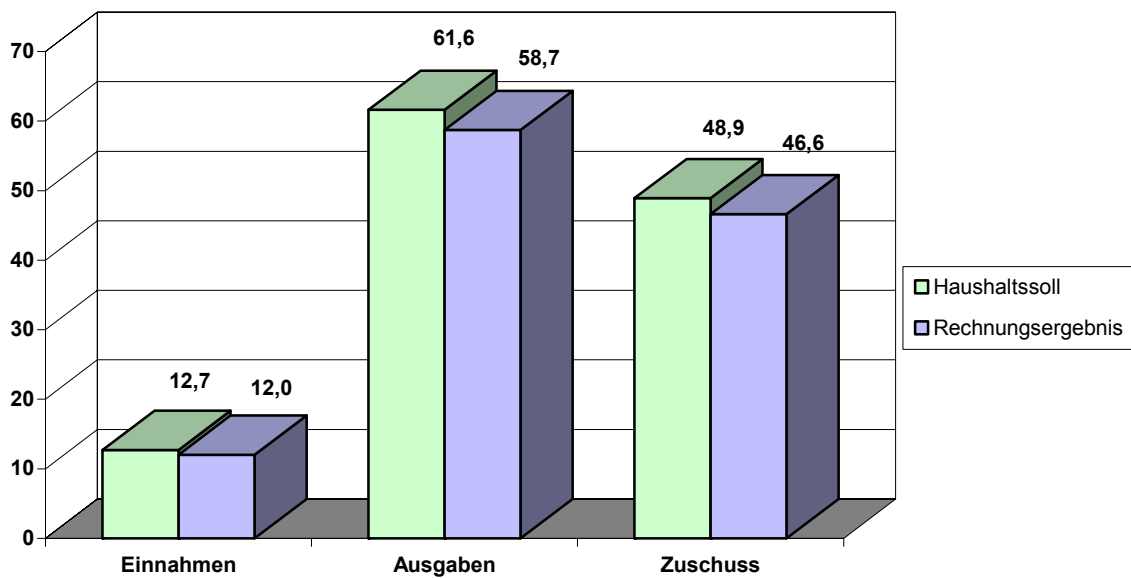
5.3 Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

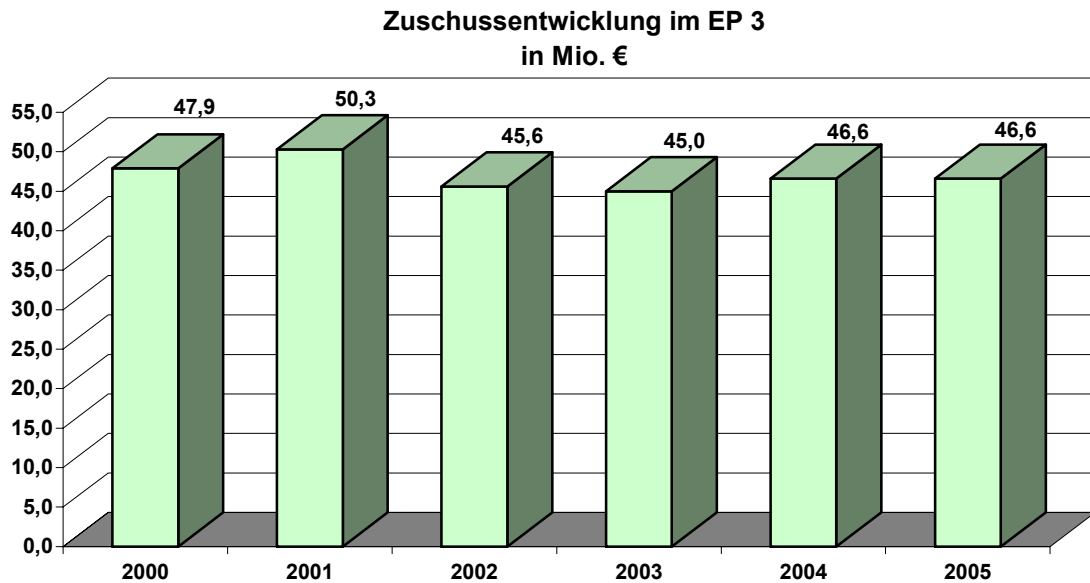
5.3.1 Verwaltungshaushalt (002.117)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Zuschussentwicklung im Einzelplan 3:**Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes****UA 3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur (002.117;
Geschäftsstelle GB 2)**

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	80.050	104.078	30,0	174.989	-40,5
Ausgaben	1.599.379	1.367.477	-14,5	1.397.295	-2,1
Differenz	-1.519.329	-1.263.399		-1.222.306	

Die Mehreinnahmen gegenüber den Erwartungen sind erklärbar durch die Fördermittel aus dem Programm des Europäischen Sozialfonds für das Projekt LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke). Diese Einnahmen waren nicht im Haushaltsplan veranschlagt, es konnten durch Einrichtung von Außerplanhaushaltsstellen rd. 104 T-Euro vereinnahmt werden.

Minderausgaben gegenüber des ursprünglichen Ansatzes entstanden bei den Positionen Personalkosten (- 72 T-Euro); dem Projekt Ostersbaum mit rd. 59 T-Euro weniger als geplant sowie bei dem Projekt LOS (- 40 T-Euro).

UA 3100 SB Von der Heydt-Museum (002.117; SB 216)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	506.200	883.085	74,5	1.244.230	-29,0
Ausgaben	5.258.898	5.257.583	0,0	5.694.642	-7,7
Differenz	-4.752.698	-4.374.498		-4.450.412	

Mehreinnahmen i. H. v. rd. 380 T-Euro gegenüber den Erwartungen sind bei den Eintrittsgeldern aus geförderten Wechselausstellungen sowie aus Stiftungserträgen für Wechselausstellungen zu verzeichnen. Durch diese Stiftungsmittel war es möglich, bedeutende Ausstellungen (u. a. Max Slevogt, Ilja Repin, Eduard Bargheer, Werner Tübke) im Von der Heydt-Museum zu zeigen.

Auf der Ausgabenseite konnten die Budgetvorgaben eingehalten werden, es ergaben sich Einsparungen im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr.

Gegenüber dem Vorjahr sind Mindereinnahmen von rd. 438 T-Euro zu verzeichnen. Im Vorjahr erhielt das Museum jedoch zusätzlich Stiftungserträge i. H. v. 200 T-Euro für eine Sonderausstellung.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 151.444 Besucherinnen und Besucher im Von der Heydt-Museum gezählt. Darunter befanden sich 135.127 Personen, welche die Wechselausstellungen aufsuchten. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Besucheraufkommen erneut um rd. 5.300 Gäste. Hingegen sank die Besucherzahl der Dauerausstellung von 35.257 in 2004 auf 16.317 in 2005.

UA 3101 SB Fuhlrott-Museum (002.117; SB 213)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	39.550	33.050	-16,4	97.016	-65,9
Ausgaben	720.653	734.926	2,0	751.239	-2,2
Differenz	-681.103	-701.876		-654.223	

Das Fuhlrott-Museum hatte in 2005 Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr. Erklärbar ist dies durch eine Zuwendung des Landschaftsverbandes zur Neukonzeption des Museums i. H. v. 60 T-Euro in 2004. Gegenüber den Einnahmeerwartungen ergaben sich geringfügige Mindereinnahmen.

In 2005 wurden aus dem Eintrittskartenverkauf 11.533 € erzielt. Der Erlös lag in 2004 bei 11.430,50 €, 2003 bei 15.440,50 €.

Nach der Besucherstatistik ist die Zahl der Besucher gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Der überwiegende Teil der Besucher (Schulklassen) ist jedoch von der Zahlung eines Eintrittspreises befreit.

Bei den Erlösen aus dem Museumsshop sind erneut Mindereinnahmen feststellbar. Nach dem Rechnungsergebnis 2002 wurden 24,7 T-Euro vereinnahmt, 2003 rd. 10 T-Euro, 2004 6,7 T-Euro, im Berichtsjahr 4,1 T-Euro.

Betrugen die Einnahmen aus Spenden im Jahr 2002 noch rd. 18 T-Euro, sind diese im Jahr 2003 auf rd. 13 T-Euro zurückgegangen. In 2004 war ein Anstieg auf 16,8 T-Euro zu verzeichnen im Berichtsjahr liegen diese mit rd. 18 T-Euro auf dem Niveau des Jahres 2002.

UA 3102 Historisches Zentrum (002.117; SB 213)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	26.700	46.169	72,9	57.609	-19,9
Ausgaben	769.539	818.261	6,3	840.888	-2,7
Differenz	-742.839	-772.092		-783.279	

Mehreinnahmen gegenüber den Erwartungen sind bei den Haushaltsstellen Spenden, Eintrittsgelder sowie Erstattungen beteiligter Städte an der Rückzahlungsverpflichtung für ein Verbundprojekt zu verzeichnen.

Auf der Ausgabenseite wurden die Budgetvorgaben mit rd. 6 % überschritten. Nach der Wiedereröffnung des Museums für Frühindustrialisierung im Februar 2004 konnten insgesamt 15.875 Besucher im Berichtsjahr gezählt werden. Im Vorjahr besuchten 23.736 Besucher das Historische Zentrum. Die erhöhten Besucherzahlen im Vorjahr sind auf die Wiedereröffnung des erweiterten Museums zurückzuführen. Im Berichtsjahr konnten aufgrund einer Einsparung einer halben Stelle im Bereich Museumspädagogik weniger Schulklassen betreut werden, so dass die Besucherzahlen entsprechend rückläufig waren.

UA 3210 Stadtarchiv (002.117; SB 213)

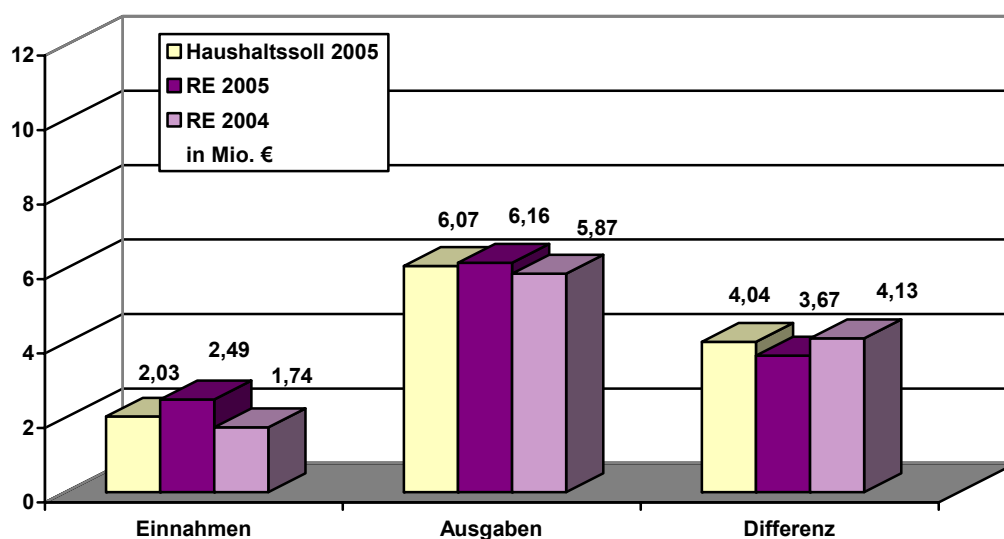
	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	13.250	5.484	-58,6	9.437	-41,9
Ausgaben	497.758	476.976	-4,2	477.648	-0,1
Differenz	-484.508	-471.492		-468.211	

Die Ausgaben des Stadtarchivs sind gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Auf der Einnahmenseite konnten die Erwartungen bei der Haushaltsstelle Einnahmen für Fotokopien und schriftliche Auskünfte nicht realisiert werden.

Die Ausgabenminderung gegenüber den Ausgabeermächtigungen wurde durch Einsparungen im Personalkostenbereich erzielt. Durch Einsparungen gelang es dem Stadtarchiv, seinen Zuschussbedarf gegenüber der Planung zu verringern.

UA 3230 Zoologischer Garten (002.116; SB 215)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.033.500	2.487.806	22,3	1.739.747	43,0
Ausgaben	6.071.486	6.158.528	1,4	5.865.961	5,0
Differenz	-4.037.986	-3.670.722		-4.126.214	



Der Zuschussbedarf im UA 3230 ist im Jahr 2005 um rd. 455.000 € gesunken.

Insgesamt resultiert diese Entwicklung aus einer Erhöhung der Einnahmen des gesamten Unterabschnitts im Vergleich zum Vorjahr um rd. 748.000 € sowie einer Erhöhung der Ausgaben um rd. 293.000 €.

Die Einnahmeerhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus den folgenden Entwicklungen: Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern sind um rd. 778.000 € gestiegen, was auf den Anstieg der Besucherzahlen um rd. 33 % im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen ist (Gründe siehe unter „Besucherzahlen“). Die Einnahmen für Tierpatenschaften erhöhten sich vor allem durch mehrere Patenschaften für den Elefantennachwuchs um rd. 16.000 €. Der Rückgang der Einnahmen aus Spenden um rd. 46.000 € beruht vor allem darauf, dass im Vorjahr eine höhere Barspende vereinnahmt werden konnte.

Die Ausgabenerhöhung um rd. 293.000 € ist ebenfalls auf verschiedene Entwicklungen zurückzuführen.

So sind die Ausgaben für Arbeiterlöhne um rd. 99.000 € und die Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeiter um rd. 34.000 € gestiegen. Bei den Angestelltenvergütungen ergab sich eine Erhöhung um rd. 34.000 €. Die Zahlungen für die Gebäudeunterhaltung an das Gebäudemanagement sind um rd. 176.000 € gestiegen. Die Ausgaben werden vom Gebäudemanagement als Dienstleister aus seiner Rechnung vorgeleistet und dem Stadtbetrieb Zoologischer Garten dann in Rechnung gestellt. Durch dieses Verfahren kommt es zu zeitlichen Verschiebungen der abgerechneten Beträge über die Jahre. Die Grundbesitzabgaben erhöhten sich verbrauchsbedingt sowie durch die ganzjährige Berücksichtigung des im Vorjahr angekauften Grundstücks der ehemaligen Polizeireiterstaffel um rd. 32.000 €.

Das Rechnungsergebnis bei der Ausgabeposition für Energie ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 109.000 € niedriger, da im Vorjahr ein Haushaltsrest gebildet wurde, der das Rechnungsergebnis erhöhte.

Besucherzahlen

Nach den statistischen Aufzeichnungen der Zooverwaltung sind die Besucherzahlen 2005 gegenüber 2004 um 166.527 auf 669.420 gestiegen (+ rd. 33 %).

Gründe für diese erfreuliche Entwicklung sind einerseits darin zu sehen, dass die Schwebebahn im Jahr 2005 in Betrieb war. Umfragen zufolge sind ca. 50 % der Zoo-besucher Auswärtige, die den Zoobesuch oft mit einer Schwebebahnfahrt verbinden möchten. Der Schwebebahn-Ausbau hatte in den vergangenen Jahren die Besucherzahlen des Zoos negativ beeinflusst.

Ein weiterer Grund waren im Jahr 2005 aufsehenerregende Zuchterfolge, hier besonders die Geburten der zwei afrikanischen Elefanten Bongi und Kibo im Juni bzw. Oktober 2005, verbunden mit der darauf folgenden starken Medienpräsenz des Wuppertaler Zoos.

UA 3310 Wuppertaler Bühnen GmbH, Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH (002.117)

Im UA 3310 werden im Wesentlichen die von der Stadt zu zahlenden jährlichen Betriebskostenzuschüsse nachgewiesen. Die für das Jahr 2005 veranschlagten Betriebskostenzuschüsse für die Wuppertaler Bühnen GmbH in Höhe von 11.383 T-Euro, für die Tanztheater GmbH in Höhe von 2.067 T-Euro und für Energie und Grundabgaben in Höhe von 300 T-Euro wurden in voller Höhe ausbezahlt, zusammen mithin 13.750 T-Euro. Nach dem RE 2004 betrug die Höhe dieser Zuschüsse 13.750 T-Euro. Außerdem werden über den UA 3310 die an den Eigenbetrieb GMW zu leistenden Mieten und Betriebskosten abgewickelt, wofür nach dem RE 2005 zusammen 1.188 T-Euro benötigt wurden (zum Vergleich RE 2004: 1.126 T-Euro).

Für die Anmietung von Büro- und Werkstattflächen während der Sanierungsphase fielen im Berichtsjahr Kosten i. H. v. 216 T-Euro (Vorjahr 90 T-Euro) an.

UA 3320 SB Orchester und Konzerte (002.117; SB 211)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	594.050	555.827	-6,4	545.324	1,9
Ausgaben	6.945.619	6.827.336	-1,7	6.863.518	-0,5
Differenz	-6.351.569	-6.271.509		-6.318.194	

Das Sinfonieorchester konnte im Rechnungsjahr 2005 die Einnahmeerwartung nicht realisieren. Bei den Ausgaben wurden geringfügige Einsparungen erzielt. Im Ergebnis ist der Zuschussbedarf gegenüber der Rechnung 2004 nahezu konstant.

Die Mindereinnahmen sind in erster Linie der Haushaltsstelle - Einnahmen im Zusammenhang mit dem Theaterball - (- 65 T-Euro) zuzuordnen.

H Das RPA empfiehlt, zukünftig den Haushaltsansatz für Einnahmen im Zusammenhang mit dem Theaterball realistisch zu bilden.

Die gebildeten Einnahmeansätze der betreffenden Haushaltsstelle haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sich diese nicht realisieren ließen.

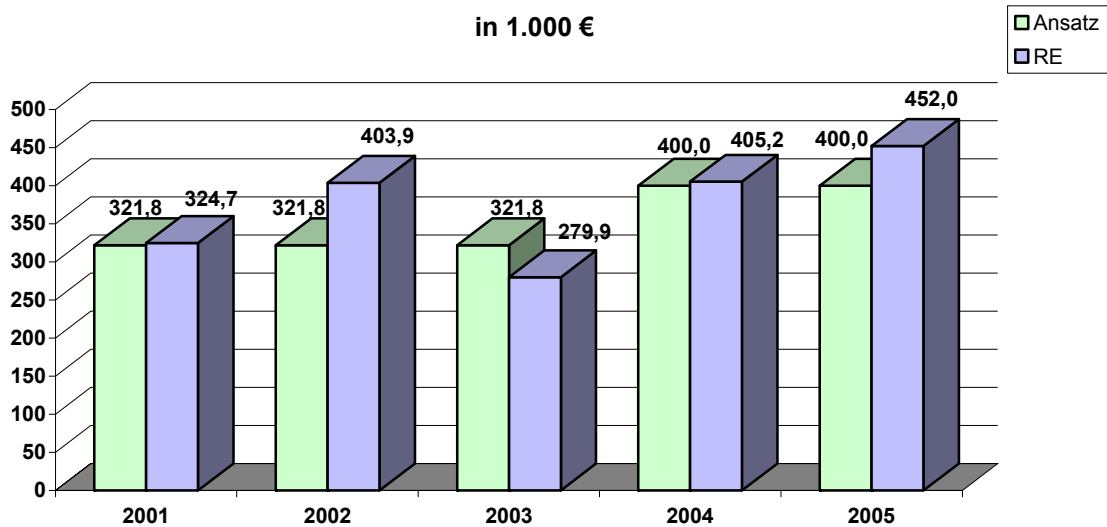
Der Hinweis des Vorjahres bleibt bestehen. Eine Ausräumung konnte im Berichtsjahr wegen des Doppelhaushaltes nicht erfolgen.

Bei den Ausgaben sind folgende Entwicklungen gegenüber dem Haushaltsansatz herauszustellen:

Einsparungen konnten bei den Personalausgaben i. H. v. 68 T-Euro erzielt werden. Die Sachversicherungsbeiträge lagen um rd. 17 T-Euro, Unterhaltung und Beschaffung von Instrumenten um rd. 11,7 T-Euro niedriger als erwartet.

Einzelaspekte:**3320-116.0000****Konzerte und CD-Verkauf**

Vergleich der Konzerteinnahmen mit dem Haushaltsansatz seit 2001:



Die Einnahmeerwartung aus der Haushaltsstelle „Konzerte und CD-Verkauf“ wurden im Berichtsjahr erfüllt. Gegenüber den Einnahmeerwartungen konnten Mehrerlöse von rd. 52 T-Euro realisiert werden.

Der Hinweis des Vorjahres, dass zukünftig Einnahmen den entsprechenden Haushaltsstellen zugeordnet werden, ist obsolet. Eine entsprechende Umbuchung wurde veranlasst.

UA 3330 SB Bergische Musikschule (002.117; SB 212)

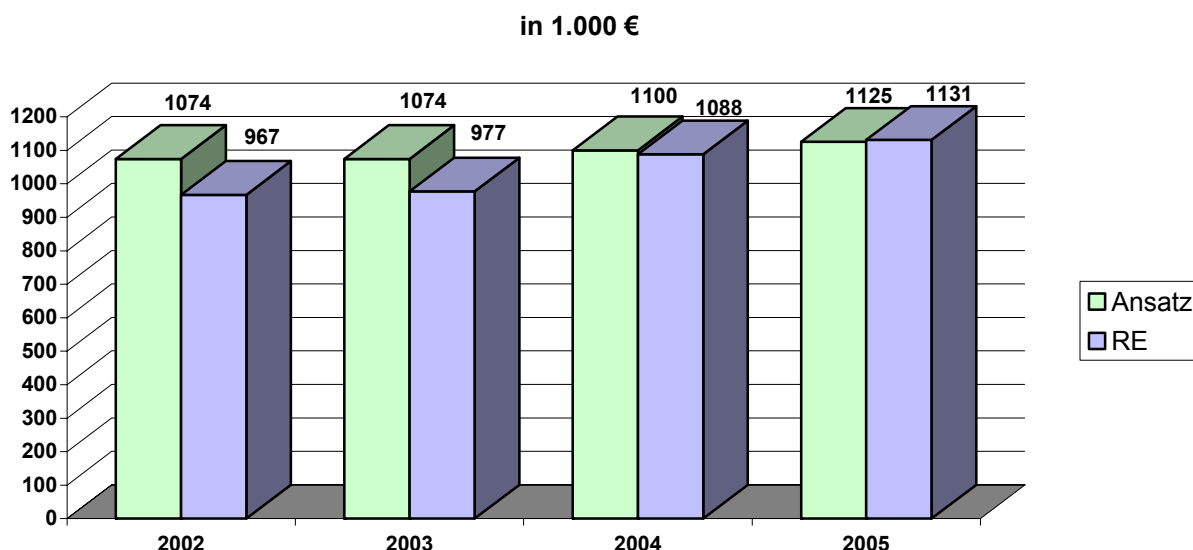
	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.169.900	1.172.450	0,2	1.135.348	3,3
Ausgaben	3.221.475	3.152.576	-2,1	3.222.511	-2,2
Differenz	-2.051.575	-1.980.126		-2.087.163	

Die Budgetvorgabe für den Einnahmebereich konnte eingehalten werden. Bei den Ausgaben konnten gegenüber den Ermächtigungen Einsparungen erzielt werden. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Zuschussbedarf um rd. 100 T-Euro ab.

Auf der Ausgabenseite wurden Einsparungen gegenüber den Erwartungen i. H. v. 70 T-Euro erzielt. Minderausgaben entstanden u. a. bei der Haushaltsstelle für Sekundärnutzungen i. H. v. rd. 56 T-Euro.

Einzelaspekte:**3330-111.0000****Schulgeld**

Vergleich der Schulgeldeinnahmen mit dem Haushaltsansatz:



Gegenüber dem Vorjahr ist eine Einnahmesteigerung um 43 T-Euro festzustellen. Die Schulgeldeinnahmen konnten in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden. Die Einnahmeerwartung wurde im Berichtsjahr mit 6 T-Euro überschritten.

UA 3400 Kulturbüro/Kulturreferat (002.117; Geschäftsstelle GB 2.KB)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	423.000	495.374	17,1	431.026	14,9
Ausgaben	1.994.445	1.954.929	-2,0	1.783.812	9,6
Differenz	-1.571.445	-1.459.555		-1.352.786	

Gegenüber dem Haushaltsansatz konnten Mehreinnahmen und Minderausgaben erzielt werden. Die Budgetvorgaben konnten realisiert werden. Der Zuschussbedarf für das Kulturbüro ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 100 T-Euro angestiegen.

Mehreinnahmen waren u. a. bei den Haushaltsstellen Landeszuschuss (+ 79 T-Euro) und Spenden (+ 38 T-Euro) zu verzeichnen.

Die in diesem Unterabschnitt bei der Untergruppe 718 veranschlagten Zuschüsse an Dritte in Höhe von 218,8 T-Euro (ohne Hst. 3400-718.0000 „Verwendung der Spenden“) wurden tatsächlich in einer Höhe von 218,8 T-Euro verausgabt. Dabei wurden im Bereich der institutionellen Förderung die Zuwendungen in der veranschlagten Höhe auf Vorjahresniveau ausgezahlt.

UA 3500 Allgemeine und berufliche Weiterbildung (VHS) (002.117; SB 207)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.386.650	1.820.076	-23,7	2.165.501	-16,0
Ausgaben	3.588.917	3.493.322	-2,7	3.395.009	2,9
Differenz	-1.202.267	-1.673.246		-1.229.508	

Der nach dem RE 2005 ausgewiesene Zuschussbedarf im UA 3500 liegt um 444 T-Euro höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum ursprünglichen Ansatz konnte bei den Ausgaben eine Verbesserung erzielt werden, wobei die Einnahmen jedoch um rd. 24 % geringer als budgetiert ausfielen.

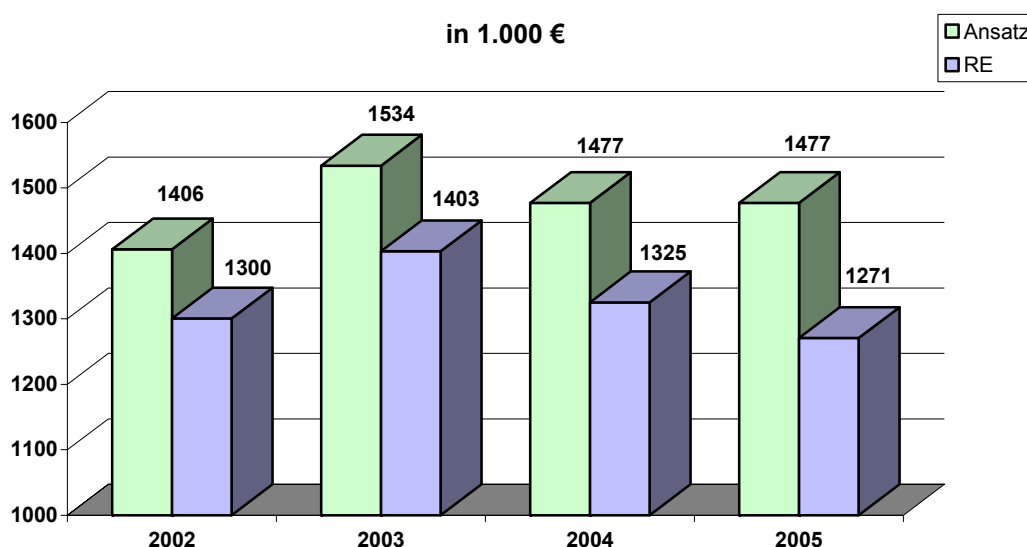
Ursächlich für die Mindereinnahmen von rd. 567 T-Euro gegenüber dem Ansatz sind durch Kürzungen des Landeszuschusses i. H. v. rd. 370 T-Euro sowie durch Mindereinnahmen bei der Haushaltsstelle „Teilnehmerentgelte“ (- 206 T-Euro) erklärbar.

Aus Teilnehmerentgelten stammen im Rechnungsjahr 2005 ca. 69,8 % der Einnahmen, der reduzierte Landeszuschuss entspricht einem Anteil von ca. 27 % an allen Einnahmen (RE 2004: 35,8 %; RE 2003: 39 %).

Die Minderausgaben i. H. v. rd. 97 T-Euro gegenüber den Ausgabeermächtigungen sind u. a. zurückzuführen auf Einsparungen in den Bereichen Personal (- 38 T-Euro) und Werbung und Öffentlichkeitsarbeit (- 12 T-Euro).

Einzelaspekte:
3500-111.0000 Teilnehmerentgelte

Vergleich der Einnahmen aus Teilnehmerentgelten mit dem Haushaltsansatz:



Mit Einnahmen in Höhe von 1,27 Mio. € lagen die Teilnehmerentgelte unter dem Vorjahresniveau. Die prognostizierten Einnahmen in Höhe von rd. 1,47 Mio. € wurden nicht erreicht. Die VHS-Statistik weist aus, dass die Anzahl der Belegungen gegenüber dem Jahr 2004 nahezu konstant ist. Konnten im Vorjahr 31.050 Belegungen gezählt werden, waren es im Berichtsjahr 30.226.

UA 3510 Beschäftigung und Qualifizierung (002.117; SB 207)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.467.100	1.730.387	-29,9	1.545.191	12,0
Ausgaben	4.761.874	3.698.542	-22,3	3.651.797	1,3
Differenz	-2.294.774	-1.968.155		-2.106.606	

Der nach dem RE 2005 ausgewiesene Zuschussbedarf liegt um rd. 327 T-Euro niedriger als im Haushaltsplan veranschlagt, wobei die Einnahmen als auch die Ausgaben um 30 % bzw. 22 % geringer ausfielen.

Die Mindereinnahmen in Höhe von rd. 734 T-Euro entstanden insbesondere bei der Haushaltsstelle 3510-174.0200 - vom Arbeitsamt für ausbildungsbegleitende Hilfen - (- 1 Mio. €). Die Maßnahmen für ausbildungsbegleitende Hilfen liefen Mitte 2003 aus. Bei den Zuschüssen vom Land für Schulabschlusslehrgänge konnten Mehreinnahmen entgegen der ursprünglichen Planung von rd. 223 T-Euro realisiert werden.

Die Minderausgaben von rd. 1.071 T-Euro resultieren in erster Linie durch die im Haushaltsplan veranschlagten 744 T-Euro Fördermittel des Arbeitsamtes zur Weiterleitung an Kooperationspartner, welche im Zusammenhang mit der Einnahmehaushaltsstelle für ausbildungsbegleitenden Hilfen stehen und nicht zur Auszahlung kamen.

Weitere Einsparungen wurden u. a. bei Personalkosten (- 145 T-Euro) erzielt.

UA 3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen (002.117; SB 207)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.608.550	2.332.649	-10,6	2.979.657	-21,7
Ausgaben	4.710.190	3.539.697	-24,9	4.316.893	-18,0
Differenz	-2.101.640	-1.207.048		-	

Im Berichtsjahr sind sowohl Mindereinnahmen als auch Minderausgaben festzustellen. Ursache hierfür ist die – wie bereits im Vorjahr - erhebliche Reduzierung von ABM-Plätzen in städt. Trägerschaft durch Förderänderungen der Bundesanstalt für

Arbeit. Die ursprünglich 179 Stellen wurden auf 48 Stellen in 2003 zurückgefahren, in 2004 befanden sich 27 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, diese liefen in 2005 aus.

Die Mindereinnahmen von rd. 276 T-Euro sind u. a. zu verzeichnen bei der Haushaltsstelle – Erstattung von Personalkosten aus dem Programm Arbeit statt Sozialhilfe (von UA 4103) in Höhe von rd. – 1.3 Mio. Euro. Mehreinnahmen gegenüber der ursprünglichen Planung entstanden bei der Haushaltsstelle - Personalkostenerstattung aus dem Programm Arbeit statt Sozialhilfe – (+ 987 T-Euro) sowie von der ARGE für Arbeitsgelegenheiten (+ 527 T-Euro).

Minderausgaben sind bei den Positionen – für Personal in ABM – (- 571 T-Euro) sowie bei der Position Mehraufwandsentschädigung für Teilnehmer an Arbeitsgelegenheiten (- 276 T-Euro) entstanden.

UA 3520 SB Stadtbibliothek (002.117; SB 214)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	287.750	289.225	0,5	295.866	-2,2
Ausgaben	5.627.155	5.464.650	-2,9	5.273.300	3,6
Differenz	-5.339.405	-5.175.425		-4.977.434	

Auch im Jahr 2005 konnte die Stadtbibliothek die Budgetvorgaben einhalten. Der nach der Rechnung festgestellte Zuschussbedarf in Höhe von 5.339 T-Euro lag um ca. 164 T-Euro unter dem kalkulierten Defizit. Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres fällt der Zuschussbedarf um rd. 198 T-Euro höher aus. Die Einnahmen konnten gegenüber dem Ansatz um 0,5 % gesteigert werden.

Im Jahr 2005 verzeichnete die Stadtbibliothek 1.242.161 Entleihungen. Gegenüber dem Vorjahr (1.133.298 Ausleihen) stieg die Anzahl der Entleihungen an. Die Erhöhung beruht u. a. auf der Steigerung der Kinder- und Jugendliteratur und der modernen Medien (CDs und DVDs).

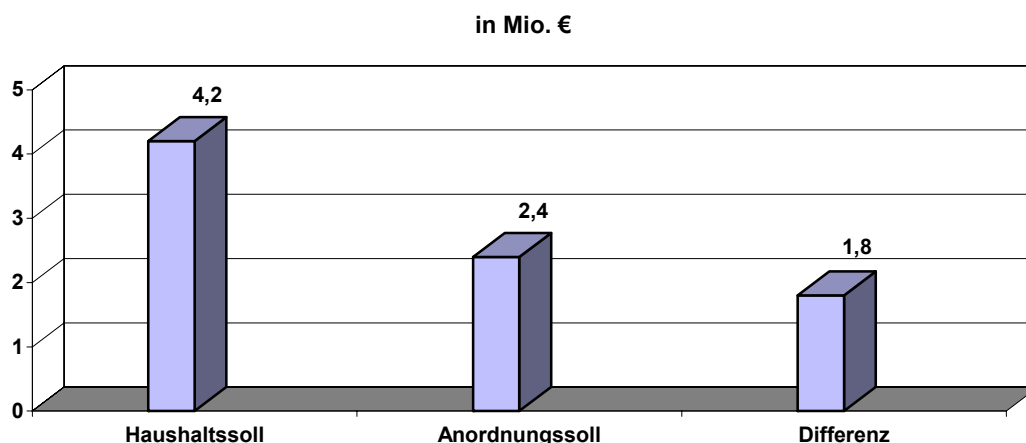
Auf der Einnahmeseite konnten bei den Benutzungsentgelten mit rd. 234 T-Euro ca. 4 T-Euro mehr eingenommen werden als im Vorjahr. Der Haushaltsansatz in Höhe von etwa 250 T-Euro wurde um 16 T-Euro verfehlt. Mehreinnahmen waren u. a. bei der Position Benutzerentgelte für Medien (+ 10 T-Euro) feststellbar.

Die Minderausgaben sind zu verzeichnen bei den Haushaltsstellen für Personalkosten (- 60,7 T-Euro), Beschaffung von Büchern und anderen Medien (- 20 T-Euro), Miete/Betriebskosten an das GMW (- 15,5 T-Euro), Buchbindearbeiten und Betriebsbedarf (- 10 T-Euro).

5.3.2 Vermögenshaushalt (002.117)

Grafik zur Tabelle 1:

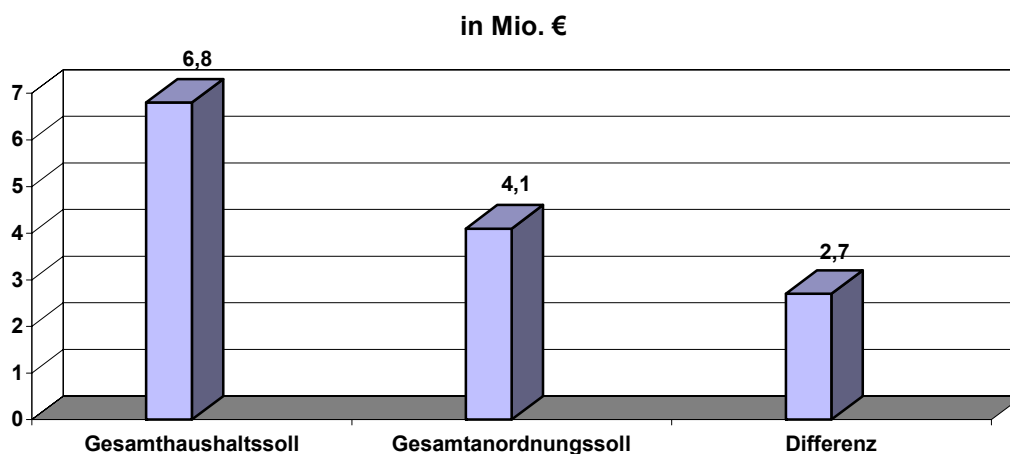
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 57 % (2002 = 48 %, 2003 = 48 % und 2004 = 40 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 60 % (2002 = 64 %, 2003 = 59 % und 2004 = 53 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	673.731	673.731	0	100,0
3100 SB Von der Heydt-Museum	320.552	260.927	59.625	81,4
3101 SB Fuhlrott-Museum	10.135	10.135	0	100,0
3102 Historisches Zentrum	54.000	19.720	34.280	36,5
3210 Stadtarchiv	4.000	0	4.000	0,0
3230 SB Zoologischer Garten	762.903	461.221	301.682	60,5
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH/ Tanztheater GmbH	1.531.000	731.000	800.000	47,7
3320 SB Orchester u. Konzerte	32.970	16.742	16.228	50,8
3330 SB Bergische Musikschule	23.000	3.368	19.632	14,6
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	274.732	45.990	228.742	16,7
3500 SB Weiterbildung (VHS)	11.000	7.140	3.860	64,9
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	3.000	0	3.000	0,0
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	3.000	0	3.000	0,0
3520 SB Stadtbibliothek	97.000	19.962	77.038	20,6
3650 Denkmalschutz und -pflege	306.000	40.600	265.400	13,3
3700 Synagoge Barmen	96.390	96.305	85	99,9
Summe EP 3	4.203.413	2.386.841	1.816.572	56,8

Tabelle 2:

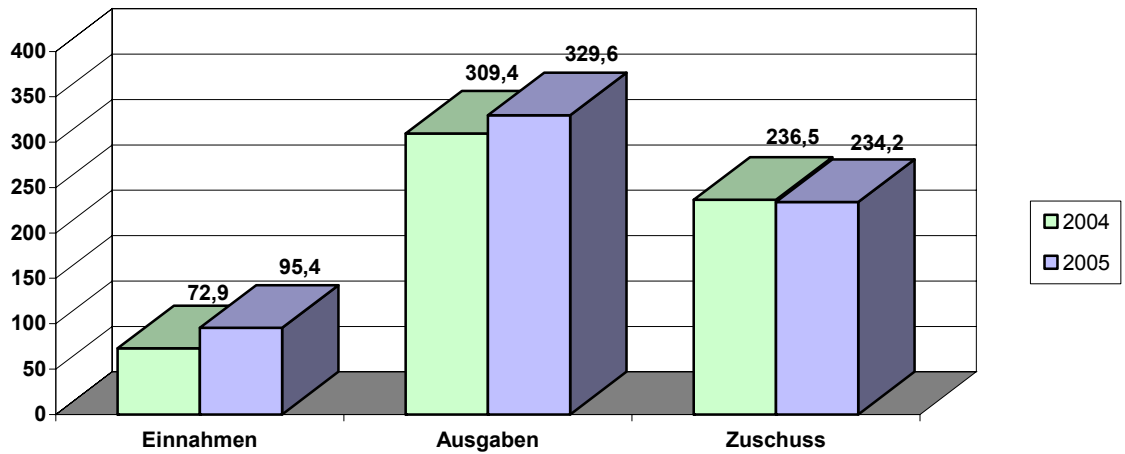
Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	1.003.331	1.003.331	0	100,0
3100 SB Von der Heydt-Museum	352.360	289.790	62.570	82,2
3101 SB Fuhlrott-Museum	10.135	10.135	0	100,0
3102 Historisches Zentrum	54.000	19.720	34.280	36,5
3210 Stadttarchiv	4.000	0	4.000	0,0
3230 SB Zoologischer Garten	2.208.187	1.120.576	1.087.611	50,7
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH/ Tanztheater GmbH	1.531.000	731.000	800.000	47,7
3320 SB Orchester u. Konzerte	77.668	61.440	16.228	79,1
3330 SB Bergische Musikschule	23.000	3.368	19.632	14,6
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	890.332	596.259	294.073	67,0
3500 SB Weiterbildung (VHS)	20.000	16.140	3.860	80,7
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	3.000	0	3.000	0,0
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	3.000	0	3.000	0,0
3520 SB Stadtbibliothek	117.000	19.962	97.038	17,1
3650 Denkmalschutz und -pflege	365.050	99.650	265.400	27,3
3700 Synagoge Barmen	102.982	102.897	85	100,0
Summe EP 3	6.765.045	4.074.268	2.690.777	60,2

Bei den vermögenswirksamen Ausgaben ist zu berücksichtigen, dass die Bauausgaben für Hochbaumaßnahmen mit Ausnahme der UA 3230 Zoologischer Garten und UA 3700 Synagoge Barmen ab dem Haushaltsjahr 2000 grundsätzlich im Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs GMW veranschlagt werden. Im Vermögenshaushalt des Einzelplans 3 werden weiterhin die Landeszuweisungen, deren Weiterleitung an das Gebäudemanagement sowie Ausgaben für Einrichtungen, Kunstwerke usw. dargestellt.

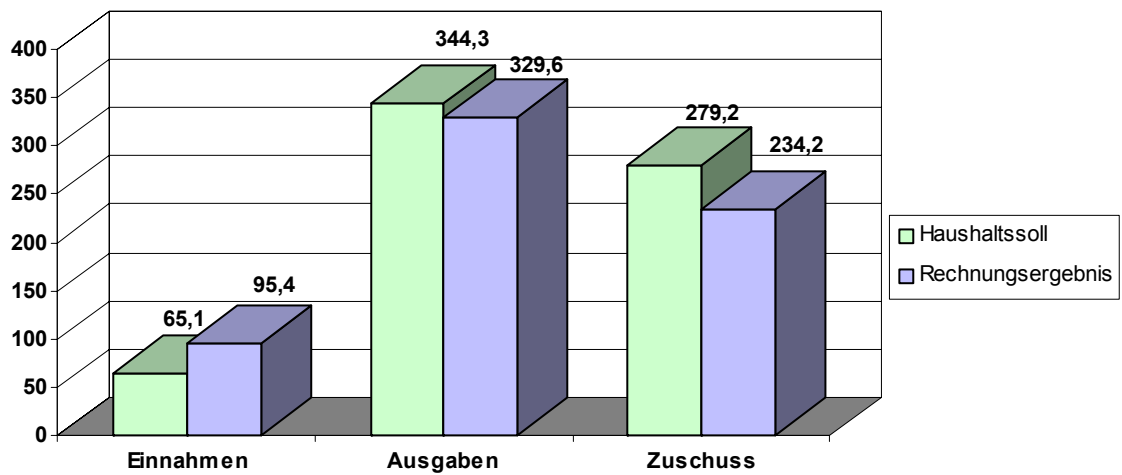
5.4 Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

5.4.1 Verwaltungshaushalt (002.114)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

Einzelaspekte UA 4100, 4110, 4121, 4140 (002.113 / 002.114; R 201)

In den vorgenannten Unterabschnitten werden u. a. Finanzpositionen ausgewiesen, in denen Abrechnungen mit dem Landschaftsverband (LV) erfolgen. Hierbei sind unterschiedliche Abläufe möglich:

- a) Die Stadt Wuppertal vereinnahmt für den sachlich zuständigen Sozialhilfeträger (LV) Beträge von Dritten. Diese sind mit Abschluss des Haushaltsjahres in voller Höhe an den LV abzuführen.
- b) Die Stadt Wuppertal verausgibt für den sachlich zuständigen Sozialhilfeträger (LV) Beträge an Dritte. Diese sind mit Abschluss des Haushaltsjahres in voller Höhe vom LV zu erstatten.

In beiden Fällen handelt es sich somit um Einnahme- und Ausgabepositionen, die den städtischen Haushalt weder be- noch entlasten (dürfen).

B/5 Die Rechnungsergebnisse korrespondierender Finanzpositionen sind nicht ausgeglichen

Für die Abweichungen in den Rechnungsergebnissen sind u. a. folgende Gründe erkennbar: zum Teil wurden andere Beträge als die tatsächlichen Einnahmen an den LV weitergeleitet, in anderen Vorgängen unterblieb die erforderliche Abführung (mitunter sogar aus Vorjahren) gänzlich. Hier wurde darüber hinaus versäumt, die zu einer Korrektur erforderlichen Ausgabeermächtigungen zu beantragen.

Aufgrund der nicht ausgeglichenen Rechnungsergebnisse sind die betreffenden Einnahme- und Ausgabefinanzpositionen nicht haushaltsneutral. Daraus ergeben sich in den UA 4100, 4110, 4121 und 4140 fehlerhafte Zuschussbedarfe.

Die Beanstandung wird durch R 201 grundsätzlich anerkannt. Das Ressort gibt an, die Differenzen im Rahmen des Jahresabschlusses 2006 nach Möglichkeit auszugleichen und dabei dem Landschaftsverband ggf. noch zustehende Einnahmen aus 2005 nachträglich abzuführen.

UA 4000 Verwaltung der Sozialhilfe (002.113; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	39.400	342.360	768,9	194.942	75,6
Ausgaben	10.477.991	11.283.738	7,7	16.601.352	-32,0
Differenz	-10.438.591	-10.941.377		-16.406.409	

Der nach dem Rechnungsergebnis (RE) 2005 ausgewiesene Zuschussbedarf liegt um rd. 5,45 Mio. € bzw. 33,3 % niedriger als im Vorjahr.

Dabei haben sich die Einnahmen um 75,6 % (+ rd. 147.000,- €) erhöht. Bei den Ausgaben ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 5,3 Mio. € zu verzeichnen.

Die Mehreinnahmen sind überwiegend in Erstattungen des Bundes für sogenannte „Vorlaufkosten“ begründet, durch die rd. 300.000,- € vereinnahmt werden konnten (vgl. Einzelaspekte).

Mindereinnahmen i. H. v. rd. 136.000,- € waren dagegen bei den Fördermitteln des Bundes für die Teilnahme an den Sonderprogrammen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für Jugendliche und Langzeitarbeitslose („Jump Plus“ und „AFL“) festzustellen (RE 2005: 21.350,- €, RE 2004: 157.500,- €). Programmbedingt endete die Möglichkeit der Zuschussgewährung zu den städtischen Personalkosten mit Ablauf des Jahres 2004. Bei dem Zahlungseingang in 2005 handelt es sich somit lediglich um Einnahmen aus der Restabwicklung der beiden Programme.

Geringere Ausgaben sind hauptsächlich im Bereich der Personalkosten erkennbar (- 4,8 Mio. €). Sie sind im Wesentlichen auf die Personalverlagerung in die ARGE zurückzuführen (vgl. Ausführungen zu UA 4051).

Weitere erhebliche Minderausgaben sind bei den Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei (- 545.000,- €) zu verzeichnen. Durch die oben angesprochene Personalverlagerung hat sich auch der Sachmittelbedarf verändert bzw. in Richtung der ARGE verschoben.

Einzelaspekte:**4000-160.0000****Erstattung der Vorlaufkosten durch den Bund
(002.113; R 201)**

Zwecks Umsetzung des zum 01.01.2005 eingeführten Sozialgesetzbuches (SGB) II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - erfolgte in Wuppertal ein Zusammenschluss zwischen der Agentur für Arbeit Wuppertal und der Stadt Wuppertal zu einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Wuppertal (vgl. Ausführungen zu UA 4100, UA 4051).

Das SGB II regelt, dass der Bund die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende einschließlich der Verwaltungskosten trägt, soweit die Leistungen von der Bundesagentur (BA) erbracht werden. Dies beinhaltet auch die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen (Verwaltungskosten in 2004).

Um einen möglichst reibungslosen Übergang in die neuen Strukturen zu gewährleisten, wurde in einigen Kommunen bereits in einer Übergangsphase vor dem 01.01.2005 das IT-Verfahren zur Leistungsgewährung (A2LL) genutzt und die für die Leistung erforderlichen Daten im System erfasst. Da dadurch bei der Agentur für Arbeit - bzw. der späteren ARGE - ein nochmaliger Aufwand für die Erfassung vermieden wurde, hat die Bundesagentur den dadurch für die Kommunen entstandenen Personal- und Sachaufwand durch eine Fallpauschale i. H. v. 35,- € je vollständig in A2LL erfasster Bedarfsgemeinschaft abgegolten.

Auch in Wuppertal wurde diese erste Arbeitsphase des neuen Systems aus den bisherigen Sozialhilfe gewährenden Dienststellen, den Bezirkssozialdiensten (BSD), heraus realisiert. Die entsprechende Einnahme im Rahmen der Erstattung durch die Fallpauschalen belief sich auf rd. 300.000,- €.

**4000-633.0000 Bürgerinformationen für Hilfsangebote (002.113;
R 201)**

H Ausgaben sind den entsprechenden Finanzpositionen zuzuordnen

Für nicht - konkreten Finanzpositionen - zuzuordnende Ausgaben wurde die Finanzposition „Vermischte Ausgaben“ eingerichtet. Tatsächlich wurden Ausgaben für den Schlüsseldienst auf die Finanzposition „Bürgerinformationen für Hilfsangebote“ verbucht. Dies entspricht nicht den Grundsätzen der Haushaltsklarheit.

Nach Mitteilung von R 201 wird dieser Hinweis künftig beachtet.

**UA 4040 Allgemeine Aufgaben Zuwanderung und Integration (002.114;
R 204)**

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	251.450	349.152	38,9	221.176	57,9
Ausgaben	2.727.755	2.716.409	-0,4	2.409.958	12,7
Differenz	-2.476.305	-2.367.257		-2.188.782	

Seit der Einrichtung des UA 4040 zum Haushaltsjahr 2002 (Gründung des Ressorts Zuwanderung und Integration) ist der Zuschussbedarf kontinuierlich gestiegen: während in 2002 die Ausgaben um rd. 1,5 Mio. € höher ausfielen als die Einnahmen, be-

lief sich der Differenzbetrag in 2003 auf rd. 1,8 Mio. € und in 2004 auf rd. 2,2 Mio. €. In 2005 hat der Zuschussbedarf mit rd. 2,4 Mio. € seinen bisherigen Höhepunkt erreicht.

Die Einnahmen sind im Jahr 2005 zwar um 57,9 % (+ rd. 128.000 €) gestiegen, jedoch handelte es sich im Wesentlichen um zweckgebundene Mittel, die an Dritte weiterzuleiten waren, z. B. Landesmittel für Integrationsprojekte oder für Sprachentwicklung im Elementarbereich (+ insg. rd. 89.000 €). Darüber hinaus erhielt R 204 aufgrund geänderter Rechtslage für die Betreuung von Flüchtlingen vom Land eine Nachzahlung für die Jahre 2000 bis 2004 in Höhe von rd. 38.000 €.

Im Bereich der Ausgaben haben sich die auffälligsten Erhöhungen im Bereich der internen Leistungsverrechnung (an UA 0610 bzw. UA 0620) ergeben. Die Kosten für die Inanspruchnahme von „Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei“ stiegen von rd. 7.000 € (2004) auf rd. 49.000 € (2005). Für „Leistungen der Nachrichtentechnik“ wurden R 204 im Berichtsjahr rd. 183.000 € in Rechnung gestellt; im Vorjahr beliefen sich diese Kosten noch auf rd. 91.600 €. Die deutlich höheren Verrechnungen im Bereich der Nachrichtentechnik sind zum Teil auf die organisatorische Angliederung der Ausländerbehörde an das Ressort zurückzuführen. Deren Anteil an den o.g. Kosten wurde in 2005 erstmals nahezu vollständig im UA 4040 abgebildet (bislang UA 1140). Zudem erfolgte durch SB 402 eine verwaltungsweite Überprüfung der den Abrechnungen zugrunde liegenden Daten (Mengenabnahme bzw. Zuordnung). Die aktualisierten Zahlen führten zu insgesamt höheren Verrechnungen, welche sich nunmehr in diversen UA als Mehrausgaben widerspiegeln.

Weitere - zuschussrelevante - Mehrausgaben im UA 4040 sind bei den Personalkosten (+ rd. 20.000 €), bei der Miete an den Eigenbetrieb GMW (+ rd. 55.000 €) sowie für Einbruchsicherungsmaßnahmen im Gebäude „Am Clef“ (+ 18.000 €) festzustellen.

B/6 Einnahmen, die gemäß § 1 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) a. F. dem Vermögenshaushalt zuzuordnen sind, wurden im Verwaltungshaushalt gebucht

Im Berichtsjahr wurden durch die Veräußerung von zwei Dienstwagen Verkaufserlöse i. H. v. insgesamt 2.160 € erzielt. Vg. Betrag wurde im Verwaltungshaushalt bei der Finanzposition 4040-150.0000 „Vermischte Einnahmen“ gebucht.

Kraftfahrzeuge gehören zum Anlagevermögen im Sinne des § 45 Nr. 2.2 GemHVO NRW a. F.. Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens sind entsprechend im Vermögenshaushalt zu buchen (§ 1 Nr. 2 GemHVO NRW a. F.).

R 204 hat die Beanstandung anerkannt.

UA 4050 Verwaltung des Wohngeldes (002.200; R 105)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	12.290	/	0	/
Ausgaben	1.337.390	1.370.222	2,5	1.682.312	-18,6
Differenz	-1.337.390	-1.357.932		-1.682.312	

Die Ausgaben für die Verwaltung des Wohngeldes als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung haben sich gegenüber den Vorjahren verringert. Es handelt sich vornehmlich um Personalausgaben für die Bearbeitung von Miet- und Lastenzuschüssen nach dem Wohngeldgesetz. Sie fielen gegenüber dem Jahr 2004 aufgrund der Nichtbesetzung vakanter Stellen um 22 %.

Durch die Änderung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2005 ist die Zahl der Wohngeldbearbeitungen deutlich gesunken. Sie fiel gegenüber dem Jahr 2004 um rund die Hälfte auf insgesamt 12.709 Fälle. Maßgeblich dafür ist eine neue Regelung, nach der Empfänger von Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung im Alter vom Wohngeldbezug ab dem Berichtsjahr ausgeschlossen sind.

Erstmalig wurden in diesem Unterabschnitt Einnahmen durch die Erhebung von Bußgeldern erzielt. Die Wohngeldstelle kam damit einer allgemeinen Forderung des Landes zur Durchführung von Bußgeldverfahren nach.

UA 4051 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (002.113; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	7.762.737	/	0	/
Ausgaben	9.199.412	7.677.684	-16,5	1.459	526129,2
Differenz	-9.199.412	85.053		-1.459	

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) regelt die Grundsicherung für Arbeitsuchende, die erwerbsfähig, aber hilfebedürftig sind und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben.

In Wuppertal werden die Leistungen nach dem SGB II von der ARGE (vgl. Ausführungen zu UA 4000, UA 4100) wahrgenommen.

Die durch diese Aufgaben für die Stadt entstehenden Verwaltungsleistungen werden im neuen UA 4051 abgewickelt. Dieser UA schließt mit einem Überschuss i. H. v. rd.

85.000,- € ab. Dabei stehen den Einnahmen in Höhe von rd. 7,76 Mio. € Ausgaben i. H. v. rd. 7,67 Mio. € gegenüber.

Auf der Einnahmeseite resultieren rd. 5,4 Mio. € aus der Erstattung von Personalkosten seitens der ARGE. Die ARGE verfügt über kein eigenes Personal, sondern setzt sich aus Mitarbeitern/Innen zusammen, welche beide Vertragspartner, also die Stadt Wuppertal und die Agentur für Arbeit Wuppertal, zur Verfügung stellen. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus dem „Vertrag über die Gründung und Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft Wuppertal“. Dort ist u. a. geregelt, dass eine wechselseitige Erstattung der Kosten für die Erbringung von Leistungen, die dem anderen Vertragspartner obliegen, erfolgt.

Weitere 1,8 Mio. € wurden für vorgeleistete Sachkosten für die in die ARGE abgeordneten Mitarbeiter erbracht.

Rd. 560.000,- € stellen den Gemeinkostenanteil für Personal im Aufgabenbereich der Bundesagentur (BA) dar. Dieser wird entsprechend den Werten des jeweils aktuellen Berichtes der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) „Kosten eines Arbeitsplatzes – hier: Personalkostentabelle/ Beamte bzw. Angestellte – Jahreswert“ ermittelt und erstattet.

Auf der Ausgabenseite werden alle im Rahmen der Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende anfallenden Ausgaben (Personal- und Sachkosten) abgewickelt.

UA 4070 Verwaltung der Jugendhilfe – ohne eigene Einrichtungen (002.111; R 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	200	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	7.515.360	7.561.121	0,6	7.430.090	1,8
Differenz	-7.515.160	-7.561.121		-7.430.090	

Der Zuschuss hat sich um 131 T-Euro (1 %) verschlechtert.

Die Fortbildungskosten sind im Rechnungsjahr um 13 T-Euro (48 %) aufgrund erhöhten Qualifizierungsbedarfes gestiegen.

An Mietbetriebskosten waren 41 T-Euro (48 %) mehr zu leisten.

Für die Steuerungsumlage mussten 185 T-Euro (87 %) weniger aufgewendet werden.

Die Kosten für Porto konnten um 180 T-Euro (58 %) vermindert werden.

Für Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei konnten die Aufwendungen um 13 T-Euro (14 %) gemindert werden.

UA 4090 Lastenausgleichsverwaltung (002.114; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	401.000	473.478	18,1	462.586	2,4
Ausgaben	555.395	487.678	-12,2	555.778	-12,3
Differenz	-154.395	-14.200		-93.192	

Das Regionalausgleichsamt Wuppertal nimmt die Lastenausgleichsaufgaben für die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid wahr. Die hiesigen Verwaltungskosten werden zum Teil vom Land durch Zuweisungen erstattet. Die nach Abzug der Landesmittel verbleibenden ungedeckten Kosten werden von den beteiligten drei Städten prozentual auf Basis der Einwohnerzahlen getragen.

Parallel nimmt das Ausgleichsamt Düsseldorf seit dem 01.10.1996 die Lastenausgleichsaufgabe „Gewährung, Überwachung und Anrechnung von Kriegsschadenrente (KSR)“ u.a. für die Stadt Wuppertal mit den Städten Solingen und Remscheid wahr. Die dortigen Verwaltungskosten werden – nach Abzug der Landeszuweisung – den beteiligten Städten auf Basis der jeweiligen Fallzahlen in Rechnung gestellt.

Der Zuschussbedarf dieses UA hat sich im Vergleich zum Vorjahr von rd. 93.000 € auf rd. 14.000 € verringert (- 84,8 %).

Die Landeszuweisung sowie die Kostenanteile der Städte Solingen und Remscheid zu den hiesigen Verwaltungskosten stellen die einzigen Einnahmequellen dieses UA dar. Die Zuweisung des Landes fiel im Berichtsjahr – bei nahezu unveränderten Ausgaben - um ca. 30.000 € höher aus als im Vorjahr. Obwohl sich dadurch auch die Kostenanteile der Städte Solingen und Remscheid reduzierten (Mindereinnahmen in Höhe von 19.000 €), verbleibt für Wuppertal saldiert eine Einnahmeerhöhung i. H. v. ca. 11.000 €.

Gleichzeitig hat sich die Kostenerstattung an das Ausgleichsamt Düsseldorf für die Aufgabenwahrnehmung „Kriegsschadenrente“ aufgrund der naturgemäß rückläufigen Fallzahlen vermindert (zum Stichtag 01.07.2005 entfielen 147 Vorgänge auf die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid; im Vorjahr waren es noch 177 KSR-Fälle). Damit reduzierten sich die Erstattungen im Vergleich zum Vorjahr um rd. 9.000 € bzw. 50,3 %.

Der beträchtlichste Ausgabenrückgang dieses UA ergab sich im Bereich der Personalkosten. Dieser lag im Berichtsjahr fluktuationsbedingt rd. 55.000 € unter dem Ergebnis des Vorjahres.

UA 4100 Hilfe zum Lebensunterhalt - Ressort 201 - (002.113; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	12.256.800	6.241.913	-49,1	13.689.635	-54,4
Ausgaben	5.909.594	4.242.630	-28,2	71.237.915	-94,0
Differenz	6.347.206	1.999.284		-57.548.281	

Im UA 4100 haben sich die Ansätze und die Rechnungsergebnisse gegenüber dem Vorjahr vollständig verändert. Diese Entwicklung resultiert aus der Neufassung der rechtlichen Grundlage für die Betreuung von Arbeitslosen und deren Angehörige sowie der damit verbundenen Änderungen von Zuständigkeiten.

Bislang wurde die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in diesem UA abgewickelt. Das BSHG wurde zum 01.01.2005 aufgehoben. An seine Stelle sind das SGB XII (Sozialhilfe) und das SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) getreten.

Mit Inkrafttreten des SGB II wurden die bisherigen Systeme der Arbeitslosen- und Sozialhilfebetreuung für Arbeitslose und deren Angehörige zusammen geführt. Träger der Leistungen nach dem SGB II sind die Agenturen für Arbeit und die Kommunen. In Wuppertal haben die Stadt Wuppertal und die Agentur für Arbeit Wuppertal eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gegründet. Diese betreut seit dem 01.01.2005 erwerbsfähige Hilfebedürftige einschließlich der Personen, die einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft zuzuordnen sind. Bei den Leistungsarten handelt es sich um Arbeitslosengeld II (für erwerbsfähige Hilfebedürftige zur Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes) und Sozialgeld (für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die mit einem ALG II-Bezieher in einer Bedarfsgemeinschaft leben). Für die haushaltssystematische Abwicklung der Leistungen nach dem SGB II wurde der neue Unterabschnitt eingerichtet (vgl. UA 4820).

Daneben gibt es Personen mit Anspruch auf laufende Leistungen nach dem SGB XII. Hierbei handelt es sich auf der einen Seite um Menschen ab der Vollendung des 65. Lebensjahres sowie um erwerbsunfähige Menschen unter 65 Jahren. Diese Regelungen waren bis zum 31.12.2004 im Grundsicherungsgesetz (GSiG) verankert und wurden ab 01.01.2005 in das SGB XII als dortiges viertes Kapitel überführt. Die Betreuung erfolgt – wie bisher – durch die Stadt Wuppertal. Die entsprechenden Leistungen werden im UA 4850 ausgewiesen.

Auf der anderen Seite beinhaltet das SGB XII in seinem dritten Kapitel die Hilfe zum Lebensunterhalt. Hierunter fallen z.B. bedürftige Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren, für die (nur) vorübergehend keine Erwerbstätigkeit möglich ist. Diese – nach dem dritten Kapitel – bewilligten Leistungen werden in diesem UA (4100) ausgewiesen.

Da der bis zum 31.12.2004 betreute Personenkreis der Bezieher von „laufender Hilfe“ demzufolge zwei unterschiedlichen Versorgungssystemen angehört und von verschiedenen Behörden betreut wird, haben sich dementsprechend auch die finanziel-

len Zuordnungen bzw. Zuständigkeiten in Bezug auf die zu gewährenden Leistungen vollkommen verschoben.

Eine Vergleichbarkeit der Rechnungsergebnisse des Jahres 2005 mit denen des Jahres 2004 ist daher nicht gegeben.

Aus denselben Gründen ist eine Vergleichbarkeit mit den bis zum Jahresende 2004 ausgewiesenen Kennzahlen für Hilfeempfänger/Innen nach dem BSHG nicht möglich. Daraus resultierend wird im Berichtsjahr von den in den Schlussberichten der Vorjahre zu diesem UA üblicherweise dargestellten Entwicklungen der Kennzahlen innerhalb eines Jahres abgesehen.

UA 4101 Hilfe zum Lebensunterhalt - Ressort 105 - (002.200; R 105)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	25.550	38.970	52,5	-170	23023,5
Ausgaben	238.800	99.187	-58,5	100.761	-1,6
Differenz	-213.250	-60.217		-100.931	

Die Abteilung Wohnungswirtschaft des Ressorts: 105 gewährt Hilfen verschiedener Art zur Wiedereingliederung Obdachloser in Wohnverhältnisse und zur Vermeidung drohender Wohnungsräumungen. Im Berichtsjahr wurden einmalige finanzielle Hilfen in Höhe von rund 90.000 € gewährt, was ungefähr dem Niveau der Vorjahre entspricht. Es handelte sich im wesentlichen um die Leistung von Kautionen und Begleichung von Mietrückständen. Die Fachdienststelle setzte auch im Berichtsjahr wieder verstärkt ihren Tätigkeitsschwerpunkt auf Beratungen und Anregungen zur Selbsthilfe, so dass der Haushaltsansatz für die Gewährung einmaliger Leistungen nicht ausgeschöpft wurde.

Auf der Einnahmeseite entstanden aus der Darlehenstilgung durch die Vereinbarung von Ratenzahlungen kaum neue Kasseneinnahmereste. Der Bestand der Kasseneinnahmereste entspricht in etwa dem der Vorjahre. Die Erhöhung des Rechnungsergebnisses ist darauf zurückzuführen, dass das Ergebnis nicht, wie beispielsweise im Vorjahr, durch nennenswerte Abgänge auf Kassenreste geschmälert wurde.

UA 4102 Hilfe zum Lebensunterhalt - Ressort 204 - (002.113; R 204)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.280.000	475.785	-79,1	1.981.334	-76,0
Ausgaben	2.030.950	1.730.446	-14,8	3.021.445	-42,7
Differenz	249.050	-1.254.661		-1.040.112	

Im UA 4102 haben sich die Einnahmen um rd. 1,5 Mio. € und die Ausgaben um rd. 1,3 Mio. verringert. Damit ist der Zuschussbedarf um rd. 214.500,- € gestiegen.

Die rückläufigen Einnahmen beruhen im Wesentlichen auf geringeren Einnahmen „Vom Land für Flüchtlinge mit Hilfen nach dem SGB“. Dies ist zum Teil eine Folge der rückläufigen Zuweisungszahlen. Darüber hinaus fällt ein Großteil der bislang über diesen UA abgewickelten Leistungen in den Zuständigkeitsbereich der ARGE, so dass im Bereich der Kostenerstattung entsprechende Einnahmerückgänge zu verzeichnen sind.

Für die Rückgänge auf der Ausgabeseite sind die o.a. Gründe ebenfalls bestimmend.

UA 4103 Hilfe zur Arbeit (002.114; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	500.000	620.999	24,2	2.697.946	-77,0
Ausgaben	448.093	442.528	-1,2	14.140.171	-96,9
Differenz	51.907	178.471		-11.442.225	

Ebenso wie im UA 4100 sind auch hier Haushaltsansätze und Rechnungsergebnisse des Berichtsjahres nicht mit den Daten der Vorjahre vergleichbar.

Mit der Einführung des SGB II zum 01.01.2005 obliegt die Zuständigkeit für die Durchführung der Vermittlung in Arbeit nebst Qualifizierungsmaßnahmen der ARGE Wuppertal. Kostenträger für diese Eingliederungsleistungen ist seit vorgenanntem Zeitpunkt der Bund. Die in 2005 noch im städtischen Haushalt verbuchten Einnahmen und Ausgaben basieren auf der Restabwicklung der über den Jahreswechsel 2004/2005 fortgeführten „Arbeit statt Sozialhilfe“-Maßnahmen.

Damit trägt die Einsparung in diesem UA i. H. v. rd. 11,6 Mio. € wesentlich zu der Verbesserung des Zuschussbedarfes des Einzelplanes 4 bei.

UA 4121 Eingliederungshilfe für Behinderte (002.113; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	332.600	287.069	-13,7	990.965	-71,0
Ausgaben	2.869.000	2.624.112	-8,5	2.756.739	-4,8
Differenz	-2.536.400	-2.337.043		-1.765.774	

Der Zuschussbedarf hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 570.000,- € bzw. 32,4 % erhöht.

Zuschussrelevant waren insbesondere Mehrausgaben im Bereich „Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder“ in Höhe von rd. 150.000,- € und im Bereich „Sonstige Eingliederungshilfe“ in Höhe von 410.000,- €.

Im Bereich „Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder“ haben sich die Ausgaben laut Aussage des Ressorts 201 aufgrund der gestiegenen Fallzahlen erhöht. Während im Jahr 2004 noch 460 Kinder betreut wurden, waren es im Jahr 2005 bereits 605 Kinder. Auch setzte sich die im Vorjahr festgestellte Entwicklung fort, dass das Angebot dieser gesetzlichen Leistung zunehmend bekannter wird und demzufolge eine entsprechende Nachfrage entsteht. Der Hilfebedarf als solcher wird aufgrund von amtsärztlichen Gutachten des Stadtbetriebes Gesundheit (SB 305) definiert. Die Leistungsbewilligung erfolgt durch R 201.

Die Ausgabensteigerung im Bereich der „Sonstigen Eingliederungshilfe“ basiert im Wesentlichen auf Mehrausgaben in Höhe von rd. 202.000,- € für die Finanzierung von Integrationshelfern/Innen. Seit dem Schuljahr 2005/2006 werden auch in Grundschulen Integrationshelfer/Innen eingesetzt. Darüber hinaus bieten die Hauptschule Langerfeld, das Berufskolleg Kohlstraße und das Gymnasium Vohwinkel integrativen Unterricht an. Zu einer weiteren Ausgabensteigerung in Höhe von rd. 100.000,- € kam es im Rahmen der Einzelbetreuung von schwerstbehinderten Kindern in Schulen aufgrund rückgängiger Zivildienststellen. Im Bereich der psychosozialen Betreuung von Substitutionspatienten/Innen sind ebenfalls Ausgabesteigerungen zu verzeichnen. Da jedoch mit den entsprechenden Leistungsanbietern (Beratungsstellen für Drogen- bzw. Suchtprobleme) eine Vereinbarung hinsichtlich einer maximalen Zahl der zu betreuenden Patienten getroffen wurde, sind laut R 201 weitere Steigerungen nicht zu erwarten.

UA 4141 Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen (002.101; SB 305)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	61.350	59.471	-3,1	41.118	44,6
Ausgaben	112.450	49.331	-56,1	57.998	-14,9
Differenz	-51.100	10.140		-16.880	

Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde im Jahr 2005 ein Überschuss von rd. 10.000 € erwirtschaftet. Dies resultiert aus dem Umstand, dass im Berichtsjahr überdurchschnittlich viele Maßnahmen im Rahmen der Sprachbehindertenhilfe beendet und mit den Krankenkassen abgerechnet werden konnten, während die Personalkosten für die Maßnahmen bereits in Vorjahren anfielen.

UA 4200 Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (002.113; R 204)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.641.300	2.218.809	-16,0	1.920.274	15,5
Ausgaben	8.176.083	7.121.424	-12,9	8.974.794	-20,7
Differenz	-5.534.783	-4.902.614		-7.054.520	

Der Zuschussbedarf hat sich um rd. 2,1 Mio. € bzw. 30,5 % reduziert. Dabei haben sich die Einnahmen um rd. 300.000,- € erhöht und die Ausgaben um rd. 1,8 Mio. verringert.

Der veränderte Zuschussbedarf ist daher im Wesentlichen auf Veränderungen auf der Ausgabeseite zurück zu führen.

Allein bei den Personalausgaben ist eine Reduzierung in Höhe von rd. 315.000,- € zu verzeichnen. Diese resultiert hauptsächlich aus der Personalverlagerung in die ARGE (vgl. Ausführungen zu UA 4000, UA 4051). Daran anlehnend hat sich auch der Ausgabebedarf für die Nachrichtentechnik, Datenverarbeitung und Druckerei um rd. 155.000,- € in Richtung ARGE verlagert und dementsprechend gegenüber dem Vorjahr verringert.

Weitere Minderausgaben in Höhe von rd. 370.000,- € bei den „Erstattungen der Aufwendungen der GKV“ und rd. 400.000,- € bei den „Hilfen an Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)“ resultieren aus den bis zum Jahresende 2005 weiterhin rückgängigen Fallzahlen. Diese beruhen sowohl auf der normalen Fluktuation infolge von Ausreise, Abschiebung, Arbeitsaufnahme als auch auf unterbliebenen Neuzuweisungen aufgrund der hohen Aufnahmeverpflichtung im Bereich der Kontingentflüchtlinge. Insgesamt bezogen laut Aussage des Ressorts 204 im Jahr 2005 durchschnittlich 1154 Personen Hilfen nach dem AsylbLG (2004: 1223 Personen).

Bei rd. 300.000,- € der gesamten Ausgabenminderung (1,8 Mio. €) handelt es sich um keine wirkliche Minderung, sondern um eine buchungstechnische Korrektur einer im Vorjahr - zeitlich nicht korrekt - zugeordneten Buchung auf einem Vorbuch. Die Auflösung eines Vorbuches hat Auswirkungen auf den Zuschussbedarf des UA, in welchem es geführt wird (hier: UA 4200) sowie auf die Zuschussbedarfe derjenigen UA, die zum Ausgleich des Vorbuches in Anspruch genommen werden. Das Vorbuch wurde in 2004 nicht aufgelöst; es schloss mit einem RE von rd. 302.000,- € ab (vgl. Beanstandung im Schlussbericht 2004). Im Berichtsjahr erfolgte die Auflösung für die Jahre 2004 und 2005. Damit ist das Vorbuch - bezogen auf den o.a. Zwei-Jahreszeitraum – ausgeglichen. Der Beanstandung des Vorjahres wurde damit Rechnung getragen. Gleichwohl ist zu beachten, dass der Zuschussbedarf dieses Unterabschnitts insofern günstiger dargestellt wird als er tatsächlich ausgefallen ist.

**UA 4311 Soziale Einrichtungen für Ältere (ohne Pflegeeinrichtungen)
(002.113; R 201)**

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.600	2.688	3,4	4.179	-35,7
Ausgaben	267.000	267.000	0,0	376.989	-29,2
Differenz	-264.400	-264.312		-372.811	

Der Zuschussbedarf hat sich um rd. 100.000,- € bzw. 29 % auf rd. 264.000,- € verringert.

Der Aufgabenbereich Senioren und Freizeit wurde zum 01.08.03 dem Eigenbetrieb APH (Alten- und Pflegeheime) als Nebenbetrieb angegliedert. Für den Nebenbetrieb wird ein Wirtschaftsplan aufgestellt. In diesem werden die seinerzeit im städtischen Haushaltsplan im Unterabschnitt 4311 ausgewiesenen Beträge der Personal- und Sachkosten der offenen Altenhilfe aufgeführt. Das so dargestellte Budget wird bei Fehlbedarf durch einen Betriebskostenzuschuss der Stadt ausgeglichen.

Aufgrund der Übergabe des Bereichs der offenen Altenarbeit an APH verfügt R 201 über keine direkten Einnahmen wie z. B. Teilnehmerentgelte, Eintrittsgelder für Veranstaltungen usw. Alleinige Einnahmen im Jahr 2005 waren Zinsen aus Darlehen für APH in Höhe von 2.688,- €.

Den Einnahmen stehen Ausgaben in Höhe von 267.000,- € gegenüber. Hierbei handelt es sich ausschließlich um die o. a. ausgewiesenen Beträge der Personal- und Sachkosten der offenen Altenhilfe. Die Reduzierung um rd. 100.000,- € gegenüber dem Vorjahr ist darin begründet, dass APH im Jahr 2004 rd. 100.000,- € für die vermieteten Räume im Wuppertaler Hof einschließlich Mietnebenkosten, Reinigung, Heizung und Personalkostenanteile für zwei Mitarbeiter/ Innen als Zuweisung erhalten hat. Diese ist im Jahr 2005 aufgrund von Umstrukturierung und Zusammenlegung von stationärem und offenem Bereich im Wuppertaler Hof entfallen.

UA 4350 Soziale Einrichtungen für Wohnungslose (002.200; R 105)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	164.300	102.737	-37,5	105.427	-2,6
Ausgaben	1.447.312	1.117.664	-22,8	1.173.890	-4,8
Differenz	-1.283.012	-1.014.927		-1.068.463	

Der Verwaltungs- und Unterhaltungsaufwand für die Obdachloseneinrichtungen der Stadt ist durch die zu einem großen Teil bereits realisierte Auflösung von Einrichtungen weiterhin rückläufig. Die Ausgaben sanken vor dem Hintergrund der in 2005 erfolgten Aufgabe der Unterkunft Brüderstraße um 40 T-Euro. Die Obdachloseneinrichtung Bergstraße soll zum 31.12.2006 aufgelöst werden, so dass sich die Wohnungshilfe künftig auf die verbleibenden Standorte Tiergartenstraße und Hermannstraße konzentriert.

Ab 2003 führte die Fachverwaltung eine pauschale Restebereinigung für voraussichtlich nicht einbringliche Gebührenforderungen durch. Das Rechnungsergebnis des Berichtsjahres beinhaltet durch das gewählte Verfahren nur die in 2005 tatsächlich erzielten Einnahmen.

Die gebildeten Kasseneinnahmereste für teilweise langjährig ausstehende Mietgebühren sollen durch das Verfahren der pauschalen Restebereinigung und durch die gleichzeitigen Bemühungen der Dienststelle, die Forderungen hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit zu überprüfen und niederzuschlagen, aufgelöst werden.

Es stellte sich schon in den Vorjahren bei einer Bestandsaufnahme der Fälle heraus, dass die Forderungen in der Regel uneinbringlich oder zum Teil verjährt sind oder ihre Beitreibung den Wiedereingliederungsprozess der Zahlungspflichtigen stört.

Aus der Jahresrechnung 2005 muss aufgrund der erneut durchgeführten pauschalen Restebereinigung in Höhe von 486.810 € (Vj.: 514.278 €) der Schluss gezogen werden, dass die Überprüfung und Niederschlagung der Einzelfälle noch längst nicht abgeschlossen ist.

Das Ressort versicherte, die Überprüfung und Niederschlagung von voraussichtlich nicht einzubringenden Gebührenforderungen verstärkt fortzusetzen.

UA 4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz (002.113; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	639.100	533.282	-16,6	465.633	14,5
Ausgaben	813.536	813.535	0,0	185.379	338,9
Differenz	-174.436	-280.254		280.254	

Das Integrationsamt leitet Ausgleichsabgaben an die Stadt Wuppertal als örtliche Fürsorgestelle weiter. Diese Zuweisungen sind zweckgebunden und dürfen nur für besondere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben verwendet werden. Nicht verausgabte Mittel sind an das Integrationsamt zurückzuzahlen.

Es handelt sich somit um Einnahme- und Ausgabepositionen, die den städtischen Haushalt weder be- noch entlasten.

Im Schlussbericht 2004 wurde beanstandet, dass ein Differenzbetrag in Höhe von 280.253,93 € zum Vorteil des allgemeinen Haushalts untergegangen ist. Da diese „Mehreinnahmen“ des Vorjahres im Jahr 2005 verwendet bzw. zurück gezahlt werden mussten, entstand eine entsprechende „Mehrausgabe“. Die Rechnungsergebnisse sind damit über den Zwei-Jahreszeitraum 2004 bis 2005 ausgeglichen. Der Beanstandung des Vorjahres wurde damit Rechnung getragen.

UA 4510 Jugendarbeit (002.111; R 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	28.450	74.722	162,6	70.506	6,0
Ausgaben	1.392.930	1.762.958	26,6	1.387.862	27,0
Differenz	-1.364.480	-1.688.235		-1.317.356	

Der Zuschuss hat sich um 370 T-Euro (28 %) verschlechtert.

Schwerpunkt der Verschlechterung waren die Personalausgaben mit 193 T-Euro (24 %).

Für Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei waren aufgrund erhöhter Inanspruchnahme dieser Leistungen 125 T-Euro (565 %) mehr aufzuwenden.

Die Einnahmegebühren aus Vermietungen (Service-POOL) konnten um 5 T-Euro (27 %) und die Einnahmegebühren aus Jugendlehrgängen um 5 T-Euro (18 %) gesteigert werden.

UA 4520 Jugendberufshilfe (002.111; R 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	196.400	127.280	-35,2	133.735	-4,8
Ausgaben	444.380	397.230	-10,6	408.274	-2,7
Differenz	-247.980	-269.950		-274.539	

Der Zuschussbedarf für die Jugendberufshilfe und der Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche konnte um 4 T-Euro (1 %) gemindert werden.

Die Einnahmen blieben um ca. 69 T-Euro (35 %) hinter den Erwartungen und um 6 T-Euro (4 %) hinter dem Vorjahresergebnis.

Die Sachkosten der Beratungsstelle konnten um 5 T-Euro (38 %) gemindert werden.

UA 4521 Kinder- und Jugendschutz, politische Bildung (002.111; R 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.000	51.722	5072,2	58.365	-11,4
Ausgaben	160.050	185.778	16,1	187.582	-1,0
Differenz	-159.050	-134.056		-129.217	

Maßgebend für den Zuschussanstieg von 4 T-Euro (3 %) sind die gestiegenen Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei von 3 T-Euro (21 %) aufgrund von erhöhter Inanspruchnahme der angebotenen Leistungen.

Die Gebühreneinnahmen aus Veranstaltungen sind um 10 T-Euro (19 %) gesunken, was im Umkehrschluss zu einer Verminderung der Ausgaben für Veranstaltungen um 9 T-Euro (15 %) bei Veranstaltungen führte.

Die Einnahmen aus Projekten sind um 1 T-Euro (84 %) gesunken, was auch zu einer Verminderung der Ausgaben für Projekte in unterversorgten Stadtteilen um 3 T-Euro (6 %) führte.

UA 4540 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen u. Tagespflege (002.111; R 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	110.000	108.283	-1,6	105.998	2,2
Differenz	-110.000	-108.283		-105.998	

Geringe Veränderung der Fallzahlen, keine weitere Erläuterung.

UA 4550 Hilfe zur Erziehung (002.111; R 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.771.600	4.250.842	12,7	3.717.512	14,3
Ausgaben	35.341.140	34.416.338	-2,6	36.686.875	-6,2
Differenz	-31.569.540	-30.165.497		-32.969.363	

Mehreinnahmen in Höhe von 533 T-Euro (14 %) und Minderausgaben in Höhe von 2.270.536 T-Euro (6 %) ergeben einen um 2.803.866 T-Euro (8 %) verminderten Zuschussbedarf.

Die Einnahmen aus Erstattungen des LV für Ausgaben nach § 89 KJHG konnten um 666 T-Euro (108 %) gesteigert werden. Ursächlich hierfür war die Realisierung von ursprünglich z. T. strittigen Ansprüchen aus Vorjahren. Die Erstattungen des LV für asylbegehrende Ausländer konnten um 212 T-Euro (518 %) gesteigert werden, auch hier ist als Begründung die Realisierung von ursprünglich z. T. strittigen Ansprüchen aus Vorjahren zu nennen. Die Einnahmen aus Kostenersatz von Dritten für INSPE verminderten sich um 13 T-Euro (56 %). Als Begründung wird die fortgefallene Refinanzierung von Pflegeplätzen für Remscheid benannt. Der Ansatz der entsprechenden Einnahmefinanzposition sollte angepasst werden.

Mietzahlungen verminderten sich um 27 T-Euro (40 %) und Mietbetriebskostenzahlungen verminderten sich um 6 T-Euro (36 %).

Die Ausgaben für die Erziehungsbeistandschaft erhöhten sich um 2 T-Euro (72 %) aufgrund eines in 2005 ausgerichteten Quartiersfestes.

**UA 4570 Adoptionsvermittlung, Amtspflege, Amtsvormundschaft usw.,
Gerichtshilfe (002.111; R 208)**

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	2.050.420	1.445.077	-29,5	1.956.636	-26,1
Differenz	-2.050.420	-1.445.077		-1.956.636	

Der Zuschuss hat sich um 511 T-Euro (26 %) vermindert.

Die Personalkosten haben sich um 505 T-Euro (28 %) vermindert.

Für Miete konnten die Kosten um 12 T-Euro (25 %) verringert werden. Die Mietbetriebskosten stiegen um 4 T-Euro (86 %).

UA 4580 Sonstige Aufgaben der Jugendhilfe (002.111; SB 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	88.000	0	-100,0	173.880	-100,0
Ausgaben	3.364.100	3.330.274	-1,0	3.265.150	2,0
Differenz	-3.276.100	-3.330.274		-3.091.270	

Der Zuschussbedarf ist um 239 T-Euro (7 %) gestiegen.

Einnahmeerwartungen vom Land für das Projekt Ostersbaum (Nachbarschaftsheim) in Höhe von 88 T-Euro (100 %) konnten bisher nicht realisiert werden. Zuschüsse an das Diakonische Werk Barmen für wahrgenommene Jugendhilfeaufgaben sind um 46 T-Euro (10 %) geringer ausgefallen.

UA 4581 Einrichtungen für Drogenproblematik (002.111; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	86.900	86.900	0,0	86.900	0,0
Ausgaben	1.375.730	1.412.465	2,7	1.383.738	2,1
Differenz	-1.288.830	-1.325.565		-1.296.838	

Der Zuschussbedarf ist um 28 T-Euro (2 %) gestiegen. An die Beratungsstelle für Drogenprobleme wurde ein um 25 T-Euro (6 %) erhöhter Betriebskostenzuschuss gezahlt.

UA 4600 Einrichtungen der Jugendarbeit (002.111; R 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004 / RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	598.900	1.224.152	104,4	1.144.854	6,9
Ausgaben	8.483.200	9.191.215	8,3	8.953.158	2,7
Differenz	-7.884.300	-7.967.063		-7.808.304	

Gegenüber 2004 hat sich der Zuschuss um 158 T-Euro (2 %) verschlechtert, resultierend aus Mehreinnahmen von 79 T-Euro (6 %) und Mehrausgaben von 238 T-Euro (2 %). Im Unterabschnitt 4600 werden die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Jugendeinrichtungen, des Hauses der Jugend Barmen als Veranstaltungsort und der Skateanlage einzeln abgebildet. Die Vorsteuerentlastung für die Einrichtungen ist im Berichtsjahr wieder im UA 4600 statt im EP 9 nachgewiesen. Insgesamt ergeben sich hierdurch im UA 4600 Mehreinnahmen von rd. 16 T-Euro. Nach Prüfung von Verwendungsnachweisen konnten rd. 1 T-Euro zuviel gewährter städtischer Zuschüsse vereinnahmt werden.

Für Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei waren 43 T-Euro (53 %) weniger zu zahlen. Mehrausgaben von 154 T-Euro (29 %) betreffen das Personal. Für GEMA-Gebühren mussten 12 T-Euro (100 %) mehr abgeführt werden. An Mietbetriebskosten waren Mehrkosten in Höhe von 187 T-Euro (31 %) abzuführen.

UA 4620 Einrichtungen der Familienförderung (002.117; SB 207)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004 / RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	327.450	338.374	3,3	327.450	3,3
Ausgaben	572.499	531.944	-7,1	634.656	-16,2
Differenz	-245.049	-193.570		-307.206	

Der budgetierte Zuschussbedarf konnte im Berichtsjahr eingehalten werden. Die ursprünglich geplanten Einnahmen konnten realisiert werden (+ 3,3 %), bei den Ausgaben konnten rd. 40,5 T-Euro eingespart werden.

Im Vergleich zum RE des Vorjahres sind Mehreinnahmen i. H. v. rd. 11 T-Euro zu verzeichnen, es konnte eine Ausgabenminderung i. H. v. ca. 103 T-Euro erzielt werden.

Zu 37,5 % stammten die Einnahmen des Jahres 2005 aus den Teilnehmerentgelten; der LVR überwies 158 T-Euro und trug zu 46,8 % zu den Erlösen bei. Die Teilnehmerentgelte führten insgesamt zu Einnahmen in Höhe von 127 T-Euro und lagen knapp über dem Vorjahresniveau (2004: 124 T-Euro; 2003: 187 T-Euro).

Die Ausgabenminderung gegenüber den Ausgabeermächtigungen sind den Positionen Projekte der Familienbildungsstätte (- 38,7 T-Euro) sowie Honorare und dergl. (- 17,5 T-Euro) zuzuordnen.

Die Beanstandung des Vorjahres, dass die getätigten Umbaukosten zur Verlagerung der FBS in das Gebäude der VHS dem Vermögenshaushalt zuzuordnen waren, konnte durch Stellungnahme des Geschäftsbereiches nicht ausgeräumt werden.

UA 4640 Tageseinrichtungen für Kinder (002.111; SB 202)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	28.998.150	27.594.591	-4,8	28.091.629	-1,8
Ausgaben	63.090.490	62.823.804	-0,4	61.448.069	2,2
Differenz	-34.092.340	-35.229.213		-33.356.440	

Nach der Haushaltsrechnung hat sich der Zuschuss bei Mindereinnahmen von 497 T-Euro (1 %) und Mehrausgaben von 1.375 T-Euro (2 %) um insgesamt 1.872.000 T-Euro (5 %) verschlechtert. Die Elternbeiträge für nicht städtische Kita konnten um 84 T-Euro (1 %) und Elternbeiträge für städtische Kita um 15 T-Euro (1 %) gesteigert werden. Der Landeszuschuss für städtische Kita wurde um 258 T-Euro (3 %) und für nicht städtische Kita um 356 T-Euro (3 %) gemindert. Erstmals konnte ein Landeszuschuss für Sprachentwicklung im Elementarbereich in Höhe von 78 T-Euro realisiert werden. Vom Land für Invest-Maßnahmen freier Träger konnten 6 T-Euro (- 98 %) vereinnahmt werden. Nach Prüfung von Verwendungsnachweisen konnten 33 T-Euro für Rückzahlung von Investitionszuschüssen vereinnahmt und an das Land abgeführt werden. Mehrkosten für Personal sind in Höhe von 623 T-Euro (2 %) entstanden. An Mieten waren 349 T-Euro (8 %) und an Mietbetriebskosten 161 T-Euro (7 %) mehr zu zahlen. Für die Prüfung ortsveränderlicher Elektrogeräte waren 5 T-Euro (63 %) mehr zu zahlen.

UA 4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen (002.111; R 208)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	130.250	128.455	-1,4	129.941	-1,1
Ausgaben	1.468.990	1.417.207	-3,5	1.404.181	0,9
Differenz	-1.338.740	-1.288.752		-1.274.240	

Der Zuschussanstieg beträgt 14 T-Euro (1 %). Für Personalkosten waren Minderausgaben von 18 T-Euro (1 %) zu verzeichnen. Für Mietbetriebskosten waren 30 T-Euro (112 %) mehr zu zahlen.

**UA 4820 Grundsicherung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II)
(002.113; R 201)**

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	26.130.079	/	0	/
Ausgaben	92.004.509	91.941.254	-0,1	0	/
Differenz	-92.004.509	-65.811.175		0	

Dieser UA wurde zum Zwecke der haushaltssystematischen Abwicklung der Leistungen nach dem SGB II neu eingerichtet (vgl. Ausführungen zu den UA 4000, 4051, 4100). Leistungen nach dem SGB II erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige. Dabei handelt es sich um Personen zwischen 15 und 65 Jahren, die dem Arbeitsmarkt mindestens 3 Stunden pro Tag zur Verfügung stehen können, hilfebedürftig und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben. Personen, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, haben ebenfalls einen Anspruch auf SGB II - Leistungen.

Der Zuschussbedarf dieses Unterabschnitts beträgt rd. 66 Mio. €.

Dabei stehen den Einnahmen in Höhe von rd. 26 Mio. € Ausgaben in Höhe von rd. 92 Mio. € gegenüber.

Die Einnahmen resultieren überwiegend aus der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende von Seiten des Bundes (rd. 25,7 Mio. €). Träger der neuen „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ sind die Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Träger. Nach der zweigeteilten gesetzlichen Trägerschaft sind die kommunalen Träger für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, für bestimmte einmalige Leistungen (z.B. Erstausstattungen für Wohnung, Bekleidung bei Schwangerschaft und Geburt, Klassenfahrten) sowie für einige begleitende Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit zuständig. Die Bundesagentur für Arbeit ist verantwortlich für die übrigen Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, die Mehrbedarfzuschläge, die Krankenkassenbeiträge und für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Des weiteren beteiligt sich der Bund an den Leistungen für Unterkunft und Heizung. Diese betragen im Berichtsjahr 29,1 % der genannten Leistungen. Bei den restlichen Einnahmen in Höhe von rd. 300.000,- € handelt es sich um Landespauschalen für die Unterkunftskosten der Kontingentflüchtlinge (mit einem Anspruch nach dem SGB II).

Bei den Ausgaben handelt es sich hauptsächlich um die - eingangs erläuterten, von den Kommunen zu tragenden - Ausgaben für die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung (rd. 88,8 Mio. €) sowie für die o. g. einmaligen Leistungen (rd. 3 Mio. €). Ein weiterer Betrag in Höhe von rd. 200.000,- € wurde für die begleitenden Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden in Arbeit aufgewandt.

Die Zahl der von der ARGE betreuten Bedarfsgemeinschaften stieg im Laufe des Berichtsjahres von 19.183 (Stand: Januar 2005) auf 22.991 (Stichtag 15.12.2005). Die Anzahl der betreuten Personen betrug 36.627 (Januar 2005) bzw. 42.991 (15.12.2005).

UA 4850 Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (002.113; R 201)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.930.000	2.964.036	53,6	4.492.876	-34,0
Ausgaben	18.310.917	16.478.237	-10,0	12.414.700	32,7
Differenz	-16.380.917	-13.514.201		-7.921.824	

In diesem UA werden die Leistungen für Personen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) ausgewiesen. Diese Regelungen waren bis zum 31.12.2004 im Grundsicherungsgesetz (GSiG) verankert und wurden ab 01.01.2005 in das SGB XII überführt (vgl. UA 4100).

Der Zuschussbedarf hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,5 Mio. € bzw. 70,6 % erhöht.

Verantwortlich waren Mindereinnahmen in Höhe von rd. 1,5 Mio. € bei gleichzeitigen Mehrausgaben in Höhe von rd. 4 Mio. €.

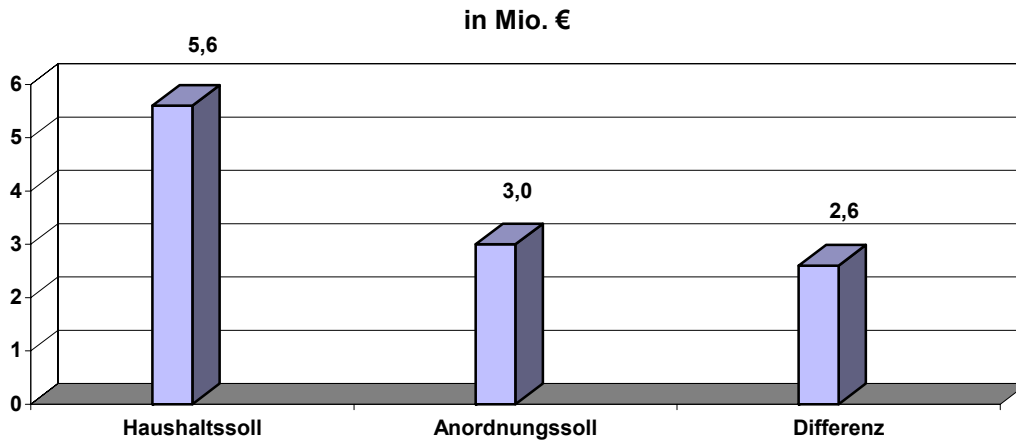
Zu Mindereinnahmen in Höhe von rd. 1,1 Mio. € kam es bei der Finanzposition „Von Sozialleistungsträgern“. Der maßgebliche Grund dafür ist der Wegfall der Kosten-erstattungsregelung bei Umzügen von Leistungsbeziehern/ Innen (ehemals § 107 BSHG). Darüber hinaus gingen die Einnahmen „Vom Land für allgemeine Grundsicherung“ um rd. 400.000,- € zurück.

Die Mehrausgaben waren überwiegend für laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen erforderlich (3,9 Mio. €). Dies ist insbesondere auf die Entwicklung der Zahl der leistungsberechtigten Personen zurückzuführen. Darüber hinaus sind die Empfänger der in diesem UA abgewickelten Leistungen seit dem 01.01.2005 von Wohngeldleistungen ausgeschlossen (§ 1 Abs. 2 Wohngeldgesetz in der ab 01.01.2005 geltenden Fassung). Dementsprechend sind bei der Berechnung der Hilfen die vollen Unterkunftskosten zugrunde zu legen und infolgedessen auch aus diesem UA zu leisten.

5.4.2 Vermögenshaushalt (002.114)

Grafik zur Tabelle 1:

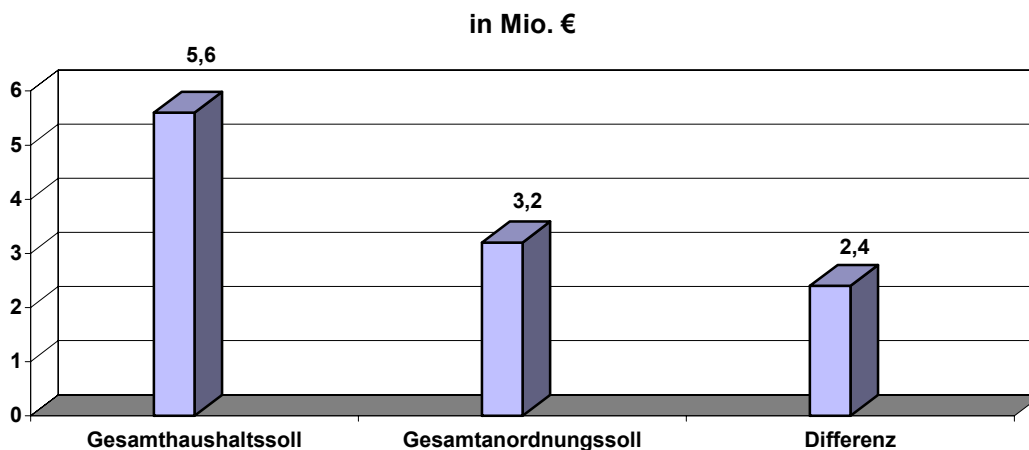
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 53,6 % (2004 = 48,4 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabe-
reste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen
auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. +
Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 57,9 % (2004 = 57,3 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
4000 Verwaltung der Sozialhilfe	0	0	0	0,0
4110 Hilfe zur Pflege	350.000	258.939	91.061	74,0
4121 Eingliederungshilfe für Behinderte	11.200	11.190	10	99,9
4311 Soziale Einrichtungen für Ältere - ohne Pflegeeinrichtungen	900.000	900.000	0	100,0
4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge	0	0	0	0,0
4400 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG - örtlicher Träger	20.800	6.600	14.200	31,7
4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	46.378	0	46.378	0,0
4600 Einrichtungen der Jugendarbeit	1.598.681	709.479	889.202	44,4
4620 Einrichtungen der Familienförderung	2.000	0	2.000	0,0
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	1.661.510	138.224	1.523.286	8,3
4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	2.000	0	2.000	0,0
4680 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	7.375	1.500	5.875	20,3
4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	5.000	5.000	0	100,0
4710 Leistungen nach dem Landespflegegesetz	1.070.000	1.012.030	57.970	94,6
Summe EP 4	5.674.945	3.042.962	2.631.983	53,6

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
4000 Verwaltung der Sozialhilfe	0	0	0	0,0
4110 Hilfe zur Pflege	350.000	258.939	91.061	74,0
4121 Eingliederungshilfe für Behinderte	11.200	11.190	10	99,9
4311 Soziale Einrichtungen für Ältere - ohne Pflegeeinrichtungen	900.000	900.000	0	100,0
4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge	0	0	0	0,0
4400 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG - örtlicher Träger	20.800	6.600	14.200	31,7
4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	46.378	0	46.378	0,0
4600 Einrichtungen der Jugendarbeit	2.001.816	1.112.591	889.224	55,6
4620 Einrichtungen der Familienförderung	2.000	0	2.000	0,0
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	1.834.474	311.188	1.523.286	17,0
4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	2.000	0	2.000	0,0
4680 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	7.375	1.500	5.875	20,3
4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	5.000	5.000	0	100,0
4710 Leistungen nach dem Landespflegegesetz	1.070.000	1.012.030	57.970	94,6
Summe EP 4	6.251.043	3.619.039	2.632.004	57,9

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 4600 Einrichtungen der Jugendarbeit (002.111; R 208)

Die in 2005 begonnenen Maßnahmen zur Anlage, Ausbau, Grundüberholung und Sanierung von Kinderspielplätzen konnten im Rechnungsjahr nicht vollständig abgeschlossen werden, gebunden sind rd. 220 T-Euro.

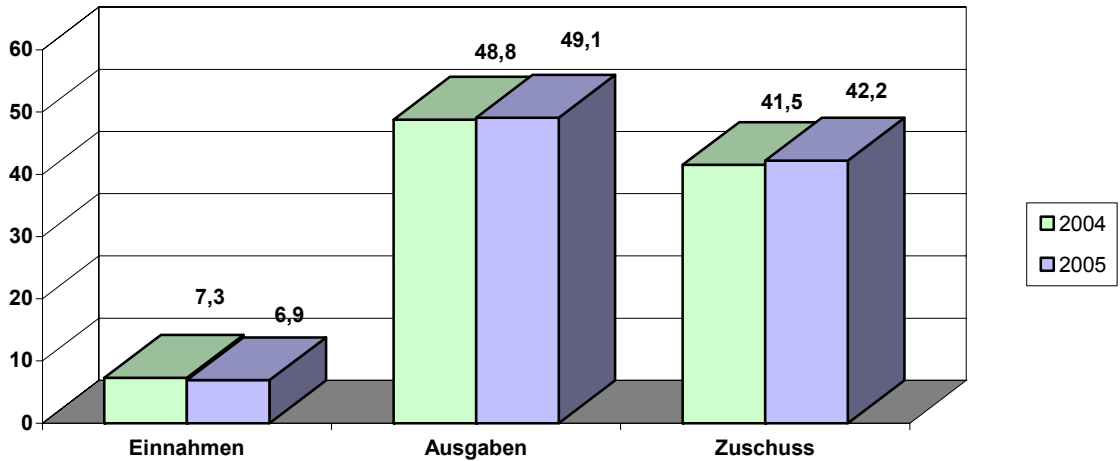
UA 4640 Tageseinrichtungen für Kinder (002.111; SB 202)

Anträge freier Träger, Umbau-, Sanierungs- und sonstige Investitionsmaßnahmen zu fördern, waren nicht in dem veranschlagten Umfang entscheidungsreif.

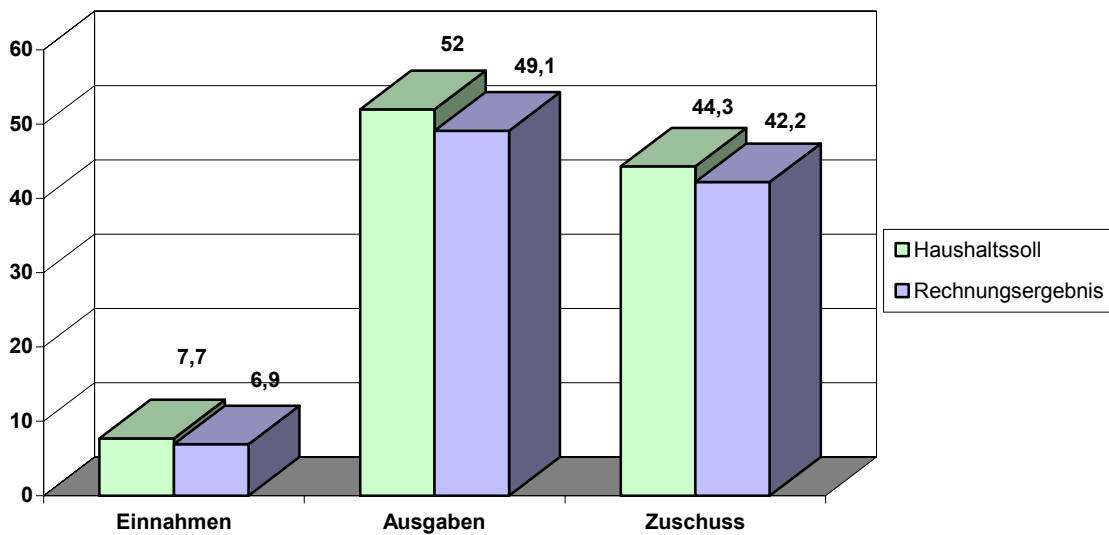
5.5 Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung

5.5.1 Verwaltungshaushalt (002.112)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 5000 Gesundheitsverwaltung (002.101; SB 305)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	357.700	359.740	0,6	335.019	7,4
Ausgaben	4.525.990	4.269.352	-5,7	4.157.632	2,7
Differenz	-4.168.290	-3.909.612		-3.822.613	

Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2004 bewegen sich die Einnahmen des Unterabschnitts wieder auf dem Niveau der Jahre 2001 bis 2003.

Das Rechnungsergebnis wird auf der Ausgabenseite in Höhe von 120.000 € durch höhere Personalkosten, Betriebskostenzahlungen an das Gebäudemanagement und durch eine verstärkte Inanspruchnahme von Leistungen der Datenverarbeitung belastet. Der Zuschussbedarf liegt jedoch noch rd. 260.000 € unter dem prognostizierten Bedarf.

UA 5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports (002.112; SB 209)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	75.250	118.468	57,4	116.958	1,3
Ausgaben	1.827.550	1.383.841	-24,3	1.453.662	-4,8
Differenz	-1.752.300	-1.265.373		-1.336.704	

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 77.331 € (-5,3 %) geringfügig reduziert, resultierend aus Mehreinnahmen von rd. 1.510 € (1,3 %) und Minderausgaben von rd. 69.821 € (-4,8 %).

Die Minderausgaben betreffen hauptsächlich Bezüge der Beamten in Höhe von 48.169 € (-32,9 %) sowie Ausgaben für die Benutzung von Schwimmbädern (an UA 5700) in Höhe von 208.709 € (-100 %) (seit August 2004 wurde diese Haushaltsstelle nicht mehr bebucht).

Dem gegenüber stehen die Mehrausgaben für die Benutzung städt. Schwimmbäder (an UA 5700) von rd. 181.274 € (123 %) (seit August 2004 wurde eine neue außerplanmäßig eingerichtete Haushaltsstelle für umsatzsteuerrelevante Verrechnungen bebucht), für Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei (an UA 0610) in Höhe von 12.750 € (97,6 %), sowie für die Ausrüstungsgegenstände und Sportgeräte

in Schulen und Turnhallen mit 17.579 € (80,2 %). Der Ansatz für das Jahr 2005 wurde jedoch bei dieser Haushaltsposition um 2.755 € verfehlt. Im Berichtsjahr 2004 wurde ein Betrag in Höhe von 5.630 € noch aus Haushaltsresten des Jahres 2003 verausgabt. Außerdem, lt. SB 209, bestand in 2005 ein Nachholbedarf bei Ausrüstungsgegenständen, insbesondere für den Schulsport, da die erforderlichen Beschaffungen in 2004 aus personellen Gründen nicht vorgenommen werden konnten.

UA 5610 Sportplätze, Turnhallen usw. (002.112; SB 209)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100.550	115.867	15,2	119.406	-3,0
Ausgaben	5.255.930	5.107.073	-2,8	4.902.154	4,2
Differenz	-5.155.380	-4.991.206		-4.782.748	

Mindereinnahmen von ca. 3.539 € und Mehrausgaben von rd. 204.919 € führten im Vergleich zum Vorjahr zu einer Zuschusserhöhung von 208.458 € (4,4 %).

Verschiedene Gebäude sind nicht in das Eigentum des Eigenbetriebes GMW übergegangen, sondern werden auch weiter vom SB 209 über die bisherigen Haushaltsstellen bewirtschaftet. Das GMW wird bei Bedarf als Dienstleister tätig.

Die wesentlichen Abweichungen beruhen auf höheren Ausgaben für Grundbesitzabgaben (aber ansatzentsprechend) von ca. 118.033 € = 77,5 % (Erhöhung der Kosten durch neue Regenentwässerungssatzung) sowie für Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement in Höhe von 73.185 = 26,3 %. Seit 2004 zahlt SB 209 als Sekundärmieter der Schulsporthallen aus einer dafür neu eingerichteten Finanzposition 40 % der Mieten (ab 2006 werden es 50 %). Für Sekundärnutzungen wurden im Berichtsjahr Mehrausgaben in Höhe von 202.459 € getätigt. Der höhere Mietanteil hängt mit den mietrelevanten Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden zusammen.

Dem gegenüber stehen Minderausgaben für die bauliche Unterhaltung des SB 209, für die im Eigentum des Stadtbetriebes verbliebenen Objekte von rd. 144.026 € (-50,7 %) (aber ansatzentsprechend). Dies ist unter anderem auf die im Jahr 2003 begonnene, aber größtenteils erst im Jahr 2004 in Rechnung gestellte Sanierung des Sportplatzhauses Uellendahl zurückzuführen.

UA 5700 Bäder (002.112; SB 209)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.429.950	2.008.625	-17,3	2.235.327	-10,1
Ausgaben	12.027.365	11.235.727	-6,6	11.561.000	-2,8
Differenz	-9.597.415	-9.227.102		-9.325.673	

Resultierend aus Mindereinnahmen von rd. 226.702 € und Minderausgaben von rd. 325.273 € im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Zuschuss um ca. 98.571 € (-1.1 %) reduziert.

Die Mindereinnahmen beruhen im Wesentlichen auf den Abweichungen bei den Einnahmen für Benutzungsgebühren von rd. 101.466 € (-6,9 %). Diese sind hauptsächlich zurückzuführen auf die Schließung des Kurbades Mitte des Jahres 2005 sowie die seit Juli 2004 sanierungsbedingte Schließung des Gartenhallenbades Langerfeld. Ursächlich für die weiteren Mindereinnahmen sind die Abweichungen bei den Einnahmen für Mieten und Pachten in Höhe von 12.597 € (-30 %). Diese beruhen hauptsächlich auf nicht erzielten Pachteinahmen aus der Cafeteria im Gartenhallenbad Langerfeld sowie - aufgrund der rückläufigen Besucherzahlen - zeitlich begrenzter (bis Ende 2005) Reduzierung der Pacht für die Cafeteria im Stadtbad Uelendahl.

Ferner sind 349.553 € (-100 %) Mindereinnahmen aus Benutzungsgebühren aus verschiedenen Unterabschnitten entstanden. Hier handelt es sich (wie schon im UA 5500) um während des Jahres 2004 neu eingerichtete Finanzposition zur Vornahme der umsatzsteuerrelevanten Verrechnungen. Dem gegenüber stehen die Mehreinnahmen von 311.178 € aus Schul- und Vereinsschwimmen (von UA 2000 und 5500). In 2004 wurde bis Juli noch auf der alten Einnahmeposition intern verrechnet. Weiterhin sind Mehreinnahmen aus Versicherungsentschädigungen in Höhe von 23.278 € (Brand Stadtbad Ronsdorf) und aus Vorsteuerentlastung von rd. 90.708 € (100 %) entstanden. Seit 2005 werden im Rahmen des SAP-Verfahrens nur Nettobuchungen durchgeführt. Die Abwicklung der Umsatzsteuer erfolgt über UA 9900.

Die Minderausgaben beruhen im Wesentlichen auf Aufwendungen für Miete an den Eigenbetrieb GMW in Höhe von 276.681 € (-6,8 %), Umsatzsteuer von 76.631 € (-100 %), Steuerungsumlage mit rd. 17.550 € (-5 %) sowie für Wasseruntersuchungen in Höhe von 3.661 € (-12,4 %).

Die Mehrausgaben entfallen hauptsächlich auf die Ausgabepositionen Betriebskosten an den Eigenbetrieb GMW in Höhe von ca. 173.296 € (6,7 %), Betriebsbedarf mit rd. 10.151 € (9,5 %), Beitrag an den Wupperverband in Höhe von 16.691 € (4,9 %) sowie für den Betriebskostenzuschuss für Freibäder in Vohwinkel von 8.175 € (50 %). Wegen des Überschusses des Fördervereins bei der Freibadsaison 2003 wurde im Jahr 2004 vertragsgemäß nur eine Rate der Aufwandsentschädigung (= 50 %) ausbezahlt.

Es konnten keine detaillierten Aussagen, beispielsweise hinsichtlich der Entwicklung der Kostendeckungsgrade in den einzelnen Bädern bzw. Abteilungen, getroffen werden, da die Betriebsabrechnung seit dem Jahr 2000 nicht erstellt wird.

Die Jahresstatistik des Stadtbetriebes Sport & Bäder verzeichnet in den Hallenbädern 25.362 Besucher weniger (-2,55 %) und in den Freibädern 14.309 Besucher mehr (+17,7 %) als im Vorjahr (= Mindereinnahmen von 99.105 €).

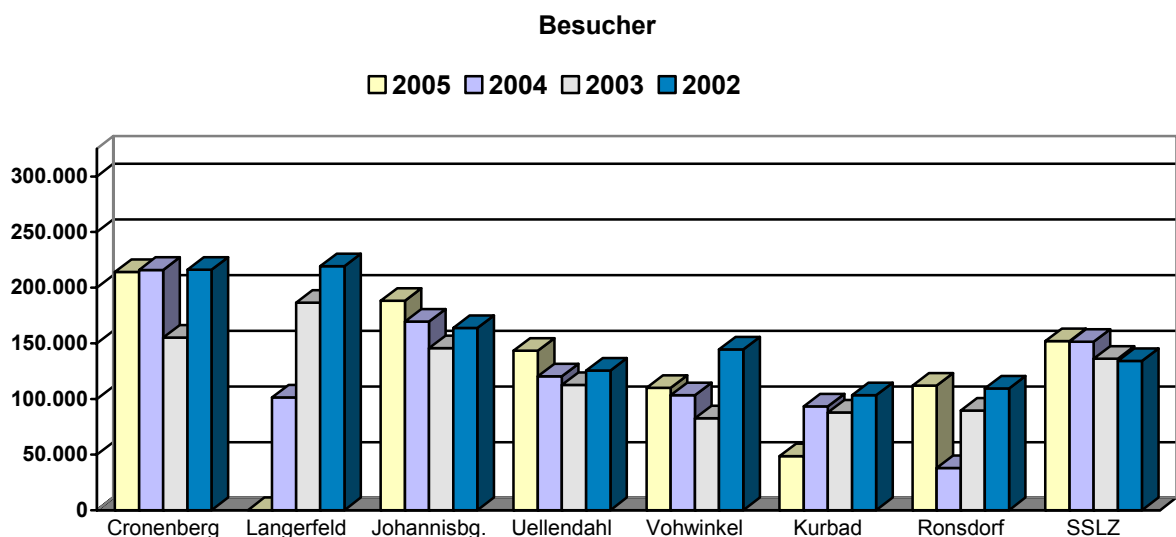
Sowohl die Hallenbäder als auch die Freibäder weisen überwiegend wieder höhere Auslastungen auf:

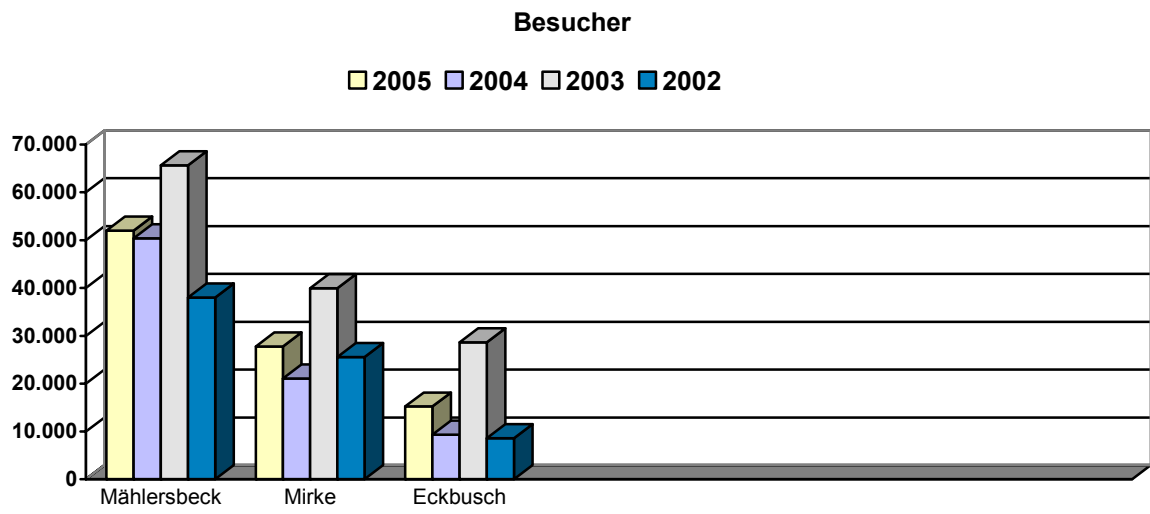
Stadtbad Johannisberg (+11 % = 18.728 mehr Besucher), Vohwinkel (+6,3 % = 6.541 mehr Besucher), SSLZ (+0,2 % = 369 mehr Besucher), Uellendahl (+19,2 % = 23.086 mehr Besucher) und Ronsdorf (+197 %) = 74.169 mehr Besucher (wegen des Brandschadens geschlossen seit Juli 2004 bis 10. Januar 2005), Eckbusch (+64 % = 5.942 mehr Besucher), Mählersbeck (+3,2 % = 1.634 mehr Besucher) und Mirke (+32 % = 6.733 mehr Besucher).

Nur in den Bädern Cronenberg (-1 % = -1.939 weniger Besucher) und Kurbad (-40 % = -36.902 weniger Besucher) (Schließung des Bades Mitte des Jahres 2005) waren weniger Besucher zu verzeichnen. Das Gartenhallenbad Langerfeld war sanierungsbedingt seit Juli 2004 auch das ganze Jahr 2005 geschlossen.

Wie sich die Besucherzahlen seit 2002 im Einzelnen entwickelt haben, ist nachstehend grafisch dargestellt.

Hallenbäder

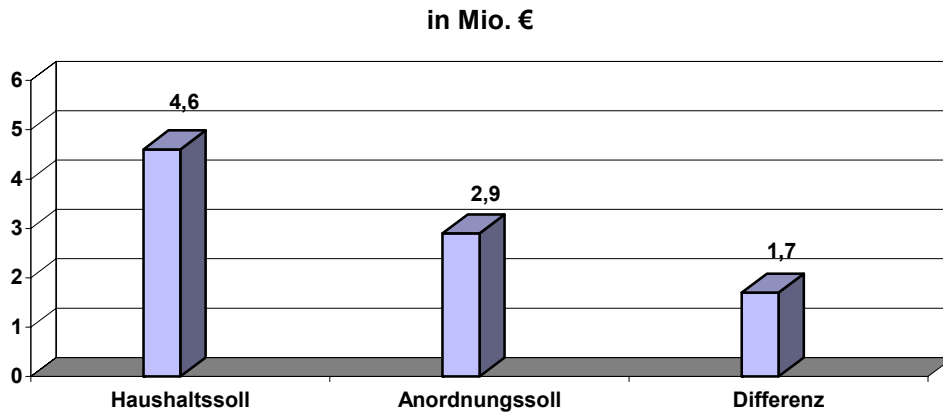


Freibäder

5.5.2 Vermögenshaushalt (002.112)

Grafik zur Tabelle 1:

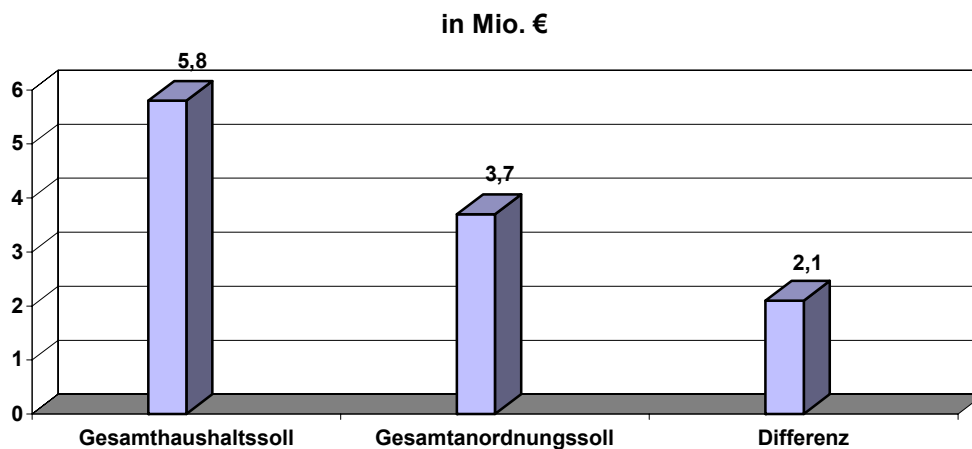
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 61,7 % (2004 = 91,1 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 64,2 % (2004 = 65 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
5000 Gesundheitsverwaltung	15.250	2.946	12.304	19,3
5100 Klinikum Wuppertal GmbH	2.395.882	2.181.256	214.626	91,0
5460 Chem. Untersuchungsinstitut	89.500	11.918	77.582	13,3
5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports	419.000	219.200	199.800	52,3
5600 Stadion	1.900	1.710	190	90,0
5610 Sportplätze, Turnhallen, usw.	87.700	73.089	14.611	83,3
5620 Uni-Halle	19.400	16.619	2.781	85,7
5700 Bäder	1.087.400	159.175	928.225	14,6
5800 Grün- und Parkanlagen	434.625	179.673	254.952	41,3
5810 Freiraum, Landschaftspflege	21.000	11.233	9.767	53,5
5900 Kleingärten	77.000	11.024	65.976	14,3
Summe EP 5	4.648.657	2.867.843	1.780.814	61,7

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
5000 Gesundheitsverwaltung	27.834	15.531	12.303	55,8
5100 Klinikum Wuppertal GmbH	2.395.882	2.181.256	214.626	91,0
5460 Chem. Untersuchungsinstitut	97.700	20.118	77.582	20,6
5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports	674.858	475.058	199.800	70,4
5600 Stadion	1.900	1.710	190	90,0
5610 Sportplätze, Turnhallen, usw.	98.252	83.641	14.611	85,1
5620 Uni-Halle	37.400	34.619	2.781	92,6
5700 Bäder	1.577.850	359.625	1.218.225	22,8
5800 Grün- und Parkanlagen	756.740	498.823	257.917	65,9
5810 Freiraum, Landschaftspflege	22.347	11.233	11.114	50,3
5900 Kleingärten	99.100	33.124	65.976	33,4
Summe EP 5	5.789.863	3.714.738	2.075.125	64,2

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 5000 Gesundheitsverwaltung (002.101; SB 305)**

Die Mittel für den Ersatz von Hör- und Seh-Testgeräten sowie für die Beschaffung von Geräten wurden eingestellt. Es war nicht vorhersehbar, dass sie in 2005 nicht in dem eingestellten Umfang benötigt wurden.

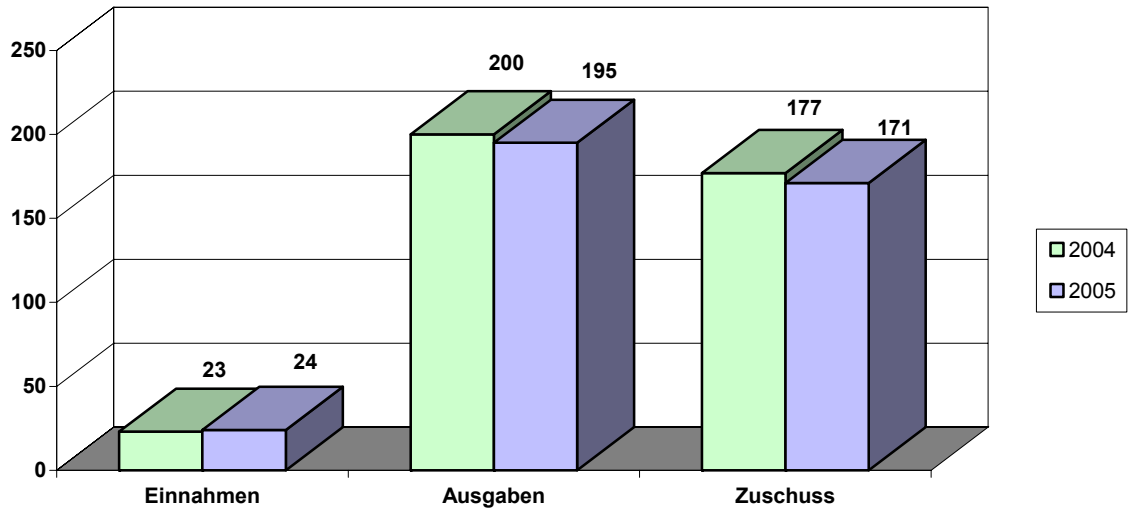
UA 5700 Bäder (002.112; SB 209)

Der geringe Realisierungsgrad in diesem UA ist nahezu ausschließlich auf den Kostensammler „Sanierung Schwimmbäder“ zurück zu führen. Durch die noch nicht begonnene Sanierung der Schwimmbäder wurden auch im Haushaltsjahr 2005 lediglich geringe Ausgaben getätigt.

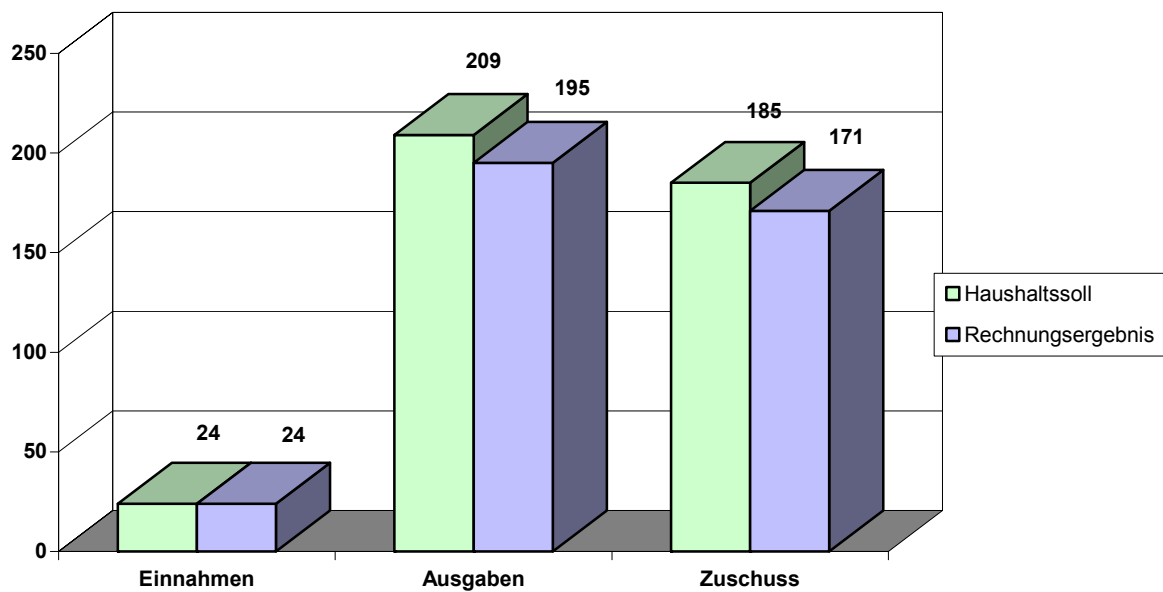
5.6 Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

5.6.1 Verwaltungshaushalt (002.200)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Der Zuschussbedarf im Einzelplan 6 des Verwaltungshaushaltes hat sich im Vergleich der Rechnungsergebnisse im Berichtsjahr vor allem durch Personal- und Sachkostensteigerungen um 6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr zwar einerseits erhöht. Er blieb aber andererseits um 14 Mio. € unter den Erwartungen der Haushaltsplanung, was in erster Linie auf eine niedrigere Verzinsung des Anlagekapitals für die neue kostenrechnende Einrichtung „Straßenbau“ zurückzuführen ist. Es handelt sich dabei nicht um (echte) Ausgabeneinsparungen. Diese kalkulatorischen Kosten werden beim Unterabschnitt 9101 als Einnahme verbucht.

Im Haushaltsplan 2006/2007 wurden die Ausgabeansätze für die Abschreibungen auf das Anlagevermögen und die Verzinsung des Anlagekapitals wegen des Ablaufs der Restlaufzeit vieler Straßen drastisch um rund 75 Mio. € reduziert.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2004
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.192.850	934.953	-21,6	937.920	-0,3
Ausgaben	1.504.456	1.225.827	-18,5	1.136.019	7,9
Differenz	-311.606	-290.874		-198.099	

Der Unterabschnitt wurde aus Gründen der Klarheit neu in der Phase der Umsetzung der konkreter werdenden Regionaleprojekte eingerichtet. Im Verwaltungshaushalt erfolgte hauptsächlich die Summenverbuchung der Einnahmen und Ausgaben für die Regionaleagentur.

Die Personal- und Sachkosten der Agentur werden durch einen Landeszuschuss von 80 % sowie gleichen Anteilen der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal finanziert.

Das Land und die an der Regionale beteiligten Städten erstatteten im Berichtsjahr rund 935.000 € für den aus dem Wuppertaler Haushalt vorgeleisteten Zuschuss an die Regionaleagentur.

UA 6010 Gebäudemanagement Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.360.000	1.360.000	0,0	1.411.150	-3,6
Ausgaben	1.551.064	0	-100,0	150.586	-100,0
Differenz	-191.064	1.360.000		1.260.564	

Der Unterabschnitt dient der Verrechnung mit dem nach Eigenbetriebsrecht geführten GMW. Die Gewinnabführung des Betriebes an die Stadt betrug im Berichtsjahr vereinbarungsgemäß 1.360.000 €. Aus dem Jahresüberschuss des GMW wird zunächst der Ersatz der von der Stadt vorgeleisteten Tilgungsausgaben finanziert. Aus dem danach noch verbliebenen Gewinn wird ein Teilbetrag an die Stadt abgeführt und der Rest auf die neue Betriebsrechnung vorgetragen.

Ausgaben fielen nicht an, weil die Weiterberechnung mieterhöhender Maßnahmen durch das GMW nicht über diesen Unterabschnitt abgewickelt wurde. Das Problem in den Vorjahren, dass Betriebskosten den verursachenden städtischen Bereichen nicht zugeordnet werden konnten und deshalb zentral aus dem UA 6010 erstattet werden mussten, ist nicht mehr entstanden.

Die Rechnungsergebnisse der Finanzpositionen im Haushalt für an das GMW zu entrichtende Mieten entsprechen meistens gerundet den Ansätzen. Abweichungen von den vereinbarten, ursprünglich bestimmten Mieten ergeben sich in den Fällen geänderter Nutzflächen, der Umlegung von Neubaumaßnahmen und Modernisierungen und in den Fällen von Mietminderungsbeseitigungen. Das GMW kalkuliert die Mieterhöhungen nach verschiedenen Kriterien und Methoden, die vom Grundsatz her nachvollziehbar sind. Sie beziehen sich individuell auf das jeweilige Bauvorhaben und werden mit R 403 abgestimmt.

B/7 W Das RPA beanstandet, dass Kennzahlen zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit des Gebäudemanagements seit seiner Gründung noch nicht vorhanden sind.

Das RPA wiederholt seit der Inbetriebnahme des GMW vor 7 Jahren jährlich den Hinweis, dass es zur Beurteilung, ob mit dem installierten Wirtschaftsbetrieb Synergien, Kosteneinsparungen und Qualitätssteigerungen zu erzielen sind, eines Kennzahlensystems bedarf.

In einem durchaus ähnlich gelagerten Fall bemängelte der Bundesrechnungshof das unzureichend begleitete Controlling einer vom Bundesbauministerium gegründeten Baugesellschaft für die umzugsbedingten Baumaßnahmen des Parlamentes. Der Rechnungshof kritisierte, dass die für eine abschließende Erfolgskontrolle notwendigen Kennzahlen, um die Zielerreichung, die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft beurteilen zu können, nicht vorhanden waren (BRH 2000, Nr. 45).

Nach dem neu formulierten § 19 (3) der Eigenbetriebsverordnung NRW ist festgelegt, dass der Eigenbetrieb die für die Kostenrechnungen erforderlichen Unterlagen zu führen hat. Dazu soll eine Kosten- und Leistungsrechnung zur Unterstützung der Steuerung und zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Aufgabenerfüllung geführt werden.

Der Bereich der Unternehmenssteuerung wurde im Betrieb weiter ausgebaut. Ein mit dem RPA abgestimmtes kostenorientiertes Kennzahlensystem orientiert sich an den Empfehlungen der KGSt. Bei Redaktionsschluss standen die im Gebäudemanagement zur Beurteilung der innerbetrieblichen Wirtschaftlichkeit für notwendig erachteten Kennzahlen noch immer nicht endgültig fest.

Das GMW prognostizierte in einer ausführlichen Präsentation im Betriebsausschuss Gebäudemanagement am 31.08.2006 die Inbetriebnahme des Kennzahlensystems zum Jahresende 2006.

UA 6100 Stadtentwicklung und -planung (002.210; R 101)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	37.000	0	-100,0	57.049	-100,0
Ausgaben	3.563.589	3.347.796	-6,1	3.526.460	-5,1
Differenz	-3.526.589	-3.347.796		-3.469.411	

Im UA 6100 sind keine Einnahmen zu verzeichnen, weil derzeit keine Beteiligung von IHK und Einzelhandelsverband am Einzelhandelskonzept vorhanden ist und auch für Untersuchungen bei Bauleitplänen die Landesförderung allgemein zurückgefahren wurde. Umfragen zur Stadtentwicklung finden aus organisatorischen Entscheidungen nicht mehr statt. Die Ausgaben sind weiterhin leicht rückläufig und liegen wie im Vorjahr, bis auf Finanzposition 6100-434.0000 (Beiträge zu Versorgungskassen für Angestellte) und 6100-655.0000 (Untersuchungen im Rahmen von Bauleitplanverfahren), unter dem Ansatz.

Einzelaspekte:

6100-655.0000 Untersuchungen im Rahmen von Bauleitplänen

Diese Finanzposition (Haushaltsstelle) gehört zwar gem. Anlage 11 zum Haushaltsplan 2004/2005 in den Sachausgaben-Deckungsring, ist aber tatsächlich nicht im Deckungsring 101 – 04 des Haushaltsplanes aufgeführt worden, weil zur Zeit der Haushaltsaufstellung noch eine zweckgebundene Einnahme vom Land erwartet wurde und um daraus resultierende Probleme zu vermeiden. Erst nachdem gesichert war, dass das Land sich nicht mehr an Untersuchungen bei Bauleitplänen beteiligt, wurde die Finanzposition nachträglich in den Deckungsring im Finanzprogramm SAP aufgenommen. Eine schriftliche Benachrichtigung durch die Kämmerei erfolgte nicht. Aus dieser Finanzposition wurde eine Rechnung des GMW für Renovierungskosten des Büroraumes R 206 im Rathaus-Altbau Barmen in Höhe von 6.651,17 € bezahlt.

B/8 Zahlung aus verkehrter Finanzposition

Laut Schreiben der Kämmerei vom 18.03.05 zum Inreststellungsantrag 2004 durften entsprechende Zahlungen für Renovierung und Beschaffung von Einrichtungsgegenständen nicht aus dieser Haushaltsstelle geleistet werden, sondern sollten überplanmäßig über die Haushaltsstellen 6001-504.0000 bzw. 0200-935.0044 abgewickelt werden.

Die Beanstandung wurde durch das Ressort 101 anerkannt und mit dem Hinweis ergänzt, dass Renovierung und Möblierung auf ein Mindestmaß begrenzt wurde.

B/9 Unklare Abrechnung und überhöhte Preise

Für die Umnutzung des Büroraumes 206 stellte das GMW 5.733,77 € Fremdleistungen zzgl. 16 % Regieaufschlag 917,40 € = 6.651,17 € in Rechnung. Die Überprüfung durch das RPA ergab, dass Anteile aus verschiedenen Handwerkerrechnungen dieser Fremdleistungen sowohl unberechtigt sind als auch Doppelabrechnungen (Einheitspreispositionen und Stundenlohn) und eine überteuerte Preisgestaltung erkennen lassen. Mitverrechnet wurden auch Renovierungsarbeiten im Büro 217 bzw. ein Schrankneueinbau im Büro 208. Dem Ressort 101 wurde ein vollständiger Bericht über die festgestellten Beanstandungspunkte übergeben.

Nach Meinung des Ressort 101 ließ die Rechnung des GMW keine weitere Überprüfung zu, da sie keine Aufschlüsselung enthielt und nicht erkennbar war, ob Ausbesserungsarbeiten anderer Räume hier mit abgerechnet wurden. Auch sieht sich 101 laut seiner Stellungnahme nicht in der Verantwortung Höhe und Angemessenheit der angefallenen Kosten zu überprüfen, sondern verweist auf die Zuständigkeit des GMW.

Es ist weder nachvollziehbar, warum von 101 eine „nicht prüfbare“ Rechnung gezahlt wurde, noch warum 101 - trotz offen gelegter überteuerter bzw. nicht korrekt abgerechneter Leistungen - eine Klärung durch das GMW nicht herbeiführte.

Auch im Sinne des GMW ist aus Gründen der Transparenz und Nachhaltigkeit eine Abrechnung zu verlangen, die Auskunft über die erledigten Arbeiten und die entsprechenden Örtlichkeiten gibt.

H Instandhaltung grundsätzlich durch Miete gedeckt

Wenn in Räumen 10 Jahre oder länger keinerlei Renovierungen durchgeführt werden, so sind die Kosten für Neuanstrich oder neuen Bodenbelag in der Regel durch den Vermieter zu tragen, weil sie mit der Miete abgegolten sind. Deshalb regt das RPA an zu prüfen, ob diese Renovierungskosten vom GMW zurückgefordert werden können.

UA 6110 Vermessungs- und Katasterverwaltung (002.202; R 102)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.668.150	3.107.325	16,5	2.693.825	15,3
Ausgaben	9.598.680	9.240.725	-3,7	9.186.113	0,6
Differenz	-6.930.530	-6.133.400		-6.492.288	

Die Einnahmen waren 439.175 € höher als geplant. Der Zuschussbedarf des Unterabschnittes hat sich gegenüber 2004 um 358.888 € auf 6.133.400 € verringert.

Einzelaspekte:**6110-101.0000 Verwaltungsgebühren des Gutachterausschusses**

Der Haushaltsansatz wurde um 18.936 € überschritten. Die Mehreinnahmen sind entstanden, da die Gutachten für Objekte mit einem höheren Verkehrswert erstellt worden sind als kalkuliert war.

**6110-111.0000 Für vermessungstechnische Arbeiten, Unterlagen,
und Pläne usw.
6110-165.0000 Von Eigenbetrieben für städtische Leistungen**

In der Finanzposition 6110-111.0000 wurden die kalkulierten Einnahmen um 80.603 € unterschritten und in der Finanzposition 6110-165.0000 wurden 162.712 € mehr eingenommen als geplant. Hier hat es eine Verschiebung zugunsten der Position -165.0000 gegeben, weil ressortintern im letzten Jahr eine genauere Zuordnung der Aufträge erfolgt ist. Ein weiterer Teil der Mehreinnahme beruht auf einer größeren Nachfrage.

6110-165.0300 Von Eigengesellschaften für Leistungen

Die geplanten Einnahmen wurden um 73.833 € unterschritten, da die Nachfrage geringer war.

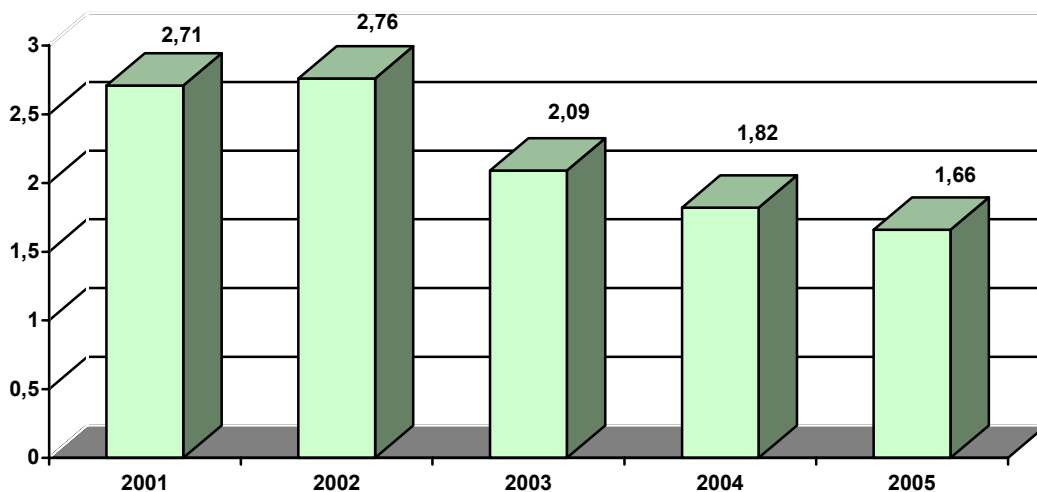
6110-169.0000 Für Arbeiten für städt. Dienststellen (von versch. UA)

Die Nachfrage nach Leistungen war bei den übrigen städtischen Dienststellen erheblich höher als geplant, so dass gegenüber dem Ansatz in dieser Verrechnungsfinanzposition eine Mehreinnahme in Höhe von 523.613 € verbucht wurde.

UA 6130 Bauordnungsamt (002.200; R 105)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.455.300	1.663.474	-51,9	1.857.925	-10,5
Ausgaben	3.440.978	3.598.080	4,6	3.450.500	4,3
Differenz	14.322	-1.934.606		-1.592.575	

Weitere Personalkostensteigerungen und ein seit dem Jahr 2000 inzwischen um die Hälfte gesunkenes Baugebührenaufkommen kennzeichnen die Erhöhung des Zuschussbedarfes der Bauordnung um rund 300 T-Euro gegenüber 2004 und rund 800 T-Euro gegenüber 2003.

Einzelaspekte:**6130-100.0000****Verwaltungsgebühren (002.200; R 105)**Baugebührenaufkommen in Mio. €:

Die Bauordnungsbehörde registrierte in 2005 insgesamt 1.765 freigestellte, vereinfachte und volle Antragsverfahren sowie Bauvoranfragen (im Jahr 2004 waren es 1.690 Verfahren und im Jahr 2003 1.926 Verfahren).

Das sind rund 4 % mehr Vorgänge als im Vorjahr. Die Gebühreneinnahmen aus der bauordnungsbehördlichen Tätigkeit sanken bei der leicht gestiegenen Fallzahl im Berichtsjahr um rund 10 %.

Die Zahl der von einer Genehmigung rechtlich freigestellten Bauvorhaben betrug 47 (Vorjahr 18). 1.297 Fälle (Vorjahr 1.292) wurden im sogenannten vereinfachten Genehmigungsverfahren und 180 Fälle (Vorjahr 186) im normalen Genehmigungs-

verfahren abgewickelt. Die Zahl der Bauvoranfragen belief sich auf 241 Fälle (Vorjahr 194). Der Rückgang des Gebührenaufkommens bei ungefähr gleichgebliebener Fallzahl lässt sich durch die tendenzielle Verlagerung zu „einfachen“ Bauvorhaben, d.h. freigestellten und weniger registrierten normalen Genehmigungsvorhaben erklären. Der Bearbeitungsschwerpunkt liegt seit der letzten umfassenden Änderung der Landesbauordnung mengenmäßig eindeutig auf den vereinfachten Genehmigungsverfahren.

Den in etwa stagnierenden Bauantragszahlen steht ein Anstieg von ordnungsbehördlichen Verfahren gegenüber.

UA 6200 Bauförderung und Wohnungswesen (002.200; R 105)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004 / RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	451.000	286.728	-36,4	545.407	-47,4
Ausgaben	2.855.037	2.620.017	-8,2	2.635.514	-0,6
Differenz	-2.404.037	-2.333.289		-2.090.107	

Die Einnahmen unterliegen regelmäßigen Schwankungen, was primär auf einer differierenden Erstattung des Landes für die Erhebung der Ausgleichszahlung beruht. Die Stadt erhält vom Land für die Erhebung der Ausgleichszahlung einen Verwaltungskostenbeitrag, der sich aus der Zahl der Erstbescheide und dem Wohnungsbestand der entsprechenden Jahrgangsguppe errechnet. In diesem Jahr lag die Zahl der Erstbescheide niedrig, nicht zuletzt, weil die Abteilung Bauförderung und Wohnen in einigen größeren Wohnanlagen von dem nach dem 4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung möglichen Verzicht auf die Erhebung der Ausgleichszahlung Gebrauch gemacht hatte.

Zum 01.01.2006 entfiel die gesetzliche Grundlage für die Erhebung der Ausgleichszahlung.

Einzelaspekte:

6200-100.0000

6200-161.0000

Sonstige Verwaltungsgebühren (002.200; R 105)

**Vom Land für die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe
(002.200; R 105)**

B/10 W Eine textliche Änderung der Finanzpositionen erfolgte nicht.

Das RPA hatte in den Schlussberichten 2001 und 2002 kritisiert, dass die Bezeichnungen der o.g. Einnahmehaushaltsstellen nicht mehr dem Grundsatz der Haushaltsklarheit entsprechen.

Die Finanzposition 6200-100.0000 mit der Bezeichnung: Sonstige Verwaltungsgebühren ist die größte Gebührenposition des Unterabschnittes und dient der Vereinnahmung aller Gebühren aus der Wohnungsbauförderung. Sie ist deshalb nicht nur eine Buchungsstelle für „sonstige“ Gebühren, die in der Regel auch unter einer anderen Gruppierungsziffer (150) auszuweisen sind.

Der Begriff der Fehlbelegungsabgabe unter der Position 6200-161.0000 wurde rechtlich durch den Begriff der Ausgleichszahlung bereits vor Jahren abgelöst.

Das Ressort hatte eine entsprechende Anpassung der Finanzpositionsbezeichnungen für die folgende Haushaltsplanung zugesichert. Die redaktionelle Änderung konnte 2004/2005 aufgrund des bereits veröffentlichten Doppelhaushaltes nicht mehr wirksam werden. Für den Doppelhaushalt 2006/2007 war sie definitiv bestimmt. Insofern ist nicht nachvollziehbar, dass im jüngsten Haushaltsplan wieder die alten Bezeichnungen gewählt wurden.

Das Ressort hat die Beanstandung anerkannt. Die Bezeichnungen der genannten Finanzpositionen werden geändert, was aber im Hinblick auf den erwähnten künftigen Wegfall der Ausgleichsabgabe nur noch für die „sonstigen Verwaltungsgebühren“ praktisch relevant sein wird.

UA 6750 Straßenreinigung (002.118; R 403)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	10.401.250	11.302.916	8,7	10.618.288	6,4
Ausgaben	10.892.949	10.892.949	0,0	10.555.774	3,2
Differenz	-491.699	409.967		62.514	

Die Veranschlagung der Straßenreinigungsgebühren und die Weiterleitung an den Eigenbetrieb Straßenreinigung Wuppertal (ESW) wird über den UA 6750 abgewickelt. Seit der Übertragung der Abfallwirtschaft auf die Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (AWG) zum 01.01.1999 wird im Unterabschnitt auch die Gewinnausschüttung des ESW veranschlagt.

Als Gewinnausschüttung wurde in 2005 ein Betrag von 547.312 € gebucht. Es handelt sich dabei um die Ausschüttungen aus dem Jahresabschluss 2003 (rd. 307 T-Euro) und dem Jahresabschluss 2004 (rd. 234 T-Euro).

In 2003 wurde die Abrechnungssystematik geändert. Die auf die Unterabschnitte 6301, 6500 und 6600 entfallenden Anteile für Straßenreinigung und Winterdienst werden nicht mehr unmittelbar mit dem ESW, sondern über den UA 6750 abgerechnet.

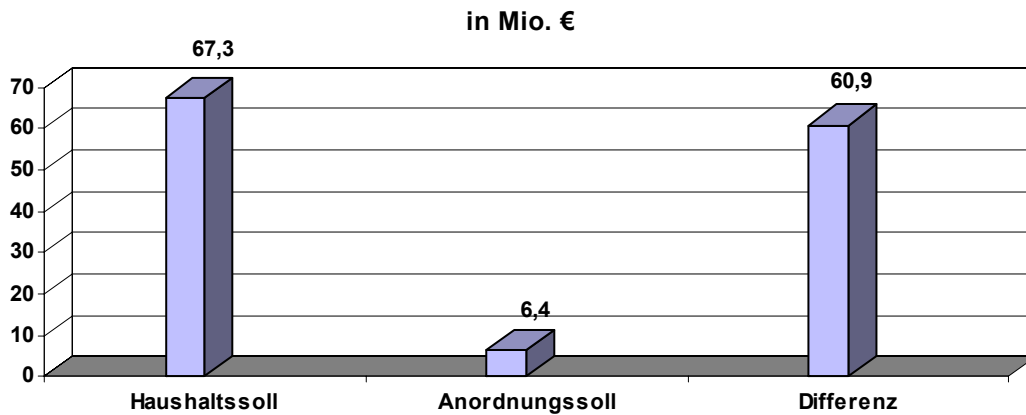
Die Gebührensätze bei der Straßenreinigung sind gegenüber dem Vorjahr je nach Reinigungsklasse um 1,16 % bis 1,66 % erhöht worden.

Ab dem Jahr 2006 ist in Wuppertal eine getrennte Gebühr für Straßenreinigung und für Winterdienst eingeführt worden.

5.6.2 Vermögenshaushalt (002.200)

Grafik zur Tabelle 1:

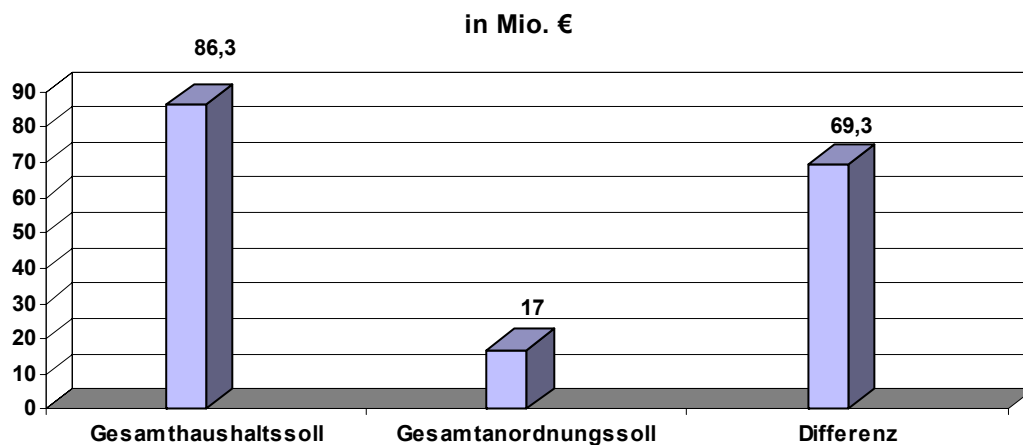
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 9,5 % (2004 = 7,2 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 19,6 % (2004 = 25,1 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
6002 Regionale 2006	44.130.521	3.546.293	40.584.228	8,0
6010 Gebäudemanagement	6.304.800	0	6.304.800	0,0
6100 Stadtentwicklung und Planung	53.890	9.717	44.173	18,0
6110 Vermessungs- u. Katasterverwaltung	516.000	127.500	388.500	24,7
6130 Bauordnungsamt	17.000	7.633	9.367	44,9
6150 Städtebaul. Sanierungs- und Entwicklungsmaßn.	223.000	0	223.000	0,0
6220 Förderung des Wohnungsbaues aus gemeindl.Mitteln	48.300	0	48.300	0,0
6301 Straßenunterhaltung	1.350.000	548.851	801.149	40,7
6302 Verkehrslenkung	73.000	0	73.000	0,0
6303 Straßenbau	3.612.848	287.275	3.325.573	8,0
6304 Ingenieurbau	7.716.007	173.794	7.542.213	2,3
6305 Verkehrssteuerungs- technik	1.623.001	667.977	955.024	41,2
6600 Bundes-und Landesstraßen	887.721	537.498	350.223	60,5
6700 Straßenbeleuchtung	333.000	208.009	124.991	62,5
6800 Parkraumbewirtschaftung	436.900	298.909	137.991	68,4
6900 Wasserläufe, -bau u. Gewässerschutz	20.750	0	20.750	0,0
Summe EP 6	67.346.738	6.413.456	60.933.282	9,5

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
6002 Regionale 2006	45.714.502	5.114.381	40.600.121	11,2
6010 Gebäudemanagement	12.593.786	5.300.000	7.293.786	42,1
6100 Stadtentwicklung und Planung	60.043	15.870	44.173	26,4
6110 Vermessungs- u. Katasterverwaltung	717.803	325.754	392.049	45,4
6130 Bauordnungsamt	17.000	7.633	9.367	44,9
6150 Städtebaul. Sanierungs- und Entwicklungsmaßn.	550.737	92.138	458.599	16,7
6220 Förderung des Wohnungsbaues aus gemeindl.Mitteln	48.300	0	48.300	0,0
6301 Straßenunterhaltung	2.641.193	1.672.318	968.875	63,3
6302 Verkehrslenkung	120.300	40.930	79.370	34,0
6303 Straßenbau	6.618.562	929.454	5.689.108	14,0
6304 Ingenieurbau	12.039.205	1.342.976	10.696.229	11,2
6305 Verkehrssteuerungs- technik	1.786.943	713.467	1.073.476	39,9
6600 Bundes-und Landesstraßen	2.090.230	599.376	1.490.854	28,7
6700 Straßenbeleuchtung	423.711	286.939	136.772	67,7
6800 Parkraumbewirtschaftung	586.901	384.230	202.671	65,5
6900 Wasserläufe, -bau u. Gewässerschutz	292.068	132.679	159.389	45,4
Summe EP 6	86.301.284	16.958.145	69.343.139	19,6

Die seit vielen Jahren aufgezeigte Situation bei einzelnen Unterabschnitten des Einzelplans 6 im Vermögenshaushalt, dass die in den Haushaltsplan eingestellten Ansätze zum überwiegenden Teil nicht oder nur in geringem Umfang in Anspruch genommen wurden, ist zum Regelfall geworden.

Der Realisierungsgrad lag im Berichtsjahr mit einer Quote von 9,5 % etwas über dem Niveau des Vorjahres, hingegen lag er unter Berücksichtigung der Haushaltsrestbedienung mit 19,6 % unter dem Niveau des Vorjahres. Die unterschiedlichen Quotenverläufe weisen auf den Umstand hin, dass die Mittel aus den in Vorjahren gebildeten Haushaltsresten vor allem für Regionaleprojekte nur partiell in Anspruch genommen wurden.

In der vergleichenden Betrachtung der letzten Haushaltsjahre lag das Haushaltssoll im Berichtsjahr um knapp 14 Mio. € höher als im Vorjahr, die Ausgaben erhöhten sich aber nur um 2,5 Mio. € gegenüber 2004.

Die erste Tabelle weist rund 61 Mio. € aus, die für die vorgesehenen Projekte nicht eingesetzt werden konnten. Unter Berücksichtigung nicht in Anspruch genommener Haushaltsreste beläuft sich die Differenz auf rund 69 Mio. €, was einer Erhöhung der nicht verwendeten Mittel um 15 Mio. € gegenüber 2004 entspricht.

Die geringe Mittelinanspruchnahme im Jahr 2005 ist hauptsächlich auf nicht beeinflussbare Umstände zurückzuführen. Es handelt sich:

- um die Restriktionen, die sich auch nach der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2004/2005 aus der vorläufigen Haushaltsführung ergeben haben
- um ausstehende Zuwendungsbescheide des Landes, die den Beginn und Fortgang von Projekten erst erlauben
- um den Finanzierungsvorbehalt bei den Regionaleprojekten
- um noch ausstehende Durchführungsbeschlüsse für Maßnahmen
- um den zuwendungssystematisch bedingten Umstand, dass zur Realisierung von geförderten Baumaßnahmen zunächst immer einer Darstellung in den Haushaltsplänen erforderlich ist
- um erforderliche Budgetkürzungen aufgrund der von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigten Kreditlinie nach Aufstellung des Haushaltsplanes

Aufgrund der genannten Aspekte wird sich das Problem mangelnder Realisierung von Investitionsvorhaben auch in den nächsten Haushaltsperioden nicht vermeiden lassen.

Die betragsmäßig größten Abweichungen zwischen den geplanten und den tatsächlich verausgabten Summen entstanden bei den Unterabschnitten: 6002, 6010, 6303 und 6304.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)**

Die Finanzierung des städtischen Eigenanteils an den Projekten der Regionale 2006 war im Berichtsjahr durch die Forderung der Bezirksregierung, einen Teil der vorgesehenen Mittel für die Rückzahlung erhaltener Landeszuschüsse zum Schwebenbahnumbau aufgrund der Nachschusspflicht der Stadt gegenüber der WSW AG einzusetzen, gefährdet. Deshalb gab der Kämmerer von den im Berichtsjahr zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von insgesamt 45 Mio. € lediglich 10 % frei.

UA 6010 Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

Die Weiterleitung der Kredite an den Eigenbetrieb GMW stellt eine Sammelposition aus Maßnahmen des Investitionsplanes im Haushalt dar. Die darin berücksichtigten Projekte konnten in Höhe von rund 7 Mio. € im Hinblick auf den jeweiligen Baufortschritt, Verzögerungen in Ausschreibungsverfahren oder noch offener Beschlüssen nicht in Angriff genommen werden.

UA 6303 Straßenbau (002.200; R 104)

Gewerbeerschließungen konnten wegen noch ausstehendem Grunderwerb in Höhe von 1,5 Mio. € noch nicht realisiert werden. Für Begleitmaßnahmen des ÖPNV kamen aufgrund fehlender Durchführungsbeschlüsse knapp 1 Mio. € weniger als geplant zur Ausführung.

UA 6304 Ingenieurbau (002.200; R 104)

Die Instandsetzung von gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz übernommenen Brücken sowie die Brückensanierungen Emilienstraße, Buchenhofen und Völklinger Straße wurden kapazitätsbedingt im Berichtsjahr noch nicht abschließend durchgeführt.

Unterabschnitte des Vermögenshaushaltes

UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	21.600.000	2.134.312	-90,1	872.696	144,6
Ausgaben	44.130.521	4.037.392	-90,9	3.290.785	22,7
Differenz	-22.530.521	-1.903.080		-2.418.089	

Den für Regionaleprojekte zur Verfügung stehenden Mitteln stehen wegen fehlender Freigaben lediglich knapp 10 % rechnungswirksam geleistete Ausgaben in 2005 gegenüber. Von den veranschlagten Projektmitteln in Höhe von 44,1 Mio. € konnten zunächst nur Freigaben für Planungs- und Projektsteuerungsleistungen sowie für Grunderwerb (Döppersberg und Sambatrasse) erteilt werden.

Die Gesamtfinanzierung der Regionaleprojekte steht unter der Bedingung städtischer finanzieller Beteiligung, dem sogenannten Eigenanteil. Ein Teil der dafür vorgesehenen Mittel sollte nach dem Willen der Bezirksregierung für die Rückzahlung erhaltener Landeszuschüsse zum Schwebebahnumbau aufgrund der Nachschusspflicht der Stadt gegenüber der WSW AG eingesetzt werden.

Der Rat stimmte einem Förderkompromiss mit dem Land zu. Um die daraus entstehende Finanzierungslücke zu schließen, verfolgte die Stadt das Regionaleprojekt Mediapark nicht mehr und priorisierte Teilmaßnahmen aus anderen Projekten wie die Umgestaltung des Engelsgartens und des Historischen Zentrums aus dem Projekt Kulturachse Barmen. Von den ursprünglich für die Finanzierung der Regionale bereit gestellten Eigenmitteln wurde ein Betrag von 29 Mio. € zur Finanzierung des Endausbaus der Schwebebahn zur Verfügung gestellt.

In Ermangelung entsprechender Ausgaben in 2005 waren auf der Einnahmeseite auch nur knapp 10 % der erwarteten Zuschüsse aus Städtebauförderungsmitteln für die Regionale 2006 zu verzeichnen.

UA 6010 Gebäudemanagement Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.000.000	1.279.203	27,9	947.518	35,0
Ausgaben	6.304.800	6.157.786	-2,3	6.342.597	-2,9
Differenz	-5.304.800	-4.878.583		-5.395.079	

Im Vermögenshaushalt 2005 standen am Anfang des Jahres Mittel zur Weiterleitung an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement über 12.958.986 € (Vj.: 14.859.103 €) zur Verfügung. Es handelte sich um eine Sammelposition für in den Investitionsplan ein-

gestellte Projekte des GMW. Das Budget wurde während der Haushaltsperiode um 365.200 € gekürzt.

Die Mittelinanspruchnahme durch das GMW belief sich auf 5.300.000 € (= rd. 42 %). Von den nicht verbrauchten Mitteln wurden rund 6,3 Mio. € in das Jahr 2006 übertragen. Mit einem vollständigen Abfluss dieser Mittel wird im Folgejahr gerechnet.

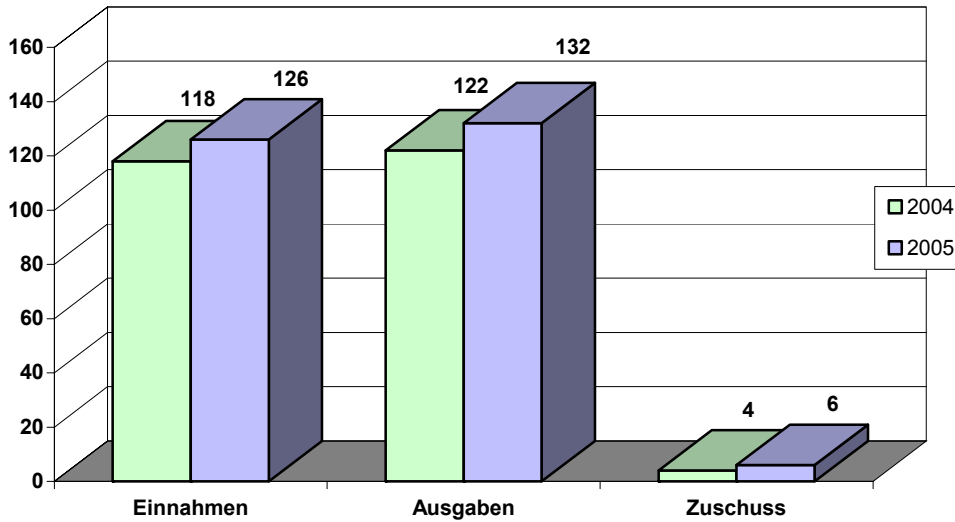
Die Positionen wurden im UA: 6010 gebildet, um einerseits eine Bereinigung des Vermögenshaushaltes von Einzelmaßnahmen, die in die Zuständigkeit des GMW fallen, zu erwirken. Andererseits wurde damit der Forderung der Aufsichtsbehörde Rechnung getragen, den Finanzbedarf für das Gebäudemanagement im Haushalt darzustellen. Aus diesem Grund wird der Kreditbedarf des GMW auch in der Haushaltssatzung ausgewiesen. Die Stadt nimmt die Kredite auf und leitet sie an den Betrieb weiter. Das GMW erstattet den von der Stadt vorgeleisteten Schuldendienst (vgl. UA: 9100).

Die Investitionsmaßnahmen konnten wegen noch offener Beschlusslagen (Raumprogramm und Konzeption Schwimmbad) und Verzögerungen im Baufortschritt (Gartenhallenbad Langerfeld aufgrund fehlerhafter Arbeiten und unvorhersehbarer Erschwernisse) nicht haushaltspiangemäß abgewickelt werden. Budgeteinsparungen über fast 1 Mio. € ergaben sich beim Neubau der Feuer- und Rettungswache II. Die Mittel müssen für den letzten Zweck nicht mehr übertragen werden.

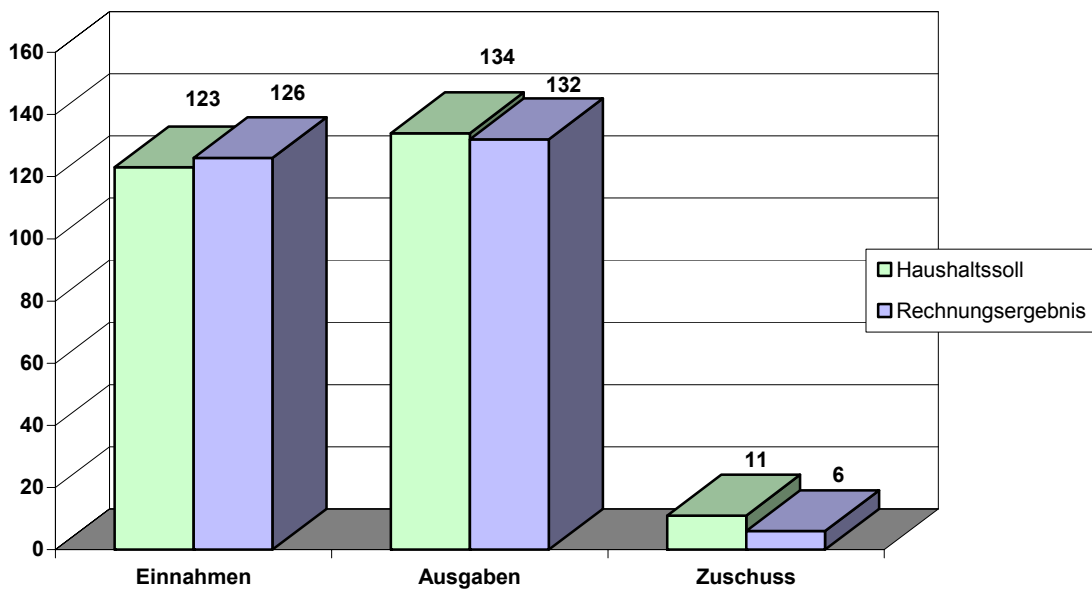
5.7 Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

5.7.1 Verwaltungshaushalt (002.201)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Die Entwicklung dieses Einzelplanes wird durch die Abläufe in den UA 7000 - Stadtentwässerung und 7200 - Abfallwirtschaft bestimmt. Auf die Erläuterungen zu diesen UA wird verwiesen.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 7000 Stadtentwässerung (002.201; R 106)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004/
	€	€	%	€	%
Einnahmen	94.049.600	99.007.624	5,3	90.663.048	9,2
Ausgaben	102.448.019	101.648.699	-0,8	93.985.096	8,2
Differenz	-8.398.419	-2.641.075		-3.322.048	

Die **Einnahmeseite** wird fast ausschließlich durch die Einnahmen aus den Schmutz- und Regenwassergebühren bestimmt.

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich gestiegen. Dazu haben im Wesentlichen folgende Faktoren beigetragen:

- die Gebühren wurden zum 01.01.05 um durchschnittlich 5 % erhöht (rd. 4,4 Mio. €),
- es wurden im Jahr 2005 weitere Erst-/Nachveranlagungen zu Regenwassergebühren für das Jahr 2004 im Umfang von rd. 2,4 Mio. € durchgeführt – Grund: Erfassungsprobleme bei der Maßstabumstellung.

Die seit 1997 verstärkt erkennbare Tendenz, dass die Regenwassergebühren deutlich schneller ansteigen als die Schmutzwassergebühren, hat sich 2005 nicht fortgesetzt. Trotzdem wurden in Wuppertal 2005 nach Erhebungen des Bundes der Steuerzahler NRW zum zweiten Mal in Folge die höchsten Regenwassergebühren in NRW erhoben.

Auf der **Ausgabenseite** wird fast ausschließlich durch die Entgeltzahlungen an die WSW AG aus dem Entsorgungsvertrag sowie die Beitragszahlungen an die Wasserverbände und die kalkulatorischen Kosten für das im städtischen Eigentum verbliebene Kanalvermögen beeinflusst. 2005 erhöhte die aus den Mehreinnahmen bei der Regenwassergebühr resultierende Rücklagenzuführung zusätzlich das Rechnungsergebnis.

Hauptursachen für die Ausgabensteigerungen gegenüber dem Vorjahr waren:

Position	Mio. €
Erhöhung der Entgeltzahlungen an die WSW AG (Entsorgungsvertrag) um	3,378
Rücklagenzuführung	6,723

UA 7200 Abfallwirtschaft (002.201; R 106)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004
	€	€	%	€	%
Einnahmen	28.282.250	25.790.742	-8,8	25.389.308	1,6
Ausgaben	26.336.669	26.005.649	-1,3	24.582.349	5,8
Differenz	1.945.581	-214.907		806.959	

Die Abfallbeseitigungsgebühren sind im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,4 % gestiegen.

Auf der Ausgabenseite waren dafür Steigerungen bei folgende Positionen maßgebend:

Position	Mio. €
Erhöhung der Verbrennungsentgelte der AWG um	1,004
Rücklagenzuführung	0,719

UA 7900 Stadtmarketing und Stadtwerbung (002.100; R 003)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	514.680	563.651	9,5	779.911	-27,7
Ausgaben	1.403.745	1.152.052	-17,9	1.311.025	-12,1
Differenz	-889.065	-588.401		-531.114	

Am 01.09.2005 wurde mit der Gründung der Wuppertal Marketing GmbH (Eintragung in das Handelsregister am 12.09.2006) die Aufgabe „Stadtmarketing und Wirtschaftskommunikation“ auf diese private Gesellschaft übertragen. Der Stammkapitalanteil der Stadt Wuppertal an der neu gegründeten GmbH in Höhe von 65 T-Euro wurde im Vermögenshaushalt bei der Finanzposition 7900-930.0025 verbucht.

Die RE des Jahres 2005 bilden mithin bei der Mehrheit der Haushaltsstellen im UA 7900 kein vollständiges Jahr ab. Ein Vergleich mit Vorjahresergebnissen und den Ansätzen ist insoweit eingeschränkt bzw. nicht möglich. Die städtische Finanzierung der Wuppertal Marketing GmbH erfolgt im Wesentlichen über einen Betriebskostenzuschuss. Für das Rumpfgeschäftsjahr 2005 betrug dieser Zuschuss 296 T-Euro.

Anlässlich einer stichprobenweisen Prüfung der Kassenanordnungen wurden die folgenden Verstöße gegen bestehende Regelungen festgestellt:

- Dem RPA wurden entgegen der Dienstanweisung zur Vergabevorprüfung Auftragsvergaben nicht gemeldet.

Nach der Dienstanweisung zur Vergabevorprüfung durch das RPA der Stadt Wuppertal sind grundsätzlich alle beabsichtigten Auftragsvergaben ab einem Wert in Höhe von 2.500,- € vor Auftragserteilung dem RPA anzuzeigen. Aufträge an die Firma X wurden ohne Einhaltung dieser Meldeverpflichtung vergeben. Beispiele AO-Nr. 1000107159, Imagebroschüre und Mailingkonzept zur Standortbewerbung Wuppertals anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für 11.600,- €, AO-Nr. 1000112308, Mailingkonzept zur Standortbewerbung Wuppertals anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für 4.841,84 €.

- Aus der Haushaltsstelle 7900-633.0100 „Touristik“ wurde für 1.495,24 € ein Notebook erworben. Es handelt sich um ein Anlagegut, das nicht aus dem Verwaltungshaushalt, sondern aus dem Vermögenshaushalt zu finanzieren war.
- Herrn Y wurden Honorare teilweise in bar ausbezahlt. Sobald Barzahlungen an denselben Empfänger binnen eines Jahres den Betrag von 1.500,- € erreichen, muss nach der Verordnung über die Mitteilungen an die Finanzbehörden grundsätzlich eine Meldung bei der Finanzverwaltung erfolgen. Die Barzahlungen an Herrn Y im Jahr 2005 lagen oberhalb der Wertgrenze, ohne dass dies der Finanzverwaltung gemeldet worden ist. Für andere Zahlungen an Herrn Y wurde dessen Bankverbindung genutzt.

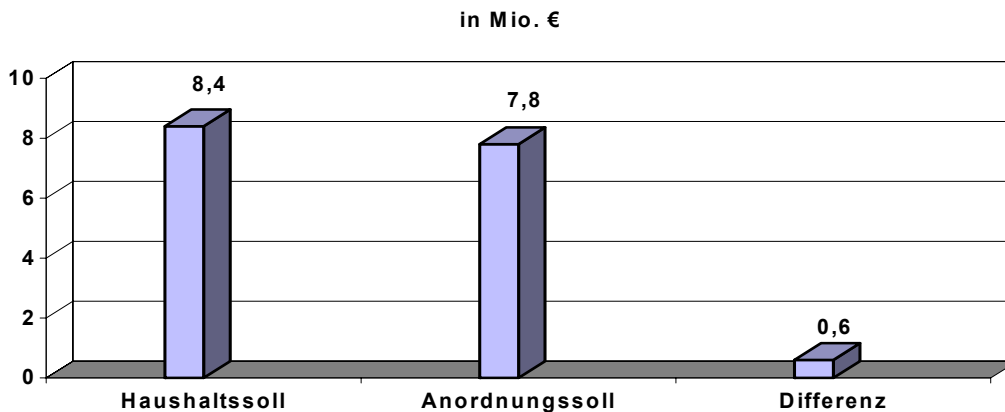
Der im Schlussbericht über die Prüfung der Rechnung 2004 erwähnte Kasseneinahmerest in Höhe von 7 T-Euro (Haushaltsstelle 7900-131.0200 „Einnahmen aus Projektmarketing-Maßnahmen“) wurde inzwischen abgesetzt. Der Verzicht auf die Beitreibung dieser Forderung wird von der Geschäftsführung vor allem mit mangelhaften Erfolgsaussichten begründet. Das RPA nimmt diese, lt. Geschäftsführung im Einvernehmen mit der Kämmerei getroffene, Entscheidung zur Kenntnis.

Inzwischen liegt der Bericht eines Wirtschaftsprüfers über die Prüfung des Rumpfgeschäftsjahres der Marketing GmbH vor. Diese Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

5.7.2 Vermögenshaushalt (002.201)

Grafik zur Tabelle 1:

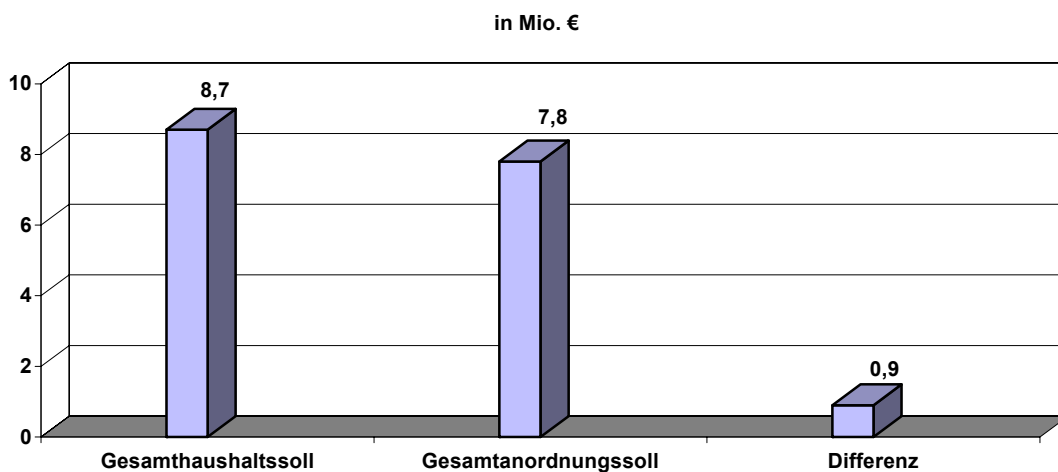
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 92,3 % (2004 = 46,2 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 89,7 % (2004 = 45,1 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
7000 Stadtentwässerung	6.907.000	6.421.041	485.959	93,0
7200 Abfallwirtschaft	200.000	80.947	119.053	40,5
7500 Friedhöfe	12.000	10.913	1.087	90,9
7900 Stadtmarketing und Stadtwerbung	65.000	65.000	0	100,0
7910 Wirtschafts- und Beschäftigungs- förderung	1.218.000	1.175.905	42.095	96,5
Summe EP 7	8.402.000	7.753.806	648.194	92,3

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
7000 Stadtentwässerung	6.907.000	6.421.041	485.959	93,0
7200 Abfallwirtschaft	200.000	80.948	119.052	40,5
7500 Friedhöfe	12.000	10.913	1.087	90,9
7900 Stadtmarketing und Stadtwerbung	65.000	65.000	0	100,0
7910 Wirtschafts- und Beschäftigungs- förderung	1.500.992	1.211.868	289.124	80,7
Summe EP 7	8.684.992	7.789.770	895.222	89,7

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 7000 Stadtentwässerung (002.201; R 106)

Die Situation im Einzelplan 7 wird fast ausschließlich durch die finanzielle Entwicklung in diesem UA bestimmt.

Die Aufgaben der Stadtentwässerung wurden – einschließlich wesentlicher Teile des Kanalvermögens - insgesamt auf die WSW AG übertragen. Daher haben die Investitionsmaßnahmen, die noch im Unterabschnitt 7000 des Vermögenshaushaltes dargestellt werden, nur einen geringen Anteil am Gesamtinvestitionsvolumen. Zu diesen Maßnahmen gehören die Kanalbauprojekte in dem Teil des Netzes, der im städt. Eigentum verblieben ist sowie die Herstellung von Kanalhausanschlüssen. Ihre Realisierung wird jährlich von der WSW AG geplant und dem Rat der Stadt zur Abstimmung vorgelegt. Die Höhe des entsprechenden Ansatzes im städtischen Haushalt orientiert sich am Maßnahmenkatalogen der WSW AG.

Die Entgeltzahlung der Stadt an die WSW AG entsprechend der Vorgaben des Entsorgungsvertrages erfolgt aus dem Verwaltungshaushalt.

Ausgaben

Die Realisierungsgrade haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert.

Der Mittelabfluss bei den einzelnen Kanalbauprojekten bis zur Erstellung und Übersendung der Rechnung wird federführend durch die WSW AG beeinflusst.

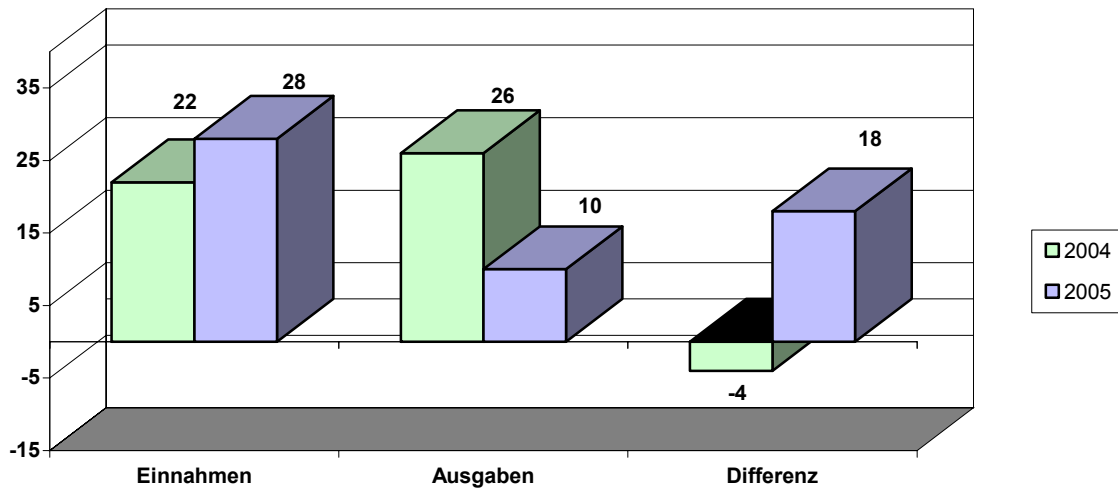
UA 7200 Abfallwirtschaft (002.201; R 106)

Die Abfallentsorgung wurde ebenfalls über einen Entsorgungsvertrag einschließlich des gesamten Betriebsvermögens auf die AWG übertragen. Daher werden im städt. Haushalt nur noch einzelne Projekte veranschlagt, die z.B. aus Rücklagenentnahmen finanziert werden sollen.

5.8 Einzelplan 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen

5.8.1 Verwaltungshaushalt (002.201)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)

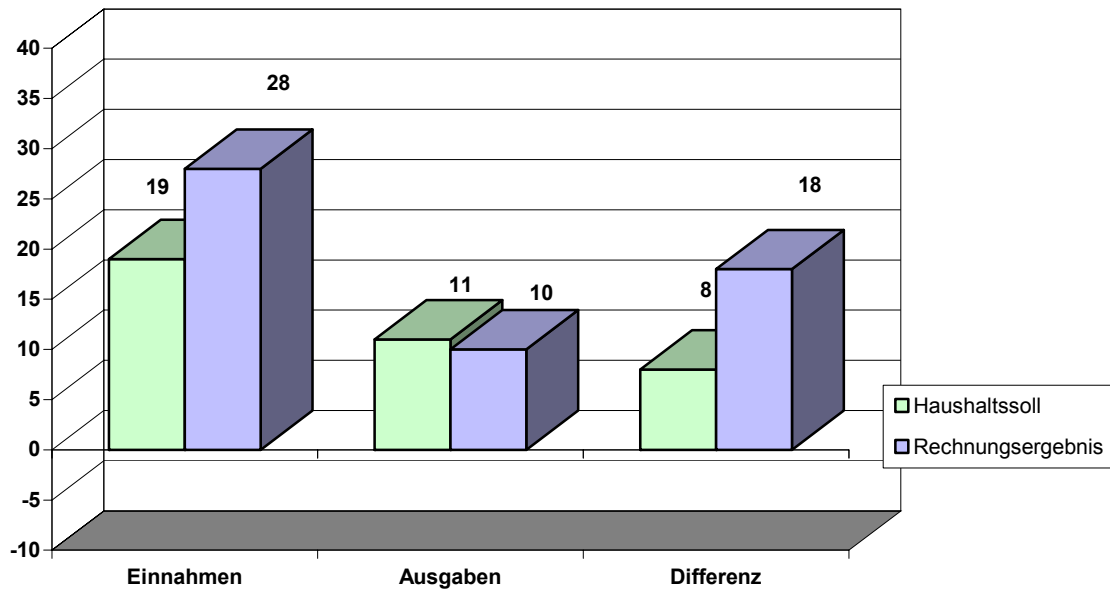


Gründe für das Absinken des Rechnungsergebnisses auf der Ausgabenseite:

UA 8200 – Verkehrsunternehmen

Im Jahr 2004 wurden 15 Mio. € als städtischer Anteil für die Remanenzkosten der Verkehrssparte der WSW AG außerplanmäßig bereitgestellt. Um die freie Rücklage der WSW AG auf dem vertraglich vereinbarten Stand halten zu können, mussten die Mittel zu einem früheren Zeitpunkt als geplant zur Verfügung gestellt werden.

Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



Die Einnahmeverbesserungen gegenüber den Haushaltsansätzen sind im Wesentlichen in den UA 8300 – WSW AG und 8420 – Stadthalle eingetreten.

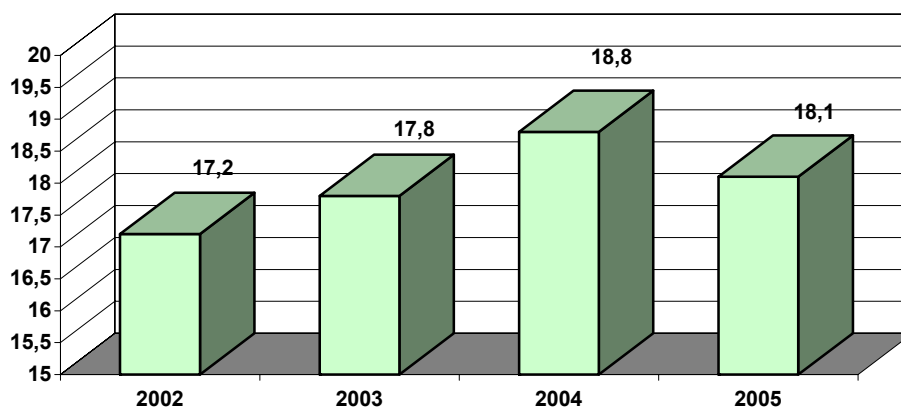
Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 8300 Wuppertaler Stadtwerke AG (002.201; R 403)

Einzelaspekte:

8300-221.0000 Konzessionsentgelte (002.201; R 403)

**Entwicklung der RE
in Mio. €**



Die Haushaltsansätze der Einnahmen aus den Konzessionsabgaben der WSW AG für die Jahre 2004/05 wurden vorsichtig geschätzt (Hintergrund u.a.: Öffnung der Märkte durch die EU). Die tatsächliche Marktentwicklung war positiver als erwartet.

Es wurden Konzessionsentgelte in folgender Höhe abgerechnet:

Versorgungs- sparte	Abnehmer	KA-Satz ct / kWh	Haushaltsjahr 2004 (für 2003) T-Euro	Haushaltsjahr 2005 (für 2004) T-Euro
Strom	Tarifvertragskunden			
	- allgemein	1,99	12.758	12.606
	- Schwachlast	0,61	221	370
	- Durchleitung	1,99	367	404
	Sonderabnehmer			
	- allgemein	0,11	739	798
- Durchleitung	0,11	63	82	
Gas	Tarifvertragskunden	0,77	320	362
	Sonderabnehmer	0,03	673	678
Wasser	Tarifvertragskunden	6,25%	3.012	3.094
	Sonderabnehmer	1,5%	82	76
Summe			18.236	18.469

UA 8420 Stadthalle (002.112)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	659.900	7.413.074	1023,4	541.379	1269,3
Ausgaben	4.715.731	4.459.852	-5,4	4.845.212	-8,0
Differenz	-4.055.831	2.953.222		-4.303.833	

Der Betrieb „Stadthalle“ wird seit Januar 1997 als Stadthalle Wuppertal Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Er firmiert seit Juni 2004 als „Historische Stadthalle Wuppertal GmbH“.

Der Jahresabschluss der GmbH wird durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft. Für das Geschäftsjahr 2005 liegt der Bericht bisher noch nicht vor.

Im Unterabschnitt 8420 des städtischen Haushalts werden Einnahmen und Ausgaben verbucht, die von der Stadt Wuppertal bezüglich des Betriebes der Stadthalle abgewickelt werden.

Betriebskostenzuschuss an die GmbH

2005 wurden aus der Haushaltsstelle 8420-715.0000 EUR 884.750 an die GmbH gezahlt. Dies entsprach dem Haushaltsansatz 2005. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung für das Jahr 2000 ist aufgefallen, dass das Personal der Stadthallen-GmbH seit Gründung der Gesellschaft technische Dienstleistungen erbringt, die gemäß Pachtvertrag in den Zuständigkeitsbereich des Verpächters, also der Stadt Wuppertal, fallen (Hausmeister Tätigkeit). Diese Personalkosten müssen von der Stadt erstattet werden. Dies sind pro Jahr rd. 30.700 € zzgl. Umsatzsteuer (= 35.650 €) und werden aus der Haushaltsstelle 8420-715.0100 „Für die Erstattung technischer Dienstleistungen“ an die Stadthallen-Betriebs-GmbH gezahlt.

Nach dem Gesellschaftsvertrag übernimmt die Stadt Wuppertal einen sich ergebenden Fehlbetrag bis zur Höhe von 1.500.000 DM (= 766.938 €). Über die Übernahme darüber hinausgehender Fehlbeträge entscheidet die Gesellschafterversammlung.

Durch Beschluss des Rates vom 09.11.1998 wurde die jährliche Zuschusshöhe ab 1998 auf 1,8 Mio. DM bzw. 920.325 € festgelegt. Diese Bezuschussung wurde seit dem nicht mehr erhöht. Gemäß Verwaltungsvorschlag beinhaltet der Zuschuss seit 2002 auch die Erstattung von Personalkosten für Hausmeister Tätigkeit der Stadthallen-GmbH für die Stadt.

UA 8700 Stadtparkasse Wuppertal (002.100; R 404)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	13.000	26.520	104,0	288	9098,8
Ausgaben	13.350	13.320	-0,2	13.188	1,0
Differenz	-350	13.200		-12.900	

Über diesen Unterabschnitt werden nur noch die Versorgungsbezüge für die bis zum 31. März 1958 eingetretenen Versorgungsfälle, die die Stadt zunächst vorfinanziert, abgewickelt.

Während sich die Ausgaben im Rahmen der Veranschlagung und des Vorjahresergebnis hielten, gab es bei den Einnahmen Verschiebungen. Zum einen wurden die das Jahr 2004 betreffenden Beträge bereits 2003 zum Soll gestellt und sind daher nicht im RE 2004 enthalten. Zum anderen enthält das RE des Berichtsjahres auch bereits die Ende 2005 zum Soll gestellte Versorgungskostenerstattung für das Jahr 2006.

UA 8710 Anschlagwesen und Plakatwerbung (002.118; R 403)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004 RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	870.000	645.228	-25,8	900.460	-28,3
Ausgaben	0	-54.856		0	
Differenz	870.000	700.084		900.460	

Zum 01.01.2001 wurden die Werberechte an die Fa. Ströer vergeben. Ausgenommen sind Wartehallen und Citylightboards, für die weiterhin ein Vertrag mit der Deutsche Städte-Medien GmbH (DSM) besteht. Der Rat der Stadt hatte am 02.06.2003 dem Verkauf der DSM-Anteile nach Maßgabe der Drucksache VO/1436/03 zugestimmt. Gleichzeitig wurde einem Konsortialvertrag zugestimmt, der das Verfahren des Verkaufs regelt. Mit Vertrag vom 18./20.12.03 wurden die DSM-Anteile der Stadt an die Fa. Ströer verkauft.

Das o.a. Rechnungsergebnis für 2005 beinhaltet Zahlungen i.H.v. 400.289 €, die wirtschaftlich dem Jahr 2004 zuzurechnen sind. Demgegenüber wurden in 2006 Zahlungen über insgesamt 692.191 € verbucht, die dem Abrechnungszeitraum 2005 zugerechnet werden müssen.

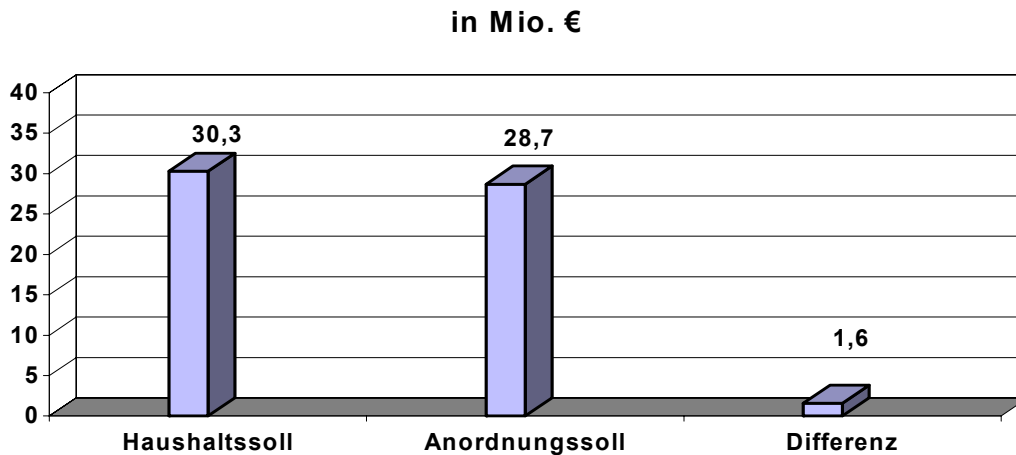
Der Rat der Stadt hat am 20.12.04 im Rahmen der Abwicklung des Veräußerungsprozesses der Gesellschaftsanteile der Deutsche Städte-Medien GmbH einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1.100.000 € zugestimmt. Die Mittel sind bei der Außerplanstelle 8710-840.0000 in 2004 bereitgestellt und in das Haushaltsjahr 2005 übertragen worden. Durch die Übertragung wurde systembedingt das Haushaltsjahr 2004 entsprechend belastet. Im Januar 2005 erfolgte die Abwicklung. Das Rechnungsergebnis bei der Ausgabeposition 8710-840.0000 ist zutreffend mit -54.856 € ausgewiesen.

Mit Drucksache VO/0979/05 hat der Rat am 14.11.05 einen Nachtrag zum Werbebenutzungsvertrag beschlossen.

5.8.2 Vermögenshaushalt (002.201)

Grafik zur Tabelle 1:

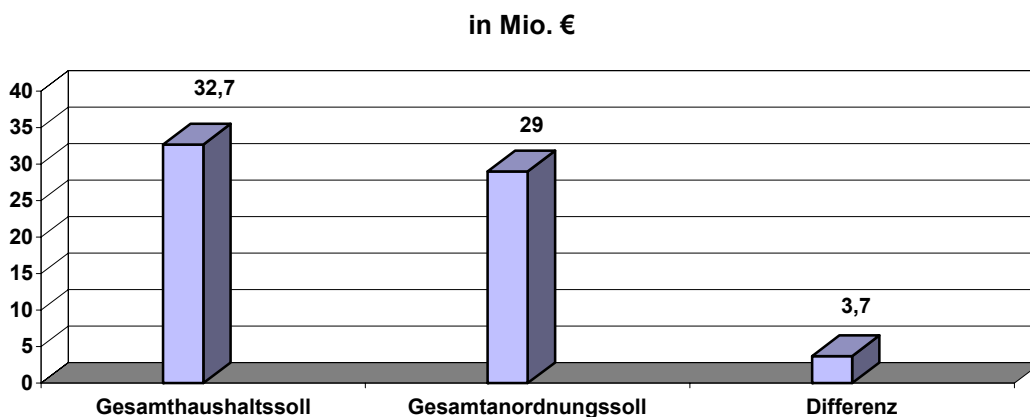
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 94,8 % (2004 = 45,0 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 88,8 % (2004 = 39,8 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
8250 Beteiligungen	0	0	0	0,0
8300 WSW AG	28.250.000	28.250.000	0	100,0
8420 Stadthalle	106.068	81.065	25.003	76,4
8550 Forsten	329.883	34.000	295.883	10,3
8810 Grundstücks- bewirtschaftung	1.627.250	361.491	1.265.759	22,2
Summe EP 8	30.313.201	28.726.556	1.586.645	94,8

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
8250 Beteiligungen	0	0	0	0,0
8300 WSW AG	28.250.000	28.250.000	0	100,0
8420 Stadthalle	106.068	81.065	25.003	76,4
8550 Forsten	589.313	63.436	525.877	10,8
8810 Grundstücks- bewirtschaftung	3.757.807	651.637	3.106.170	17,3
Summe EP 8	32.703.188	29.046.138	3.657.050	88,8

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 8550 Forsten (002.201; R 103)**

Die für 2005 eingeplante Lieferung eines Forstschleppers erfolgte erst Anfang 2006.

UA 8810 Grundstücksbewirtschaftung (002.200; R 105)

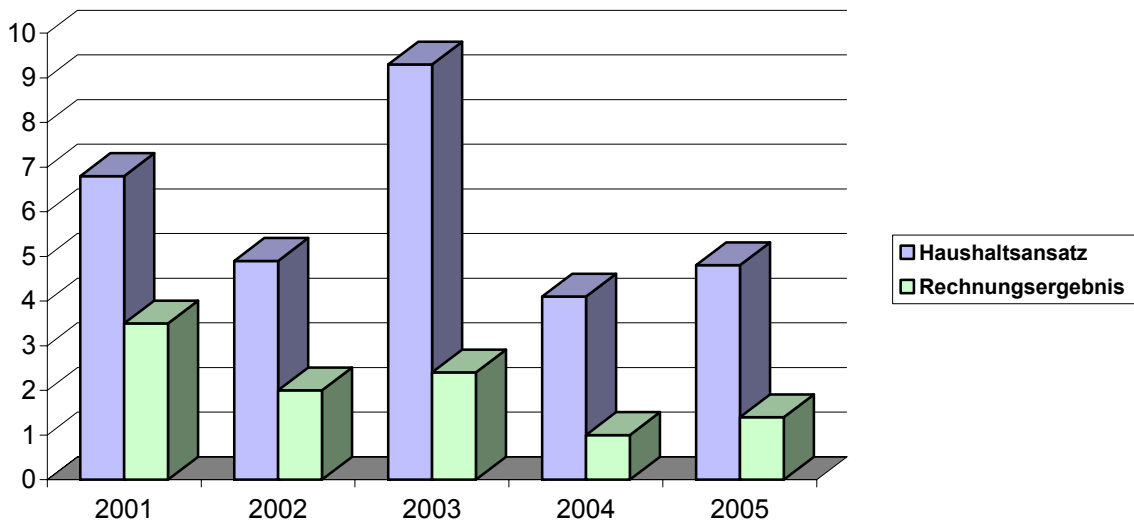
Die Haushaltsreste aus Vorjahren mussten für Grundstücksankäufe im Bereich des Güterbahnhofes Vohwinkel und für das Gewerbegebiet Bahnstraße wieder übertragen werden, weil die Flächenentwicklung durch die Immobilientöchter der Deutschen Bahn AG noch nicht so weit fortgeschritten war, dass eine Zahlung des vollen Kaufpreises durch die Stadt im Berichtsjahr gerechtfertigt gewesen wäre. Die für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung gestellten Mittel wurden überhaupt nicht benötigt.

Unterabschnitte des Vermögenshaushaltes

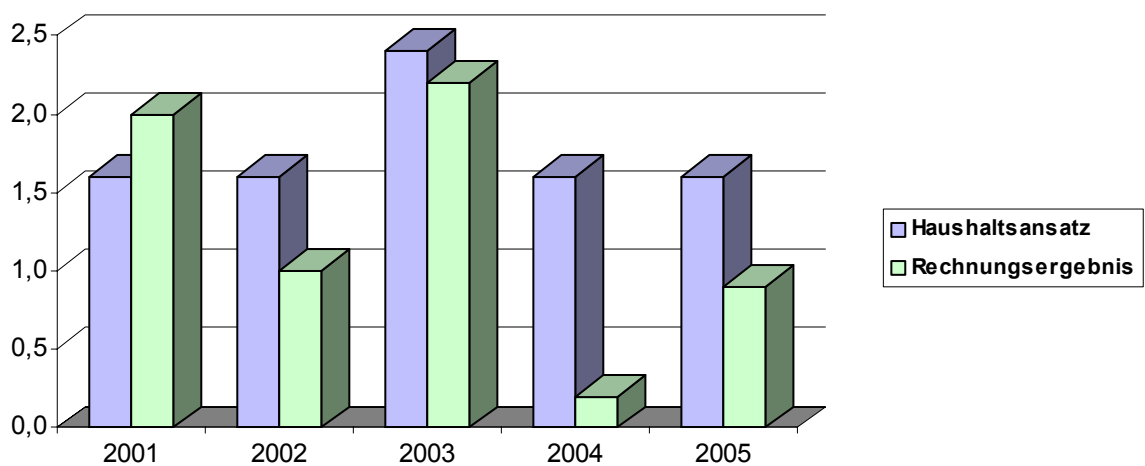
UA 8810 Grundstücksbewirtschaftung (002.200; R 105)

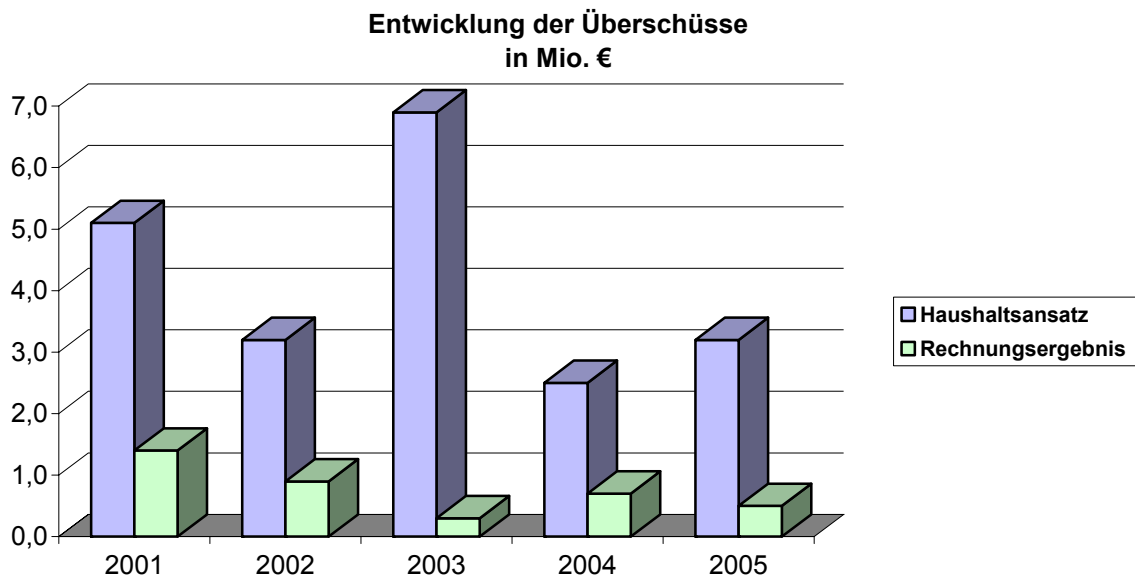
	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004 / RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	4.800.500	1.366.548	-71,5	944.690	44,7
Ausgaben	1.627.250	912.216	-43,9	187.515	386,5
Differenz	3.173.250	454.332		757.175	

Entwicklung der Einnahmen
in Mio. €



Entwicklung der Ausgaben
in Mio. €





Die Erlöse aus Grundstücksveräußerungen haben sich seit einem Jahrzehnt rückläufig entwickelt. Die Haushaltsplanungen trugen diesem Umstand bisher nur bedingt Rechnung. Auch in 2005 blieben die tatsächlichen Einnahmen aus Verkäufen rund 70 % unter dem Haushaltsansatz. Der Ansatz lag mit 4,8 Mio. € in 2005 zwar niedriger als im Doppelhaushalt 2002/2003, jedoch höher als in 2004, was sowohl hinsichtlich der Höhe als auch der zeitlichen Realisierbarkeit der Erträge zu optimistisch geschätzt wurde.

Die negative Abweichung des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Ansatz um ca. 3,5 Mio. € ist wiederum nicht allein auf die schwierige Erlöskalkulation zurückzuführen gewesen. Von entscheidender Bedeutung war auch der Aspekt, dass bereits ein nicht unbeträchtlicher Teil der lukrativen städtischen Flächen verkauft worden ist, so dass der Teil nicht marktgängiger Liegenschaften kontinuierlich steigt.

Ferner konnten Verkäufe im Berichtsjahr nicht im gewünschten Maße aus neuen Erschließungsprojekten getätigt werden, weil die Flächen noch nicht entsprechend aufbereitet waren.

Im Gegensatz dazu zog die allgemeine Nachfrage nach Grundstücken auf dem Wuppertaler Immobilienmarkt gemäß der Übersicht des Gutachterausschusses über den Grundstücksmarkt des Jahres 2005 an. Im Stadtgebiet wurden rund 15 % mehr Kaufvorgänge und fast 50 % mehr Umsatz gegenüber 2004 registriert.

Die Zahl der notariell beurkundeten Grundstücksgeschäfte der Liegenschaftsverwaltung erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 30 % auf 87 Fälle. Die Gesamtfläche der veräußerten Grundstücke erhöhte sich im Berichtsjahr um 75 % von 23.821 qm auf 41.498 qm, was in erster Linie auf den Verkauf von Wald- bzw. Grünflächen zurückzuführen war. Es handelte sich dabei nicht um den Verkauf hochwertiger Flächen, was sich auch in einer nur moderaten Steigerung des Rechnungsergebnisses niederschlägt.

16 % der Gesamtfläche wurde für Wohnbauzwecke, 17 % wurde für Gewerbezwecke, 10 % der Fläche für Arrondierungen und 57 % als Wald- bzw. Grünfläche und für landwirtschaftliche Zwecke verkauft.

Der durchschnittliche Verkaufserlös betrug für:

- Wohnungsbau: 206 €/ qm
- Gewerbe: 60 €/ qm
- Arrondierung: 45 €/ qm
- Sonstige Verkäufe: 4 €/ qm

Der für eine gewerbliche Flächennutzung erzielte Durchschnittspreis / qm repräsentiert den untersten Wert der vom Gutachterausschuss vorgestellten Preisspanne für Gewerbeflächen aus dem aktuellen Grundstücksmarktbericht. Die Erlöse für die übrigen Bereiche liegen im Durchschnitt der vorgestellten Preisspannen.

Das RPA geht davon aus, dass eine selbständige bauliche Nutzung der verkauften Arrondierungsflächen ausgeschlossen ist.

Die systematische Aufwertung städtischer Flächen zu Vermarktungszwecken erfolgte in Einzelfällen gezielt über das Grundstücksmanagementteam.

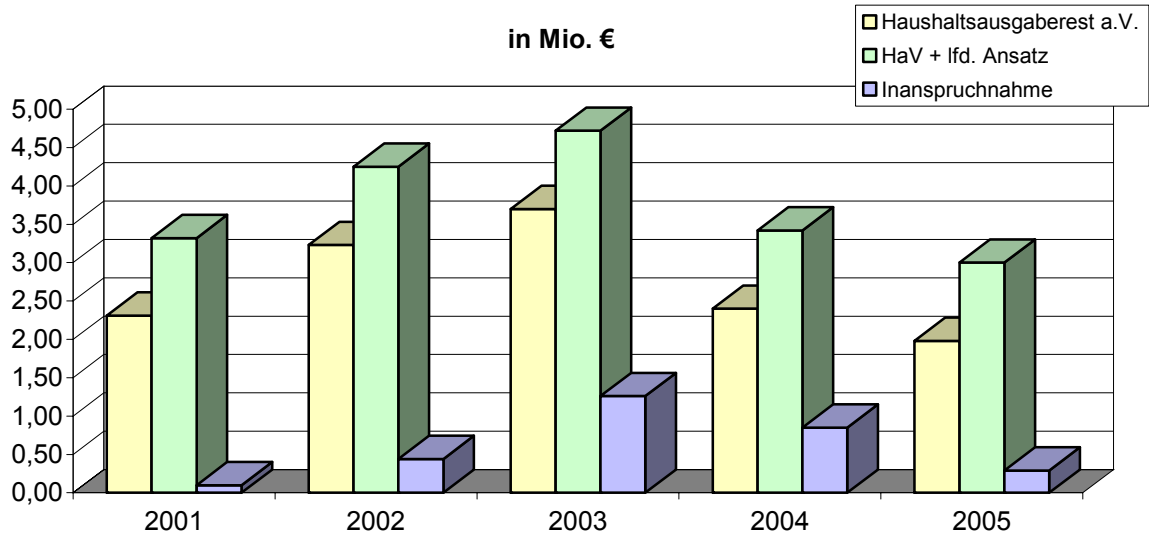
Die 87 beurkundeten An- und Verkaufsfälle im Berichtsjahr waren aufgrund ihrer Werthöhe als Geschäft der laufenden Verwaltung zu behandeln. Sie wurden deshalb nicht dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing zur Beschlussfassung vorgelegt.

	2003		2004		2005	
	Anzahl	€	Anzahl	€	Anzahl	€
Ausschuss						
Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Ankäufe	0	0	1	1.580.000	0	0
Verwaltung						
Verkäufe	45	2.428.658	40	1.878.038	59	2.052.782
Ankäufe	19	773.988	26	880.973	28	681.390
Verkäufe	45	2.428.658	40	1.878.038	59	2.052.782
Ankäufe	19	773.988	27	2.460.973	28	681.390

Bei den Ausgaben konnte der vom Rechnungsprüfungsamt seit einem Jahrzehnt in den Berichten über die Prüfung der Jahresrechnung geforderten Änderung der Veranschlagungspraxis wieder nicht entsprochen werden. Die Jahresrechnung wies nur eine geringe Inanspruchnahme des Haushaltsrestes aus. Die für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung gestellten Mittel wurden überhaupt nicht benötigt.

Die alten Haushaltsreste mussten für Ankäufe im Bereich des Güterbahnhofes Vohwinkel und für das Gewerbegebiet Bahnstraße auch in das neue Haushaltsjahr übertragen werden, weil die Flächenentwicklung durch die Immobilientöchter der Deutschen Bahn AG noch nicht so weit fortgeschritten war, dass eine Zahlung des vollen Kaufpreises durch die Stadt im Berichtsjahr gerechtfertigt gewesen wäre.

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die Diskrepanz zwischen Haushaltsresten, laufenden Haushaltsmitteln und der tatsächlichen finanziellen Inanspruchnahme für Grundstücksankäufe aus den letzten 5 Jahren.

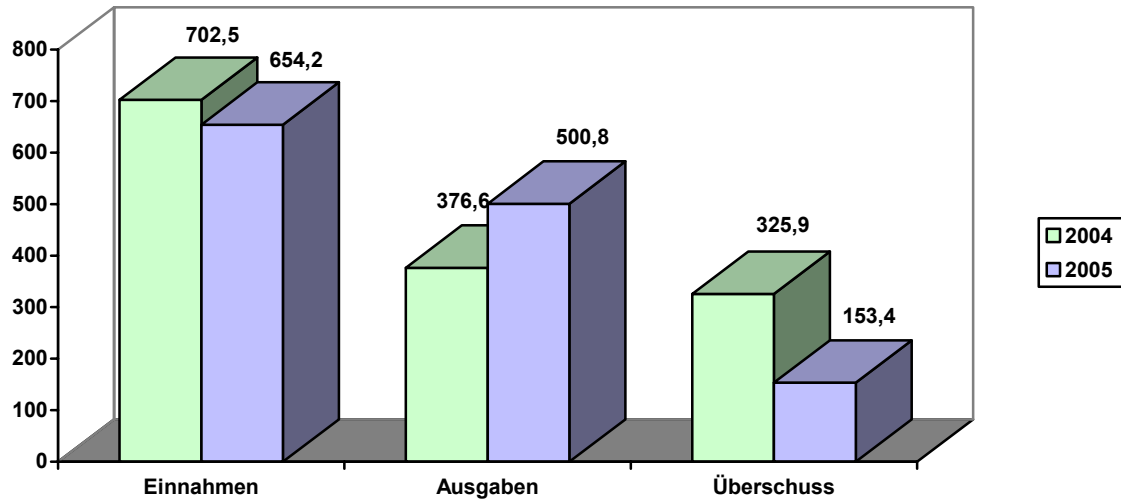


In nachschauender Betrachtung ist zu erkennen, dass die Haushaltsreste in der übertragenen Höhe in keinem Jahr erforderlich waren.

5.9 Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft

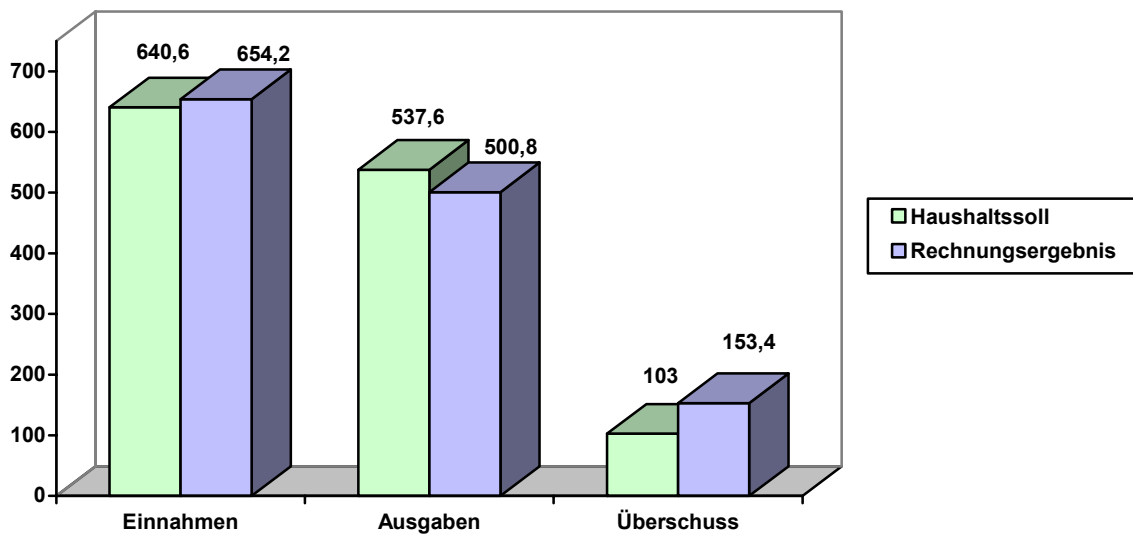
5.9.1 Verwaltungshaushalt (002.104; R 403)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Der Überschuss beim EP 9 hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 172,5 Mio. € vermindert.

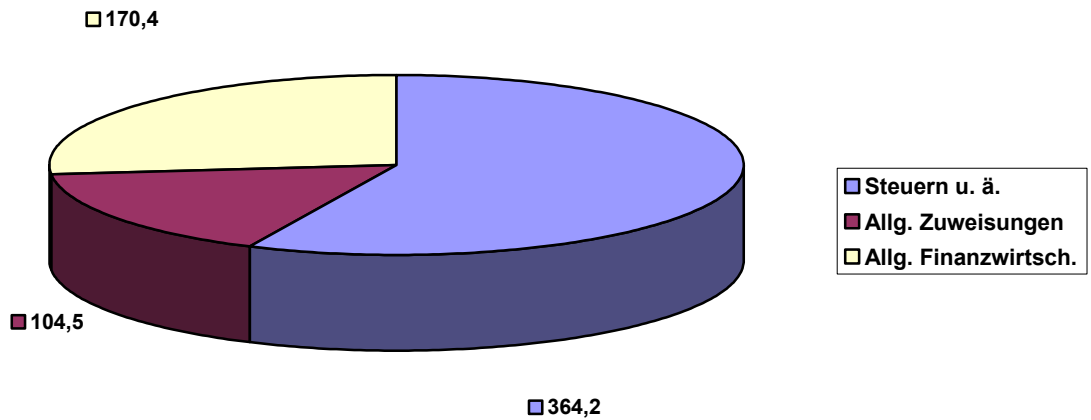
Vergleich des Haushaltssolls 2005 mit dem Rechnungsergebnis 2005 (in Mio. €)



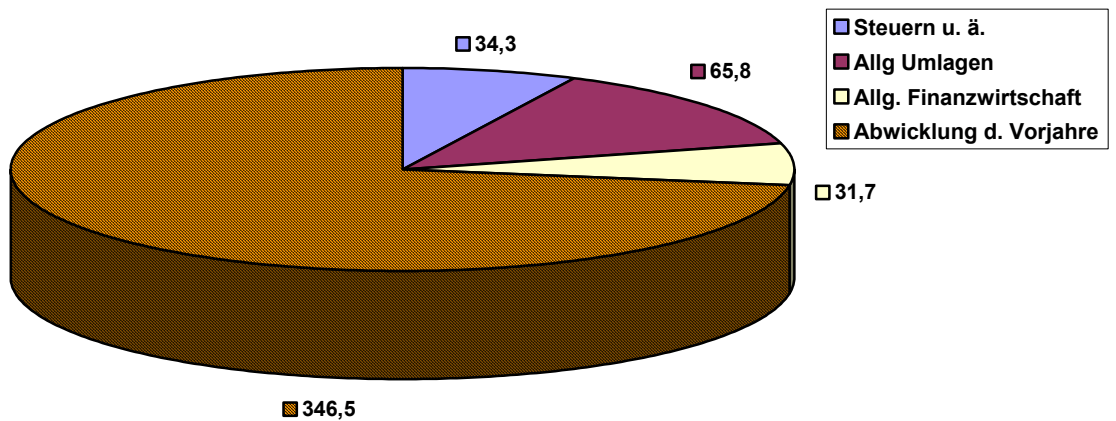
Gegenüber dem Haushaltssoll ist eine Verbesserung von rund 50,4 Mio. € eingetreten.

Die wichtigsten Einnahme- und Ausgabeblöcke des EP 9 zeigen folgende Grafiken:

**EP 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Einnahmen 2005 -
- Mio. € -**



**EP 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Ausgaben 2005 -
- Mio. € -**



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 9000 Steuern, Steueranteile und steuerähnliche Einnahmen (002.104; R 403)

	Ansatz 2005 €	RE 2005 €	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005 %	RE 2004 €	Differenz RE 2005/ RE 2004 %
Einnahmen	323.314.000	364.208.379	+12,6	355.637.324	+2,4
Ausgaben	34.469.296	34.349.467	-0,3	34.158.023	+/-0
Differenz	288.844.704	329.858.912		321.287.857	

Die **Haupteinnahmequellen** des UA 9000 entfallen auf die Gewerbesteuer, den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich eines Umsatzsteueranteils und die Grundsteuer B.

Einzelaspekte:

9000-001.0000 Grundsteuer B (002.104; R 403)

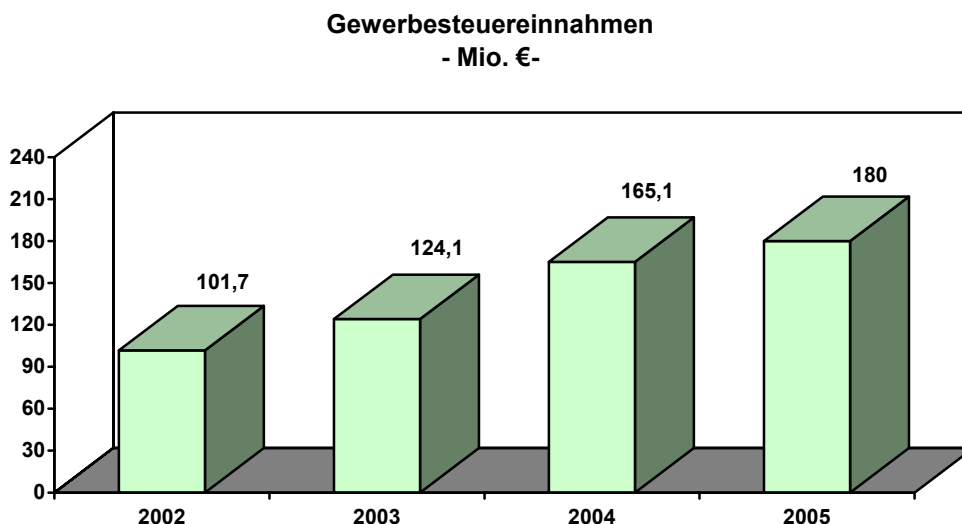
Das Aufkommen betrug im Berichtsjahr rd. 56 Mio. € und lag damit annähernd beim Vorjahresergebnis.

Mit dem Ergebnis konnten die Erwartungen gemäß Haushaltsplan nicht ganz erfüllt werden.

9000-003.0000 Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (002.104; R 403)

Nachdem in 2004 die geplanten 124 Mio. € deutlich erreicht wurden, ist die erhöhte Erwartung von 128 Mio. € für das Jahr 2005 um 51,9 Mio. € überschritten worden.

Über die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen gibt die folgende Grafik Aufschluss:



**9000-010.0000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (002.104;
R 403)**

Der auf die Gemeinden des Landes NRW entfallende Gemeindeanteil wird nach einem vom Land festgesetzten Schlüssel aufgeteilt. Diese Schlüsselzahlen, die jeweils für drei Jahre gelten, sind für Wuppertal geringer als in den Jahren zuvor ausgefallen.

Das Rechnungsergebnis 2005 liegt mit 104,4 Mio. € unter dem Rechnungsergebnis des Vorjahres (106,2 Mio. €) und auch mit 10,5 Mio. € unter dem Haushaltssoll (114,9 Mio. €).

9000-012.0000 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (002.104; R 403)

Durch den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sollen die Verluste durch den ab 1998 wirksamen Wegfall der Gewerbesteuer ausgeglichen werden. Das Haushaltssoll von 17,4 Mio. € wurde nur knapp unterschritten. Der zugunsten der Stadt Wuppertal errechnete Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer für 2005 betrug rd. 17,0 Mio. €.

Sonstige Steuer-Einnahmen des UA 9000:

Steuerart	RE 2005 €	Ansatz 2005 €	RE 2004 €
Grundsteuer A	99.075	101.000	98.099
Lohnsummensteuer	0	0	50
Vergnügungssteuer für Vorführung von Bildstreifen	117.702	105.000	114.798
Sonstige Vergnügungssteuer	1.997.289	2.284.000	2.167.209
Hundesteuer	1.780.232	1.711.000	1.418.106
Jagdsteuer	13.786	14.000	13.786

Erläuterungen:

Der Hebesatz der **Grundsteuer A** wurde im Berichtsjahr nicht angehoben. Bei den anderen Steuereinnahmen ergaben sich nur geringfügige Abweichungen.

**9000-265.0000 Verzinsung von Steuernachforderungen (002.104;
R 403)**

Nach den Bestimmungen der Abgabenordnung sind Steuernachforderungen (im kommunalen Bereich bei der Gewerbesteuer) unter bestimmten Voraussetzungen zu verzinsen. Diese Regelung gilt im übrigen auch für Steuererstattungen.

Bei den Nachforderungszinsen wurden Einnahmen von rd. 2,9 Mio. € erzielt.

Ausgaben:**9000-810.0000 Gewerbesteuerumlage (002.104; R 403)**

Die Gemeinden haben gemäß dem Gemeindefinanzreformgesetz eine Gewerbesteuerumlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens zu entrichten. Die Ausgaben für 2005 betragen rd. 17,8 Mio. € und sind deckungsgleich mit dem Ansatz 2005.

9000-811.0000 Fonds Deutsche Einheit (Anteil Gewerbesteuerumlage) (002.104; R 403)

Neben der Gewerbesteuerumlage müssen die Gemeinden einen Teil der Gewerbesteuereinnahmen an den Fonds Deutsche Einheit abführen. Gleichzeitig haben sich die Gemeinden ab 1995 an den Kosten aus der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu beteiligen. Das RE 2005 liegt bei rd. 15,0 Mio. €.

9000-845.0000 Verzinsung von Steuererstattungen (002.104; R 403)

Für die Verzinsung von Steuererstattungen (Bereich Gewerbesteuer) gemäß der Abgabenordnung mussten im Berichtsjahr rd. 1,6 Mio. € verausgabt werden. Damit liegt das RE 2005 rd. 120.000 € unter dem Ansatz.

UA 9010 Allgemeine Zuweisungen (002.104; R 403)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005 %	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004 %
	€	€		€	
Einnahmen	126.254.000	104.517.683	-17,2	132.801.867	-21,3
Ausgaben	2.000.000	0	-100	554.218	-100
Differenz	124.254.000	104.517.683		132.247.649	

Einzelaspekte:**9010-041.0000 Schlüsselzuweisungen (002.104; R 403)**

2004 erhielt die Stadt Wuppertal gemäß Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) rd. 122,9 Mio. € an Schlüsselzuweisungen. Für 2005 wurden 116,0 Mio. € veranschlagt und 93,5 Mio. € ausgezahlt.

Nach den Regelungen des GFG erhielten die Gemeinden 2005 wie bereits im Vorjahr 90 % des Unterschiedsbetrages zwischen der „Ausgangsmesszahl“ („Grundbetrag“ vervielfältigt mit dem „Gesamtansatz“, der sich wiederum aus Einwohnerzahl, Schülerzahl etc. errechnet) und der „Steuerkraftmesszahl“.

Der Ausgleichsbetrag nach dem Solidarbeitragsgesetz beträgt für 2005 rd. 0,5 Mio. €.

**9010-091.0000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich
(002.104; R 403)**

Den Gemeinden wird ab 1996 zum Ausgleich ihrer Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ein Umsatzsteueranteil gezahlt (Kompensationsleistung).

2005 belief sich dieser Betrag für Wuppertal, geringfügig höher als im Vorjahr, auf rd. 10,3 Mio. €.

UA 9020 Allgemeine Umlagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004
	€	€	%	€	%
Ausgaben	67.063.000	65.857.471	-1,8	67.927.229	-3,0

9020-832.0000 Landschaftsumlage (002.104; R 403)

Die einzige Haushaltsposition im UA 9020 ist die Landschaftsumlage. Der Haushaltsansatz 2005 betrug 67,1 Mio. €.

Die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland ist gemäß den Bestimmungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes und der Landschaftsverbandsordnung zu zahlen.

UA 9100 Schuldendienst (002.104; R 403)

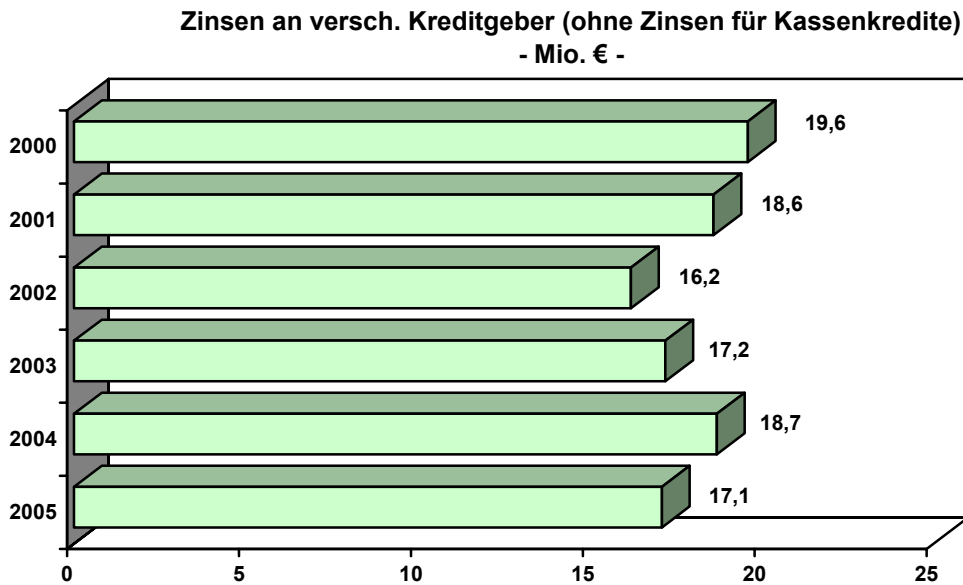
In diesem UA werden nur die den Schuldendienst tangierenden Einnahmen und Ausgaben dargestellt

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004
	€	€	%	€	%
Einnahmen	19.012.000	14.864.367	-21,8	15.441.027	-3,7
Ausgaben	27.813.200	22.212.567	-20,1	25.050.084	-11,3
Differenz	-8.801.200	-7.348.200		-9.609.057	

Einzelaspekte:**9100-xxx.xxxx****Zinsen an verschiedene Kreditgeber (ohne Zinsen für Kassenkredite) (002.104; R 403)**

Im UA 9100 werden die Zinsausgaben für die einzelnen Eigenbetriebe durch entsprechende Erstattungen auf der Einnahmeseite gedeckt.

Die Entwicklung der gesamten Zinsausgaben macht die nachfolgende Grafik deutlich:



Die Zinsausgaben sind gegenüber dem Vorjahr gesunken und auf dem Niveau des Jahres 2003. Mit rd. 17,1 Mio. € bleibt das Ergebnis 5,1 Mio. unter den Erwartungen gemäß dem Haushaltsplan 2005 (rd. 22 Mio. €).

Allein 10,7 Mio. € entfallen hiervon auf das GMW. Der städt. Anteil betrug 3,2 Mio. €, der Anteil des APH belief sich auf 237 T-Euro. Auf die ESW entfiel ein Anteil von 131 T-Euro. Weitere 1,5 Mio. € Zinsbelastung sind im Zusammenhang mit der Entschuldung der Klinikum Wuppertal GmbH angefallen.

9100-860.0000**Mindestzuführung an den Vermögenshaushalt (002.104; R 403)**

Im UA 9100 weist die Haushaltsrechnung für 2005 einen Betrag von rd. 5,1 Mio. € aus. Hierbei handelt es sich um die nach § 22 GemHVO erforderliche Mindestzuführung.

UA 9101 Allgemeine Finanzwirtschaft (002.104; R 403)

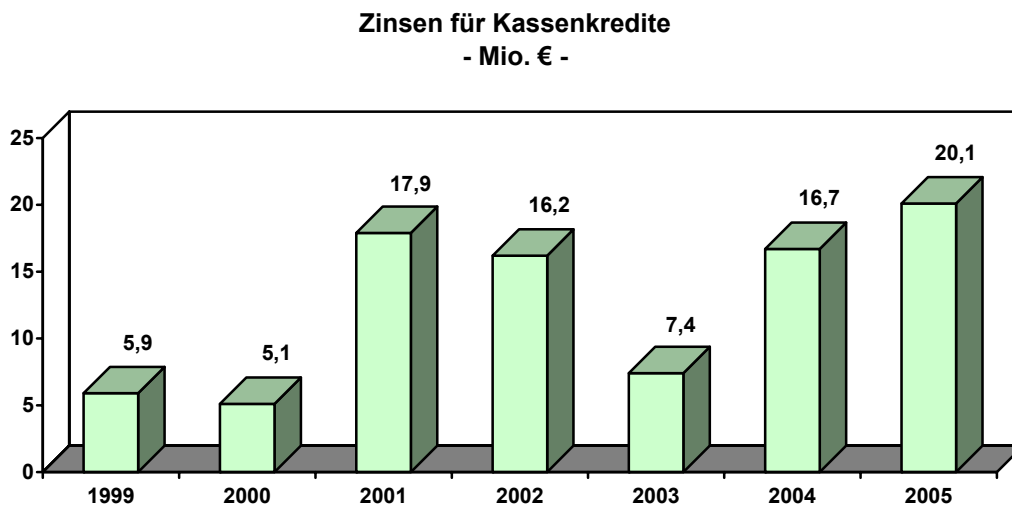
	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005 %	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004 %
	€	€		€	
Einnahmen	171.890.020	170.423.597	-0,9	198.438.824	-14,1
Ausgaben	59.752.633	31.721.775	-46,9	28.248.967	+12,3
Differenz	112.137.387	138.701.822		170.189.857	

Einnahmen:

Die Höhe der Einnahmen resultiert im Wesentlichen aus den **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen in Höhe von rd. 101 Mio. € und durch die **Verzinsung** des Anlagekapitals in Höhe von 57 Mio. €.

Ausgaben:
9101-807.0100 Zinsen für Kassenkredite (002.104; R 403)

Die Zinsausgaben für Kassenkredite der letzten Jahre stellen sich grafisch wie folgt dar:



Nachdem die Zinsausgaben im Jahr 2003 ihren tiefsten Stand seit dem Jahr 2000 erreichten, setzt sich die Tendenz zu höheren Zinsbelastungen weiter fort. Zwar blieb das RE 2005 um rd. 27,3 Mio. € unter dem geplanten Ansatz. Dennoch hat sich das RE gegenüber dem RE 2004 weiter erhöht.

UA 9110 Rücklagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004
	€	€	%	€	%
Einnahmen	136.100	194.686	+43,0	196.852	-1,1

Bei diesem UA werden gemäß Haushaltssystematik die Zinsen aus der allgemeinen Rücklage und den Sonderrücklagen verbucht.

An Zinsen aus der allgemeinen Rücklage wurden im Berichtsjahr rd. 14.156 € erzielt (Vorjahr: rd. 8.734 €).

Die Zinseinnahmen bei den Sonderrücklagen betragen in 2005 insgesamt rund 153.647 € (Vorjahr: rd. 188.115 €).

UA 9200 Abwicklung der Vorjahre (002.104; R 403)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004
	€	€	%	€	%
Ausgaben	346.560.163	346.560.163	0	220.719.200	+57,0

9200-892.0004 Abwicklung von Soll-Fehlbeträgen aus Vorjahren (002.104; R 403)

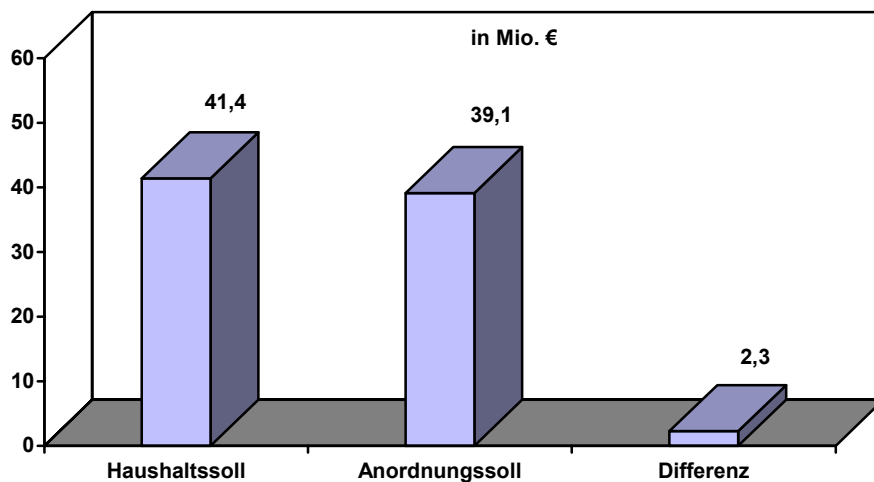
Der UA weist für das Berichtsjahr Ausgaben in Höhe von rd. 346,6 Mio. € aus, die auch im Haushaltsplan 2005 veranschlagt waren.

Dabei handelt es sich um den Fehlbetrag des Jahres 2003, der 2005 abgedeckt wurde.

5.9.2 Vermögenshaushalt (002.104; R 403)

Grafik zur Tabelle 1:

Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. und apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 94,2 % (2004 = 97,6 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
9100 Schuldendienst	24.170.400	22.582.807	-1.587.593	93,0
9101 Allg. Finanzwirtschaft	4.497.982	4.497.982	0	100
9110 Rücklagen	12.737.296	12.079.673	-657.623	94,6
Summe EP 9	41.405.678	39.160.462	-2.245.216	94,2

Der Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr) ist identisch mit dem in vorhergehender Tabelle dargestellten Ergebnis.

Unterabschnitte des Vermögenshaushaltes

UA 9010 Allgemeine Zuweisungen (002.104; R 403)

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
9010 Allgemeine Zuweisungen	5.566.000	14.861.148	9.295.148	167

Einzelaspekte:

9010-361.0331 Investitionszuschuss gem. Gemeindefinanzierungs- gesetz (002.104; R 403)

Die Zuweisung betrug im Berichtsjahr rd. 6,0 Mio. €. 2004 belief sich diese noch auf 6,6 Mio. €.

Die Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahr sind auf die Festlegung der Investitionspauschale gemäß § 17 Abs. 2 GFG 2004/2005 zurückzuführen.

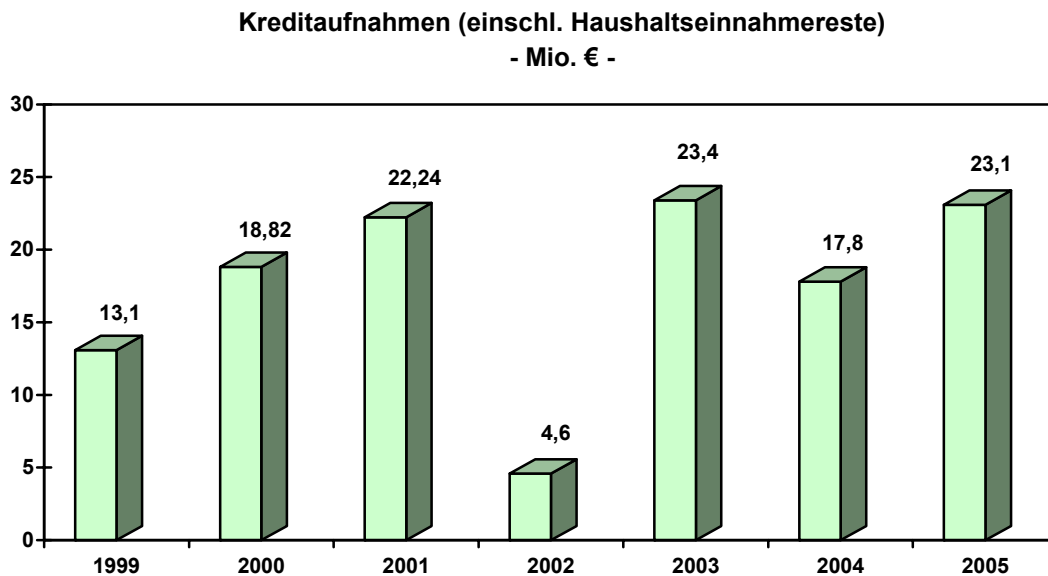
UA 9100 Schuldendienst (002.104; R 403)

	Ansatz 2005 €	RE 2005 €	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005 %	RE 2004 €	Differenz RE 2005/ RE 2004 %
Einnahmen	51.635.990	45.692.436	-11,5	39.909.273	+14,5
Ausgaben	24.170.400	22.582.807	-6,6	22.154.557	+1,9
Differenz	27.465.590	23.109.629		17.754.716	

Ausschlaggebend für das Ergebnis auf der Einnahmenseite ist die Position Kreditaufnahmen.

Das Rechnungsergebnis der Zuführung vom Verwaltungshaushalt beträgt rd. 5,1 Mio. € und entspricht der Mindestzuführung gemäß § 22 GemHVO.

Die Entwicklung der Kreditaufnahmen der letzten Jahre macht folgende Grafik deutlich:



Nach dem Haushaltsplan waren für 2005 Kreditaufnahmen in Höhe von rd. 27,5 Mio. € vorgesehen.

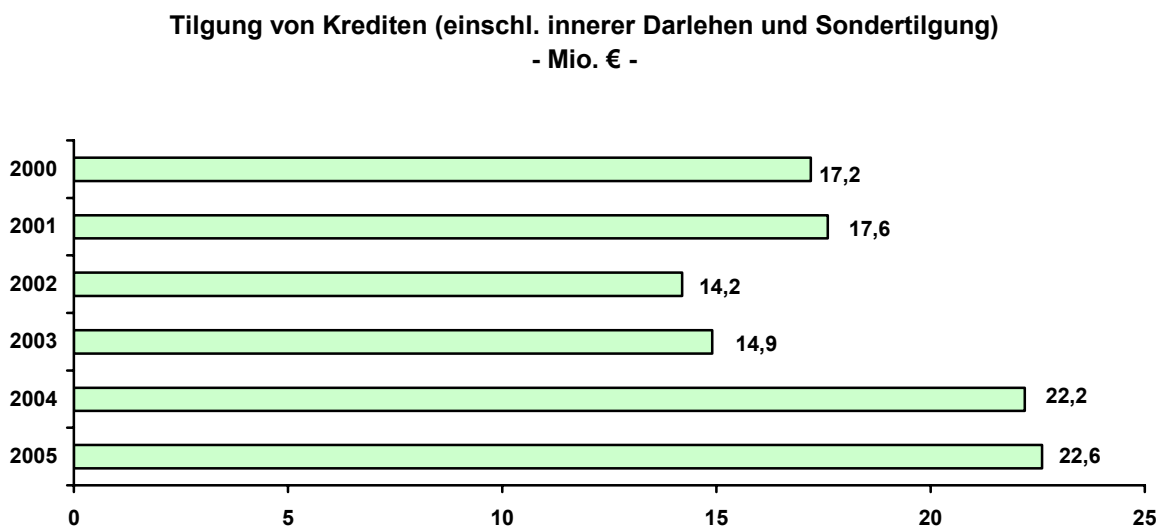
Die Rechnungslegung weist ein Ergebnis von rd. 23,1 Mio. € aus.

Erläuterungen zu Abweichungen auf der Ausgabenseite:

9100-97x.xxxx

Tilgung von Krediten am Kreditmarkt (002.104; R 403)

Über die Entwicklung der Kredittilgungen in den letzten Jahren gibt die folgende Grafik Aufschluss:



Nach der Haushaltsplanung für 2005 sollte für die Tilgung von Krediten ein Betrag in Höhe von rd. 24,2 Mio. € ausgegeben werden. Tatsächlich wurden nur rd. 22,6 Mio. € benötigt. Dies führt zu Minderausgaben von rd. 1,6 Mio. €.

UA 9110 Rücklagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2005/ RE 2004
	€	€	%	€	%
Einnahmen	8.747.000	34.450.451	+294	34.011.486	+1,3
Ausgaben	12.737.296	12.079.673	-5,2	11.111.442	+8,7
Differenz	-3.990.296	22.370.778		22.900.044	

Im UA 9110 werden auf der Einnahmenseite gemäß Haushaltssystematik Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage und den verschiedenen Sonderrücklagen verbucht.

Auf der Ausgabenseite dieses UA werden die entsprechenden Zuführungen nachgewiesen.

Einnahmen:

Das RE 2005 in Höhe von insgesamt rd. 34,4 Mio. € resultiert insbesondere aus Entnahmen bei der Rücklage zur Finanzierung der Regionale 2006 in Höhe von 29,6 Mio. €, der allgemeinen Rücklage mit 2,5 Mio. € sowie der Sonderrücklage „Stadtentwässerung“ mit 1,9 Mio. €

Allgemeine Rücklage:

Die **allgemeine Rücklage** soll nach § 20 Abs. 2 GemHVO die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck wird für den Regelfall ein Sockelbetrag in Höhe von „... mindestens 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre...“ vorgeschrieben.

Im Gegensatz zum Vorjahr konnte der allgemeinen Rücklage kein Betrag zugeführt werden.

Ausgaben:

Die Ausgaben von rd. 12 Mio. € sind nahezu deckungsgleich mit dem Haushaltsansatz.

5.10 Sonderhaushalt

UA 9410 Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (002.100)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	14.926	/	24.446	-38,9
Ausgaben	0	15.076	/	9.371	60,9
Differenz	0	-150		15.076	

Die Geschäftsführung für die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch-Land (KAG) ist mit Beginn des Jahres 2005 zur Stadt Solingen übergegangen. Der „Kassenbestand“ der KAG wurde im Februar 2005 an die Stadt Solingen überwiesen.

UA 9420 Bergisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung e.V. (002.100)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005/ Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	753.890	/	685.350	10,0
Ausgaben	0	661.585	/	646.334	2,4
Differenz	0	92.305		39.016	

In den Einnahmen ist ein Ist-Überschuss aus Vorjahren in Höhe von rund 63 T-Euro enthalten. Am Ende des Rechnungsjahres 2005 betrug die Höhe des nach 2006 zu übertragenden Überschusses ca. 92 T-Euro. Das bereinigte AO-Soll bei den Instituteinnahmen belief sich im Jahr 2005 auf ca. 691 T-Euro. Im Vorjahresvergleich wurden (bereinigt) 85 T-Euro mehr vereinnahmt. Für diese Verbesserung war in erster Linie ein größeres Volumen bei den wahrgenommenen Fortbildungsmaßnahmen ausschlaggebend.

Den höheren Einnahmen standen gestiegene Ausgaben gegenüber, z.B. für Dozenten honorare. Gegenüber dem Vorjahr wurden rd. 15 T-Euro mehr verausgabt.

UA 9470 Gebäudemanagement (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2005	RE 2005	Differenz RE 2005 / Ansatz 2005	RE 2004	Differenz RE 2004/ RE 2005
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	140.671.895	/	137.037.161	2,7
Ausgaben	0	109.971.207	/	108.373.983	1,5
Differenz	0	30.700.688		28.663.178	

Die Leistungsverrechnungen zwischen dem Betrieb und der Stadt und die Sicherstellung der Liquidität erfolgen gesetzlich über den Sonderhaushalt Gebäudemanagement.

Ungefähr 96 % des Finanzbedarfs des GMW ist bei einem Rechnungsergebnis von rund 110 Mio. € (Vorjahr: 108 Mio. €) im Jahr 2005 über den Sonderhaushalt gedeckt und abgewickelt worden.

Auf der Einnahmenseite erfolgt die Verbuchung der an das GMW zu entrichtenden Mieten und Betriebskosten sowie der von der Stadt weitergeleiteten Kredite und Zuschüsse. Auf der Ausgabenseite erscheinen Tilgungs- und Zinsleistungen sowie Erstattungen des GMW an die Stadt für z.B. von dort vorgeleistete Löhne und Gehälter. Darüber hinaus werden Entnahmen des GMW zur Sicherstellung seiner Betriebsliquidität auf der Ausgabenseite verbucht.

Für die nach dem Eigenbetriebsrecht vorgesehene Verzinsung der im Sonderhaushalt enthaltenen Bestände und Fehlbeträge wurde im ersten Halbjahr des Berichtsjahres der Zinssatz, den Banken innerhalb Europas beim Handel mit Einlagen von sich gegenseitig verlangen (EURIBOR), zugrunde gelegt. Die Durchschnittsverzinsung betrug 2,132 %.

Im zweiten Halbjahr erfolgte die vorgesehene Verzinsung nach dem von der Europäischen Zentralbank festgelegten und variierenden Tageszinssatz EONIA. Die Durchschnittsverzinsung betrug 2,12 %.

5.11 Betätigungsprüfung

Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafter, Aktionär oder Mitglied in Gesellschaften und anderen Vereinigungen des privaten Rechts

Das Beteiligungsmanagement bereitet die Beschlüsse des „Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung“ regelmäßig vor.

So wird u. a. in Form von Quartalsberichten über die wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Beteiligungen berichtet.

Das Beteiligungsmanagement fertigt Stellungnahmen, die den Vorlagen zur erforderlichen Beschlussfassung in den zuständigen Gremien beigelegt werden und der Vorbereitung der Beschlüsse dienen.

Zu den Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2005 der folgenden Gesellschaften wurden vom Beteiligungsmanagement Beschlüsse herbeigeführt:

- Wuppertaler Bühnen GmbH
- Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH
- APH Service GmbH
- Wuppertal Marketing GmbH
- Hotel AG
- AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal
- WVV Wertstoffverwertung
- Helios Klinikum Wuppertal GmbH

Die Wuppertaler Bühnen GmbH und die Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH haben ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr; dies reicht jeweils vom 01.08. eines Jahres bis zum 31.07. des Folgejahres. Insoweit betreffen die Beschlüsse zum Jahresabschluss beider Gesellschaften jeweils das Geschäftsjahr 2004/2005.

Die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit der Prüfung der Jahresabschlüsse beauftragten Wirtschaftsprüfer bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben den im Berichtsjahr vorgelegten Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2005 bzw. 2004/2005 der genannten Gesellschaften den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB erteilt.

Den Mitgliedern der geschäftsführenden Organe (Vorstände bzw. Geschäftsführer) und der Aufsichtsräte wurde durch die jeweilige Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung regelmäßig Entlastung erteilt.

Bis zur Erstellung dieses Berichtes lagen für das Geschäftsjahr 2005 Jahresabschlüsse für

- Wuppertaler Stadtwerke AG (WSW)
- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH
- Regionale 2006 Agentur GmbH
- Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Wuppertal (GWG)

vor.

Zusätzlich wurden die Wirtschaftspläne der folgenden Gesellschaften vom Ausschuss Finanzen und Beteiligungssteuerung genehmigt:

- Wirtschaftsplan 2006 der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH
- Wirtschaftsplan 2006 APH
- Wirtschaftsplan 2006 der Regionale 2006 Agentur GmbH
- Wirtschaftsplan 2005/2006 der Wuppertaler Bühnen GmbH
- Wirtschaftsplan 2005/2006 der Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH
- Wirtschaftsplan 2006 der Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Wuppertal (GWG)
- Wirtschaftsplan 2006 der Delphin Vermögensverwaltung GmbH & Co KG
- Wirtschaftsplan der Helios Klinikum Wuppertal GmbH

Das RPA nimmt an allen Sitzungen des „Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung“ teil und bezieht – soweit erforderlich – zu einzelnen Vorlagen Stellung.

In Ausnahmefällen wird auch an Aufsichtsratsitzungen teilgenommen.

Bei der eigenen Prüftätigkeit werden u.a. die Einladungen, Drucksachen und Protokolle der Aufsichtsratsitzungen, die Abschlussunterlagen der Gesellschaften, die Prüfberichte der Abschlussprüfer sowie die Vorlagen des Beteiligungsmanagements gewertet.

Der Beteiligungsbericht, der gem. § 112 GO NRW jährlich fortzuschreiben ist, wurde letztmalig für das Jahr 2002 am 19.07.2004 vom Rat der Stadt zur Kenntnis genommen. Weitere Beteiligungsberichte liegen bisher nicht vor.

6. Mitarbeit in Projekten

Die Mitarbeit in Projekten durch die begleitende Prüfung / Beratung des RPA ist auch im Rahmen von Prävention ein nicht zu unterschätzender Faktor. Anstatt der traditionellen Schwerpunktprüfung zur Schlussrechnung wird es durch die begleitende, aktuelle Prüfung / Beratung möglich, im nachhinein nur selten rekonstruierbare Zusammenhänge im Bedarfsfall sofort offen zu legen und zu bearbeiten. So kann mit gezielter Hilfe die Abwicklung von z.B. Bau- und Investitionsmaßnahmen verbessert werden. Der Aufwand für eine Präsenz „vor Ort“, für Informationsaufbereitung, Dokumentation und daraus resultierende Veranlassungen zur Umsetzung dieser Feststellungen an die betroffenen Dienststellen bindet erhebliche, jedoch sinnvoll genutzte Kapazität im RPA.

Dabei wird stets darauf geachtet, dass der Prüfer nicht als „Mitarbeiter“ von den Geprüften „vereinnahmt“ wird. Eine solche Verlagerung von Verantwortung der eigentlichen Sachbearbeitung auf die Prüfungsseite stände der Prüfungsaufgabe eindeutig entgegen.

Die Mitwirkung des RPA versteht sich daher auch als Beratung zu aktuellen Problemlösungen.

6.1 Neues Kommunales Finanzmanagement (002.105)

Ausgangslage

Am 01.01.2005 ist das Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW – NKFG NRW) in Kraft getreten.

Danach haben die Gemeinden und Gemeindeverbände spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung in ihrer Finanzbuchhaltung zu erfassen und zum Stichtag 1. Januar 2009 eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Vorbereitende Maßnahmen zur Einführung des NKF

In Wuppertal soll das NKF zum 01.01.2007 in 6 Pilotbereichen und zum 01.01.2008 verwaltungsweit eingeführt werden.

Bereits im Jahre 2003 ist mit vorbereitenden Maßnahmen zur Einführung des NKF begonnen worden, an denen das RPA seitdem regelmäßig begleitend beratend mitwirkt.

Hierzu zählen die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in Pilotbereichen, die Einrichtung einer zentralen Anlagebuchhaltung und die Erarbeitung einer generellen Einführungsstrategie.

Mit externer Unterstützung wurde ein verfeinertes Organisations- und Finanzierungskonzept zur Einführung des NKF erarbeitet, dessen Umsetzung der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 28.02.2005 (Drucks.-Nr. VO/0135/05) beschloss.

Danach soll u. a. aufgrund der vielschichtigen neuen Aufgabenstellungen der Einführungsprozess NKF und die Einführung der SAP-Komponente PSCD mit externer Beratung erfolgen; dies ist seit dem 01.09.2005 der Fall.

Das RPA ist sowohl im Projektintegrationsteam als auch in allen vier Teilprojekten (Planung und Steuerung, Kasse, Basis und Qualifizierung) vertreten und berät in verschiedenen Arbeitsgruppen.

Da das NKF in erheblichem Umfang neue Anforderungen an die Beschäftigten der Stadtverwaltung stellen wird, ist bereits im März 2004 ein Teilprojektteam „Qualifizierung“ gegründet worden, um die erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen zeitlich und personell abgestimmt durchzuführen.

Die ersten Schulungsmaßnahmen wurden bereits abgeschlossen.

Die zukünftige Rolle der Rechnungsprüfung

Neben der Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns sieht die neue Gemeindeordnung vor, dass die Eröffnungsbilanz und der NKF-Jahresabschluss durch die örtliche Rechnungsprüfung geprüft werden. Diese kann sich mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses Dritter als Prüfer bedienen.

Seit Mai 2005 werden am Bergischen Studieninstitut für Kommunale Verwaltung drei Prüfer/innen im Hinblick auf die Prüfung der Eröffnungsbilanz und der Jahresabschlüsse geschult. Die Schulung wird Ende 2006 abgeschlossen sein. Von der Option, sich durch eine Abschlussprüfung zertifizieren zu lassen, werden die drei Prüfer/-innen Gebrauch machen.

Aufgrund der Größenordnung, der Komplexität und der besonders in der Anfangsphase bestehenden Probleme im Zusammenhang mit dem Umstieg auf die Doppik ist das Rechnungsprüfungsamt, analog zu der externen Beratung des städtischen Projekts zur Einführung des neuen Rechnungswesens, in der ersten Zeit der Prüfung der Doppik auf externe Unterstützung angewiesen.

Es ist deshalb beabsichtigt, sowohl die Eröffnungsbilanz als auch den ersten Jahresabschluss mit externer Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen.

In Vorbereitung auf die förmliche Prüfung der Jahresabschlüsse werden alle Prüfer/-innen gezielt geschult; die Prüfer/-innen der Pilotbereiche werden z. Zt. in der Maßnahme „Kommunale Bilanzbuchhaltung“ qualifiziert, damit sie auch nach Einführung des NKF ihre Prüftätigkeiten kompetent wahrnehmen können.

Die Prüfer/-innen der restlichen Leistungseinheiten der Verwaltung werden im Laufe des kommenden Jahres entsprechend qualifiziert.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht abschließend abzusehen, welche organisatorischen Folgen sich für das Rechnungsprüfungsamt durch Einführung des NKF ergeben werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass grundsätzlich nur geringfügige Anpassungen der Prüfständigkeiten vorzunehmen sind. Bezüglich der Prüfungsinhalte zeichnen sich hingegen erhebliche Veränderungen ab.

6.2 Regionale 2006 (002.210)

Die Fortführung der begleitenden Prüfung bezog sich im Berichtsjahr 2005 auf folgende Teilbereiche von Regionaleprojekten:

Neugestaltung Döppersberg

- Mitarbeit Projektteam Döppersberg
- Abrechnungen der Projektsteuerung
- Abrechnungen Verkehrsuntersuchungen
- Beauftragungen zu Planungsleistungen
- Alternatives Finanzierungs- und Umsetzungskonzept
- Markterkundungsverfahren PPP-Modell
- Fördergespräche zu Finanzierungen

Kulturachse Barmen

- Beauftragungen zu Planungsleistungen Bahnhofsumfeld / Bahnhofsvorplatz und Terrassenpark / St. Etienne-Ufer
- Honorarermittlungen
- Abrechnungen

Freiraumprogramm Talachse

- Beauftragungen Hardt / Ein Neuer Garten für die Stadt
- Leitlinie Wupper Gutachterleistungen
- Barmer Anlagen Ergänzungsleistungen

Zoo / Stadion / Sambatrasse

- Beauftragung Planungsleistungen

Mediapark

- Maßnahmen / Investitionen für provisorische Nutzung der Veranstaltungshalle
- Erschließung
- Lärmschutzgutachten
- Abrechnungen

Regionaleagentur

- Vergaberechtliche Beratung Bergische EXPO

Investitionscontrolling

- Ausarbeitungen von Dienstanweisungen

6.3 Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal (002.100 / 002.202)

Im Berichtsjahr fanden Vorarbeiten zum Projekt „Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal“ statt. Im Rahmen der begleitenden Prüfung war das RPA beteiligt.

Mit der Einrichtung eines zentralen Service-Centers sollen u.a. die telefonische Erreichbarkeit der Stadtverwaltung verbessert, der Vollzug standardisierter Verwaltungstätigkeiten optimiert und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Gemäß Projektauftrag zielt dieses Projekt nicht auf eine Optimierung der bestehenden Telefonzentrale. Vielmehr ist an eine quantitativ und qualitativ völlige Umorientierung der Stadtverwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gedacht. Basierend auf einer Frontoffice-/ Backoffice-Struktur soll das Service-Center die Beantwortung von geeigneten Anfragen und Anträgen und deren weitere Bearbeitung aus allen Themenfeldern der Verwaltung (als Frontoffice) möglichst weitgehend selbst übernehmen. Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sollen direkt beim ersten Kontakt erfolgreich erledigt werden. Die Fachverwaltungen werden um die vom Frontoffice erledigten Geschäfte entlastet und können sich (als Backoffice) auf die verbleibende qualifizierte Sachbearbeitung konzentrieren.

7. Schlussbemerkung und Entlastungsvorschlag

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW a. F.* seine ihm gesetzlich übertragene Aufgabe, die Prüfung der Rechnung (§ 101 GO NRW a. F.), mit dem vorliegenden Bericht erfüllt.

Auf die einzelnen Prüfungskriterien des § 101 GO NRW a. F. bezogen ist festzuhalten, dass

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch begründet und belegt sind,
- bei den Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich nach den geltenden Vorschriften verfahren wurde und
- das Vermögen und die Schulden in der vorgeschriebenen Form nachgewiesen wurden.

Die Prüfung der Jahresrechnung hat keine Tatsachen ergeben, die einer Entlastung des Oberbürgermeisters entgegenstehen.

Das Rechnungsprüfungsamt schlägt dem Rechnungsprüfungsausschuss vor,

- den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 als Schlussbericht gemäß § 101 Abs. 3 GO NRW a. F. zu übernehmen,
- dem Rat der Stadt zu empfehlen, die geprüfte Jahresrechnung zu beschließen und dem Oberbürgermeister die Entlastung zu erteilen.

Wuppertal, den 31. Oktober 2006

Peter Kobelt
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

* Gemäß § 9 NKFEFG NRW findet die GO in der bis zum 31.12.2004 gültigen Fassung Anwendung

7. Abkürzungsverzeichnis

A2LL	Arbeitslosengeld 2 - Leistungen zum Lebensunterhalt (Software)
a.F.	alte Fassung
a.V.	aus Vorjahren
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme(n)
Abs.	Absatz
ADV	Automatisierte Datenverarbeitung
AfL	Programm zum (Wieder-)Einstieg von Langzeitarbeitslosen ab 25 Jahren in Beschäftigung
AG	Aktiengesellschaft
ALG	Arbeitslosengeld
AO	Anordnung
APH	Alten- und Pflegeheim(e)
apl.	außerplanmäßig
AQJ	Programm „Arbeit und Qualifizierung für noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche“
ARGE	Arbeitsgemeinschaft (hier: Arbeitsgemeinschaft der Stadt Wuppertal und der Agentur für Arbeit Wuppertal)
AsSH	Arbeit statt Sozialhilfe
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AWG	Abfallwirtschaftsgesellschaft
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAT	Bundes-Angestellentarifvertrag
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BRH	Bundesrechnungshof
BSD	Bezirkssozialdienst
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BV	Bezirksvertretung
BVG	Bundesversorgungsgesetz
CD	Compact Disc
DM	Deutsche Mark
DSM	Deutsche Städte-Medien GmbH
DVD	Digital Versatile Disc
e.V.	eingetragener Verein
EFoG	Gesetz zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen
EONIA	Euro Overnight Index Average
EP	Einzelplan
ESW	Eigenbetrieb Straßenreinigung Wuppertal
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate

FBS	Familienbildungsstätte
FS	Firmenservice
GB	Geschäftsbereich
GBL	Geschäftsbereichsleitung
GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemKVO	Gemeindekassenverordnung
GF	Geschäftsführung
GFG	Gemeindefinanzierungsgesetz
GIRLS	Gemeinsame Integrierte Regionalleitstelle
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMW	Gebäudemanagement Wuppertal
GO	Gemeindeordnung
GSiG	Grundsicherungsgesetz
GWG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft
HaV	Haushaltsrest(e) aus Vorjahren
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt
HSK	Haushaltssicherungskonzept
IHK	Industrie- und Handelskammer
INSPE	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
IT	Informationstechnologie
IuK	Informations- und Kommunikationssysteme
KA	Konzessionsabgabe(n)
KAG	Kommunale Arbeitsgemeinschaft
KB	Kulturbüro
KER	Kasseneinnahmerest(e)
KG	Kommanditgesellschaft
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KIJU	Kinder- und Jugendwohngruppen
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KOD	Kommunaler Ordnungsdienst
KoFo	Kommunale Fortbildung
KSR	Kriegsschadenrente
KW	Kommunalwahl
kWh	Kilowattstunde
LAN	Local Area Network
LE	Leistungseinheit(en)
LOS	Projekt „Lokales Kapital für soziale Zwecke“
LV	Landschaftsverband
LVR	Landschaftsverband Rheinland
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)

n.F.	neue Fassung
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NKFEG	Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements
NKFG	Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
OB	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PPP	Public Private Partnership
PSCD	Public Sector Collection and Disbursement
R	Ressort
RE	Rechnungsergebnis
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RPO	Rechnungsprüfungsordnung
S.	Satz
SAP	Finanzsoftware der Firma SAP AG
SB	Stadtbetrieb
SGB	Sozialgesetzbuch
SSLZ	Schwimmsportleistungszentrum
T-Euro	Tausend Euro
TransSpuK	Projekt „Transfer von Sprache und Kultur in der Gesundheits- und Sozialversorgung“
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
UA	Unterabschnitt
üpl.	überplanmäßig
VHS	Volkshochschule
Vj.	Vorjahr(e)
VV	Verwaltungsvorschrift(en)
WSW	Wuppertaler Stadtwerke
WWV	Wertstoffverwertung
ZVK	Zusatzversorgungskasse